

TAGESSCHAU

POLITIK

Neue Heimat: Insgesamt rund 400 000 Mark an die SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung und an die Parteien in Nordrhein-Westfalen hat der gewerkschaftseigene Baukonzern in den 70er Jahren gezahlt. Dies bestätigte der Geschäftsführer der Neuen Heimat in NRW, Goldmann, im Westdeutschen Rundfunk. (S. 10)

Hamburg: Knapp neun Monate vor der Bürgerschaftswahl am 9. November hat der Landesparlamentarier CDU den Bundesabgeordneten Jürgen Ebert nach als Vorsitzenden für zwei Jahre in seinem Amt bestätigt. Ebert erhielt 174 von 231 gültigen Stimmen.

Affäre Antea: Die Diskussion über einen möglichen Rücktritt von Umweltsenator Vetter (FDP) bringt auch die Berliner CDU in Zugzwang. In Bonner Unionakren werden Justiz- und Bundesminister, Rupert Scholz sowie der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Denda, ins Spiel gebracht, sollte auch der Regierungsbürgermeister Diepgen in Rücktrittsverhandlungen einbezogen werden. (S. 4)

Exklusiv in der WELT

PLADOYER FÜR DIE BERUFSTÄTIGE FRAU
Die Frauen dürfen es sich nach Auffassung von Familienministerin Rita Süssmuth nicht zu leicht machen. Wer sich als Frau auf die Politik einläßt, dürfe nicht davon ausgehen, daß man auf sie gewartet habe. Auch die Frau müsse sich erst als sachkompetent und durchsetzungsfähig erweisen. In einem Beitrag für die WELT wehrt sich Frau Süssmuth gleichzeitig gegen die Diskriminierung der erwerbstätigen Frau als „schlechte Mutter“ und gegen das „Gerede von den Doppelverdienern“. Seite 5

SPANNUNGSFELD NORDAFRIKA

Mit Spannung blicken politische Beobachter auf den Maghreb - nicht nur weil Khadafi dort für Unruhe sorgt. Offen ist auch die Frage nach der Stabilität der beiden protestantischen Staaten Marokko und Tunesien. Beide Länder werden von starken Persönlichkeiten beherrscht. Die Autorität von König Hassan II. und Habib Bourguiba ist so groß, daß viele dort ein Machtvakuum fürchten, wenn diese Autorität einmal fehlen wird. Dies ist vor allem in Tunis ein aktuelles Problem. Seite 3

WIRTSCHAFT

Konjunktur: Die Voraussetzungen für mehr Wachstum und Beschäftigung sind in der Bundesrepublik Deutschland zur Zeit deutlich besser als anderswo in Europa. Dies erklärte Wirtschaftsminister Bismarck vor dem französischen Industrieverband in Paris. (S. 11)

US-Aktien: Ein spektakuläres Schauspiel bieten derzeit die amerikanischen Aktienmärkte. Die Rekordkurse werden weiter in die Vergangenheit verlagert. In der vergangenen Woche hat der Dow-Jones-Index gleich drei aufgestellt; am Freitag schloß er noch einmal um 19,38 auf 1664,45 Punkte. (S. 11)

KULTUR

Theater: Den Text des neuen Stückes von Botho Strauß hatte man bis zur Uraufführung in der Berliner Schaubühne gehütet wie ein Staatsgeheimnis. Doch Luc Bondys Inszenierung von „Die Fremdenführer“, nachdem sie dem Premerienpublikum endlich offenbart wurde, war als vorwiegend langweilig empfunden worden. (S. 17)

SPORT

Tischtennis: Bei den internationalen deutschen Meisterschaften in Karlsruhe verlor Olga Nemes (Saarbrücken) im Finale gegen die Sowjetin Fjura Sulatowa 0:3. (S. 15)

AUS ALLER WELT

„Challenger“: Die Nasa hat „möglicherweise einen Irrtum“ begangen, als sie am 28. Januar den Start der Raumfähre freigegeben. Das gab die von Präsident Reagan eingesetzte Untersuchungskommission in Washington bekannt. Die Kommission hat die Nasa aufgefordert, bei deren Untersuchungen niemanden zu beteiligen, der bei dem „Challenger“-Start in verantwortlicher Stellung war. (S. 18)

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

- Meinungen: Der Mörder im Schleppnetz - Leitartikel von Manfred Scheil S. 2
Schloß Salem: Der Max wünscht hier noch spartanischere Zustände S. 3
Karlsruhe: Bundesverfassungsgericht vor großem Revirement - Von Henning Frank S. 4
Südafrika: Ein Mann des Ausgleichs - Brühel trifft heute in Bonn ein S. 6
Forum: Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 8
Fernsehen: Radio Bremen 3 - Vom Provisorium zum vollwertigen Hörfunk-Programm S. 9
Pankraz: Die Literatur und die „Mafiosi“ in der traditionsreichen Yale-Universität S. 17
WELT-Report Umwelt: Forscher im Wettlauf gegen die „Zeithombe“ Alklasten S. 1 bis VI

IG Metall sieht in den Grünen Bundesgenossen im 116-Streit

Vorstandsmitglied Janßen setzt auf „Schulterschluss“ / Konflikt im DGB

DW, Bonn
Der von stürmischem Beifall begleitete Auftritt des IG Metall-Vorstandsmitglieds Hans Janßen auf dem Parteitag der Grünen in Hagen signalisiert, daß zumindest der radikale Gewerkschaftsflügel im Kampf gegen die Präzisierung des Streikgeldparagraphen 116 auf eine Art Einheitsfront aus Grünen, SPD und Gewerkschaften setzt. Janßen forderte die Grünen auf, Seite an Seite mit den Gewerkschaften für die „Erhaltung der Streikfähigkeit“ einzutreten. Streik sei „die einzige Sprache, die dieses reaktionäre und konservative Politiklager versteht“.

Die aufsehenerregende Annäherung hatte Sozialdemokrat Janßen mit dem bislang als SPD-feindlich eingeschätzten ehemaligen grünen Bundestagsabgeordneten Eckhard Stratmann zustandegebracht. Auf Stratmanns Einladung hin und mit Rückendeckung seines Vorstandes reiste der IG-Metall-Spitzenfunktionär nach Hagen und verkündete dort das Ende der bisherigen Strategie, die Grünen wegen ihrer arbeitsplatzfeindlichen Politik nicht als Mitstreiter zu akzeptieren.

Janßen nannte die Grünen nun „Bundesgenossen“ im Kampf gegen

die „Aushöhlung des Streikrechts“. Selbst die Vokabel vom „Schulterschluss“ könne er „billigend in Kauf nehmen“, räumte er später vor Journalisten ein. Seine Begründung: Die Grünen hätten sich stark gewandelt und ihre totale Verwerfungshaltung weitgehend aufgegeben. Er könne anderen Gewerkschaftsvertretern

SEITEN 4 UND 8: Weitere Berichte

nur empfehlen, auch auf grünen Veranstaltungen zu sprechen.

Als Sozialdemokrat strebe er, Janßen, natürlich eine von der SPD allein gestellte Bundesregierung an. Werde dieses Ziel aber nicht erreicht, so sei ihm „eine Konstellation nach hessischem Vorbild“ lieber als das Weiterregieren der bisherigen Koalition. Der IG-Metall-Funktionär gab noch eine andere Begründung für den Abbruch von „Berührungängsten“: Auch die Gewerkschaften hätten gelernt, daß sie die ökologischen Probleme nicht hinstellen könnten. „Daß wir uns immer noch mehr Autos nicht leisten können, das sage ich auch den VW-Arbeitern in Wolfsburg.“

Grünen-Sprecher Rainer Trampert

hatte bei Janßens Begrüßung kein Hehl daraus gemacht, daß der IG-Metall-Vertreter gezielt nach Hagen gebeten worden war. „Wir wissen, weshalb wir Hermann Rappe oder Horst Niggemeier nicht eingeladen haben, und wir gehen davon aus, daß die beiden auch nicht gekommen wären.“ Der IG-Chemie-Vorsitzende Rappe und das IG-Bergbau-Vorstandsmitglied Niggemeier hatten eine scharfe Abgrenzung verlangt.

Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Fehrenbach distanzierte sich in der „Bild“-Zeitung von dem IG-Metall-Kollegen: „Der DGB lehnt Gespräche mit den Grünen ab, obwohl sie uns darum ersucht haben. Mich persönlich hätten keine zehn Pferde zu dem Parteitag der Grünen gebracht. Denn die Politik der Grünen zielt darauf ab, Arbeitsplätze zu vernichten.“ Der DGB-Vize zeigte kein Verständnis für die Grünen-Forderung nach einem Generalstreik im Zusammenhang mit der 116-Diskussion. „Mit dem DGB ist das nicht zu machen.“ Von Rainer Tramperts Eintreten für Diskussionen über einen Generalstreik war Janßen nur in einem Fernsehinterview, nicht aber auf dem Parteitag selbst abgerückt.

USA verschärfen Kritik an Marcos

Reagan verurteilt „Betrug und Gewalt“ / Aquino ruft Bürger zum Generalstreik auf

FRITZ WIRTH, Washington
Zur gleichen Zeit, als Präsident Marcos am Samstag in Manila seinen Sieg feierte, hat der amerikanische Präsident Reagan die Glaubwürdigkeit des Wahlergebnisses von Marcos in Frage gestellt. Er warf dessen Partei „weitverbreiteten Betrug und Gewalt“ bei dieser Wahl vor, die so extrem wären, daß das Ergebnis seine Glaubwürdigkeit verloren habe.

Damit hat sich die Bewertung dieser Wahlen durch das Weiße Haus erheblich verschärft. Reagan hatte vor der Wahl die amerikanische Unterstützung des Siegers von fairen und glaubwürdigen Wahlen abhängig gemacht. Seine gestrige Erklärung kommt fast einem Kooperations-Verzicht an Marcos gleich.

Es fällt auf, daß Reagan mit keinem Wort Marcos selbst erwähnt, sondern sich direkt an das philippinische Volk wendet: „Unser Mitgefühl gilt den Bürgern der Philippinen. Sie befinden sich an einem großen Scheideweg ihrer Geschichte. Es gibt keine

leichten Antworten für sie und sie werden am Ende die Lösungen selbst finden müssen. Doch wir werden ihnen dabei in jeder möglichen Form helfen.“

Noch schärfer ist die Wahl von Marcos von Mitgliedern beider Parteien im US-Kongreß verurteilt worden. Senator Lugar, der die amerikanische Wahlbeobachtungskommis-

SEITEN 2 UND 6: Weitere Beiträge

sion auf den Philippinen leitete, erklärte, daß er die Rechtmäßigkeit dieses Ergebnisses nicht akzeptieren könne. Lugar ist Vorsitzender des außerpolitischen Ausschusses des Senats und spielt eine einflußreiche Rolle bei der Bewilligung der amerikanischen Wirtschaft- und Militärhilfe an die Philippinen, die im laufenden Haushaltsjahr insgesamt 184 Millionen Dollar betragt.

Die Politik der USA gegenüber den

Philippinen zielt nun in erster Linie darauf, alle Versuche der Marcos-Gegner, dieses Regime mit Gewalt zu Fall zu bringen, zu verhindern und Marcos selbst für die Übergangszeit bis zu neuen Wahlen zu Gatten der Kooperation mit der Opposition zu veranlassen. Die gestrige Entscheidung von Marcos, sich von seinem umstrittenen General Fabian Ver zu trennen, der angeblich bei der Ermordung des Eheemanns von Frau Aquino eine entscheidende Rolle spielte, ist ein gutes Zeichen dafür.

Der Vatikan hat sich vor der philippinischen Bischöfe gestellt, die Präsident Marcos und die Wahlen kritisiert haben. Der Heilige Stuhl, so der Pressesprecher, setze auf die „Kenntnisse der Bischöfe über die Vorgänge in ihrem Land und ihren Sinn für die pastorale Verantwortung“. Unterdessen hat die philippinische Oppositionskandidatin Corazon Aquino die Bürger des Landes zum Generalstreik gegen die Regierung Marcos aufgerufen.

„Das ist Kumpanei mit der DDR“

Schäubles Kritik am Kurs der SPD / Vogel besteht auf offiziellen Beziehungen zur Volkskammer

hrk/DW, Berlin/Bonn
Die SPD-Führung will mit ihrem Gast Horst Siedemann (SED) ausführen über die von Ost-Berlin zugewilligten Reiseerleichterungen für bestimmte Gruppen von Antragstellern reden. Dabei sollen auch die praktische Handhabung dieser Bestimmungen und ihrer tatsächlichen Umsetzung erörtert werden, kündigte Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel, Gastgeber des Volkskammer-Präsidenten, in einem WELT-Gespräch an.

Der SPD-Fraktionschef begrüßte es, daß Bundeskanzler Kohl den Gast aus Ost-Berlin empfangen werde. Durch diese Tatsache disqualifiziere sich das „dumme Gerede“ von der „Nebenaußenpolitik“ der SPD. Vogel sprach sich dagegen aus, während der Siedemann-Besuche über die offiziellen Beziehungen zwischen Bundestag und Volkskammer zu streiten. Eine Entscheidung sollte nach dem Besuch fallen. Ich hoffe, daß dann auch die einleinen, die innerhalb der Union noch Widerstand leisten.

Das bevorstehende Treffen Siedemanns mit Kohl war eines Themen bei der Begegnung von Kanzleramtsminister Schäuble mit dem SED-Politbüromitglied Hermann Axen, das auf Einladung der SPD zu Gesprächen über eine atomwaffenfreie Zone in Bonn aufhielt. Schäuble sagte, für ihn sei die Unterredung Ausdruck eines unverkämpften Umgangs miteinander gewesen. Die Gespräche der SPD lehnte er jedoch inhaltlich ab. In der „WELT am Sonntag“ erklärte Schäuble: „Wir müssen im Interesse aller Deutschen Kontakte mit den Verantwortlichen aller Staaten suchen, auch mit denen, die in der DDR das Sagen haben. Schamgefühl kann doch höchstens gegenüber dem Eindruck einer Kumpanei erweckt werden, wie das von SPD-Seite geschieht.“

Der SPD-Abgeordnete Bahr hatte am Samstag erklärt, daß die Kontakte seiner Partei mit der SED auch zahlreiche Begegnungen von „DDR-Politikern mit Repräsentanten anderer

Parteien in der Bundesrepublik Deutschland ermöglichen.“

Die Gespräche über atom- und chemiewaffenfreie Zonen in Mitteleuropa werden von Berliner Bundesersar Rupert Scholz als Versuch gewertet, der Bundesregierung in den Rücken zu fallen. Scholz im Süddeutschen Rundfunk zu den SPD/SED-Initiativen: „Das ist Außenpolitik, das ist Verteidigungspolitik, das ist letztlich eine völkerrechtliche Dimension, die allein der Regierung zusteht.“

Der Vorsitzende des innerdeutschen Bundestagsausschusses, Gerhard Bredemund (CDU), formulierte in „Bild am Sonntag“ praktische Wünsche an die „DDR“. Das Enkelkind in Leipzig muß die Großmutter in Duisburg besuchen können.“ Weiter zählte er auf: „Bei Grenzkontrollen nicht mehr das halbe Auto auseinandernehmen. Oder: Wenn DDR-Reisende hier krank werden, sollen sie nicht an der Grenze in einen anderen Krankentransport verpackt werden müssen.“

Steinschlag in der Schwarzwaldklinik

RAINER NOLDEN, Bonn
Die Entschuldigung war lapidar: „Zur Zeit nicht passend“, so verkündete die ZDF-Angaben dem Fernsehpublikum die Entscheidung, die 21. Folge der „Schwarzwaldklinik“ ersatzlos zu streichen. Der jüngste Arg um die hochgelobte Serie mit bisher unerreichten Einschaltquoten hatte bei dem Sender Eindruck hinterlassen. Vor 14 Tagen waren die Zuschauer jäh aus der Schwarzwaldklinik gerissen worden.

Ein weiteres skandalträchtiges Stück sollte nun nicht mehr über den Äther gehen. Denn was unter dem Titel „Steinschlag“ über die deutschen Bildschirmflieger flimmern sollte, hätte wieder Proteste entfacht: Ein zwölfjähriger wird mit Rückenverletzungen in die Schwarzwaldklinik gebracht; kurz darauf muß auch die Mutter behandelt werden. Beide hat der Liebhaber der Frau zusammen geschlagen. Später wird der Mann von dem Jungen erstochen.

des ZDF, Konsequenzen aus der Reaktion auf die Folge „Gewalt im Spiel“ mit einer in allen Einzelheiten gezeigten Vergewaltigung gezogen. Daraufhin wurde die noch zur Sendung anstehenden Teile auf Weisung von ZDF-Programmdirektor Alois Schardt überprüft.

Der „Steinschlag“ sei auch durch Kürzungen und Umstellungen nicht sendefähig geworden. So habe man schließlich auf eine Ausstrahlung verzichtet, um „die Glaubwürdigkeit gegenüber dem Zuschauer“ zu wahren. Eine Szene, in der ein Mann seine Geliebte zusammenschlägt, sei einem Publikum, das zum großen Teil aus Sechsbis Fünfzehnjährigen besteht, nicht zuzumuten.

Der Bundesvorsitzende des Katholischen Männerwerks, Günter Giesen, begrüßte die Entscheidung als „erwartendes Zeichen“ für viele Fernsehschauer. Die Absetzung dieser Folge zeige „Verantwortungsbewußtsein einer öffentlich-rechtl-

chen Fernsehanstalt vor den im Bewußtsein der Gesellschaft vorhandenen sittlichen Normen“.

Ob die seit kurzem so umstrittene Sendung in die USA verkauft wird, ist noch nicht geklärt. Einen Ankauf der Serie wollte die CBS erst dann prüfen, wenn eine synchronisierte Fassung vorliege, sagte ein Sprecher der amerikanischen Fernsehgesellschaft.

Die Frage, ob Sendungen, wie die beiden „Schwarzwaldklinik“-Folgen, auf die Liste jugendgefährdender Sendungen gesetzt werden könne, beschäftigt nach Angaben der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesfamilienministerium, Ingrid Karwatzki, das Verwaltungsverfahren Köln. Die Bundesregierung wolle aber unabhängig von dem Urteil an die Sendeanstalten appellieren, jugendgefährdende Sendungen erst am späten Abend auszustrahlen, sagte Frau Karwatzki in einem Interview der „Kölnischen Rundschau“.

DER KOMMENTAR

DGB - wohin?

GÜNTHER BADING

Als absurd hatte man vor Jahren jeden Gedanken bezeichnet, daß der gestandene Sozialdemokrat und Betonfacharbeiter Holger Börner jemals ein Regierungsbündnis mit den Grünen eingehen könnte. Man wurde eines Schlechteren belehrt. Als ebenso unglaublich wie ehemals in Hessen stellen die Sozialdemokraten im Bund noch heute jeden Gedanken an ein rot-grünes Bündnis in Bonn dar. Da sei doch schon der Gewerkschaftsflügel der SPD davor, heißt es.

Immer noch? Mit dem Händedruck zwischen dem IG-Metall-Vorstand Hans Janßen und dem - 1974 aus der IG Chemie ausgeschlossen - Grünen-Sprecher Trampert ist die grüne Partei jedenfalls bei den Linkskadern im Deutschen Gewerkschaftsbund hoffähig geworden. Die beiderseitige Mitgift im rotmetallisch-grünen Verlobungsverhältnis wurde offengelegt.

Da versprach Trampert, politischen Streik, Generalstreik gar, gegen die Änderung des Paragraphen 116 zu unterstützen. Janßen wiederum argumentierte basisde-

mokratisch, daß mit dem Entzug des Staatsgeldes für gewerkschaftliche Streikkassen die Demokratie zerschlagen und der erste Schritt zur reaktionär-konservativen Diktatur getan werde. Überhaupt sei er schon immer gegen noch mehr Beton, noch mehr Straßen und noch mehr Hochhäuser gewesen - die Kollegen der IG Bau-Steine-Erden werden's mit Freude gehört haben.

Wer vertritt in diesem Lande die Interessen der Arbeitnehmer? Seit Hagen stellt sich die Frage neu. Die IG Metall hat eine beängstigende Alternative aufgezogen: Hier die Kräfte der Aufschwung, dort das Lager der Funktionäre, die für ihren persönlichen Machtgewinn buchstäblich jeden Preis zu zahlen bereit sind, auf Kosten der Allgemeinheit.

Gewiß, Janßen ist nicht die Gewerkschaftsbewegung schlechthin; Hermann Rappes Standpunkt ist bekannt, Gustav Fehrenbach hat Janßen gerade eine Abfuhr erteilt - aber die Gewerkschaften haben allen Grund, sich zu besinnen, wohin ihre 116-Radikalisierung führt.

SPD fordert Chemie-Steuern für Umweltschutz

DW, Bonn

Die Umweltminister der SPD-regierten Bundesländer haben die Besteuerung bestimmter chemischer Grundstoffe gefordert, um so die „Altlastensanierung“ zu finanzieren. Nach einer Tagung in Bonn betonten sie am Wochenende, Länder und Gemeinden seien in dieser Frage überfordert, und verwiesen dabei auf eine Schätzung des Umweltbundesamtes, das für eine bundeseinheitliche Regelung Kosten in Höhe von 15 bis 20 Milliarden Mark veranschlagt.

Der Sprecher des Bundesinnenministeriums, Michael-Andreas Butz, meinte dazu, die Umweltpolitik der SPD erschöpfe sich im Erfinden neuer Steuern. Die SPD-Landesminister sollten, endlich an die Bewältigung der Altlastensanierung gehen, für die sie ausschließlich zuständig sind. Insgesamt blieben die SPD-Forderungen „meilenweit“ hinter dem Regierungsprogramm zurück.

Frankreich greift militärisch in Tschad ein

DW, Paris
Frankreich hat gestern erstmals seit 1964 wieder in Tschad militärisch in die Auseinandersetzung zwischen der Regierung Hissène Habré und den von Libyen unterstützten Rebellen unter Goukouni Weddeye eingegriffen. Wie das Pariser Verteidigungsministerium bekannt gab, wurde die Landebahn des Flughafens von Wadi Doum im Nordteil des Landes angegriffen. Sie diene als „Drehkreuz des Nachschubs“ der GUNT-Rebellen und als Basis für libysche Flugzeuge, die gegen die Hauptstadt N'Djamena eingesetzt werden sollen. In N'Djamena bezogen nach zuverlässigen Angaben französische Fallschirmjäger Stellung. Gleichzeitig beschleunigte Frankreich seine Waffenlieferung an die Regierungstruppen, denen es in den letzten Tagen gelungen sein soll, die Angreifer aus dem Norden zurückzuschlagen. Seite 6: Paris bremst

Dokumente der Leiden Sacharows

DW, Hamburg

Der sowjetische Regimekritiker und Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow ist nach eigenen Angaben vom sowjetischen Geheimdienst KGB systematisch gefoltert worden. Dies geht aus in die USA geschickten Briefen Sacharows hervor, mit deren Wiedergabe das Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ in seiner neuen Ausgabe auszugswese beginnt. Die Briefe werden im Westen von der britischen Sonntagszeitung „The Observer“ und der schwedischen Tageszeitung „Dagens Nyheter“ veröffentlicht.

Minuzios genau und eindrucksvoll beschreibt Sacharow, wie die sowjetischen Ärzte versuchten, seinen Widerstand zu brechen. Seite 16: Wie ich gefoltert wurde

Mexiko bittet Ausland um Hilfe

DW, Mexiko City

Angeht es seiner sich zuspitzenden Finanzlage hat Mexiko am Wochenende um internationale Hilfe und Zusammenarbeit ersucht. Präsident Miguel de la Madrid habe in einem Schreiben an 12 Regierungen „zu einer gemeinsamen Aktion aller am Erdölmarkt beteiligten Seiten“ aufgerufen, hieß es in einem in Mexiko-Stadt veröffentlichten Regierungskommuniké.

Am Vortage hatte die staatliche Ölgesellschaft „Petróleos Mexicanos“ ihre Exportpreise für Rohöl zum zweiten Mal binnen zwei Wochen beträchtlich gesenkt. Der Barrel-Preis wurde auf 15,07 Dollar festgesetzt. Mexikos Auslandsschulden belaufen sich auf rund 100 Milliarden Dollar. Seite 12: Keine US-Hilfen

Tunis: Bei Genschers Besuch scharfe Attacke gegen Israel

Intern moderate Stimmen / Warnung vor Aufwertung Khadhafis

BERNT CONRAD, Bonn
Seit dem israelischen Luftangriff auf das PLO-Hauptquartier südlich von Tunis am 1. Oktober 1985 hat sich die offizielle Tonart der tunesischen Regierung gegenüber Israel erheblich verschärft, intern aber kann man in Tunis weiterhin moderate Stimmen hören. Dies hat Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher bei seinem am Wochenende beendeten Besuch in dem Maghrebstaat festgestellt.

Gleich nach Genschers Ankunft am Freitagabend attackierte der tunesische Außenminister Caid Essebi in einer Tische die Israelis in ungewöhnlich ausfallender Weise. „Die hemmungslose israelische Arroganz bedroht jetzt auch unser Land und die gesamte Mittelmeerregion“, erklärte er. Der Luftangriff vom Oktober habe „brutal vor Augen geführt, daß es keine Grenzen für die hegemonistischen Ambitionen Israels gibt“. In den vergangenen Wochen seien „neue Opfer der israelischen Aggressionspolitik“ zu verzeichnen. „Geleitet von seiner Arroganz und

ermutigt durch das unbeschränkte Verständnis bedingungsloser Allierter“ habe Israel die internationalen Beziehungen erschüttert, fuhr Essebi fort. Wenn man solche Formen hienahme, müsse man fürchten, „daß sie schließlich zum Gesetz des Dschungels werden“.

Diese Attacken fanden jedoch in den Gesprächen Genschers mit seinem Amtskollegen Essebi, mit Staatspräsident Habib Bourguiba und Ministerpräsident Mohamed Mzali keinen Niederschlag. Intern sagte der tunesische Außenminister: „Israel ist eine Realität, mit der man leben muß.“ Aber die Politik Israels sei schlecht, weil sie die Spannungen schüre. Niemand solle sich einbilden, es gebe ein Arrangement ohne Beteiligung der Palästinenser.

Sämtliche Gesprächspartner Genschers warnten den Westen davor, den libyschen Staatschef Khadhafis als „internationale Negativfigur“ aufzuwerten. Maßnahmen wie Sanktionen und Flottenmanöver nutzten nur dem Prestige Khadhafis in der arabischen Welt.



# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Druck aus Washington

Von Fritz Wirth

Ferdinand Marcos sprach von einem historischen Tag, als er sich am Samstag auf den Sitz des philippinischen Präsidenten zurückstahl. Dem von Krankheiten und Realitätsverlusten gezeichneten Mann sind in jüngster Zeit nur selten präzise Formulierungen geglückt. Dies könnte eine sein. Es war ein historischer Tag, weil er über alle fragwürdigen Siegesprüche hinweg den Beginn des Endes der Ära Marcos einläutet.

Daß Präsident Reagan just in der Stunde des vermeintlichen Sieges des Ferdinand Marcos die Glaubwürdigkeit dieser Wahlen in Frage stellte und der Siegspartei Betrug und Gewalt anlastete, war kein Zufall. Das Ausmaß dieses Betruges war so offensichtlich, daß der amerikanische Präsident die Position vorsichtiger Neutralität aufgab, die er noch in seiner Pressekonferenz am Dienstag eingenommen hatte.

Die Implikationen sind schwerwiegend. Denn ein derart gebrandmarktes Regime kann kaum noch darauf hoffen, von Washington jene Krücken - Wirtschafts- und Militärlieferungen - zu erhalten, mit denen es sich aufrecht zu halten vermag.

Die Philippinen-Politik der USA zeichnet sich nach der gestrigen Erklärung Reagans deutlich ab: Sie sucht die ermutigenden Zeichen der Demokratie zu fördern, die sich in diesem Lande zeigen; sie sucht eine Eruption der Gewalt zu verhindern und auf Zeit zu spielen, bis Marcos sich diesen demokratischen Strömungen und dem daraus resultierenden Druck nicht mehr länger widersetzen kann. Das ist zugleich der Auftrag und die Mission des amerikanischen Sonderbotschafters Habib auf den Philippinen.

Marcos scheint diesen Druck aus Washington bereits zu spüren. Die Eile, mit der er sich in der Stunde des Sieges von seinem umstrittenen General Ver trennte, deutet es an. Bisher hatte sich Marcos dieser Forderung des Weißen Hauses stets widersetzt. Er wird erkennen müssen: Die Zeit der Beschwichtigungsgesten ist abgelaufen; er hat die Zeichen des Mißtrauens und des Zorns zu lange ignoriert.

## Wann Aktionen beginnen

Von Enno v. Loewenstern

Hermann Axens verschmitztes Gesicht mit den unfürhlichen kleinen Augen begleitet die Einwohner des freien Teils Deutschlands derzeit auf allen TV-Kanälen. Die SPD, vor vierzig Jahren durch eine Vereinigung mit der KPD zur SED geschmolzen, umwirbt ihn und fällt, wie Professor Rupert Scholz es zutreffend sagt, mit ihrer Nebenaußenpolitik der Bundesregierung in den Rücken.

Die SPD läßt sich auch durch die kalkulierte Zusatzdemütigung nicht stören, daß ihr Ex-Funktionär Herbert Fechner dabei ist, der seinerzeit die Vereinigung mitbetriebe und Kurt Schumacher einen „Verräter“ nannte. Schumacher hätte diese Delegation wohl kaum empfangen. Aber Schumacher ist tot.

Axen dagegen lebt und seine Gedankenwelt mit ihm, auch wenn er schon einmal Todesahnungen hatte. Im Herbst 1968 schrieb er zur Rechtfertigung des Überfalls auf die CSSR: „Hätten die Parteien und Regierungen der fünf sozialistischen Bruderländer nach alledem ihre militärische Aktion erst dann beginnen dürfen - wie leider einige Kommunisten in Westeuropa sagen -, nachdem in Prag wie in Budapest 1956 Kommunisten aufgehängt worden wären? Damals war in Prag von Hängen keine Rede. Aber Axen weiß das Verhältnis der unterdrückten Menschen zur Diktatur einzuschätzen.“

Bei den Nicht-Unterdrückten dagegen erwartet ihn eitel Sonnenschein und nicht nur Nebenaußenpolitik, sondern ein Empfang auch bei der Regierung. Und keine lästige Frage danach, welche Aktionen ihm hier (Axen 1968: „Der aggressive imperialistische Staat Europas, die westdeutsche Bundesrepublik“) vorschweben. Er bereitet Sindermann vor, Sindermann soll Honecker vorbereiten - falls Gorbatschow so viel Selbstprofilierung und Nebenaußenpolitik duldet.

Nicht, daß Honecker daran dächte, seinen Hegemon humanitär oder gar freiheitlich zu konkurrenzieren; da ist das System, da sind die Ängste des Hermann Axen davor, die er zweifellos teilt. Und es könnte Gorbatschow verlocken, westlichen Selbstdemütigungen um einen Mann zuzusehen, der tausendfach in den Akten von Salzburger vermerkt ist. Andererseits ist da die Frage, ob Gorbatschow sich von einem Mann aus der vorigen Generation westliche Autorität ablaufen läßt zu einer Zeit, da er noch alle Hände voll zu tun hat, seine alten Männer hinauszurufen und sich im Sattel zu festigen.

## Mehrheit für Europa

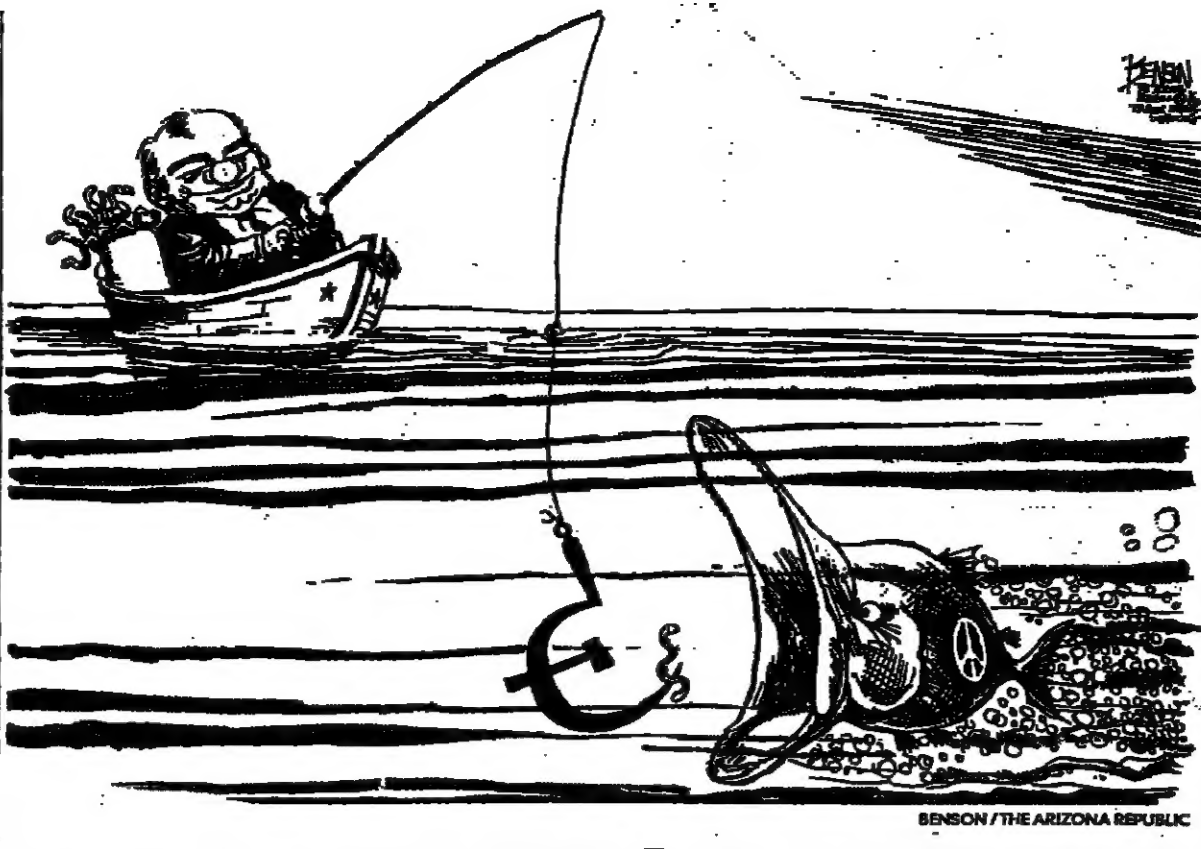
Von Gottfried Mehner

In Dänemark mehren sich die Zeichen dafür, daß das Land sich am 27. Februar - dem Tag der EG-Volksabstimmung - mit einem Ja aus dem gleißenden Rampenlicht verabschieden wird: Nach der jüngsten Gallup-Untersuchung liegt das Lager der Paket-Befürworter inzwischen mit 54 Prozent der Befragten klar vorn. Das Häuflein der Neinsager ist auf 26 Prozent geschrumpft, während ein Fünftel der Dänen sich noch mit einer Parteinahme schwertut. Damit scheint die europäische Welt langsam wieder in Ordnung zu kommen.

Für die übrigen Europäer aber wird es wohl eines der unentscheidbarsten Geheimnisse dänischer Politik gehören, warum Ministerpräsident Poul Schlüter den Weg einer Volksabstimmung und nicht den in repräsentativen Demokratien üblichen Ausweg von Neuwahlen einschlägt. Denn seine Argumentation, allein in der EG-Reformfrage repräsentiere das Folketing in seiner jetzigen Zusammensetzung nicht den Willen des Volkes, ist recht gewagt. Vermutlich repräsentiert das Folketing nämlich auch nicht in NATO-Fragen die Mehrheit des Volkes, die allem Anschein nach das Bündnis bejaht. Will Schlüter die Volksabstimmungen zum Standardinstrument der dänischen Politik machen? Warum nutzt er nicht die Gunst der Stunde?

Enttäuschend für den Beobachter und auch ein wenig beunruhigend ist zudem, daß die Pro-Seite für die Haltung fast ausschließlich eher vernunftmäßige Gesichtspunkte des Kommerz ins Feld führt. Emotional scheint der Durchschnittsdäne sich dagegen nach wie vor irgendwo in den Revuekulissen der zwanziger Jahre wohlfühlen.

Wie der Zufall es will, wurde soeben die erste Herztransplantation an einer Dänin vorgenommen. Das geschah nicht in Kopenhagen, sondern in Hannover. Es hätte auch London oder Paris sein können. Die Dänen sollten auch dies als Omen gegen einen verquastenen nordischen Selbstisolationismus nehmen und Europa wirklich als Herzensangelegenheit auffassen. Das „Nein zu Europa - Ja zur Welt“ der EG-Gegner ist außer einer Flucht aus der Logik auch eine Flucht aus der Verantwortung.



## Der Mörder im Schleppnetz

Von Manfred Schell

Die neuen Sicherheitsgesetze werden leidenschaftlich debattiert, und das ist angesichts ihrer Bedeutung auch gut so. Gleichwohl stellt sich die Frage: Wie viele Bürger können diese Diskussion, so wie sie jetzt geführt wird, überhaupt verstehen? Wer sich in den Verästelungen der Strafprozeßordnung und in der Geheimdienstarbeit nicht auskennt, der wird schnell kapitulieren müssen. Genau diese Kompliziertheit der Materie ist es, die es den Befürwortern der Sicherheitsgesetze so schwer macht, mit Detailinformationen Überzeugungsarbeit zu leisten.

Außerdem steht die Koalition nicht geschlossen hinter ihrem Paket. Wie so oft, wenn es um sicherheitspolitische Fragen geht, treten auch diesmal die FDP-Abgeordneten Hirsch und Baum als Opposition in der Koalition auf. Die Tatsache, daß das FDP-Präsidium schon vor längerem zugestimmt hat, tritt dabei in den Hintergrund. Ist dieses Vorgehen Kalkül? Oder Ausdruck mangelnder Führungskraft der FDP-Spitze?

Überdies zeigen Schlagworte wie „Schleppnetzverfahren“ Wirkung. Psychologisch raffiniert soll damit dem Bürger suggeriert werden, er werde einst, hilflos wie ein Fisch, im Computernetz zappeln. Im Kern geht es dabei um die Neufassung des Paragraphen 163 d der Strafprozeßordnung, der den Bereich computergestützter Fahndungsmaßnahmen regelt. Die Union hat am Wochenende den Kompromiß angeboten, den auf 100 a StPO aufbauenden Katalog der Straftaten, bei denen großflächige Verkehrskontrollen mit Datenaufzeichnungen vorgenommen werden können, weiter einzugrenzen. Jetzt soll Paragraph 111 Grundzüge für solche Operationen sein. Damit wäre sichergestellt, daß sie nur in Fällen der schwersten Kriminalität eingeleitet werden.

Seit der Einführung und Ermordung von Hanns-Martin Schleyer hat es solche Fahndungen ohnehin nur zweimal gegeben. Schon diese Zahl widerlegt jene, die Justiz und Polizei blindwütiges Vorgehen unterstellen. In beiden Fällen handelte es sich um terroristische Gewalttaten. Unter anderem versuchte man auf diesem Wege die Bombenleger in US-Kasernen und Wohnsiedlungen zu enttarnen. Die Polizei kennt den Aufwand solcher Operationen und bietet sie nicht öfter auf als unbedingt nötig - man kauft ja auch keine Textilfabrik, um ein Paar Socken zu bekommen.

Das neue Gesetz bestimmt außerdem, daß die bei solchen Aktionen anfallenden Daten binnen drei Tagen gelöscht werden müssen, wenn sie nicht von einem Richter bestätigt werden. Längstens jedoch können die Daten sechs Monate im Computer bleiben.

Hochrangige Polizeibeamte haben den Wert solcher Fahndungsmaßnahmen an Beispielen erläutert. Der Berliner Landeskriminaldirektor Kittlaus berichtete, wie ein Kindesentführer sich mehrfach von einer öffentlichen Telefonzelle aus meldete, die durch Fangschaltung ermittelt wurde. Eine Kontrolle von etwa hundert Personen im Umfeld der Telefonzelle mit Aufzeichnung der Personendaten habe schließlich zu dem Täter geführt, nachdem dessen aufgezeichnete Stimme über den Rundfunk ausgestrahlt worden sei.

Oder: Der Präsident des Bundeskriminalamtes, Boge, hat von einer normalen Verkehrskontrolle berichtet, bei der aufgezeichnet wurde, in welche Fahrzeuge in einem gewissen Zeitraum eintraten. Ein paar Tage später wurde ein Mord in der Gegend bekannt. Der bearbeitende Kriminalbeamte erinnerte sich an die Verkehrskontrolle. Er hatte einen Mann im Visier, der aber behauptete, er sei zur Tatzeit nicht in dem Gebiet gewesen. Die zufällige Aufzeichnung der Verkehrspolizei widerlegte ihn. Der Mann wurde überführt.

Jeder Bürger kann in eine Fahndung der Polizei hineingeraten. Aber: Welcher unbescholtene Bürger hätte kein Verständnis dafür, daß seine Daten für überschaubare Zeit gespeichert werden, wenn es um die Aufklärung schwerster Verbrechen geht?

Die Bereitschaft dazu wird um so größer sein, je zweifelsfreier der

Gesetzgeber Mißbrauchsmöglichkeiten ausschließt. Die Koalition hat dies offensichtlich erkannt und Einschränkungen der jetzigen Praxis der Sicherheitsbehörden vorgesehen: Ein automatisierter Datenverbund zwischen Polizei und Nachrichtendiensten wird nicht mehr zugelassen. Ausnahmen sind nur beim Verfassungsschutz im Bereich der Spionageabwehr und der Terrorismusbekämpfung möglich. Die Informationsbestände von Polizei und Verfassungsschutz sind getrennt. Auch ist eine automatisierte Nutzung des Verkehrsdatenzustands des Verfassungsschutzes, dem Abschirmdienst und dem Bundesnachrichtendienst nicht gestattet. Die Nachrichtendienste dürfen nicht sammeln, was ihnen nützlich erscheint, sondern sie sind an den „Erforderlichkeitsgrundsatz“ gebunden. Es gibt ein Verbot unkontrollierter Datenströme. Es werden zwischen den Sicherheitsbehörden keine Daten mehr übermittelt, die „vermutlich“ nützlich sein könnten.

Es gibt in der Koalitionsvorlage ein Sammelverbot für „Jugendstempel“. Das Verhalten von unter 18jährigen ist für Nachrichtendienste tabu, das Verhalten von unter 18jährigen unterliegt dem Gebot der kurzfristigen Löschung. Es wird auch, wenn es nach dem Gesetzgeber geht, keinen „kleinen Dienstweg“ mehr geben. Die Pflicht, alle Auskunftersuchen der Nachrichtendienste in einem gesonderten Verzeichnis zu dokumentieren, schneidet Informations-Wildwuchs ab. Außerdem wird es ein Gebot zum Nachbericht geben: Wenn die Sicherheitsbehörden falsche Auskünfte erteilt haben, sind sie erstmals verpflichtet, diese zu berichtigen. MAD und BND werden erstmals auf eine gesetzliche Grundlage gestellt.

Diese Argumente sind in der Diskussion nicht ausreichend zur Geltung gekommen, obwohl es auch Aufgabe der Datenschutzbeauftragten wäre, nicht nur Besorgnisse zu formulieren, sondern auch positive Auswirkungen mitzuteilen. Der Kanzler hat erklärt, es bleibe, was die Verabschiedung der Sicherheitsgesetze betreffe, beim vorgesehenen Zeitplan. Dann sind die Länder am Zuge.

Zum Beispiel Hessen. Sein Verfassungsschutzgesetz stammt aus dem Jahr 1951 und steht in krassem Widerspruch zu den heutigen Datenschutz-Forderungen der bündischen Regierung.

Kann er sich durchsetzen? Bange-mann



FOTO KUCHARZ

## Willy Brandt auf dem Wege zum Ameisenbären

Nicaragua: Die bittere Lektion der Sozialdemokraten / Von Werner Thomas

Die Entwicklung geht nicht in eine demokratische Richtung. Hans-Jürgen Wischniewski, Präsidiumsmitglied und Mittelamerika-Strategie der SPD, traf diese Feststellung zu Nicaragua.

Eine dramatische Kehrtwendung, für die es in der bewegten Geschichte der deutschen Sozialdemokraten nicht viele Beispiele gibt. Sie war das Ergebnis einer bitteren Lektion: Eine große freiheitliche Partei hat sich sechshalb Jahre von einer kleinen Marxistengruppe manipulieren und vor den Karren einer totalitären Revolution spannen lassen.

Man träumte von einem neuen Entwicklungsmodell in der Dritten Welt, einem Weg zwischen Ost und West - wie Ende der sechziger Jahre, als linksnationalistische Generale in Peru die Macht übernahmen (und das Land ins Chaos steuerten).

Von Anfang an sind die Sandinisten nicht in Richtung Demokratie marschiert. Das wurde bereits im September 1979 offenbar, zwei Mo-

nate nach dem Sturz der Somoza-Diktatur. Bei einer Lageanalyse, „Zweihundsechzig-Stunden-Teffen“ genannt, konstatierte die sandinistische Führungsspitze, die Versuche der „Imperialisten“, eine „bürgerliche Demokratie“ zu errichten, seien gescheitert. Dennoch verteidigten die Kommandanten ihre taktische „Allianz der Vernunft“ mit nichtmarxistischen Kräften. Wegen des internationalen Ansehens dürften die revolutionären Veränderungen „nicht zu radikal“ sein. Die Versammlung erteilte aber Instruktionen für den Aufbau einer leninistischen Partei. Verteidigungsminister Humberto Ortega, der Bruder des heutigen Präsidenten, erklärte ein Jahr (August 1981) später: „Der Marxismus-Leninismus ist unsere Doktrin.“

Zu den Wahlen im Dezember 1984, über deren Sieger es nie einen Zweifel gab, sagte Kommandante Bayardo Arce, der wichtigste Gesprächspartner der SPD-Emissäre, im Mai 1984: „Eine lästige Sache“,

die sich jedoch zu einem „Instrument der Revolution“ und „zum Aufbau des Sozialismus“ umfunktionieren lasse. Dieses Ereignis sei auch für „den Konsum der westlichen Führer“ gedacht, „die mit der Revolution sympathisieren“.

Willy Brandt applaudierte prompt. „Ein Schritt vorwärts“. Er hatte von vornherein „keine Wahlen wie in der Schweiz“ erwartet. Der SPD-Vorsitzende wollte eher ein „Ameisenbär“ sein, als die Sandinisten „totalitäre Marxisten-Leninisten“ nennen.

In Nicaragua entstanden eine „sandinistische Volksarmee“ und entsprechende Formationen und „Bewegungen“, ein Blockwartensystem („Komitees zur Verteidigung des Sandinismus“), ein Staatssicherheitsdienst unter Kommandante Lenin Cerna; politische Sondergerichte, die das Delikt „ideologische Abweichung“ mit jahrelangen Gefängnisstrafen ahnden. Die besten Freunde der Sandinisten, die neben einem pluralisti-

schen System auch Blockfreiheit geschworen hatten: Kuba, die Sowjetunion - in dieser Reihenfolge -, Bulgarien, andere kommunistische Länder, Iran, Libyen. Die stärkste Armee Mittelamerikas (120 000 Soldaten) ist mit Ostblockwaffen ausgerüstet und wird von 3000 kubanischen Militärs „beraten“. Daß die Sandinisten nach wie vor den Revolutionsexport betreiben (aktuellstes Beispiel: Kolumbien), rief nun auch die Kritik Wischniewskis hervor.

Erst Martin Kriele, dem dafür (immer noch?) ein Ausschlussverfahren droht, und dann Hans-Ulrich Klose brachten die innerparteiliche Gewissensprüfung der SPD in Bewegung. Die SPD hat lange die Warnungen kompetenter Stimmen ignoriert und innerhalb der Sozialistischen Internationale die Lobby der Kommandanten angeführt. Zwei prominente lateinamerikanische Sozialdemokraten, Costa Ricas Präsident Luis Alberto Monge und der venezolanische Ex-

präsident Carlos Andres Perez, äußerten seit Jahren Bedenken. Die SPD hätte auch von dem mexikanischen Dichter Octavio Paz und dem peruanischen Schriftsteller Mario Vargas Llosa Orientierungshilfe erhalten können. Beide beurteilten die Situation auf dem explosiven Halbkontinent so:

Die Zeit rechter Militärdiktaturen gehe rasch zu Ende. Demokratische und marxistische Kräfte versuchten, das Vakuum zu füllen. Die westlichen Politiker und Parteien müßten bei diesem Kampf um die Macht die fragilen demokratischen Fundamente stärken.

Vargas Llosa klagte gegenüber der WELT, sein deutscher Kollege Günter Grass, ein Freund der Sandinisten, verteidige zu Hause die Demokratie und fern der Heimat eine Diktatur. Er meinte Nicaragua. Der Peruaner nannte diese doppelte Moral „Rassismus des späten zwanzigsten Jahrhunderts“ und betonte: „Auch arme Länder verdienen die Demokratie.“

## IM GESPRÄCH Helmut Liedermann

### Das Los des einzelnen

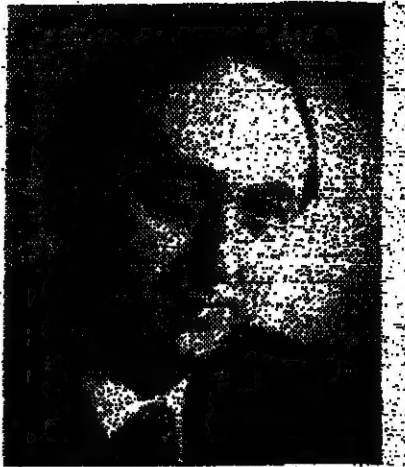
Von Carl Gustaf Ströhm

Im kommenden Herbst wird er der Dirigent eines neuen „Wiener Kongresses“ sein: Botschafter Helmut Liedermann hat am Ballhausplatz mit den Vorbereitungen für das Wiener Nachfolgetreffen der KSZE begonnen, dessen Exekutivsekretär er wird. Die Dauer der Konferenz kann sich länger als zwei Jahre hinziehen.

Liedermann ist ein alter Hase im europäischen Konferenz-Karussell seit Helsinki, wo er von 1972 bis 1975 die österreichische Delegation leitete - ebenso wie beim Belgrader Nachfolgetreffen drei Jahre später. Der gebürtige Wiener, Jahrgang 1926, gilt als genauer Kenner der osteuropäischen und kommunistischen Staaten. Über die österreichische Botschaft in Warschau, wo er in den dramatischen fünfziger Jahren als junger Diplomat Dienst tat, führte ihn der Weg nach Berlin, wo er von 1965 bis 1972 als Chef der österreichischen Delegation im freien Teil der deutschen Hauptstadt und als Generalkonsul amtierte. Auf die Helsinki-Konferenz folgte als neuer Posten Belgrad: Jugoslawien in den letzten Lebensjahren und kurz nach dem Tode Titos. Gleichzeitig war Liedermann auch als Botschafter in Tirana akkreditiert. Auf die Erfahrung mit den unruhigen Kommunisten des Balkans folgte Moskau, wo Liedermann 1981 bis 1985 als Botschafter den Übergang von Breschnew bis Gorbatschow miterlebte.

Es erscheint auf den ersten Blick ungewöhnlich, daß ein Mann von konservativen Ansichten wie er seine Karriere unter sozialistischen Bundeskanzlern und Außenministern machte. Aber Liedermanns Vorgesetzte wußten die Sachkenntnis und das nüchterne Urteil dieses Diplomaten zu schätzen, der seine Aufgaben gerade auf den Beobachtungsposten im Osten nicht als Routine begriff, sondern sich in die Probleme seiner Gastgeberländer mit Fleiß, Intuition und politischem Gespür hineinzudenken vermochte. Hier hat dieser Botschafter Österreichs etwas von der Tradition der großen Wiener Diplomatie fortgesetzt.

Liedermann hat während der KSZE-Verhandlungen die „N.N.-Gruppe“ - die lockere Arbeitsgemeinschaft der „Neutralen und



Leitet das Helsinki-Nachfolgetreffen in Wien: Liedermann

Nicht-Paktgebundenen“ - aus der Taufe gehoben und bei dieser Gelegenheit das keineswegs unproblematische Verhältnis zwischen Österreich und Jugoslawien entkräftet. Er betrachtet es als einen besonderen Erfolg, daß es den Österreichern gelungen ist, die Frage der Menschenrechte und Grundfreiheiten in die Helsinki-Schlussakte aufzunehmen zu lassen, so daß humanitäre Interventionen nicht mehr als „Einmischung in die inneren Angelegenheiten“ eines Staates abgetan werden können.

Als Vertreter Österreichs plädierte er für die Wahrung des „Gleichgewichts zwischen den militärischen und den humanitären Dimensionen der europäischen Sicherheit“.

Auch für das Wiener Nachfolgetreffen postuliert er, daß man Leerformeln und Phrasen vermeiden sollte. Das gelte, so Liedermann, auch für den Begriff des Gewaltverzehrs, an den konkrete Konsequenzen zu knüpfen seien, damit er nicht bloß eine akademische Floskel bleibe. Dem KSZE-Prozess sieht Liedermann als dynamischen Vorgang, bei dem wertvolle Botschaften keinesfalls die Taten ersetzen könnten. Der „Erleichterung menschlicher Kontakte“ über Grenzen hinweg und der „Verbesserung des Lebens von Einzelmenschen“ mißt er besondere Bedeutung bei.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### RHEINISCHE POST

Zu Neuwahlen heißt es in der Dörmelbacher Zeitung:

Nicht nur der Kölner Staatsrechtsprofessor und (Noch-)Genosse Kriele wird sich unglücklich die Augen reiben. Hatte nicht „Ben Wisch“ noch am Vorabend seiner Fahrt nach Nicaragua, also vor kaum zwei Wochen, mit der harschen Kritik Krieles an der Sandinisten-Gläubigkeit der SPD konfrontiert, alles vom Tische gewischt und den angeblich „von außen aufgezwungenen Krieg“ als Rechtfertigung für mögliche Menschenrechtsverletzungen nachgeschoben? „Ben Wisch“ hat offenbar dazugelernt, und man sollte es niemandem vorwerfen, daß er klüger ist, wenn er „aus dem Rathaus“ kommt.

### THE OBSERVER

Zum Scheitern sowjetischer Interventionen nach der Freilassung von Anstalt Schichtkowski schreibt die britische Sonntagszeitung:

Es gibt keinen Grund, warum eine sowjetische Führung, die wie Gorbatschow darauf besteht, Sacharow als Gefangenen zu halten, nicht zugleich unser Partner bei der Rüstungskontrolle sein kann. Was zählt, ist ein Abkommen, das beide Seiten zufriedenstellt. Aber es ist gefährlich, Sacharow zu vergessen, oder seine Freunde wie Juri Orlov, den Scharaschanski im Gefängnis zurücklassen mußte, oder die sowjetischen Juden und die Ausreisewilligen aus der DDR. Die Entspannung der 70er Jahre fiel auch deshalb in Stücke, weil der Westen zu oft versucht hat, sie als eine Rose ohne Dornen zu präsentieren.

### NEUE RUHR ZEITUNG

Zu dem Sozialisten kommt die Rheinische Post:

Norbert Böhm wird daran erinnert, daß er noch andere, wichtigere Sorgen hat als die Reform des Streikparagrafen 116. Nach den Ortskrankenkassen, die mit wenigen Ausnahmen ihre Beiträge erhöht haben, melden sich jetzt auch die Ersatzklassen zu Wort. Sie werden im Laufe des Jahres ihre Beiträge anheben. Wahrscheinlich müssen wir noch lange Zeit mit der Faustregel leben, die lautet: Das Geld, das die Finanzminister mit der einen Hand verzerren, kassieren die sozialen Institutionen mit der anderen Hand wieder ein.

### Allgemeine Zeitung

Das Maßwerk steht unter dem Hammer und Gockelstein:

Der mächtigste Mann der DDR hat immer einmal wieder westdeutschen Gesprächspartnern zu verstehen gegeben, daß er für eine „Normalisierungspolitik“ nicht „unbegrenzten Spielraum“ verfügbar habe. In der Tat hatte Honecker im Frühjahr 1984 einen bereits vorbereiteten Bonn-Besuch unter dem Druck Moskaus absagen müssen. Nachdem der forsche Fünfziger Gorbatschow die Macht im Kreml übernommen hat, könnte vieles für den SED-Chef einfacher, weil berechenbarer werden. Allerdings muß Honecker, der im August 74 Jahre alt wird, wohl auch mit einiger Sorge registrieren haben, wie der Kremelchef ebenso systematisch wie rücksichtslos die „alte Garde“ in den Führungspositionen von Partei und Staat ablöst.

19.11.1980



# „Der Max wünscht hier noch spartanischere Zustände“

Des Kaisers letzter Kanzler, Prinz Max von Baden, hatte 1920 das Internat Schloß Salem gegründet, um hier am Bodensee eine Elite zu erziehen. Seinem Enkel, Markgraf Max von Baden, ist nun zu lasch geworden, was sich auf seinem Grund und Boden an Erziehung tut. Er hat den Pachtvertrag gekündigt, um als Hausherr wieder Herr im Haus zu werden.

Von HANS KRUMP

Eine so schlechte Stimmung wie in diesem Jahr haben wir im Fasching noch nie gehabt. Nichts war los, keiner lachte. So wie dem Neunklässler Roman ist wohl den meisten der 500 Schüler im renommierten Internat Schloß Salem die Kündigung des Miet- und Pachtvertrages durch den Schirmherrn Max Markgraf von Baden aufs Gemüt geschlagen.

Die 240 Lernenden der Klassen acht bis elf, die im Markgräflich-Badischen Schloß Salem am Bodensee untergebracht sind, sollen die frühere Zisterzienser-Abtei Ende 1986 verlassen. Grund sind Differenzen zwischen dem Markgrafen, einem Enkel des Schulgründers und letzten kaiserlichen Reichskanzlers Prinz Max von Baden, und der Schulleitung über die Führung des Internats sowie eine Reihe von „Vorfällen“ in den vergangenen Jahren.

Die beanstandeten „Vorfälle“, seit Wochen bei Schülern und Lehrern Anlaß zu nebelhaften Vermutungen, sind nun vom Vorstand des Trägervereins und vom badischen Haus präzisiert worden. Dr. Wilfried Kuhn, Leiter der Markgräflich-Badischen Hauptverwaltung, nennt unter anderem: übermäßige Lehrerfluktuation; zu hoher Schülerabgang; „sehr schlimme Trinkerel“; weiteres Zurückdrängen von Formen wie dem Schulanzug.

## Was den Markgrafen besonders ärgerte

Vom Vorstand des Trägervereins werden weitere Vorkommnisse aufgeführt, die den im Schloß residierenden Zähringer, in den vergangenen Jahren geäußert haben sollen:

- General a.D. Bastian von den Grünen wurde ohne Zustimmung des Markgrafen eingeladen, vor Schülern zu sprechen;
- eine Lehrerin, die ein uneheliches Kind erwartete, wurde gegen den Willen des Schloßherrn weiterbeschäftigt;
- Rauchercken mit herumliegenden Zigarettenkippen;
- beim Besuch des Landesbischofs wurde, trotz ausdrücklicher Anweisung, einen bestimmten Schulbereich saubermachen, ein Streichholz gefunden.

„Es geht nicht so sehr um die Vorfälle für sich genommen, vielmehr macht uns deren Häufung in den vergangenen Jahren Sorge“, sagt Kuhn, der dies der Schulleitung („verfehlter Führungsstil“) anlastet. „Es geschehen einfach zu viele Dinge im Hause des Markgrafen, die mit ihm als Eigentümer des Anwesens und Chef des Hauses Baden identifiziert werden, die nicht zu akzeptieren sind.“

Vereinsvorstand und Schulleitung weisen die Vorwürfe der markgräflichen Verwaltung zurück. Die Fluktuation etwa bei den Mentoren, die

wie die Lernenden im Schloß wohnen, wird als „üblich bei Internaten“ gewertet, der „bedauerliche Alkoholgebrauch“ halte sich bei Jugendlichen dieser problematischen Altersstufe „im Rahmen“, weitere „Vorfälle“ in der Liste des Markgrafen („im Laufe vieler Jahre geschehen und wiederholt vorgebracht“) hätten zu „unverhältnismäßigen“ Reaktionen geführt.

Dr. Bernhard Bueb, seit zwölf Jahren Leiter der 1920 gegründeten Schule Schloß Salem, in deren Schüler-Listen Prominente wie Golo Mann, Elisabeth Noelle-Neumann oder der britische Prinzgemahl Philip auftauchen, ist der Meinung: „Bei der Schule sind keine Fehlentwicklungen zu sehen. Ganz im Gegenteil: In den vergangenen Jahren sind die Leistungen angestiegen, die Schule ist voll belegt und finanziell gesund. Nach dem großen Bruch Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre, als Werte plötzlich nicht mehr galten und Traditionen hinterfragt wurden, habe ich ungeduldsamer daran gearbeitet, wieder ein bestimmtes Maß an Formen einzuführen. Für mich ist aber klar, daß diese wie auch die innere Haltung junger Menschen nach den habsburgischen Prinzipien nicht durch äußeren Zwang erreicht werden können.“

## Zwei Auffassungen von Erziehung

Diese „innere Haltung“ nach den Erziehungsgrundsätzen von Kurt Hahn, dem Mitgründer des Salemer Internats, sind ein weiterer Streitpunkt zwischen den beiden verfeindeten Parteien im Schloß. Nach Meinung des badischen Hauses können die habsburgischen Prinzipien wie Selbstständigkeit, Zivilcourage, Dienst am Nächsten, Verantwortung oder Ehrlichkeit bei einer „mangelhaften Erziehung“ insgesamt letztlich nicht erreicht werden. Internatsleiter Bueb dagegen verweist auf den Ausbau der Schülerverwaltung, der Dienste für die Mitmenschen (Feuerwehr, THW) oder des Projektunterrichts „ganz im Sinne von Kurt Hahn“.

Im Grunde stehen sich in Salem wohl zwei verschiedene Auffassungen von Erziehung gegenüber, die in den Personen des Markgrafen und Buebs aufeinanderprallen: hier Max Markgraf von Baden (52), Repräsentant eines früher regierenden Fürstenhauses, aktiver Reserveoffizier (Oberst a.D.) mit klaren Vorstellungen von Ordnung, Disziplin und Formen – dort der Schulleiter (47), ein Schüler des „Reformpädagogischen“ Hartmut von Hentig, dem Zwang zu wider ist, für den von Zeit zu Zeit neue Wege beschritten werden müssen, um Erziehungsziele zu erreichen.

Der neunklässige Vorstand des Internats, der „Schule Schloß Salem“, dem der Markgraf als Schirmherr der Schule angehört, steht mehrheitlich hinter Bueb und seinen pädagogischen Grundsätzen, der Markgraf indes hat in einem Brief an die Mitarbeiter der Schule eine neue Schulleitung und einen neuen Vorstand gefordert. Dieser nicht auflösbare Gegensatz hat sich inzwischen auf die juristische Ebene verlagert: Das badische Haus ist nämlich der Meinung, daß der 1973 geschlossene, bis 1999 gültige Miet- und Pachtvertrag ungültig ist. Es geht um eine Wertanpassungsklausel für den Unterhalt der Schule, die, so Kuhn, fehlerhaft abgefaßt und daher bei der Landeszentralbank „genehmigungs-

pflichtig, aber nicht genehmigungsfähig“ sei.

Der Vorstand mit Sprecher Levin von Wulffen ist dagegen der Meinung, daß eine derartige „Teilunwirksamkeit“ nicht den gesamten Mietvertrag aufhebt. Die juristische Ebene des Streits, die durch ein internes Schiedsgerichtsverfahren entschieden werden soll, wird indes nur als Trick der markgräflichen Seite betrachtet, den nicht genehmigen Vorstand und die Schulleitung aus den Angeln zu heben. Die Chancen des Zähringers in dem Verfahren werden allgemein als gering eingeschätzt. Die Schule werde aber in jedem Fall weiterbestehen; notfalls müßten neue Räume im Bodenseeraum beschafft werden. Wulffen verweist auf die dem Verein gehörenden umliegenden Schlösser Hohenfels und Speitzgart, wo die Unterstufe und die beiden oberen Klassen untergebracht sind.

Was macht der Markgraf, wenn er unterliegt? „Dann hat er Leute im Haus, die er nicht drinhaben will“, sagt sein Generalbevollmächtigter. „Wir hätten dann die merkwürdige Situation, daß der Schloßseigentümer in seinem eigenen Haus nur eine von neun Stimmen hat.“

Diese „Ohnmacht“ des Markgrafen gegenüber dem Internatsvorstand ist für viele der Hintergrund der ganzen Affäre. Denn der Vater von Max Markgraf Berthold, war bis zu seinem Tode 1963 „geborener“ Vorstandsvorsitzender und bestimmte de facto die Geschichte der Schule. Er setzte aber eine Satzungsänderung durch, nach der der künftige Chef des Hauses Baden nur noch einfaches Vorstandsmitglied und nicht mehr „primus inter pares“ sein sollte.

## Nur ein Versuch der Disziplinierung?

Ob Max Markgraf von Baden, Schirmherr auch von Heimatvereinen, Güterverwalter und Weinbauer, wirklich das Ende der Privatschule in Salem will, von der aus sein Großvater einst eine neue Elite für das im Ersten Weltkrieg geschlagene Reich bauen wollte, bleibt beim Internatsstreit umstritten. Manche sehen die Kündigung nur als „Versuch der Disziplinierung“ an. So denken auch einige Schüler, die sich teils beärgert, teils besorgt zeigen. „Der Markgraf kommt nicht richtig zur Geltung, er will sagen: Ich bin auch noch da“, meint einer der Schüler. Viele fühlen sich nicht richtig informiert über den Konflikt.

„Der Max wünscht hier noch spartanischere Zustände, mit mehr Strafen, Disziplin und Uniformen“, glauben viele. Über die Schule gibt es bei den Internatsmitgliedern, die von ihrem Äußeren mit Jeans oder Popperfrisuren den Eindruck eines üblichen Gymnasiums erwecken, verschiedene Ansichten. „Für mich ist es eine ganz normale Schule“, sagt eine Zehntklässlerin, die findet, daß Bueb „immer den richtigen Mittelweg sucht“. Einer aus der neunten Klasse dagegen will es hier strenger haben: „Vor ein paar Wochen noch lag auf den Wegen jede Menge Papier herum, jetzt nach dem Streit ist es auf einmal sauber, da guckt die Schulleitung danach.“

Daß man wirklich am 31. Dezember aus dem 1897 bis 1907 erbauten mächtigen Klostergebäude ausziehen muß, glaubt indes kaum einer.



Autoritäten jenseits des politischen Komplexes: Tunesiens Präsident Habib Bourguiba (52) und Marokkos König Hassan II. (56)

# Die Unersetzlichen aus dem Maghreb

An zwei Männern hängt die Stabilität des Maghreb: an dem tunesischen Präsidenten Bourguiba und dem marokkanischen König Hassan. Was nach diesen gemäßigten, pro-westlich orientierten Staatsmännern kommen wird, ist ungewiss. Ein Besuch in Tunis und Marrakesch.

Von BERNT CONRAD

Wer weiß, ob er überhaupt noch lebt. Ich zweifle manchmal daran, verrät ein Kaufmann in der von orientalischen Wohlgerüchen und lautstarkem Handel erfüllten Medina, der Altstadt von Tunis. Gemeint ist Habib Bourguiba, der „Oberste Kämpfer“, wie der tunesische Präsident auf Lebenszeit sich am liebsten nennen läßt.

Mitten im brodelnden Stadtverkehr steht sein Denkmal: ein jugendlicher, kräftiger Reiter mit hoher, breiter Helm. In allen Amtsstuben, in den Hotel-Lobbys und in den Straßenecken der Geschäfte hängen strahlende Porträts des Mannes, der seit dreißig Jahren die Geschichte des nordafrikanischen Landes mit fester, aber für arabische Verhältnisse erstaunlich moderater Hand lenkt. Die Bilder sind ebenso unrealistisch wie die Jugend-Aufnahmen, die jeden Abend im Fernsehen von markigen Sprüchen Bourguibas begleitet werden.

Jeder in Tunis weiß von den Krankheiten, die der bald Dreißigjährige, die in den vergangenen Jahren durchgemacht hat. Viele bezweifeln, daß er überhaupt noch politisch handlungsfähig ist. In der Öffentlichkeit sieht man ihn nie. Darum werden auch die Fotos, die täglich in den Zeitungen von vielfältigen Aktivitäten des Präsidenten berichten, höchst skeptisch beurteilt.

Tatsächlich aber hält der greise Nationalheld, der etliche Jahre seines Lebens in französischen Gefängnissen zu verbringen mußte, zumindest einige Stunden am Tag noch immer das Ruden des in letzter Zeit zunehmend unruhig gewordenen Staateschiffes in seinen zitterigen Händen.

Er leitet unter seinem eigenen, aus besseren Jahren stammenden überlebensgroßen Porträt die wöchentlichen Kabinettsitzungen und entscheidet alle wichtigen Fragen, nachdem sie ihm mundgerecht präsentiert worden sind.

Als wir ihm in der goldverzierten Pracht seines Palastes in Karthago bei der Begrüßung von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher gegenüberstehen, erblicken wir einen gebrechlichen alten Herrn, der sich in geradezu rührender Weise hinter seinem Schreibtisch um eine straffe Haltung bemüht. Nach einigen freundlichen Worten über die Bundesrepublik Deutschland gibt ihm der Protokollchef ein Zeichen, und der Präsident läßt sich schwerfällig in den Sessel gleiten.

Den linken Arm mit steif gespreizten Fingern unbeweglich auf der Schreibtischplatte platziert, den Kopf stark nach vorn gerichtet, plaudert er etwas mühsam im Stil eines wohlmeinenden Sereenismus, schweift gelegentlich ab, schneidet aber auch aktuelle politische Themen an. Nach 15 Minuten werden die Besucher hinauskomplimentiert. Bourguiba hat während der ganzen Zeit seinen Platz hinter dem Schreibtisch nicht verlassen.

## In einer Reihe mit Hannibal und Jugurtha

Beim Hinausgehen durchqueren wir den kostbar geschmückten Kabinettssaal. Über den Türen ragen fünf Büsten auf. Sie zeigen Hannibal, den heiligen Augustinus, den punischen Freiheitskämpfer Jugurtha, den großen islamischen Historiker Ibn Khaldun – und Bourguiba. So sieht er selbst seine geschichtliche Rolle.

Sicher ist, daß Tunesien nach den blutigen Unruhen von 1978, dem vom libyschen Diktator Khadafi inszenierten Aufstand in Gafsa 1980, der Brotrevolte vom Januar 1984 und den ersten Spannungen mit den Gewerkschaften in der zweiten Jahreshälfte 1985 ohne die beherrschende Figur des Gründers der Republik längst in den Strudel des Umsturzes



PHOTOS AP/STUDIOX

geraten wäre. Solange der alte Herr lebt, kann Tunesien als stabiler Faktor und Freund des Westens einkalkuliert werden. Danach kommt Unruhe. Sie liegt in der Medina und in den Regierungsgebäuden, in den Cafés und Geschäften von Tunis schon heute allenthalben spürbar in der Luft.

Eineinhalbtausend Kilometer entfernt, in der marokkanischen Hauptstadt Rabat und im orientalistisch verzierten Marrakesch, ist von der untergründigen Erwartung eines Wechsels nichts zu spüren. Hier hat der 56jährige König Hassan II. die Zügel fest im Griff. Gewiß ist die Lage auch am westlichen Rand des Maghreb nicht einfach: Analphabetentum, Armut, soziale Ungerechtigkeit, Arbeitslosigkeit und die kontinuierliche Bevölkerungsexplosion sorgen täglich für neue Probleme. Die Wirtschaft ist in einer schlechten Verfassung.

Darum spricht kaum jemand gut über die Regierung des redlich bemühten, aber unbeliebten Ministerpräsidenten Karim Lamrani. Der König hingegen steht jenseits aller Kritik. Seine Person bildet das einigende Band zwischen Klassen und Parteien. Als beispielsweise 1981 bei Unruhen in Casablanca Büros und Läden verwüstet wurden, blieben die Bilder des Monarchen unangetastet.

Der einstige Playboy auf dem marokkanischen Thron, dem die Sorgen seines Volkes fremd waren, hat sich in eine nationale Symbolfigur verwandelt. Dazu hat der Konflikt mit dem benachbarten Algerien um den Besitz der früher spanischen West-Sahara ganz wesentlich beigetragen. Denn im Kampf gegen die von Alger finanzierte Polisario-Bewegung stehen alle Parteien – von den Kommunisten bis zu den Rechtskonservativen – geschlossen hinter Hassan. Und er bedient sich dieses Instruments mit virtuoser Geschicklichkeit. Kürzlich hat der König sogar den heimischen KP-Chef nach Peking geschickt, um die Chinesen vom marokkanischen Standpunkt in der West-Sahara-Frage zu überzeugen.

Die Untertanen erleben ihren Monarchen und geistlichen Führer regelmäßig bei feierlichen Gelegenheiten als Reiter im wallenden weißen Bur-nus. Den Bundesaußenminister jedoch empfängt er im Palast von Marrakesch im eleganten blaugrauen Anzug, mit blaugestreiftem Hemd und zweifarbigen Schuhen im Chicagoer Stil der zwanziger Jahre. Vor sich auf einem flachen Tisch kandierte Früchte, in Pralinen vom Pariser Meisterkonditor Lenotre und Backwaren mit Mandeln und Nüssen, parliert der zierliche Araber mit beeindruckender Selbstgewandtheit.

mäßig bei feierlichen Gelegenheiten als Reiter im wallenden weißen Bur-nus. Den Bundesaußenminister jedoch empfängt er im Palast von Marrakesch im eleganten blaugrauen Anzug, mit blaugestreiftem Hemd und zweifarbigen Schuhen im Chicagoer Stil der zwanziger Jahre. Vor sich auf einem flachen Tisch kandierte Früchte, in Pralinen vom Pariser Meisterkonditor Lenotre und Backwaren mit Mandeln und Nüssen, parliert der zierliche Araber mit beeindruckender Selbstgewandtheit.

## Nicht nur Repräsentant, sondern politischer Profi

Stolz führt Hassan Genscher – an farbenprächtigen kostümierten Berber-wachen vorbei – durch die mit maurischen Mosaiken geschmückten Innenhöfe und Säle des Palastes, ohne auf die gewaltigen Tore hinzuweisen, die jeden einzelnen Teil der Anlage gegen unbefugte Eindringlinge abriegeln können. Daß dies notwendig werden könnte, hat der König bei den blutigen Putschversuchen der Streitkräfte 1971 und 1972 festgestellt.

Heute aber ist davon keine Rede. Ein Springbrunnen plätschert munter in der Mitte der Halle, in die Hassan seinen Gast zum Gespräch führt. Und hier, unter einer hohen, mit Mosaiken verzierten Kuppel, erweist sich der König zur Verblüffung seines Partners als ein durch und durch professioneller, sachlich beschlagener Politiker. Zupackend formulierend, ohne Umschweife zum Kern kommend, weiß Hassan über manche Themen besser Bescheid als die zuständigen Ressortminister, mit denen der Bundesaußenminister zuvor konferiert hat.

Kein Wunder, daß der Monarch – nach der Verfassung über der Legislative, der Exekutive und der Justiz stehend – auch als persönliche Autorität allseits akzeptiert ist. Daß seine beiden Söhne, Kronprinz Sidi Mohammed (22) und Moulay Rachid (15) später einmal diese Rolle übernehmen könnten, glaubt kaum jemand. Auf längere Sicht herrscht auch hier Ungewißheit.

# Jugend heute

Die jungen Bundesbürger von heute zeigen Willen und Bereitschaft zur positiven Gestaltung unserer Zukunft. Großartige Leistungen vieler junger Menschen

- am Arbeitsplatz
- in Kultur und Wissenschaft
- im Sport

haben der Bundesrepublik Deutschland neuen Schwung gegeben. Junge Menschen sind zu überzeugenden Botschaftern unseres Landes geworden.

Diese Erfolge sind Ansporn für viele. Vertrauen in die Funktionstüchtigkeit unserer Demokratie wird sichtbar.

Dies sind erfreuliche Bestätigungen für ein Umfeld, in dem wir uns einer Freiheit und eines Wohlstandes erfreuen dürfen wie nie zuvor.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Land, für das es sich einzusetzen lohnt.

Deutsche Bank



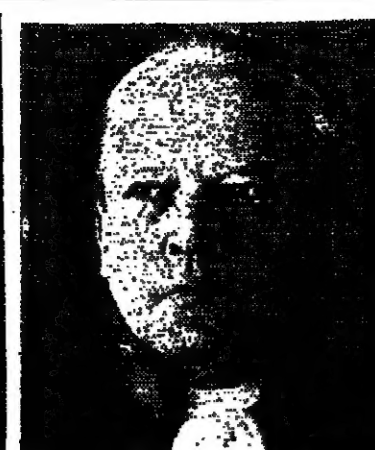




Hans Justus Rinck



Wolfgang Zeidler



Helmut Simon

## Bundesverfassungsgericht vor dem größten Revirement seiner Geschichte

Sieben von 16 Richtern scheiden aus / Roman Herzog Nachfolger von Präsident Zeidler

Von HENNING FRANK

Die Verfassungshüter, die das Bundesverfassungsgericht Anfang der achtziger Jahre zu überrollen drohte, ist gebannt. Wie Gerichtspräsident Wolfgang Zeidler am Wochenende bei einem Pressegespräch mitteilte, ist die Zahl der Neueingänge im vergangenen Jahr weiter zurückgegangen. Nachdem 1983 das Karlsruher Zwillingsgericht mit fast 4000 neuen Verfahren kurz vor einem Kollaps stand, wurden 1985 „nur“ noch 3141 (1984: 3494) registriert.

Bei einer Mitte vergangenen Jahres vom Bundesinnenministerium in Auftrag gegebenen Umfrage geniesst von allen staatlichen Institutionen nur der Bundespräsident ein höheres Ansehen als Karlsruhe. Und da auch die Erfolgsaussichten der Verfassungsbeschwerden nicht geringer geworden sind – sie liegen seit vielen Jahren bei 1,2 Prozent –, ist der weitere Rückgang 1985 für Professor Zeidler vor allem auf die Diskussion über die Einführung einer Unterlegensgebühr zurückzuführen. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts sieht in der seit 1. Januar 1986 bestehenden Möglichkeit, bei einer erfolglosen Verfassungsbeschwerde dem Antrag eine Gebühr aufzuerlegen, ein Mittel Karlsruhes, sich gegen unsinnige Verfahren zu wehren.

### Aktenberg wächst noch

Wieweit Karlsruhe noch immer von einer Normalisierung seiner Arbeit entfernt ist, zeigen die nach wie vor extrem hohen Rückstände. Der Aktenberg, der sich seit vielen Jahren vor den beiden Senaten aufstaut, konnte auch im vergangenen Jahr nicht abgebaut werden. Im Gegenteil: Die Zahl der unerledigten Fälle hat sich 1985 mit 1777 Verfahren sogar leicht erhöht (1984: 1651).

Und da sich das Bundesverfassungsgericht in diesem Jahr noch mehr als bisher mit den Streitigkeiten politischer Instanzen beschäftigen muß, ist 1986 kaum mit einer Entlastung der 16 Richter zu rechnen. Ihre Belastung wird in den nächsten Monaten wahrscheinlich sogar noch zunehmen, weil sieben von ihnen in den nächsten anderthalb Jahren ausscheiden. Auch wenn dieses größte Revirement der Geschichte des Bundesverfassungsgerichts in Etappen geschieht, so be-

gint es sich schon jetzt auf die Arbeit der beiden Senate auszuwirken. Hans Justus Rinck scheidet als erster des Septetts am 1. Oktober aus. Wenn das nach wie vor umstrittene Vorschlagsrecht für den Nachfolger des dienstältesten Mitglieds des Bundesverfassungsgerichts der in seiner fast 18jährigen Amtszeit nie auf sich aufmerksam gemacht hat, wirklich der SPD zustehen sollte, dann wird der freiwerdende Platz im zweiten Senat von einer Frau eingenommen. Für die sozialdemokratische „Findungskommission“ ist es freilich gar nicht so einfach, dafür eine geeignete Kandidatin dem Wahlmännernausschuß des Deutschen Bundestages zu präsentieren. Abgesehen davon, daß sie als Richterin an einem der fünf obersten Bundesgerichte tätig sein muß, darf sie auch nicht SPD-Mitglied sein. Denn Hans Justus Rinck ist einer der vier „neutralen“ Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts, von denen zwei im ersten Senat (Professor Konrad Hesse und Franz Niedermayer) und zwei im zweiten Senat (Professor Helmut Steinberger und Hans Justus Rinck) sitzen.

Die größte Aussicht von der SPD vorgeschlagen zu werden, hätte wohl Ingeborg Wolff vom Bundessozialgericht in Kassel. Doch sie soll inzwischen aus familiären Gründen nicht „zur Verfügung“ stehen. Wer von den übrigen drei Bundesrichterrinnen, die angeblich in die engere Wahl gezogen worden sind, das Rennen macht, ist völlig offen. Ingeborg Franke vom Bundesverwaltungsgericht in Berlin verfügt allerdings im Gegensatz zu Christine Krohn und Karin Graßhof vom Bundessozialgericht in Karlsruhe über die besseren Voraussetzungen. Sie sitzt im „Beamteneinstellungsamt“.

Während die Wahl des Nachfolgers von Hans Justus Rinck aller Voraussicht nach noch vor dem Ende seiner Amtszeit erfolgen wird, kann Professor Konrad Hesse nicht damit rechnen, daß er rechtzeitig abgelöst wird. Der bekannte Freiburger Staatsrechtler wird wohl noch einige Monate länger an seinem Schreibtisch im Glasbau im Karlsruher Schloßbezirk ausharren müssen. Da seine Amtszeit wenige Tage nach der Bundestagswahl am 31. Januar 1987 endet, wird über seinen Nachfolger vom Bundestag mit ziemlicher Sicherheit erst später entschieden werden. Man wird davon ausgehen müssen, daß er zusammen mit

den fünf anderen neuen Richtern ausgewählt wird, die Anfang November 1987 für Helmut Simon und Dietrich Katzenstein in den ersten und für Gerichtspräsident Wolfgang Zeidler, den Mannheimer Völkerrechtler Helmut Steinberger und Engelbert Niebler in den zweiten Senat „nachrückt“.

Sieht man einmal von dem Vorsitzenden des Presserechtsamtes des Bundesgerichtshofes, Erich Steffen (SPD), ab, der das „Enfant terrible“ des Bundesverfassungsgerichts Helmut Simon „beeren“ soll, so ist bisher nur eine Entscheidung so gut wie sicher: Nach dem ersten sozialdemokratischen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Professor Wolfgang Zeidler, wird wieder ein Christdemokrat an der Spitze des Karlsruher Zwillingsgerichts stehen, der bisherige Vizepräsident und Vorsitzende des ersten Senats, Professor Roman Herzog, der sich ebenso wenig von seiner Partei verabschieden läßt, wie der „Estatist“ Wolfgang Zeidler von der SPD.

### Franzen im Gespräch

Wer nach dem Weggeführten Helmut Schmidts den Vorsitz im zweiten Senat und damit zugleich die Vizepräsidentenschaft des Bundesverfassungsgerichts übernimmt, ist dagegen noch völlig offen. Zu der erhofften Idealbesetzung mit dem Präsidenten des Bundesarbeitsgerichts, Professor Otto Rudolf Kiesel, dürfte es nicht kommen. Der Sozialdemokrat und Synodalpräsident der Evangelischen Kirche von Hessen-Nassau ist seiner Partei mit 47 Jahren zu alt. Er würde nämlich nach Roman Herzog nur knapp zwei Jahre als Präsident des Bundesverfassungsgerichts amtiert können.

Immer häufiger wird dagegen der Name eines Richters des sogenannten Atomrechtsamtes des Bundesverwaltungsgerichts in Berlin genannt, der auch als Nachfolger des Präsidenten des nordrhein-westfälischen Oberverwaltungsgerichts, Dieter Bischoff, gehandelt wird: Der 48jährige Eberhard Franzen, den der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts Horst Siedler am liebsten zu seinem Nachfolger machen würde, ist nicht nur ein herausragender Richter, er besitzt auch als ehemaliger Mitarbeiter der SPD-Bundestagsfraktion das volle Vertrauen seiner Partei.

## Kohl: SPD ist völlig aus dem Tritt geraten

MICHAEL JACH, Wolfenbüttel

Um bei der bevorstehenden Landtagswahl in Niedersachsen ein rot-grünes Regierungsbündnis in Hannover auszuschießen, „braucht die CDU jede Stimme“. Mit dem Aufruf an seine Partei zu demgemäßen Einsatz griff der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl am Wochenende erstmals in den einsetzenden niedersächsischen Wahlkampf ein. Auf dem Parteitag des CDU-Landesverbandes Braunschweig in Wolfenbüttel bestätigte Kohl damit die bereits von Ministerpräsident Ernst Albrecht vorgeschobene Linie, daß die Union im Lande „stärker als SPD und Grüne zusammen“ bleiben müsse. Eine Koalition mit der dem bereiten FDP schloß zwar auch Kohl nicht aus, doch mag er sich offensichtlich ebenso wenig wie Albrecht darauf verlassen, daß die Freidemokraten in Hannover sich selbst zurechtfinden um die Fünf-Prozent-Hürde zu machen.

Mit Blick auf Sozialdemokraten und Grüne in Niedersachsen, die allenfalls gemeinsam eine Regierungsmehrheit aufbringen dürften, verwies der CDU-Bundesvorsitzende Knapp auf hessische Erfahrungen. Ihm sei es kaum vorstellbar, wie angesichts entsprechender Aussichten für Hannover und einer insgesamt „völlig aus dem Tritt geratenen“ SPD, „Arbeitnehmer, die teils seit Generationen von der Industrieproduktion leben, in diesem Jahr in Niedersachsen sozialdemokratisch wählen können“.

Breiterein Raum als die „Ausflüge“ des Kanzlers in die Landespolitik nahm seine, wie er es nannte, „Reichenschaft“ über die bundespolitischen Rahmenbedingungen ein – im Bonner Stimmungsgefäß der Jahresmitte 1986 noch ein Sorgenkinder für den Wahlkampf rüstenden Landes-CDU. In Wolfenbüttel wartete Helmut Kohl mit einer zumal wirtschaftspolitisch von Erfolgsbewußtsein getragenen Bilanz seiner drei ersten Regierungsjahre auf. Denn auch diese stünden – mit der Bundestagswahl im Januar 1987 bereits in Sichtweite – in Niedersachsen am 15. Juni schon mit zur Abstimmung der Wähler: „Jede Stimme für Ernst Albrecht ist eine Stimme für mich.“

Den Parteifreunden in der Veranstaltungshalle, wie auch den „für unsere Freiheit“, demonstrierenden, über Lautsprecher erreichten DGB-Mitgliedern draußen auf der Straße führte Kohl vor Augen, wie seine Regierung binnen dreier Jahre den wirtschaftspolitisch „aus dem Kurs gelaufenen Tanker gedreht“ habe – mit dem international beachteten Erfolg, daß die Bundesrepublik Deutschland inzwischen die „im Vergleich der Industrieländer ausgewogenste“ und damit langfristig tragfähigste Aufwärtsentwicklung aufweise. Gleichwohl bleibe die noch unbewältigte Arbeitslosigkeit „die innenpolitische Heimsuchung Nummer eins“.

DIE WELT (USPS 605-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

## Nach dem Skandal gibt es nun auch Sachkonflikte in der Koalition

Hochschulgesetz und Bettenplanung bei CDU und FDP umstritten / Diepgen: Nicht entnützt

H.R. KARUTZ, Berlin/Bonn  
In der Berliner Senatskoalition bringen anhaltende FDP-interne Debatten über einen möglichen Rücktritt von Umweltminister Horst Vetter (FDP) – er erhielt von dem verdächtigten Bauträger Kurt Franke mindestens 10.000 Mark Spendengeld – auch die CDU in Zugzwang. In Bonner Unionskreisen werden für den Fall neuer Personalbesetzungen die Namen von Justiz- und Bundesminister Rupert Scholz sowie von Ex-Bundesverfassungsgerichtspräsident Ernst Benda genannt, sofern auch der Regierende Bürgermeister Diepgen in Rücktrittsbewegungen einbezogen werden sollte. Der angesehene Justiz Scholz besitzt das besondere Vertrauen des Bundeskanzlers.

Diepgen hat in der „Berliner Morgenpost“ (Sonntagsausgabe) erklärt, daß ihn die Probleme weder „entnützt“ noch „geleitet“ haben. Diepgen: „Den wirtschaftlichen Aufschwung lassen wir uns nicht kaputt machen, weder durch einige Straßler noch durch eine ständig schimpfende, diffamierende und ohne jedes Augenmaß polemisierende Opposition.“

### „Moral-Kodex“ der CDU

Die Liberalen sind nicht bereit, für den auch von FDP- und CDU-Politikern für unausweichlich empfundenen „Beilegungsschlag“ lediglich Senator Vetter zu opfern. Über die Umstände seiner Annahme einer 10.000-Mark-Spende durch den Baubeschuldigten Bauträger Kurt Franke dürfte es morgen Abend auf einer FDP-Landesversammlung zu Auseinandersetzungen kommen. Das höchste Gremium der Liberalen zwischen den Parteitag debati-

tiert über Vetter und ein Strategiepapier, das vier FDP-Politiker an diesem Wochenende fertigstellten: Finanzsenator Günter Rexrodt, der frühere Landesvorsitzende Wolfgang Läder (linker Flügel), Parlamentsdirektor Bernd Löhning sowie der Abgeordnete Jürgen Biederbick.

Diese Unterlagen mit ihren weitreichenden Forderungen nach einer radikalen Berliner Verwaltungsreform und Änderung der Spendenpraxis soll am Dienstag Abend verabschiedet werden. Wäre Vetter im Laufe der nächsten Zeit nicht mehr im Amt zu halten, soll er entweder innerhalb der FDP ersetzt oder das Umweltressort im Zuge eines größeren Senaterevirements der Union überlassen werden, falls die CDU dafür beispielsweise das Kulturressort oder abermals die Justiz für die Liberalen freibt.

Auch die Union legte im Wochenende durch Senator Wilhelm Kewenig letzte Hand an ein Strategiepapier, aus dem ein „Moralkodex für die politische Alltagspraxis“ der Berliner CDU hervorgehen soll. Außerdem enthält es Überlegungen, wie die Vergabe von Subventionen im Baubereich, die Handhabung der Baugenehmigungen, das äußerst weit ausgelegte – Ausnahmegerichtungsrecht und andere Berliner Besonderheiten endlich durchsichtig gemacht werden können.

Der notwendige, aber mit viel Zeitverlust verbundene Versuch von CDU und FDP, verlorenes politisches Vertrauen in Berlin selbst und außerhalb wiederzugewinnen, wird durch ein neues Phänomen erschwert: Zum ersten Mal im knapp drei Jahre alten CDU/FDP-Bündnis zeigen sich Sachkonflikte von Gewicht: ● Der zuständige Fachausschuß auf

FDP-Landesebene lehnte jetzt kategorisch die Pläne von Gesundheitsminister Ulf Fink (CDU) ab, ein komplettes Universitätsklinikum stillzulegen, an anderer Stelle in der Stadt für mehr als eine halbe Milliarde Mark neu zu bauen und dabei rund 2000 Betten der besonders teuren Akutversorgung zu sparen. Die FDP-Spitze gab Fink bereits zu verstehen, daß sie in keinem Falle ohne detaillierte Alternativplanungen seinem Vorhaben zustimmen werde. Die Überlegungen des CDU-Senators werden keinesfalls hippen zum Zuge kommen.

● Wissenschaftssenator Wilhelm Kewenig wiederum sieht sich ebenfalls erfolgreichen FDP-Widerständen gegenüber, seinen Referentenentwurf für ein neues Berliner Hochschulgesetz vom Senat billigen zu lassen. Der linke FDP-Flügel lehnt entschieden jede Verschärfung der Bestimmungen zugunsten der Professoren und eine Neuberechnung der Stimmenschlüssel für bestimmte Hochschulgremien ab.

### Kompromiß in Sicht

Wahrscheinlich einigen sich CDU und FDP noch bis zur Osterpause in fünf Wochen jeweils auf Kompromisse – jedoch stets zu Lasten der beiden CDU-Senatoren und ihrer ursprünglichen Vorstellungen.

In der jüngsten Ausgabe der CDU-Zeitschrift „Berliner Rundschau“ spiegelt sich das Unbehagen vor allem an der Parteibasis über die Lage: „Viele Mitglieder und Freunde der CDU sind verärgert. Das, was sie da plötzlich von allen Seiten hören müssen, entspricht nicht dem Bild, das sie bis dahin von der CDU besaßen. Haben sie sich so getäuscht?“

## Fischer, der Müll und die Fundis

WILMHERLYN, Hagen

„Warum soll ich meine erste große Niederlage auch noch live erleben?“ fragte am Vorabend der Bundesversammlung der Grünen Hessens Umweltminister Joschka Fischer seine Getreuen. Und so ließ er sich am Wochenende in der Hagerener Stadthalle gar nicht erst blicken, wo ihm die Öko-Sozialisten und Fundamentalisten seiner Partei eine empfindliche Schlappe zufügten. Er entschuldigte sich mit dem Tod seiner Schwiegermutter, er müsse seine Kinder hüten.

Stolperstein für Fischer ist die Entgiftung – denn entgegen der Begehrung der Grünen in Sachen Mülltourismus läßt Fischer einen Teil des in Hessen anfallenden Giftmülls auf die „DDR“-Kippe Schönberg gegenüber Lößek und nach Frankfurt bringen. Fischer sieht sich in einem Interessenskonflikt: Er habe „das Erbe einer zwanzigjährigen politischen Untätigkeit geerbt“, sagte er auf der anderen Seite „kann ich den Beschluß des Bundesausschusses der Grünen nur begrüßen. Auch ich will den Stopp für den Mülltourismus. Nur fehlt diesem Beschluß ein zweiter Teil, der mir sagt, was ich statt dessen machen soll“.

Auch seine Anwesenheit in Hagen hätte nicht verhindern können, daß die Fundamentalisten ihren breitgeschilderten Forderungskatalog nach Entsorgung und Entgiftung mit gro-

ßer Mehrheit durchbringen konnten. Aber die Grünen sahen auch in dieser Resolution nicht, was sie in der Praxis mit dem anfallenden Müll machen wollen bzw. passieren soll.

In dem Beschluß offenbarte sich damit wieder einmal die Zerrissenheit der Grünen. Ihre Bundesvorsitzende Jutta Ditfurth wandte sich mit mahnenden Worten an die etwa 800 Delegierten, sich nicht in verschiedenen Gruppen aufreiben zu lassen. Sie sagte: „Diese Bundesversammlung ist die Fortsetzung der Bundesversammlung in Offenbach vom Dezember – wir sitzen an diesem Wochenende unsere Leidenschaft für praktische Anti-Wackersdorf-Politik ab.“ Damals war die Mehrheit der Delegierten zur Wiederaufbereitungsanlage ins bayerische Wackersdorf gefahren und hatten so die Unterbrechung des Parteitag erwungen. Jutta Ditfurth sagte weiter: „Wir haben ein knappes Jahr vor uns, bevor wir im Januar 1987 mit mehr Abgeordneten in den Bundestag einziehen als 1983. Auseinandersetzungen werden uns nicht daran hindern, wenn sie fruchtbar sind, wenn wir an nachvollziehbaren inhaltlichen Positionen auseinanderzusetzen, was wir wollen.“ Zerrissen von uns meinen, ohne die anderen auskommen zu können und blankweg auffordern, sie ziehen zu lassen.

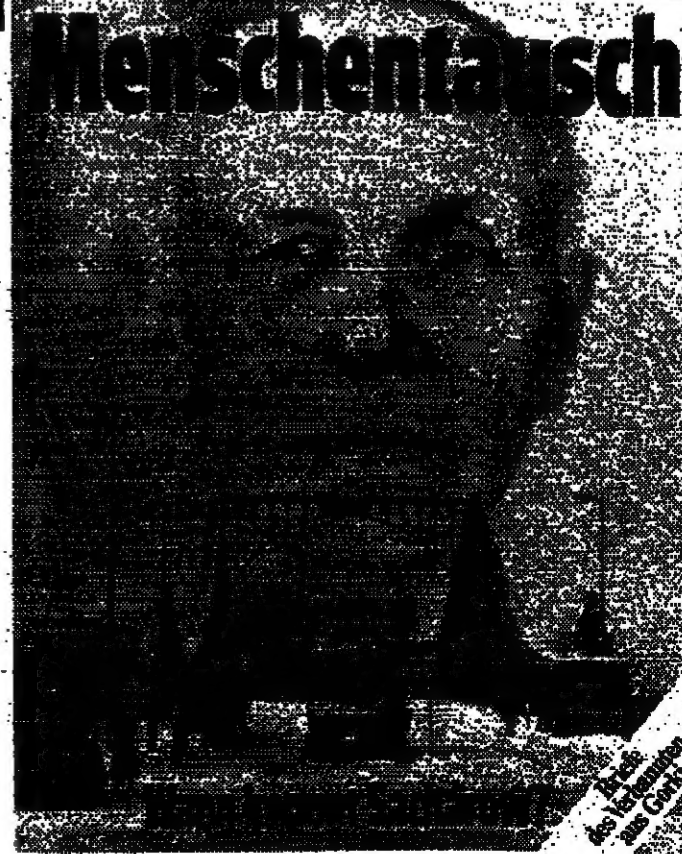
Das Durchziehen einer Strömung gegen die anderen wäre ebenso unser politischer Tod wie eine diffuse positionlose Breite.“

Dabei fuhr sie auch scharfe Angriffe gegen die SPD. Sie sei „kleptomane“, denn je weiter sich die Sozialdemokraten nach rechts entwickelten, desto mehr mühten sie sich ab, „von uns Begriffe zu klauen“ – wie etwa den Begriff der Ökologie. Und das Mitglied des Bundesvorstandes Rainer Trampert übte nicht nur Kritik an DGB-Chef Ernst Breit und dessen „Harmoniestreben“, sondern er wandte sich insbesondere gegen die „Anstandskampagne“ des SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau. Er rief den Delegierten zu: „Wir müssen aufpassen, daß wir nicht einsacken in den klebrigen Sumpf von Anstand und sozialen Frieden.“

Die Mehrheit der Öko-Sozialisten lehnten erneut eine Annäherung an die SPD ab und bestanden auf ihrer Fundamentalopposition. Dagegen erklärte am Rande des Parteitages das Bundesvorstandsmittglied Lukas Beckmann, wenn die Bundesbürger am Tage der Bundestagswahl 1987 einer rot-grünen Koalition die Mehrheit gebe, die Zeit also reif sei für eine Änderung der Gesellschaftsstruktur, könne er sich auch vorstellen, auf gewissen Gebieten mit der SPD zusammenzuarbeiten.

# DER SPIEGEL

In dieser Woche:  
Friedensnobelpreisträger Sacharow berichtet aus Gorki: „Ich wurde aufs Bett geworfen und gefesselt“ ■  
Staatsanwälte ermitteln gegen Bundeskanzler Kohl ■  
Neuer Numerus clausus: 60 000 Abiturienten im Mediziner-Test ■ Das Rotterdamer Ölpreis-Poker ■  
Was VW in Spanien vorhat ■ Kampfhunde – die neue „Waffe“ der Halbwelt.





Von RITA SÜSSMUTH

Mehr Frauen in die Politik, lautet seit langem die politische Forderung. Wozu? Es geht darum, Vorstellungen und Belange der Frauen in die Politik einzubringen und das Recht auf aktive politische Beteiligung wahrzunehmen.

Noch bilden Frauen eine Minderheit in der Politik. Was wird von ihnen erwartet? Nach meinen Erfahrungen gibt es unterschiedliche Erwartungen an Männer und Frauen. Zunächst einmal sind jene Fähigkeiten und Einstellungen gefordert, die in anderen Berufsfeldern genauso ausschlaggebend sind. Es kommt auf Sachverstand, Lernfähigkeit, auf soziale Kompetenz, Führungs- und Teamfähigkeit an. Es genügt nicht, hart zu arbeiten. Das jeweilige Problem wie auch die oftmals mühsam erkämpfte Problemlösung müssen durchgesetzt und vermittelt werden. Ich erfahre, wie sehr ich auf Menschen angewiesen bin, mit denen ich vertrauensvoll zusammenarbeite, die mich unterstützen, die Ideen, Kritik, Engagement, aber auch Humor einbringen. Nicht hoch genug einzuschätzen sind Einfühlungsvermögen, Selbstvertrauen, Glaube an die Menschen und an die Sache, an die leitende politische Idee, an das politische Gespür. Ist das nicht gegeben, verwandelt der politische Alltag den Menschen zu einem alsbald verletzten, resignierenden oder harten, ja selbst zynischen Wesen. Dazu gehört auch, mit verkürzten und dadurch verfälschenden Wiedergaben einiger meiner Äußerungen in der Öffentlichkeit fertig zu werden.

### Die „Nur-Hausfrau“ nicht geringschätzen

Als Beispiel nenne ich meinen Beitrag zur Gesamtschule auf dem GEW-Kongress in Hannover. Dort räumte ich auf eine Frage nach der Möglichkeit der Gesamtschule in Bezug auf die unbefriedigende Situation von Hauptschülern ein, daß auch ein guter und mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestatteter Gesamtschulversuch - wie zum Beispiel die Friedensschule Münster - der Förderung dieser Benachteiligten dienen könne.

Diese Äußerung machte mich, der ich einem differenzierten Schulsystem ohne staatliches Monopol den Vorzug vor Gesamtschulen gebe, - vor allem vor solchen, die wie in

Nordrhein-Westfalen durch Etikettens Austausch aus dem Boden gestampft werden - nicht zur Befürworterin dieses Systems als Regelschule. Meine Sympathie gilt vielmehr dem Ausbau der Privatschulen, die leider noch in viel zu geringer Zahl vorhanden sind.

Wer sich als Frau auf die Politik einläßt, darf nicht von der Vorstellung ausgehen, daß man auf sie gewartet habe, sondern sie muß sich hier - wie in jeder anderen Position - erst als sachkompetent und durchsetzungsfähig erweisen. Aber wer sich eingelassen hat, sollte sich auch wirksam einzubringen versuchen. Das erfolgt in der Regel nicht über spektakuläre politische „Witze“, sondern über beharrliche Verfolgung des gesteckten Ziels. Entscheidend ist hinzuzulernen, sich nicht beirren zu lassen, auch nicht durch scheinbar unüberwindliche Schwierigkeiten.

Nachdem ich vier Monate im Amt bin, möchte ich einige Themen ansprechen, die mir besonders am Herzen liegen. So setze ich mich für vernachlässigte Lebensbereiche, die Menschen zu einem alsbald verletzten, resignierenden oder harten, ja selbst zynischen Wesen. Dazu gehört auch, mit verkürzten und dadurch verfälschenden Wiedergaben einiger meiner Äußerungen in der Öffentlichkeit fertig zu werden.

Ich wende mich gegen die häufig geringschätzig gebrauchte Bezeichnung „Nur-Hausfrau“ und setze mich mit Nachdruck dafür ein, daß die Arbeit der Frauen in der Familie anerkannt wird - wegen der großen Bedeutung der Familie für unsere

## Die Frauen sollen ihre Rolle in der Gesellschaft selbst bestimmen dürfen

Gesellschaft und wegen der hohen Leistungen, die Frauen hier abbracht und von ihnen erbracht werden. Gerade deshalb dürfte es nicht immer weiter nur bei der verbalen Anerkennung bleiben, sondern diese mußten sich im praktischen Handeln niederschlagen.

Alle Gesetze und Maßnahmen, die von dieser Bundesregierung in Angriff genommen und schon in Kraft

Frauen, ob sie zu Hause oder im Berufsleben tätig sein wollen, zu debattieren, auch wenn das einer Minderheit immer noch ein Problem ist. Worum es mir geht, ist die Benachteiligung von Frauen, in welcher Lebenssituation sie sich auch befinden, zu beseitigen. Ich wehre mich gegen die Diskriminierung der erwerbstätigen Frau als „schlechte Mutter“. Ich lehne das Gerede von den Doppel-

versorgen oder daß sie dies mit dem von ihnen bisher ausgeübten Beruf verbinden wollen?

„Frauenfragen dürfen nicht isoliert von Männerfragen angegangen werden. Ursachen und Wirkungen der Benachteiligung von Frauen verweisen gleichsam zwangsläufig auf die gesellschaftliche Stellung des Mannes und die Beziehung zwischen den Geschlechtern. Ungleichheiten zwischen Mann und Frau äußern sich durchgängig in fast allen Lebensbereichen. Benachteiligungen im Beruf treten nicht isoliert auf. Sie sind in gleicher Weise in Familie und Öffentlichkeit, vor allem auch in der Politik aufweisbar.“

Aus dieser Feststellung im Vorwort zu meinem Sammelband mit Reden und Aufsätzen der letzten Jahre leite ich die Konsequenz ab, daß Frauen nicht deshalb, weil sie Kinder bekommen oder die Möglichkeit dazu besteht, benachteiligt werden dürfen. Ein aktuelles Beispiel für diese Form der Benachteiligung sind die Äußerungen des Präsidenten des Oberlandesgerichtes Braunschweig zur Einstellung von weiblichen Richtern und Rechtspflegern. Es geht mir nicht darum, an welcher Stelle Frauen in der Gesellschaft tätig sind, sondern daß sie dort, wo sie stehen und ihre Pflicht tun, keine Art von Nachteilen gegenüber Männern haben sollen.

Ein großer Schritt vorwärts würde allerdings dann getan sein, wenn mehr Männer, Ehepartner, Väter, den Bereich der Familie und des Hauses für ebenso wichtig ansehen wie den des Erwerbslebens. Wenn sie im größeren Umfang erkennen würden, welche wesentlichen Erfahrungen sie sich selbst vorenthalten. Wenn aus der Mutter-Kind-Familie die Eltern-Familie würde, wäre für mich ein wesentliches Ziel erreicht.

Es ist mir wichtig, ein politisches Klima vorgefunden zu haben, das es - nach einer langen Zeit der Verdrängung - zuläßt und fördert, elementare Tatbestände wie Leben und Tod, Geburt und Sterben, ansprechen und diskutieren zu können. Ein Klima, das es mir ermöglicht, vom sicheren Festland, der von mir richtig und wichtig gehaltenen christlichen und demokratischen Grundposition aus,



Bundesfamilienministerin Rita Süßmuth

FOTO: DPA

getreten sind, kommen dieser Forderung nach: Das Erziehungsgeld erkennt - im Gegensatz zum bisherigen Mutterschaftsurlaubsgeld, das nur im Erwerbsleben stehende Frauen erhielten - die Arbeit der Frau, die sich ausschließlich oder für eine Reihe von Jahren für die Familienarbeit entschieden hat, als gleichwertig an. Die Anrechnung von Erziehungsjahren im Rentenrecht erhöht die Altersversorgung oder begründet erstmalig einen eigenen Rentenanspruch. Die steuerlichen Erleichterungen, vor allem aber das zusätzliche Familienpaket, sollen die finanziellen Nachteile von Familien mit Kindern gegenüber kinderlosen beseitigen.

Es erscheint mir müßig, in einer Zeit, in der 40,5 Prozent aller Erwerbstätigen weiblichen Geschlechts sind, über das Recht von

Schritt für Schritt Neuland zu gewinnen: Neuland für die Änderungen der Bedingungen, unter denen Menschen zwischen dem unantastbaren Lebensbeginn - der über das immer schon vorhandene Wissen der Theologie hinaus inzwischen naturwissenschaftlich-medizinische Erkenntnis geworden ist - und dem Erlöschen irdischer Existenz, das niemals in die Verfügbarkeit der Menschen gestellt werden darf, leben.

Ich spreche vom Leben in der Familie, der Familie mit Kindern, der Familie, die sich nicht auf die Eltern-Kind-Generation beschränkt, sondern das Zusammenleben mit der älteren Generation fördert; von den jungen Paaren, die sich, wie wir aus zahlreichen Umfragen wissen, Kinder wünschen. Ich spreche von der gegenseitigen Hilfe der Familien untereinander, von den Lebensbedingungen der älteren alleinstehenden Bürger, ledige und alleinerziehende Mütter und deren Kinder im Vergleich zu den kinderlosen Vorvorfahren.

### Bundesregierung schuf die Rahmenbedingungen

Die Zukunft all dieser wird davon abhängen, ob die Bundesrepublik Deutschland die Kraft aufbringt, der Lebensform Familie in allen denkbaren Ausprägungen in der Gesellschaft zur erforderlichen Anerkennung zu verhelfen.

Partnerschaft zwischen Mann und Frau, Wahlfreiheit, Anerkennung der Familienfähigkeit, Verantwortlichkeit der Partner füreinander, der Generationen untereinander sind für mich die Ziele, für die zu kämpfen es sich lohnt, von denen ich mir wünsche, daß sie eines Tages gelebte Realität werden.

Diese Bundesregierung hat Rahmenbedingungen geschaffen und wird diese noch verbessern, die eine Umsetzung möglich machen. Es blieb nicht, wie in früheren Regierungen, bei Sonntagsreden. Die Umsetzung hängt nun maßgeblich davon ab, ob mit diesem Kurs auch ein Bewußtseinswandel einhergeht.

Optimistisch stimmt da die Welle von zustimmenden und ermutigenden Zuschriften und Telefonanrufen von Bürgern, die mich täglich erreichen. Optimistisch stimmen mich die Ermutigung meiner politischen Freunde und die eigene Sicherheit gegen mancherlei Widerstände auf dem richtigen Weg zu sein.

## „Geduldige Arbeit für die Versöhnung“

DW, Stuttgart

Politiker der Bundesrepublik Deutschland haben am Wochenende die Bemühungen des Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Werner Nachmann, um die Versöhnung gewürdigt. Anlaß war die Verleihung des Theodor-Heuss-Preises an Nachmann im Stuttgarter Neuen Schloß. Die Vorsitzende der Theodor-Heuss-Stiftung, die FDP-Bundestagsabgeordnete Hildegard Hamm-Brücher, dankte Nachmann für den „Geist geduldiger Versöhnungsbereitschaft“, mit dem er sein Amt ausübe. „In diesem Geist, mit diesem Mut haben Sie es in den Jahren seit ihrer Rückkehr nach Deutschland verstanden, als Mittler zwischen Juden und Deutschen zu wirken“, sagte Frau Hamm-Brücher. Sie forderte alle Deutschen auf, die „beschämenden antisemitischen Äußerungen der letzten Wochen und Monate“ nicht zu bagatellisieren.

Nachmann nannte es in seiner Dankesrede als Pflicht, das politische Klima genau zu beobachten. „Wir betrachten es als unsere Aufgabe, im Interesse der gesamten Bevölkerung auf die kleinsten Vorkommnisse mit antidemokratischen Zügen hinzuweisen und die politische Verantwortlichen zur Reaktion aufzufordern.“ Durch die bitteren Erfahrungen seien die Juden sensibel geworden, was leider von manchem Kritiker nicht immer so gesehen werde.

Bundespräsident Richard von Weizsäcker dankte Nachmann in einem Brief für die Annahme der Ehrung und hob dessen beispielhaften Einsatz beim Ausgleich zwischen Juden und Deutschen hervor. „Die segensreichen Wirkungen Ihres Beispiels und Ihrer Arbeit für alle Deutschen sind kaum zu berechnen.“

Bundeskanzler Helmut Kohl erklärte in einem Glückwunsch, Nachmann habe die Versöhnung gefördert und sein Beispiel ganz wesentlich etwa auch zu Freundschaften durch persönliche Begegnungen beigetragen.

Weitere Medaillen der Theodor-Heuss-Gesellschaft erhielten das Schüler-Lehrer-Projekt „Juden besuchen Jever“ und der Vorsitzende der „Bayerischen Gesellschaft zur Förderung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion“, Erwin Essl.

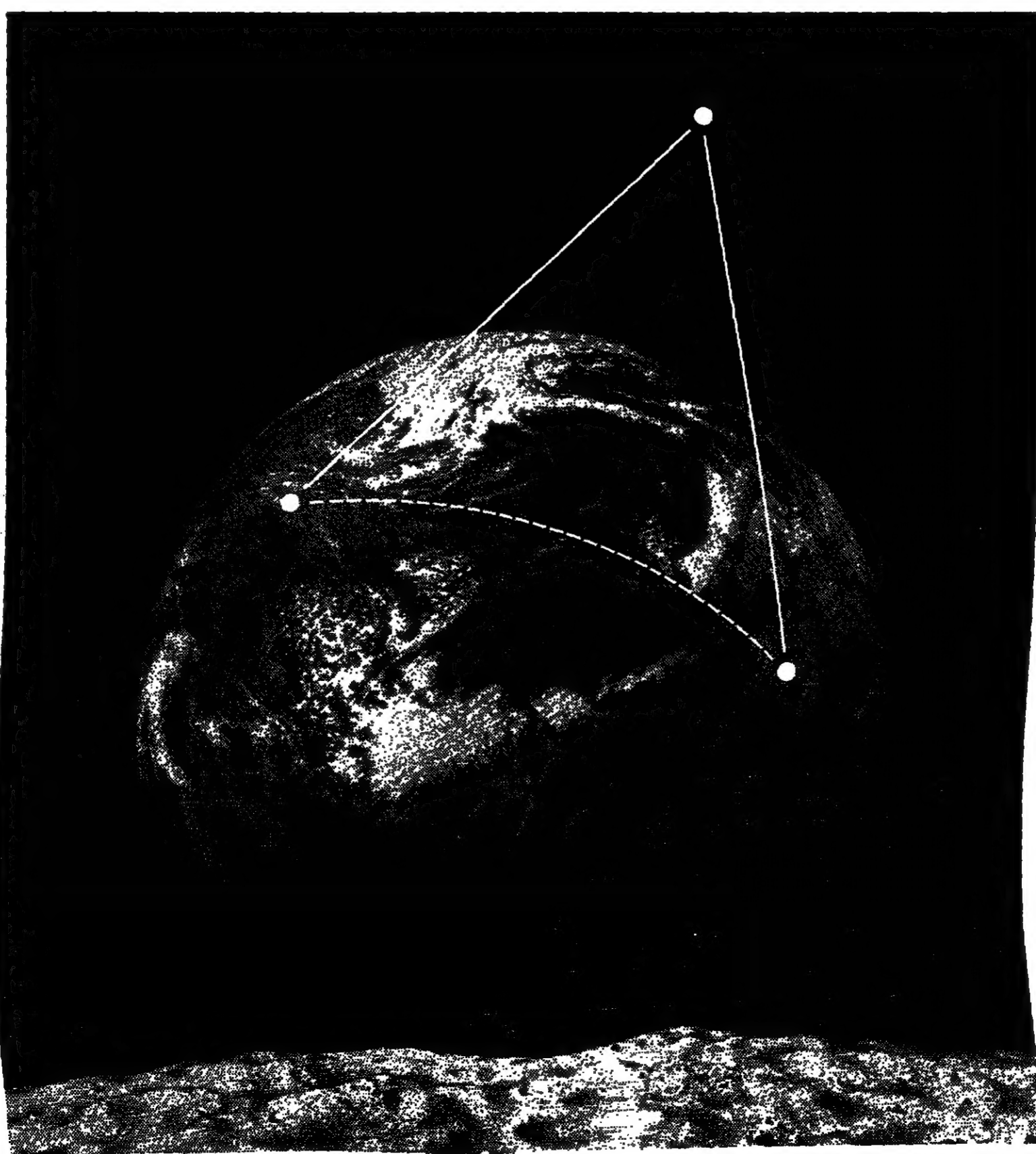
## Krupp Antennentechnik

Spezialantennen von Krupp Industrietechnik bei der interkontinentalen Erdvermessung.

## Vom Bayerischen Wald bis Texas ganze 5 Zentimeter.

Die Kontinente unserer Erde sind ständig in Bewegung. Spezialantennen von Krupp Industrietechnik vermessen diese Kontinentalverschiebungen so genau, daß zum Beispiel auf einer Strecke vom Bayerischen Wald bis Texas die Abweichungen nur ganze 5 Zentimeter betragen. Das sind etwa 7 mm auf 1.000 Kilometer Entfernung. Krupp Industrietechnik\* ist ein Unternehmen im Krupp Konzern.

Auf ein tausendstel Grad genau peilen diese Spezialantennen Fixsterne an. Mit Hilfe der gewonnenen Daten sind lebenswichtige Informationen über die



Bewegung der Kontinente und über erdbebengefährdete Gebiete möglich.

400 km nördlich des Polarkreises, im norwegischen Tromsø, steht EISCAT. Diese Spezialantenne dient der Erforschung des Polarlichts und des Einflusses der Sonne auf die Jahreszeiten.

4.000 km weiter südlich, auf einem Gipfel der Sierra Nevada, empfängt eine 30-m-Antenne Signale von der Milchstraße.

In Usingen bei Frankfurt sorgen 2 je 140 Tonnen schwere Parabolantennen als Erdfunkstellen der Deutschen Bundespost für die weltweite Übertragung von Fernsehprogrammen.

An Einrichtung und Realisierung dieser Antennen war Krupp in Arbeitsgemeinschaften maßgeblich beteiligt.

Moderne Antennentechnik von Krupp hilft noch auf vielen anderen Gebieten. Zum Beispiel bei der Auffindung verborgener Bodenschätze, der Rohmaterialforschung, der Kontrolle im Umweltschutz und als Kommandostation für Raumsonden.

Leistungen von Krupp sind stets das Ergebnis eines kreativen Dialogs. Krupp-Ingenieure entwickeln in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit ihren Kunden Problemlösungen für alle Bereiche des Lebens.

So sorgen wir mit einer Vielzahl modernster Werkstoffe, Anlagen und Systeme dafür, daß unsere Wirtschaft nicht nur schneller vorankommt, sondern auch sicherer.

Krupp. Fortschritt aus Tradition.

**KRUPP**

\*Wenn Sie weitere Informationen über Antennentechnik von Krupp wünschen, wenden Sie sich an Krupp Industrietechnik GmbH.



## Paris bremst Libyens Vordringen in Tschad

Luftüberlegenheit demonstriert / Waffen für Habbre

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn  
Im Tschad wird die libysche Armee dieselbe Rolle spielen wie die syrische im Libanon, erklärte der libysche Revolutionsführer Khadafi im vergangenen Dezember bei einem Besuch in Ouagadougou, der Hauptstadt Burkina Fasos (früher Obervolta). Zu diesem Zeitpunkt rollten schon die ersten libyschen Waffentransporte in den Norden des Tschad.

Khadafi Truppenpräsenz in diesem Teil des Landes wird nach Informationen des tschadischen Präsidenten Hissen Habre auf rund 7000 Mann, 60 Kampfflugzeuge der Typen MiG, Mirage und Marchetti, sowie Hubschrauber vom Typ Mi-8 und Mi-24 und 300 Panzerfahrzeuge geschätzt. Hissen Habre alarmierte Paris und bat vor allem um Panzerabwehrraketen vom Typ Milan. Von den libyschen Einheiten dürften einige Tausend in Uniformen der pro-libyschen Rebellenbewegung Gunt operieren.

### Wechselhafter Erfolg

Präsident Mitterrand antwortete prompt: „Die Respektierung des Abkommens ist die Voraussetzung für einen Frieden im Tschad. Frankreich ist engagiert. Der Vertrag muß respektiert werden, sonst ist das Risiko nicht mehr kalkulierbar.“ Kurz darauf nahm Paris die Aufklärungsflüge über den 16. Breitengrad hinaus wieder auf, der als rote Linie zwischen den pro-libyschen Rebellen und der Armee von Hissen Habre gilt. Die Spekulationen über eine militärische Einsatz im Tschad, der in Frankreich heftig umstritten war und pro Tag etwa 330 000 Mark kostete, lebten wieder auf. Sie bekamen neue Nahrung durch die Kämpfe der letzten Tage, die mit wechselhaftem Erfolg für beide Seiten an mehreren Orten zugleich und zwar sowohl auf dem 16. Breitengrad als auch südlich davon ausgetragen wurden.

Mit dem Luftangriff auf den Wüstenflugplatz Wadi Dum 900 Kilometer nördlich von der tschadischen Hauptstadt N'Djamena hat Frankreich nun seine Entschlossenheit bekräftigt, ein Vordringen Khadafis nicht zu dulden. Die Operation erfolgt nicht zu Lasten der Eröffnung des Gipfels französischsprachiger Länder in Versailles, an dem auch zahlreiche Staats- und Regierungschefs aus Afrika teilnehmen.

### Suche nach Schutzmächten

Mit der heimlichen Zustimmung und stillen Genugtuung dieser Staatsmänner darf Paris rechnen, zumal die revolutionären und missionarischen Umtriebe Khadafis nicht wenige der ehemaligen französischen Kolonien direkt oder indirekt betreffen.

Der Angriff auf den von Libyen kontrollierten Flugplatz bedeutet auch, daß Frankreich die stillschweigende Annexion des Nordtschad durch Libyen vorläufig nicht hinnehmen gewillt ist. Der von Libyen besetzte Aou-Straifen längs der libyschen Grenze, in dem reiche Uranvorkommen vermutet werden, wird in den offiziellen Landkarten Libyens seit neun Jahren als Teil des libyschen Staatsterritoriums ausgegeben.

Ein Eingreifen von französischen Bodentruppen ist vorerst jedoch noch unwahrscheinlich. Frankreich liefert jetzt massiv Panzerabwehrwaffen und Flugabwehrsysteme.

Der Angriff hat außer der innenpolitischen Demonstration der Stärke kurz vor den Wahlen und der Demonstration von Luftüberlegenheit freilich noch andere Gründe. Tschad bekommt seit 1985 auch amerikanische Militärhilfe in Höhe von rund fünf Millionen Dollar jährlich. Beim Nachbar Kamerun konnten Israel und Kanada ihren Einfluß erheblich ausweiten. Paris ist die kaum kaschierte Suche einiger afrikanischer Staaten nach anderen Schutzmächten, was auch immer gleich Handels- und Wirtschaftspartner bedeutet, nicht entgangen. Das verleiht dazu, deutlichere Zeichen zu setzen.

## Malaysia als Partner willkommen

PETER ISELL, Kuala Lumpur

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hält sich gegenwärtig in Malaysia auf, „einem erfolgreichen Schwellenland, einem Land mit großen Möglichkeiten, aber auch mit großen Herausforderungen“, wie er gestern Abend bei einem Pressegespräch betonte. Der Bundespräsident sieht die Möglichkeiten neuer und ausgedehnter Formen der Partnerschaft zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Malaysia, wobei insbesondere die Privatwirtschaft eine Rolle spiele.

Dieser Wunsch sei auch von der malaysischen Regierung ausgedrückt worden. Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke, sagte, man werde der Privatwirtschaft vorschlagen, bald eine Delegation nach Kuala Lumpur zu entsenden.

Auf dem öffentlichen Sektor bestehe die Möglichkeit, die Berufsausbildung auf der Ebene der Techniker zu fördern. Außerdem soll in Kürze ein neuer Delegierter der deutschen Handelskammer nach Kuala Lumpur kommen.

Dem Bundespräsidenten waren die Strapazen der über zehntägigen Reise nach Birmas, Bangladesch und jetzt Malaysia weniger anzuhaben als einigen begleitenden Pressevertretern. Und anstrengend war das Programm tatsächlich: Empfang beim König von Malaysia und Höflichkeitsbesuch bei Ministerpräsident Mahathir Mo-

hamad, Besuch in dem von der Bundesrepublik durch Experten und Finanzhilfe unterstützten „Institut für Walforschung“ (Frim) und diverse andere Besichtigungen.

Rund 60 deutsche Firmen sind zur Zeit in Malaysia tätig. Malaysia ist nach dem Handelsvolumen (im letzten Jahr rund fünf Milliarden Mark) der größte Handelspartner der Bundesrepublik im südostasiatischen Staat.

Von allen EG-Ländern ist die Bundesrepublik andererseits der größte Abnehmer malaysischer Produkte. Maschinen, Automobile, elektronische Produkte und andere Fertigwaren machen zusammen fast neunzig Prozent der deutschen Exporte nach Malaysia aus. Andererseits stellen elektronische Teile, Holz, Gummi und Lebensmittel über siebzehn Prozent der malaysischen Exporte in die Bundesrepublik.

Bundespräsident von Weizsäcker betonte nach seinen Gesprächen mit der malaysischen Regierung, daß Malaysia zur Zeit mehr Fertigwaren in die Bundesrepublik exportiere als Rohstoffe. Kuala Lumpur habe sich der Herausforderung der schlechten Weltmarktsituation für wichtige Rohstoffe wie Gummi, Zinn und Erdöl gestellt und mit einigem Erfolg versucht, seine Wirtschaft zu diversifizieren.

Für deutsche Firmen machten heute nicht nur die niedrigeren Löhne eine Investition attraktiv, sondern

auch die vergleichsweise sehr hohe Qualität der Produkte, die sich in vielen Bereichen „nicht von der Qualität der Bundesrepublik unterscheiden“.

Die deutschen Investitionen haben sich zwischen 1980 und 1984 nach den Worten von Bundesminister Warnke verdoppelt und betragen zur Zeit rund 150 Millionen Mark. Bis 1974 gewährte die Bundesrepublik öffentliche Kapitalhilfe von insgesamt 67 Millionen Mark.

Seither gilt Malaysia als Schwellenland mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von heute rund 5000 Mark qualifiziert sich das 15-Millionen-Land nicht mehr für eine deutsche Finanzhilfe. Nichtsdestoweniger laufen zur Zeit 14 Projekte im Rahmen der technischen Zusammenarbeit.

„Wir befinden uns erst im Frühling unserer Beziehungen“, sagte der Bundespräsident. „Lange sei man sich mit einer neutralen Distanz begesst, aber jetzt, haben wir uns entdeckt.“ Dies gelte auch für die Zusammenarbeit zwischen der EG und Asien.

Unter deutschem EG-Vorsitz einigte sich eine gemeinsame Konferenz im Jahre 1980 auf ein Zusammenarbeitabkommen, das zwar nicht alle Handelsprobleme lösen kann, aber eine bedeutende Grundlage für wirtschaftliche Kooperation und den politischen Dialog bildet.

## Wieder Jude in Libanon ermordet

AP, Beirut

Die Leiche des kürzlich in Beirut entführten libanesischen Juden Ibrahim Benesti ist gestern in dem von Moslems bewohnten West-Teil der libanesischen Hauptstadt gefunden worden. Eine Gruppe moslemischer Extremisten hatte Stunden vor dem Fund der Leiche bekanntgegeben, sie habe an einem von drei libanesischen Juden, die sie in ihrer Gewalt habe, die Todesstrafe vollstreckt, weil er ein Spion gewesen sei. Ibrahim Benesti ist der dritte libaneseische Jude, den die „Organisation der Unterdrückten dieser Erde“ nach eigenen Angaben aus Rache für Aktionen der Israelis in Südbanon getötet haben will.

## Neue Form der Industriespionage

AFP, New York

Versuche der Sowjetunion, die Kontrolle über drei amerikanische Banken in Nord-Kalifornien zu übernehmen und bei einer weiteren US-Bank eine Beteiligung zu erwerben, sind in den 70er Jahren vom FBI vereitelt worden. Moskau wollte sich damit Einblick in die Finanzgeschäfte bestimmter US-Unternehmen verschaffen, die auf Spitzentechnologien spezialisiert sind. Das Vorhaben, das nicht gegen amerikanische Gesetze verstieß, scheiterte, nachdem Moskau eine erste Teilsomme von 1,8 Millionen Dollar gezahlt hatte. Der US-Geheimdienst hatte die Affäre aufgedeckt. Ihm waren die hohen Banküberweisungen aufgefallen.

## Kriegsverbrecher unter Anklage

AFP, Belgrad

Der Gesundheitszustand des kürzlich von den USA an Jugoslawien ausgelieferten 86jährigen Nazi-Kriegsverbrechers Andrija Artukovic nach Einschätzung jugoslawischer Ärzte in Anbetracht seines hohen Alters „ziemlich zufriedenstellend“. Dies berichtete gestern die kroatische Zeitung „Vjesnik“. Artukovic, der sich gegenwärtig im Krankenhaus des Gefängnisses von Zagreb befindet, war am Donnerstag, einen Tag nach seiner Ankunft in Jugoslawien, offiziell unter Anklage gestellt worden.

Er soll für den Tod von mehr als 700 000 Menschen während des Zweiten Weltkrieges verantwortlich sein.

## Kirche nimmt aktiv am Kampf gegen Marcos teil

Ziel ist Beseitigung des Regimes / Repressalien befürchtet

JOCHEN HEHN, Manila

Während der Morgenmesse in der Pateroskirche, einem kleinen Gotteshaus in Manillas Stadtbezirk Makati, hielt der Priester nach der Wandlung für einen Moment inne und sprach dann zu den versammelten Gläubigen: „Alle die bei der Wahl betrogen, alle die zum Wahlbetrug beigetragen haben, sind von der Kommunion ausgeschlossen.“

### Innerer Wandel

Die so unverblümt gesagten Worte verfehlten ihre Wirkung nicht. Die Gläubigen gingen ohne Ausnahme nach vorne zum Altar, um das Sakrament der heiligen Kommunion zu empfangen. Es wird ein Geheimnis bleiben, wie viele es nur darum taten, um nicht dem Verdacht der Komplizenschaft ausgesetzt zu sein.

Doch ist dieser Vorfall symptomatisch dafür, welcher Wandel in den letzten Monaten in der katholischen Kirche der Philippinen vor sich gegangen ist. Kardinal, Bischöfe, Priester und Nonnen beschränken sich nicht mehr auf rein seelsorgerische Aufgaben, sondern haben eine aktive politische Rolle übernommen. Ziel ist die Beseitigung des Unrechtsregimes von Staatspräsident Marcos.

Wenn wir davon ausgehen, daß es bei uns einen allgemeinen Verfall moralischer Wertvorstellungen gibt, dann muß man daraus folgern, daß dieser Verfall nur durch uns selbst, durch den inneren Wandel des Volkes gestoppt werden kann“, hatte das Oberhaupt der katholischen Kirche und Erzbischof von Manila, Jaime Kardinal Sin, schon vor dem von Betrug, Terror und Mord geprägten Wahlkampf gesagt.

Daß diese Erklärung keine leere Formel war, zeigt der Aufruf der katholischen Bischofskonferenz an die Gläubigen, „den Bösen aktiven Widerstand mit friedlichen Mitteln“ zu leisten. Eine Regierung, heißt es weiter, die ihr Mandat durch Betrug und Gewalt errungen habe, besitze keine moralische Basis und dürfe nicht mit der Loyalität des Volkes rechnen.

Die drastische Stellungnahme der Bischöfe kommt einer Exkommunikation Marcos' gleich. Marcos sieht sich einer Welle von Massendemonstrationen ausgesetzt, die von Priestern und Nonnen angeführt werden.

Die Entscheidung der Bischöfe, einen maßgeblichen Teil der Widerstandsbewegung gegen Marcos und seinen Regierungsapparat zu übernehmen, bringt die katholische Kirche ins Visier der Regierung. Repressalien werden kaum ausbleiben.

Kardinal Sin, in der Vergangenheit schon mehrfach von Regierungsteilnehmern als „Khomeini der Philippinen“ bezeichnet, dürfte ebenso in der Schußlinie stehen wie etwa Radio Veritas, jener katholische Sender, der gegen die Übermacht und wissenschaftlichen Fehlinformationen eine der wenigen verlässlichen Quellen war, und jene Jesuiten, die den Kern der Nationalen Bewegung für Freie Wahlen (Namfrel) bildeten und zahllose Fälle von Wahlmanipulationen im Lande verhindern oder aufdecken konnten.

Dennoch blieb der katholischen Kirche kaum eine andere Wahl, als aktiv gegen Marcos Position zu beziehen. Denn sie selbst steht in einigen Landesteilen in der Defensive. Gemeint ist die Stellung der Priester in Gebieten, in denen die kommunistische Ideologie wegen der dort herrschenden unvorstellbaren Armut auf fruchtbaren Boden fällt.

Der Wettstreit zwischen Priestern und Kommunisten um die Seelen der darben Philipinos endet nicht selten damit, daß die Priester sich den Verbänden der Neuen Volksarmee anschließen, weil sie nur dort eine realistische Chance sehen, die Situation der Bevölkerung zu ändern.

### Fließende Grenzen

Ähnlich wie in manchen lateinamerikanischen Staaten verschwimmen in diesen Hinterhöfen der Menschheit die Grenzen zwischen Marxismus und Christentum. Für die gebeutelten Kreaturen auf der Zuckerinsel Negros zum Beispiel ist Religion nur dann relevant, wenn sie Befreiung bringt, und zwar in dieser Welt. Diese Philosophie scheinen sich auch viele philippinische Katholiken bei ihrem Widerstand gegen Marcos zum Motto gemacht zu haben. Unterstellt werden sie dabei von den Bischöfen, in deren Aufruf sich der Satz findet: „Wir werden den Wechsel, den wir anstreben, nicht herbeiführen, indem wir in Apathie verharren. Dann würden wir mitschuldig werden am Niedergang unseres Volkes.“

## NATO-Manöver irritiert Moskau

„Anchor Express“ in Norwegen / Kritik an der „strategischen Überlegenheit“ der Allianz

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

„Der provokative Charakter der NATO-Übung „Anchor Express 86“, die jetzt im Norden Norwegens begonnen hat, ist offensichtlich“, so der Tass-Kommentar zu dieser soeben begonnenen NATO-Übung, die den Willen Moskaus hervorruft. Denn sicher sei es kein Zufall, daß diese Übungen direkt an den Grenzen der UdSSR stattfinden und zwar zu Land, Luft und See.

„Die NATO-Strategen haben sich sehr bemüht, für diese Übungen eine gute Atmosphäre zu schaffen, eine Atmosphäre, wie sie sie verstehen, nämlich antisowjetische Hysterie“, wirft der Kommentator den verantwortlichen NATO-Befehlshabern, General Bernard Rogers und General-Sekretär Lord Carrington vor. Einen Monat lang würden nun mehr als 20 000 Soldaten aus acht NATO-Ländern zeigen, wie gut sie gerüstet seien, um „antisowjetische Angriffe abzuwehren“.

Allerdings würden diese NATO-Strategen immer noch nicht begreifen, daß der Hauptteil der Bevölkerung im Norden nur eines will, nämlich, daß ihre Länder frei von Kernwaffen, von ausländischen Truppen und von ausländischen Militärbasen werden. Denn Norwegen, Dänemark, Schweden und Finnland würden selbst Sicherheit und Frieden

im Norden Europas garantieren, „und zwar nicht mit Waffengewalt“, heißt es in dem Kommentar.

Moskau läßt sich keine Gelegenheit entgehen, um Verbalangriffe gegen die NATO zu führen und ihr „strategische Überlegenheit vorzuwerfen“. So erklärte jetzt Generaloberst Nikolai Tschernow vom Generalstab der Streitkräfte der UdSSR im sowjetischen Fernsehen: „Die Streitkräfte der NATO-Länder sind zahlenmäßig um fast 500 000 Mann stärker.“ – Die Einwohnerzahl der NATO-Länder sei um 50 Prozent höher als die der Länder des Warschauer Paktes. „Bei den Reservekontingenten habe die NATO ein erhebliches Übergewicht. Zudem seien die Produktionskapazitäten der NATO viel größer als die des Warschauer Paktes.“

Außerdem besitze die NATO mehr taktische Nuklearkraft und kolossale konventionelle Streitkräfte, wobei sie bei einer ganzen Reihe von Waffen und Mitteln dem Warschauer Vertrag bedeutend überlegen sei. – Denn in Europa stünden 94 gefechtsbereite Divisionen der NATO – und 78 des Warschauer Paktes. Doch würden sich die NATO-Politiker darüber ausschweigen und immer nur die Frage nach den Partnern „breitreden“.

Die Führungen der USA und der NATO bezogen allerdings nur die Panzer mit ein, die dem Vereinten NATO-Kommando zur Verfügung stünden, und die sie auf 16 000 bis 18 000 bezifferten, „obwohl es doch in Wirklichkeit mehr als 20 000“ seien. So seien in Europa rund 2500 amerikanische Panzer für Verbände mit Doppelbasisierung konzentriert. „In der Gesamtzahl der Panzer steht also die NATO dem Warschauer Vertrag nicht nach“, so Generaloberst Tschernow.

Außerdem stellte er fest, daß die NATO nicht nur bei den Panzerabwehrmitteln den Warschauer Pakt übertriffe, sie besäße auch annähernd gleiche Mengen an Artillerie. „Allerdings“, räumte der Chef im Generalstab ein, „sei die NATO an Flugzeugen, der taktischen Luftstreitkräfte dem Warschauer Pakt unterlegen.“

Die „Pravda“ wirft ebenfalls in einem Artikel der NATO vor, „sie arbeite derzeit an einem Programm zur Modernisierung der Kernwaffenarsenale“. NATO-General Rogers hätte vorgeschlagen, nach 1988 mit der Stationierung neuer Kurzstrecken-Raketen zu beginnen. Damit würde aber „Europa zum Kriegsschauplatz und die Westeuropäer zur atomaren Geisel Washingtons“, prophezeit das Parteiorgan.

## Buthelezi tritt für Versöhnung ein

In Südafrika wird er von Weiß und Schwarz geachtet / Heute trifft er in Bonn ein

M. GERMANI, Johannesburg

Der Chefminister von KwaZulu, Buthelezi, der heute zu einem fünftägigen Besuch in Bonn erwartet wird, wird von politischen Beobachtern als ein Mann des Ausgleichs in der schwierigen politischen Szene Südafrikas angesehen. Für viele ist er der ideale Vertreter einer Aussöhnung zwischen weißer Apartheidpolitik und der radikalen Front des kommunistischen ANC und der ihm verwandten United Democratic Front.

Buthelezi selbst hat oft genug gewarnt, daß die Schwarzen in Südafrika zwischen dem gewalttätigen ANC und friedlichen Verhandlungen wählen.

### Gegen die Radikalen

Mit der Inkatha-Bewegung, der nach eigenen Angaben eine Million eingeschriebene Mitglieder angehören, sieht sich Buthelezi als nationaler Führer, der die verschiedenen schwarzen Völker des Landes zu einer Einheit verschmelzen kann, gemeinsam mit den im Parlament vertretenen weißen, farbigen und indischen Minderheiten.

Inkatha wurde 1928 als Zulu-National-Kongreß von Zulu-König Solomon

Dinuzulu gegründet, sechzehn Jahre nach der Gründung des damals noch nationalen ANC. Auch der heute marxistisch geleitete ANC versteht sich als einigende Bewegung im Vielvölkerstaat Südafrika. Buthelezi, der 1973 die Inkatha-Bewegung wieder ins Leben rief, war von 1948 bis 1950 Mitglied der ANC-Jugendliga und Mitarbeiter des damaligen Präsidenten und Friedensnobelpreisträgers Albert Lutuli. Damals begann sich die Organisation zu radikalisieren.

Heute steht Buthelezi im offenen Gegensatz zu allen radikalen und mit dem ANC liierten Bewegungen. Er der wichtigste schwarze Führer Südafrikas, von dessen Mitarbeit das Schicksal des von Präsident Botha angekündigten Verfassungsrates abhängt. Die Aussage des südafrikanischen Außenministers, ein künftiger schwarzer Präsident sei wahrscheinlich, die deshalb von Botha getadelt wurde, hat die Aussichten für ein Zustandekommen des Verfassungsrates verringert.

Buthelezi Weigerung, im Rahmen der getrennten Entwicklung die Unabhängigkeit für KwaZulu und seine über sechs Millionen Einwohner aus der Hand der weißen Regierung in

Pretoria zu akzeptieren, hat ihm den Respekt als ernstzunehmenden Verhandlungspartner eingetragen. Als Organisation lehnt Inkatha sowohl die Errichtung unabhängiger Heimatländer und die Apartheidgesetze des Landes ab, spricht sich jedoch auch gegen den bewaffneten Kampf als letzten Ausweg aus. Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika als politisches Druckmittel werden von Buthelezi verurteilt.

### Kritik an Botha

Gleichzeitig kritisiert er jedoch Präsident Bothas Mangel an Verhandlungsbereitschaft und wirft ihm vor, die Mehrheit der Bevölkerung vor jeder Entscheidungsmöglichkeit über das Schicksal des Landes auszuschließen. Inkatha werde jede verfassungsmäßige Entwicklung auf rassistischer Basis ablehnen.

Vor einer Vertretung britischer konservativer Parlamentarier verlangte Buthelezi in der vergangenen Woche die Abschaffung des gegenwärtigen Drei-Kammern-Parlaments, sollte der geplante Verfassungsrat erfolgreich sein. Eine föderative Lösung sei ein möglicher Kompromiß, um die nationale Aussöhnung zu erreichen.

LBS

## LBS präsentiert: Neues Bausparkonzept „LBS-VARIO“

Seit dem 1. Februar 1986 ist die LBS Hannover/Braunschweig mit einem neuen Bausparkonzept für flexibles Bausparen und Finanzieren auf dem Markt, dem „LBS-VARIO“.

### Ganz neu und einmalig: Tilgungsleistung steuert Zuteilung

Ganz neu und einmalig beim Bausparen ist die von der LBS Hannover/Braunschweig geschaffene Möglichkeit, durch die Wahl des Tilgungsbeitrages für das spätere Bauspardarlehen den Zuteilungszeitpunkt steuern zu können. Dabei erfolgt die Zuteilung um so schneller, je höher die gewählte Tilgungsrate liegt. Entsprechend der getroffenen Wahl ergeben sich je nach Höhe der Tilgungsrate drei unterschiedliche Sparzeiten bis zur Zuteilung.

Der Bausparer muß sich also nicht wie üblich bei Vertragsabschluß auf einen bestimmten Vertragstyp festlegen. Erst bei konkreter Verwendungsabsicht entscheidet er nachträglich, ob ein Langzeit-, Standard- oder Schnellbausparen seinen Zielen am besten entspricht. Damit können Änderungen der Sparziele des Bausparers optimal berücksichtigt werden.

### Schnelles Bargeld durch Vertragsteilung

Ein aktueller Finanzierungsbedarf kann beim LBS-VARIO durch die Bildung von Teilbausparverträgen schnell gedeckt werden. Das Guthaben kann stets so flexibel auf zwei Teilbausparverträge verteilt werden, daß ein Teilbausparvertrag sofort zuteilungsfähig wird. Der übrige Teilbausparvertrag kann mit allen Bausparvorteilen inklusive der staatlichen Bausparförderung weiterbespart werden.

### Keine Mindestsparzeit

Beim LBS-VARIO gibt es keine Mindestsparzeit mehr. Für die Zuteilung sind jetzt nur noch ein Guthaben von 50 % der Bausparsumme sowie eine ausreichende Bewertungszahl erforderlich. Durch die Wahl der Sparrate kann die individuelle Sparzeit vom Bausparer selbst bestimmt werden.

### Zinsoptimierung nach Bedarf

Auch beim Zinssatz wird dem Bausparer eine Wahlmöglichkeit zwischen zwei Varianten bis zur Auszahlung geboten. Er kann sich für einen Bonus zuzüglich zum Sparzins entscheiden, der mit einem höheren Darlehnszins verbunden ist, oder er verzichtet auf den Bonus und erhält dafür einen günstigeren Darlehnszins.

### Hohe Rendite

Bausparen im LBS-VARIO sichert zudem eine hohe Rendite durch den Bonus sowie die staatliche Bausparförderung. So kann beispielsweise ein verheirateter Arbeitnehmer mit 2 Kindern eine Rendite von 9,1 % erzielen.

### Erstattung der Abschlußgebühr

Sollte der Bausparer einmal seine Pläne ändern und das zugeleitete Bauspardarlehen nicht in Anspruch nehmen, so wird ihm beim LBS-VARIO die volle Abschlußgebühr erstattet.

So schafft LBS-VARIO mehr Spielraum für die freie Entscheidung des Kunden durch individuell gestaltete Sparpläne. LBS-VARIO eröffnet Finanzierungsmöglichkeiten von neuer Flexibilität mit dem günstigen, zinsstabilen Bauspardarlehen.

„Sparen und Finanzieren auf neue, unbeschwerte Art: LBS-VARIO“.

Eine Information der

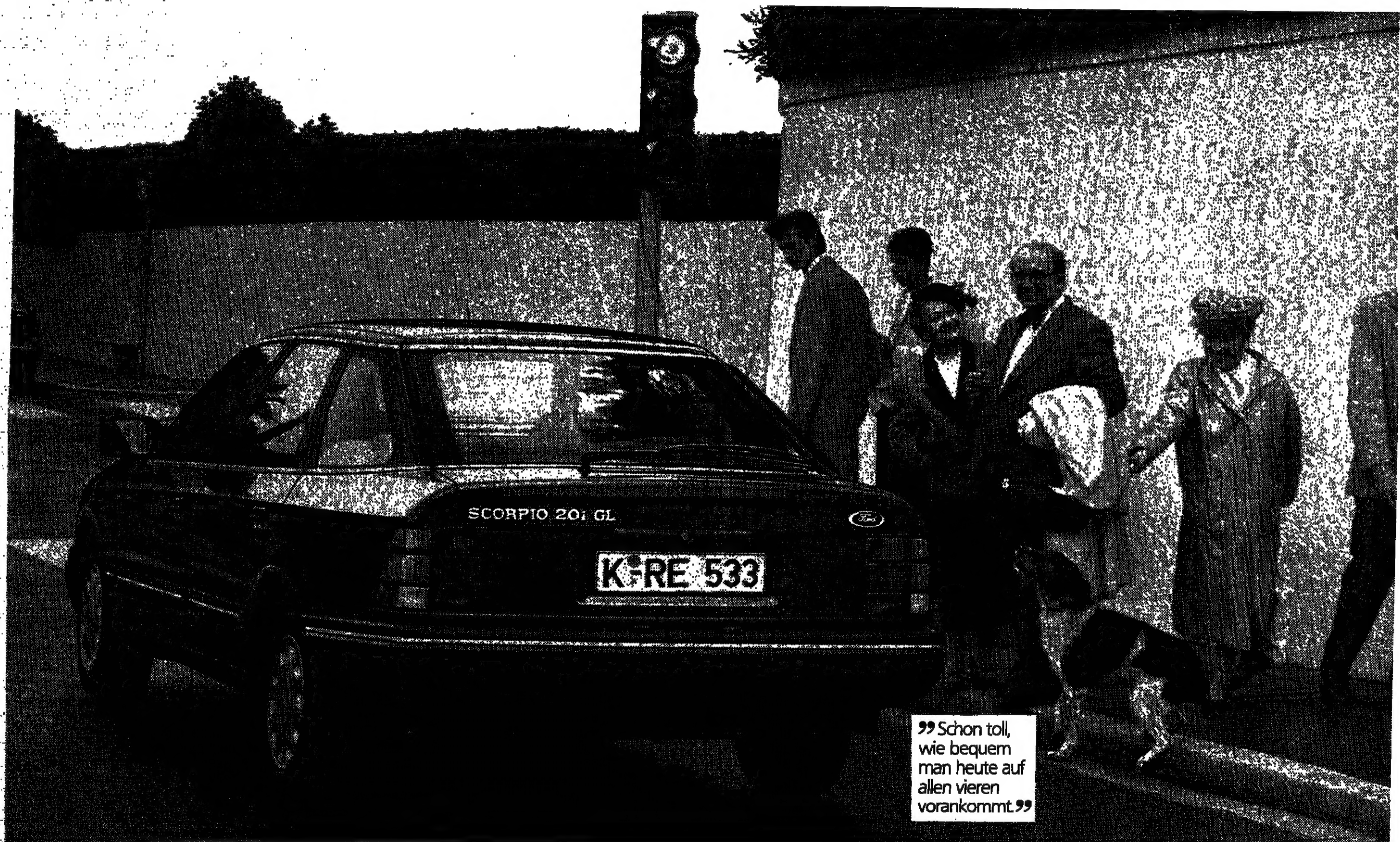
LBS, Bausparkasse der Sparkassen und der NORD/LB, 3000 Hannover 1, Postfach 263 u. 3300 Braunschweig, Postfach 33 41

Dr. Müller



Ford macht hochwertige Technologie erschwinglich.

„Bei mir, dem Ford Scorpio 2.0i, kosten  
5 Gänge, ABS, verstellbares Lenkrad und  
geteilt umklappbare Rücksitzlehne nichts  
extra. Wie wär's mit einer Extratour?“



„Schon toll,  
wie bequem  
man heute auf  
allen vieren  
vorankommt.“

Nehmen Sie sich Zeit, mich mal ganz  
kennenzulernen. Und fahren Sie mich in  
Ruhe probe. Bei Ihrem Ford-Händler.“

Auto des Jahres 1986  
Scorpio

Scorpio 







Vom „Provisorium“ zum vollwertigen Hörfunk-Programm: Bilanz nach einem Jahr „Radio Bremen 3“

## Mit L-Musik Erinnerungen an die Jugend wecken

Fünfundzwanzig Minuten am Tag verwandelt das Radio sich in ein ganz und gar türkisches Ather-Wunder, und danach, insgesamt drei Stunden und zwanzig Minuten lang, dringt's erst jugoslawisch, dann italienisch, hernach griechisch und schließlich noch spanisch aus dem Lautsprecher. Sonntags verwandelt das Radio sich, eine gediegene halbe Stunde lang, in eine öffentliche Melkerei & la Hyde Park Corner.

Und diejenigen, die weder den stählernen Lärm von Rockgitarren noch die schweren Kadenz von Bartók oder Bruckner schätzen, finden hier eine Oase an melodiefreudigem Wohlklang, gemischt mit Information und leichtem Feuilleton.

Das vielseitige wie wandlungsfähige Baby heißt Radio Bremen 3, und es ist gerade erst ein Jahr alt geworden. Die Erwägung, sich im Haus an der Heinrich-Hertz-Straße ein steh- und gehfähiges Drittoprogramm heranzuziehen, entsprang, so Pressechef Jochen Mangelsen gegenüber der WELT, zuvörderst der Erkenntnis, daß von einer „vernünftigen Charakterisierung und Strukturierung etwa im musikalischen Bereich“ kaum die Rede sein konnte. Eine große Hörschar pendelte auf der Suche nach angemessenen Klängen auf der Sendekala heimwärts hin und her. Seit der vorausgegangenen Reform des

NDR-2-Programms, so die Bremer Programmredirektorin Hörfunk, Karola Sommerer, „waren immer mehr junge Hörer zum NDR abgewandert. Die sind dann, wie wir aus Infatest-Untersuchungen erfahren konnten, erst wieder nach der Verjüngungskur der Hansawelle Bremen, also RB 1, zurückgekommen.“

Verjüngung, das bedeutete vor allem mehr Rock- und Popmusik. Und wer sich – generationenunabhängig – mehr zu literarisch-klassischen Klängen hingezogen fühlte, konnte nun seit Anfang '85 statt NDR III das jetzt von sechs bis 24 Uhr sendende Zweite in Bremen und Umgebung hören – Ather-Schach, sozusagen.

### Mischung aus Information und leichtem Feuilleton

Aber bis zum 23. Dezember vergangenen Jahres war der jüngste Sproß noch immer eine Art Provisorium für Versuchszwecke: Aus Bremen kam der „Kaffeeputz“, vom WDR in Köln der „Musikpavillon“, und bis mittags ging es weiter mit „Übernahmen und Durchschaltungen“ (Mangelsen). Bis 18.00 Uhr liefen Eigenproduktionen wie das „Bremer Dreierlei“ über den Sender, ein munterer Gemischtschwallen aus Musik, Veranstaltungstips und Glückwünschen, auf das

dann, wie heute, der Gastarbeiter-Block folgte, der, wie der Sprecher hinweist, sonst in ähnlicher Art nur noch im SFB erschallt. Danach war Schluß; jetzt gibt es statt des Lochs den ARD-„Nachtexpress“, der zu später Stunde sanftere Töne liefert als der „ARD-Nacht-Rock“ in RB 1.

Und binnen weniger Monate gedieh die Hörerbeteiligung beträchtlich: von Jahresbeginn bis September '85 von „Null auf 60 000“ – Quittung für eine ausgefeilte Programmplangung, die, möglicherweise sogar noch in diesem Jahr, eine weitere Kosmetik erfährt: wenn die Ausländerbeiträge auf eine vierte Frequenz gelegt werden.

„Melodios und viel Information“, heißt die RB-3-Devisen, viel Operette und Schlager gehören dorthin – „alles“, so Frau Sommerer, „außer Rock, Pop und Jazz, also mehr Volks- und Blasmusik – das melodiose Moment“, das hier mit dem Kürzel „L-Musik“ charakterisiert wird, „primär für Menschen, die sich gern an ihre eigene Jugend erinnern, aber ohne minderwertige Schulzen – sondern mit allem, was in der Hansawelle nicht ankam.“

Hier geht es freilich auch nicht um ein „stromlinienförmiges Angebot“ (Sommerer), sondern schon auch um wohltunende Kulturvermittlung, wie in den fünf Minuten nach halb

fünf mit „Alltag – Ansichten und Einsichten“, einer Art Ruhepol im Ablauf mit Beiträgen von Autoren höherer literarischen Anspruchs. Die Heimatbeiträge liefern andere „Wortelemente“.

### Die Hörerbeteiligung stieg von Null auf 60 000

Der große Trumpf ist jene bürgerliche halbe Sonntagsstunde zwischen halb sechs und sechs, wenn im „Offenen Radio“ Einzelpersonen wie Gruppen ihr eigenes Programm machen können. Das Motto: „Nimm's auf, schick's ein, wir senden es“ – mit geringem Maß an bestimmten Auflagen, über die einzuhaltenden juristischen Gewichte wird: Politisches, Kopplastiges ist unerwünscht. Das „Offene Radio“, zunächst auf zwei Jahre als Experiment angesetzt, habe „Modellcharakter“ (Mangelsen) und sich längst bewährt: „Das Interesse bei den Hörern ist spektakulär.“

So kann dieses frischgebackene Vollprogramm seit so kurzer Lebenszeit auf eine Hörerbeteiligung von rund vierzehn Prozent stolz sein: „Das ist sehr viel“, expliziert Karola Sommerer, „wenn man bedenkt, daß die Kulturprogramme der ARD mit drei bis fünf Prozent zufrieden sein müssen.“ ALEXANDER SCHMITZ

## KRITIK

### Ein Fenster aus Bruchstücken

Es ist ja immer so eine Sache mit den Vorankündigungen. Da hatte Sabine Sauer vorab der WELT für ihre neue Sendereihe *Showfenster* (ZDF) das Gegenteil von Habs- und Ruckzuck-Fragen angekündigt und eine Münchner Regionalendung als Beleg für ihre journalistischen Fähigkeiten angegeben, und was gab es? Einen Julio Iglesias, der unwidersprochen vom „Publikum“ als Ankerplatz seines Lebens parlieren durfte. Einen Peter Maffay, der sich erst noch die Frage auf eine Sowohl-als-Antwort zurechtlegen konnte. Und die ungewöhnliche Frage an Jane Fonda, ob das Alterwerden ihre Karriere beeinflusse.

Neun weitere Beiträge höchst unterschiedlicher Provenienz machten aus dem Blick durchs „Showfenster“ ein Tutti-Frutti, dem zu folgen durch unmusikalische Aushendungen, Hauruck-Überleitungen und abrupte Szenenwechsel höchstens Insidern möglich war.

Bei Maffay wurde die kommende Tour erwähnt, bei Suzanne Vega wurden unverdientermaßen die Konzerttermine unterschlagen. Show-Randthemen erhielten zuviel Bedeutung, und am Ende war's ein Blick durch eine geklitterte Scheibe mit schlecht passenden Bruchstücken geworden. Zappelnd und hektisch, wie sich Klein-Fritzchen die Branche vorstellt.

Hoffentlich stolpern die Mainzner nicht wieder über die eigene Begeisterung, wenn sie das nächste Mal *Show-Fenster* in gehen. MICHAEL HENKELS

### Männer in Samt und Seide

Wer das komödiantische Männerpaar Mary & Gordy von früheren Fernsehauftritten her kennt oder es gar schon einmal live erlebt hat, wird den Kopf geschüttelt haben. Wie konnten sich die beiden nur auf etwas so Schwachsinniges wie die Filmshow *Frau'n, Frau'n, Frau'n* (ARD) einlassen?

Mary & Gordy (Georg Preusse und Rainer Kohler) sind exzellente Verkleidungskünstler, als Schauspieler in Alltagskleidern jedoch nur Mittelmaß. Und so begann die einstündige Show: Zwei arbeitslose Mimen bieten einen Kleinkunst-Service an. Bereits der erste Kunde, der die Agentur „Happiness“ in Anspruch nimmt,

sorgte mit peinlichen Witzen für Mißnuspunkte und gelindes Entsetzen. Es war der Beerdigungsunternehmer Hein (I), von Benno Hoffmann als schaurig-lächerlicher Friedhofsinhaber dargestellt. Kunde Nummer zwei, ein gewisser Graf de la Motte, trieb klanottig die Rahmenhandlung für das tapfer spielende und singende Verkleidungspärchen unter jedes erträgliche Niveau.

Ach, hätte doch Regisseur Heinz Liesendahl auf den ganzen Personen- und Schauplatzaufwand (schwarzgekleidete Geburtstagsgäste im Bestattungsinstitut, zögerlich mittanzende Herrengesellschaft auf Schloß Felsenstein) verzichtet und dem Travestie-Juwel Mary & Gordy die gesamte Sendezeit gewährt. Dann hätte man nach den sechzig Minuten gesagt: „Schade, daß die Show schon zu Ende ist.“ GÜNTER RUDOLF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM	
9.45 ARD-Ratgeber	11.55 Die mit den heißen Köpfen
10.00 Tagesschau	12.15 Weltspiegel
10.05 Die Schwarzwaldklinik	12.55 Presseschau
10.50 Die Knuff-hoff-show	13.00 Tagesschau
14.00 Tagesschau	16.00 heute
14.10 Nach dem Überleben leben lernen	16.04 Biotechnologie
Film von Per Schnell und Erika Fehse	7. Folge: Raum zum Leben, Raum zum Schaffen – Bioreaktoren
14.30 Monja	Anschl. heute-Schlagzeilen
14.35 Post Tag	14.35 Die Mautrommel
14.50 Tagesschau	17.00 heute / Aus den Ländern
Darw. Regionalprogramme	17.15 Tele-Ilustrierte
20.00 Tagesschau	17.50 Ein Colt für alle Fälle
20.15 Liebling – Krenzberg	Die Hochstaplerfamilie
Schlingende Fernsehserie	Darw. heute-Schlagzeilen
Mit: Manfred Krug, Michael Kausch, Corinna Garret u. a.	19.00 heute
Buch: Jurek Becker	19.30 Mann ohne Gedächtnis
Regie: Heinz Schirk	Schweizerisch-deutscher Spielfilm
20.59 Ein Platz an der Sonne	(1984)
Bekanntgabe der Wochengewinner der ARD-Fernsehliteratur 1986	von Kurt Gloor
21.00 Anne West – Reiche Welt	Mit Michael König, Uli Mangel, Honneke Eisner u. a.
Heimat – Beobachtungen in Afrika und Europa	20.58 Tierportrait
Von Hans-Josef Dreckmann und Joshua Mubazi	Die Sattelroben
Seit Generationen sind sie ihrer Heimat treu geblieben. Bewohner eines kleinen Fischerorts an der Küste des Indischen Ozeans in Kenia und eines Dorfes an der Nordsee in Nordost-Friesland.	21.12 Mach mit – der Umwelt zuliebe
21.45 Ein Platz an der Sonne	21.15 WISO
Mit Werner Boecker	Vermögensbildung – Vom Arbeitnehmer zum Teilhaber / Franz Keller – Der Weinrebell vom Kaiserstuhl / Tip: Sommerurlaub – richtig buchen, Geld sparen
22.30 Tagesschau	21.45 heute-journal
22.35 Das Nachtstudio	22.05 dankmal
Uebes und Haß	Ein kulturelles Fragespiel
Spielfilm aus Sri Lanka	Von und mit Helmut Greulich und Monika Mees
0.25 Tagesschau	23.05 Die stillen Sten
0.50 Nachtgedanken	Nobelpreisträger privat gesehen von Frank Eisner
Späte Einsichten mit Hans-Joachim Kulenkampff	23.55 Das verrückte Orchester
	Nonsens nach Noten
	Das verräterische Foto. Teil 1
	Mit Julian Joy-Chagrin als Konzertdirigent
	0.00 heute



15.00 Kimba, der weiße Löwe  
15.30 Lasse  
16.00 Musicbox  
17.00 Kauschschiff Enterprise  
18.00 Westlich von Santa Fé  
Oder: Regionalprogramme  
18.50 APF Blick  
18.55 Schütz mal  
19.45 Am Brunnen vor dem Tore  
Deutscher Spielfilm (1952)  
21.50 APF Blick  
22.15 WM – Das Wirtschaftsmagazin  
Mietwagen – Stunde der Discount  
22.45 TopBox Extra  
23.00 Matt Houston  
23.55 APF Blick

### 3SAT

18.00 Mini-Zür  
18.10 Liebeschmelz ich bin ein Meisele  
19.30 heute  
19.50 SSAT Studio  
19.55 Na, so was!  
20.15 Sport-Zeit  
21.15 Zeit im Bild 2  
21.35 Kulturjournal  
21.45 Montagsschau  
Vertilcht, verdammt und Halleluja  
Italienischer Spielfilm (1972)  
23.45 SSAT-Nachrichten

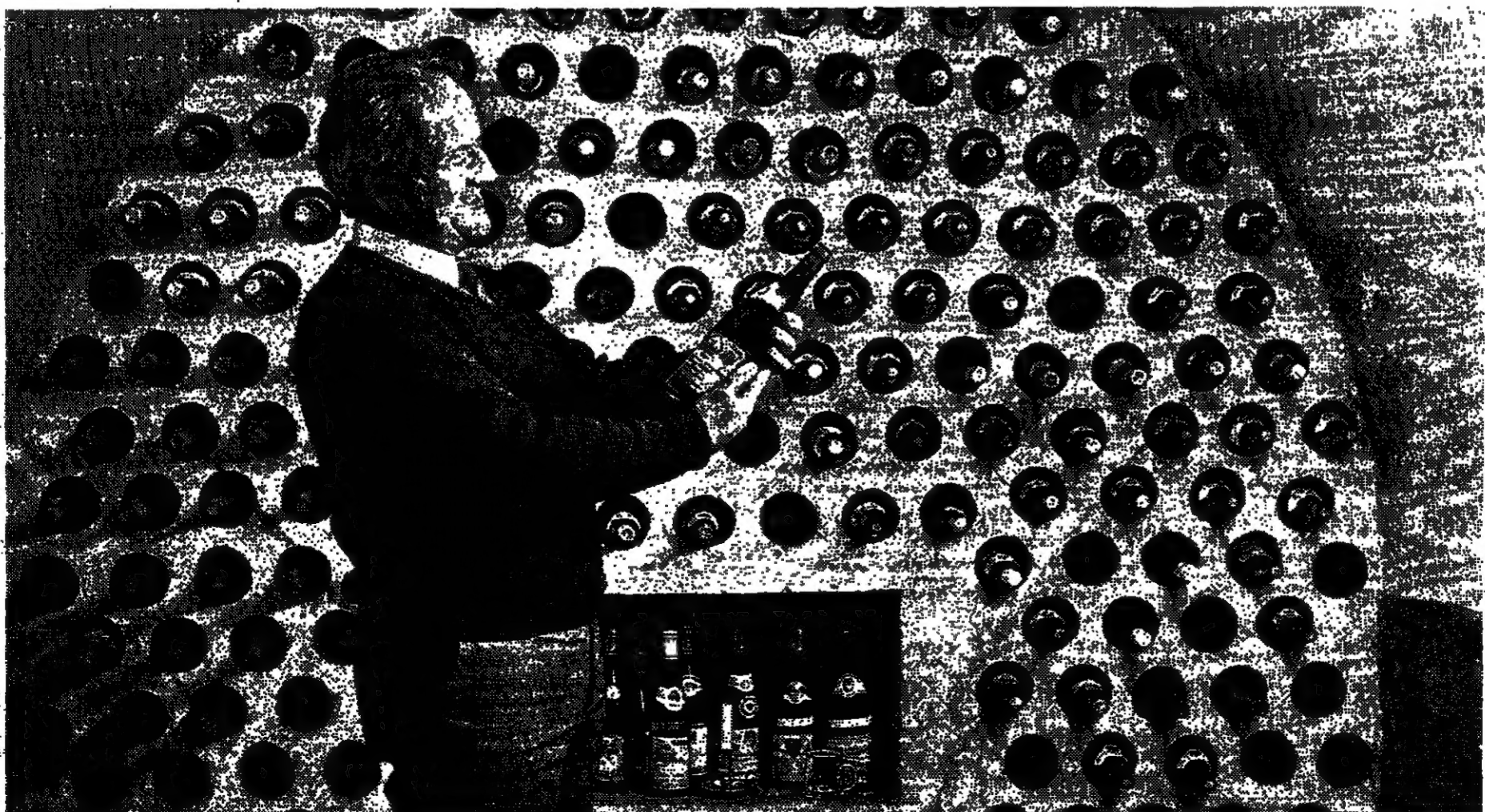
### RTL-plus

19.22 Karichen  
19.30 Knight Rider  
20.15 RTL-Spiel  
20.20 Flanovorschau  
20.30 Fünfter Mann im Streichquartett  
21.50 RTL-Spiel  
21.55 Bonafetti  
23.27 Wetter / Horoskop / Beithaupt

## III.

<b>WEST</b>	Regie: Edward L. Cahn	19.50 Rosanna
19.00 Aktuelle Stunde	23.10 Nachrichten	20.15 Going Bananas
20.00 Tagesschau	<b>HESSEN</b>	Widersprüche um eine gelbe Frucht
20.15 Lindenstraße (11)	18.00 Soosstraße	21.00 Klambim
Die Drift	18.50 Black Beauty (15)	21.45 Der Vetter aus Posen
20.45 Hilferufe	18.55 Pappa (15)	Geschichte eines Wunderofens und seines Erfinders
Wege aus der Krise	19.05 Drei – D Spezial	22.30 Jazz am Montagabend
21.45 Medizin-Magazin	Wenn ich immer schon mal fragen wollte	Oscar Peterson in Berlin (1)
NRWs bedrängter Mittelstand	20.00 Trübs	Mit Niels Henning Pedersen (b)
22.45 Die Augen der Vögel	20.45 Die Sprechstunde	Martin Drews (dr)
Französischer Fernsehfilm	Musiktherapie	<b>BAYERN</b>
Mit Roland Amstutz u. a.	21.50 Drei aktuell	18.45 Rundschau
Regie: Gebriel Auer	21.45 Magazin	19.00 Live aus dem Alabama
Mit Werner Boecker	Rückblende	20.45 Computer-Gehirn
0.05 Letzte Nachrichten	22.50 200. NDR-Jazzkonzert (1)	Expertensysteme – Front der künstlichen Intelligenz
<b>NORD</b>	United Jazz + Rock Ensemble	Bericht von Paul Hermanns
18.50 Fußballschule (5)	<b>SÜDWEST</b>	21.50 Rundschau
19.15 Prisma	16.55 Schlagzeilen	21.45 Blickpunkt Sport
20.00 Tagesschau	Nur für Baden-Württemberg:	22.45 Z. E. N.
20.15 Das Montagstheater	Nur für Rheinland-Pfalz:	22.55 Magazin
21.00 Markt der Ideen	Nur für das Saarland:	Tödliche Tiefe
Heute: Biobauern und Verbraucher	19.00 Sax 3 regional	23.55 Rundschau
22.00 Versteckte Frauen	Gemeinschaftsprogramm:	
Amerikanischer Spielfilm (1955)	19.24 Sondernachrichten	
Mit Carole Mathews u. a.		

## Ersatzteilversorgung ist für uns keine Frage des Jahrgangs.



Bei Mercedes-Benz Nutzfahrzeugen ist jedes Baujahr ein guter Jahrgang, was Qualität und technische Reife betrifft. Wenn für einen älteren Lkw einmal ein selten benötigtes Teil angefordert wird, bringt es der Ersatzteil-Express über Nacht. Gelegentlich werden aus manchen Ländern Ersatzteile für Lkw ange-

fordert, die man schon als Veteranen bezeichnen kann, die aber nach wie vor im Einsatz sind. Auch für solche „Oldtimer“ haben wir noch die meisten Original Mercedes-Benz Ersatzteile auf Lager. Wenn Sie sich also heute für einen neuen Mercedes-Benz Lkw entscheiden, werden Sie auch in Zukunft

die besten Jahrgänge unbeschwert genießen können. In Betreuung so gut wie in Technik. Das heißt für Mercedes-Benz auch: 1. Kurze Wege zum Kundendienst. 2. Überall bedarfsgerechte Ersatzteillager. 3. Bestens geschultes Ersatzteil- und Werkstattpersonal.



In Betreuung so gut wie in Technik. Mercedes-Benz.

Ihr guter Stern auf allen Straßen.



## „DDR“ läßt weiter Ausländer ohne Visum durchreisen

dpa, Berlin  
Die „DDR“ praktiziert nach wie vor nicht die von der Nachrichtenagentur ADN angekündigte Änderung der Bestimmungen für die Durchreise von Ausländern in die Bundesrepublik Deutschland. Vom 1. bis zum 14. Februar konnten wieder einige hundert Ausländer ohne gültiges Einreisevisum von der „DDR“ mit dem Zug über Herleshausen oder Helmstedt einreisen.

Der Berliner Innensenator Heinrich Lummer (CDU) erklärte dazu, das gegenwärtige Verhalten der „DDR“ sei „geeignet, das innerdeutsche Verhältnis nachhaltig zu belasten und ist mit dem Ziel gutnachbarlicher Beziehungen nicht zu vereinbaren“.

ADN hatte angekündigt, daß die „DDR“ Ausländern eine Durchreise in die Bundesrepublik nur noch bei Vorliegen eines Sichtvermerks gewähren werde. West-Berlin sei von dieser Regelung ausgenommen. Die Bundesregierung hatte zuvor die „DDR“ wiederholt gebeten, die nach internationalen Regeln gegebenen Möglichkeiten auszunutzen, um den Zustrom über die „DDR“ illegal einreisender Ausländer zu drosseln. Zuständige Stellen in Bonn und Berlin waren nach der ADN-Ankündigung „nicht unbegründeter Hoffnung“, daß die „DDR“ die Stadt in die Regelung einschließt. Weiterhin stellten jedoch täglich etwa 100 Ausländer Asylanträge in West-Berlin.

Seit Monatsbeginn wird täglich die Zahl der Antragsteller in Berlin nach Bonn weitergegeben. Aus den Pässen der insgesamt 1000 Asylbewerber seit Monatsbeginn ergebe sich deutlich, daß sie ungehindert von der „DDR“-Behörden von Schönefeld aus nach West-Berlin einreisen könnten. Bei einigen Ausländern verzichte die „DDR“ aus nicht erklärten Gründen auf den Tagesstempel.

Nach offiziellen Angaben reisten 1985 von den insgesamt 74 000 Asylbewerbern in der Bundesrepublik einschließlich West-Berlin 38 000 über den „DDR“-Flughafen Schönefeld. Von diesen stellten etwa 23 000 Asylanträge in West-Berlin, die anderen 15 000 Anträge in anderen Bundesländern.

Vollständig hält die „DDR“ seit Mitte des vergangenen Jahres ihre Ankündigung ein, Tamielen aus Sri Lanka ohne gültige Sichtvermerke im Paß nicht mehr über Schönefeld nach West-Berlin einreisen zu lassen.

## Union irritiert über Vorbehalte in der FDP gegen Sicherheitsgesetze

Strauß spricht von Unzuverlässigkeit / Dregger will Position der Freien Demokraten anstoten

DW, Bonn  
Der Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, Alfred Dregger, will heute in einem Gespräch mit FDP-Fraktionschef Wolfgang Mißbach die Haltung der Freien Demokraten zu der für kommenden Freitag geplanten Verabschiedung des Paß- und Personalausweisgesetzes zusammen mit dem Paragraphen 163d der Strafprozessordnung ausloten. Der „Klärungsbedarf“ ergibt sich aus dem Vorschlag des FDP-Sicherheitsexperten Gerhart Baum, den Beschluß über den neuen Personalausweis vom Beschluß über den umstrittenen Paragraphen 163d abzukoppeln. Dregger kündigte in der „WELT am Sonntag“ an, er werde die Dinge mit Mißbach „in aller Ruhe behandeln“.

### „Sehr schwierige Materie“

Die jüngste Erklärung Baums, aber auch die Baumanns (der FDP-Chef stellte sich hinter Baum), stieß auf heftige Kritik des CDU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß. Der bayerische Ministerpräsident warf der FDP vor, Koalitionsvereinbarungen zu unterlaufen. „Was sich hier abspielt, ist das Gegenteil von dem, was zwischen Bundeskanzler Kohl, FDP-Chef Baumann und mir vereinbart worden ist“, sagte Strauß der „WELT am Sonntag“. Mit dieser Wendung der Dinge, gemeint war der Vorstoß

Baums, würden diejenigen wieder Auftrieb bekommen, „die von der Unzuverlässigkeit der FDP reden“, erklärte der CDU-Chef.

Baum hatte dafür plädiert, daß sich CDU/CSU und Freie Demokraten Zeit nehmen sollten, unabhängig von der Verabschiedung des neuen Paß- und Personalausweisgesetzes „die sehr schwierige Materie“ der künftig zulässigen Kontroll- und Datenspeicherbefugnisse der Polizei im Paragraphen 163d sorgfältig zu behandeln. Es geht dabei um die geplante Vorschrift, daß künftig bei bestimmten Polizeikontrollen anfallende Daten über Personen und die Umstände ihres Auftretens in einer Datei gespeichert und verarbeitet werden dürfen. Eine richterliche Bestätigung ist erst im nachhinein vorgesehen.

FDP-Chef Baumann hatte sich in einem Interview der „Osnabrücker Zeitung“ hinter die Absicht seiner Parteikollegen Hirsch und Baum zur Verbesserung des Entwurfs gestellt und erklärt, die Freien Demokraten könnten dem Gesetz über die Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsbehörden und Polizei in der vorliegenden Form nicht zustimmen.

Nach Angaben der „Bild am Sonntag“ fühle sich Baumann mit dieser Äußerung „falsch interpretiert“, meinte aber weiterhin, „eine Verschiebung dieses Punktes ist für mich möglich“. Strauß erklärte der

Zeitung: „Die CSU wird keine Gesetzesänderung unterstützen, die es der Polizei erschwert, Verbrecher aufzuspüren und festzunehmen. Wir sind gegen jede substantielle Änderung.“

Verfassungsrechtliche Bedenken gegen die gemeinsame Verabschiedung des Paß- und Personalausweisgesetzes und 163d meldete der Datenbeauftragte Baumann an.

### SPD für Pakettlösung

Der Gesetzgeber wäre gut beraten, die sogenannte Schlepptreibeinigung zunächst abzukoppeln, sagte Baumann in einem Interview der Deutschlandfunk. Insbesondere müsse nachgewiesen werden, warum eine Speicherung von Daten in einem Ausmaß, das über gegenwärtige Praxis hinausgeht, notwendig sei.

Der Vorsitzende des Bundestags-Innenausschusses, Axel Wernitz (SPD), plädierte dafür, die Sicherheitsgesetze als Paket zu verabschieden. Allerdings müßten die „Widersprüche und Fehler“ der Vorlagen erst ausgeräumt werden, meinte Wernitz im Kölner „Express“. Dazu zählten die verfassungsmäßige Trennung von Polizeidaten und Geheimdienstunterlagen im Alltag und klar definierte Ausnahmen im Kampf gegen Spionage, Verbrechen und Terrorismus.

## DAG lotet Spielraum der Sozialausschüsse aus

Moderate Töne des Vorstandsmitglieds Issen / WELT-Gespräch

GÜNTHER BADING, Bonn  
Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) will über den Arbeitnehmerflügel der Unionsparteien „Präzisierungen“ im Gesetzentwurf zur Neuordnung des Neutralitätssparagraphe 118 erreichen, „die den ursprünglichen Intentionen des Gesetzgebers bei Verabschiedung des Arbeitsförderungsgesetzes 1969 Rechnung tragen“. Im Gespräch mit der WELT räumte der stellvertretende DAG-Bundesvorsitzende Roland Issen ein, daß durch die Rechtsprechung einiger Sozialgerichte auf unterster Ebene hier Zweifel entstanden seien. „Der Gesetzgeber hat 1969, und dann in der Konkretisierung des Willens des Gesetzgebers durch die Anordnung zum Paragraphen 118 durch die Selbstverwaltung der Bundesanstalt für Arbeit, zu erreichen wollen, daß nicht in jedem Falle ein mittelbar Betroffener Arbeitslosengeld bezahlt wird.“ Er habe aber auch gewollt, „daß umgekehrt nicht eine Entwicklung eintreten darf, die die Verhandlungsposition der Arbeitgeber stärkt – durch ihre Möglichkeiten, das Instrument der kalten Aussperrung mehr oder weniger nach Belieben zu handhaben – und damit die Kräfteverhältnisse zu Lasten der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften verschiebt.“

Mit dieser Position geht der DAG-Vorstand unter Leitung des Vorsitzenden Hermann Brandt heute abend in Bonn in eine Unterredung mit der Führung der CDU-Sozialausschüsse. An der Unterredung nimmt auch der Vorsitzende der Sozialausschüsse, Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, teil. Damit wird der Kontakt zwischen Blüm und den Gewerkschaften wieder aufgenommen, der seit dem Treffen der CDA-Spitze mit dem DGB-Bundesvorstand vor einem Monat in Königswinter unterbrochen schien.

### „Wir sind Realpolitiker“

Nach wie vor sehe die DAG keinen Handlungsbedarf, halte die geplante Änderung des 118 für unnötig, sagte Issen, der im DAG-Vorstand bei diesem Thema die Federführung hat und der als aussichtsreichster Kandidat für die DAG-Chefsessel bei der Neuwahl des Vorstands im nächsten Jahr gilt. „Natürlich werden die Gewerkschaften bemüht sein, eine Regelung zu verhindern. Aber wir in der DAG sind Realpolitiker und werden, wenn

die Regierung ihr Vorhaben denn zu Ende bringen will, bemüht sein, zumindestens eine Schadensbegrenzung zu erreichen.“ Er halte es für verfehlt, konkret zu sagen, wo die DAG Veränderungen des Regierungsentwurfs fordern wolle, solange man nicht wisse, wieviel politischen Handlungsspielraum sich die Sozialausschüsse in dieser Frage selber noch zutrauten.

### Gedanken zur Schiedsstelle

Issen: „Wir wollen ausloten, wie groß der Handlungsspielraum der CDA tatsächlich ist. Es hat ja wiederholt Bekundungen von Mitgliedern der CDA, auch prominenten Mitgliedern, gegeben, daß man den von der Regierung vorgelegten Entwurf noch verändern könne. Wir werden versuchen, dieses in dem Gespräch am Montag zu klären.“

Die Hauptkritik seiner Gewerkschaft richte sich „zunächst einmal“ dagegen, daß das erklärte Ziel, mehr Rechtsklarheit zu schaffen, durch den Regierungsentwurf mit Sicherheit nicht erreicht wird. Wir sind der Auffassung, daß die von der Bundesregierung vorgelegten Formulierungen zu neuer Rechtsunsicherheit führen werden und mit Gewißheit die Gerichte auch zukünftig beschäftigen werden“, wenn man nicht zu den von ihm geforderten „Präzisierungen“ des ursprünglichen Gesetzgeberwillens von 1969 gelangt.

Zum Vorschlag, die Verantwortung für strittige Fragen, wann die Bundesanstalt für Arbeit an mittelbar streikbetroffene Arbeitnehmer zahlen muß und wann nicht, einer Schiedsstelle zu übertragen, sagte Issen: „Das ist ein Vorschlag, über den man sicherlich noch einmal nachdenken sollte. Er müßte gewiß weiter präzisiert werden, bevor man da zu einer endgültigen Bewertung kommen kann. Es wäre ja vorstellbar, daß diese Schiedsstelle direkt bei der Bundesanstalt für Arbeit und dort im Rahmen der Selbstverwaltungsgremien angesiedelt wird. Es sind auch andere Modelle denkbar. Wenn überhaupt, dann wäre allerdings eine Regelung innerhalb der Bundesanstalt für Arbeit für uns am ehesten diskussionsfähig. Entscheidend wird dabei immer sein, ob man durch eine solche Schiedsstelle tatsächlich die von der Regierung gewünschte – größere Rechtsklarheit und Rechtssicherheit erreichen kann.“

## Prozeß um deutsches Blatt in Warschau

KNA/AP, Warschau

Die Teilnahme der deutschen Botschaft an dem heute in Warschau beginnenden Prozeß um die Gründung einer deutschsprachigen Zeitung hat der Bundestagsabgeordnete Heimit Sauer (CDU) in einem Fernsehbeitrag an Bundesaußenminister Genscher vorgeschlagen. Das Erscheinen des Blattes mit dem Titel „Unsere Muttersprache“ war vom polnischen Zentralrat für die Kontrolle von Veröffentlichungen und öffentlichen Veranstaltungen abgelehnt worden. Gegen hatte Edward Vogelsang aus Greifenhagen bei Stettin Klage eingereicht, die jetzt zur Verhandlung ansteht. Sauer geht davon aus, daß Repressalien gegen den Kläger durch die polnischen Behörden nicht ausgeschlossen seien und die Teilnahme der deutschen Botschaft eine gewisse Schutzfunktion ausüben werde. Vogelsang hat bereits vor zwölf Jahren für sich und seine Familie einen Asylantrag in die Bundesrepublik gestellt.

Außerdem ist heute und morgen in Abwesenheit der Verurteilten vor dem Obersten Gerichtshof in Warschau der Berufungsprozeß gegen drei prominente ehemalige Führer der verbotenen polnischen Gewerkschaft „Solidarität“ angekündigt. Bogdan Lis, Wladislaw Frasyniuk und Adam Michnik. Sie waren im Juni 1985 von einem Danziger Gericht wegen „Führung einer illegalen Organisation“ zu Haftstrafen von je zweieinhalb, dreieinhalb und drei Jahren ohne Bewährung verurteilt worden. Die Entscheidung der Berufungsinstanz wird allgemein als Test für den künftigen Kurs der polnischen Regierung gewertet. Es wird darauf verwiesen, daß die polnische Justiz seit vergangener Winter mit Dissidenten milder verfuhr als in der Vergangenheit.

Die Aufhebung des Urteils gegen die drei Bürgerrechtler würde der polnischen Regierung nach Ansicht von Beobachtern die Gelegenheit verschaffen, ihr „Ansehen national und international“ aufzubessern. „Partei- und Staatschef Jaruzelski nutzt derzeit intensiv die Möglichkeit zu Interviews in der westlichen Presse, um sein Image aufzupolieren und zugleich die Lage des hochverschuldeten Polen zur Sprache zu bringen. Warschau bemüht sich um eine Aufnahme in den internationalen Währungsfonds und um neue Kredite.“

## Koblenz prüft Anzeige gegen Kohl

dpa, Koblenz

Die Koblenzer Staatsanwaltschaft wird voraussichtlich in dieser Woche entscheiden, ob sie gegen Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) ein Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit den Aussagen des Kanzlers vor dem Mainzer Parteipendenden Untersuchungsausschuß einleiten wird. Hintergrund ist eine Strafanzeige des Bundestagsabgeordneten der Grünen, Otto Schily, gegen Kohl wegen des Verdachts der unethischen Falschaussage vor dem Flick-Untersuchungsausschuß in Bonn und vor dem Mainzer Parteipendenden Untersuchungsausschuß. Auch die Bonner Staatsanwaltschaft prüft zur Zeit, ob aufgrund der Anzeige Schilys ein Ermittlungsverfahren gegen Kohl eröffnet wird.

## Gegenangriff im Golfkrieg

AFP, Teheran

Eine Woche nach der iranischen Großoffensive „Morgenröte 8“, bei der die iranischen Streitkräfte erstmals auf dem Westufer des Schatt el Arab Fuß fassten und die verlassene iranische Hafenstadt Fao eroberten, gingen die iranischen Truppen am Wochenende bedeutend langsamer vor. Der Irak setzte seine Truppen unterdessen weniger zum Schutz anderer, durch die Offensive ursprünglich bedrohter Städte wie Basra, sondern vielmehr zum Wiedererwerb des vom Feind eroberten Gebietes ein. Die iranische Luftwaffe versenkte am Wochenende 29 iranische Schiffe im Golf. Die Kämpfe der letzten Tage haben weit über 10 000 Tote gefordert.

## Jelena Bonner weiter in den USA

DW, Moskau

Jelena Bonner (62), Frau des sowjetischen Bürgerrechtlers und Friedensnobelpreisträgers Andrej Sacharow, darf länger als bisher erlaubt im Westen bleiben. Nach Informationen der „Bild-Zeitung“ aus Moskau haben die sowjetischen Behörden ihr Visum um drei Monate verlängert. Frau Bonner hatte sich Mitte Januar in den USA einer sechsstündigen Bypass-Operation am offenen Herzen unterzogen. Sacharow, der die Stadt Gorki nicht verlassen darf, war im vergangenen Jahr in einem Hungerstreik getreten. Die Behörden der UdSSR seiner Frau ein Visum zur Ausreise in den Westen erteilten. Frau Bonner lebt zur Zeit bei ihrem Schwiegersohn in Boston.

# Lohnvernunft '86

# Damit es noch mehr Arbeitsplätze gibt.



Das beste Mittel gegen  
die Arbeitslosigkeit  
sind mehr Arbeitsplätze.  
1984/85 gab es in der Metallindustrie  
über 200.000 neue Arbeitsplätze.  
1986 sollen es noch mehr werden.

Darum müssen Leistung und Löhne  
im Lot bleiben.

Eine gemeinsame Aufgabe  
der Tarifpartner.

**GESAMIMETALL** Die Arbeitgeber der Metallindustrie · Postfach 25 01 25 · 5000 Köln 1

## Sacharow: So wurde ich gequält

DW, London

Der sowjetische Wissenschaftler und Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow hat in Briefen, die vor kurzem bei seiner in den Vereinigten Staaten lebenden Stieftochter, Tatjana Jankelawitsch, eingelangt, über die bei seiner Zwangsernährung in sowjetischen Krankenhäusern erlittenen Qualen berichtet. Die britische Wochenzeitschrift „Observer“, die schwedische Tageszeitung „Dagens Nyheter“ sowie der „Spiegel“ veröffentlichten die aus der Sowjetunion in die USA geschmuggelten Briefe.

Sacharow erzählt minutiös genau und eindringlich, wie er nach seinem Hungerstreik, mit dem er ein Ausreisevisum für seine Frau Jelena Bonner erzwingen wollte, im Mai 1984 zwangsernährt wurde.

### Ohnmacht

Sacharow: „Sie versuchten mich intravenös zu ernähren, Krankenpfleger warfen mich auf das Bett, banden mir Hände und Füße fest und drückten meine Schultern hinunter, während eine Nadel in die Vene eingeführt wurde. Beim ersten Mal setzte sich einer der Angestellten auf meine Beine, während mir der andere die Nahrung spritzte. Ich wurde ohnmächtig und urinierte ins Bett.“

schrub der Physiker am 15. Oktober 1984 an den Präsidenten der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, Anatolij Alexandrow.

„Als ich wieder zu mir kam, waren die Silhouetten der Angestellten merkwürdig verformt, später erfuhr ich, daß dieses optische Phänomen symptomatisch für einen Hirnschlag ist“, so der 65jährige. Dieser Krampf oder Schlaganfall sei kein Zufall gewesen. Der Hirnschlag war nach Auffassung des Bürgerrechtlers die direkte Folge der auf „Anordnung des KGB“ erfolgten medizinischen Behandlung.

Anschließend sei dann eine neue Methode der Zwangsernährung angewendet worden. Durch die Nase habe man ihm einen Schlauch eingeführt, berichtete Sacharow. Dieses Verfahren sei aber nach einigen Tagen wieder eingestellt worden. „Vermutlich weil an den Nasenpassagen und der Speiseröhre wund Stellen auftraten.“ Vom 25. bis zum 27. Mai sei dann die „barbarischste und demütigendste“ Methode angewendet worden, so der Friedensnobelpreisträger. „Ich wurde wieder auf dem Bett angehängt und sie setzten mir eine Klammer auf die Nase. Jedesmal, wenn ich den Mund aufmachte um zu atmen, wurde mir ein Löffel Nahrung in den Mund geführt. Manchmal

sperrten sie mir den Kiefer mit einem Zahnheber auf.“

Die Behandlung sei so unerträglich geworden, daß Sacharow schließlich nach zwei Wochen darum bat, man möge die Klammer fortnehmen, er würde freiwillig Nahrung zu sich nehmen.

### Andere Methoden

Später hatten die Ärzte Sacharow gedroht, er würde die Parkinson'sche Krankheit bekommen, wenn er wieder einen Hungerstreik begünne. Chefarzt Obuchow habe erklärt: „Wir werden Sie nicht sterben lassen und Sie mit der Klammer ernähren. Wir haben auch noch eine andere Methode in petto.“

Ein anderer Arzt fügte hinzu: „Sie können sich dann noch nicht einmal die Hosen allein anziehen!“, schrieb Sacharow. Zu diesem Zeitpunkt lebte er schon seit vier Monaten getrennt von seiner Frau. Schließlich entschloß er sich den Hungerstreik zu beenden. „Ich konnte nicht mehr weitermachen. Jetzt quält mich die Idee, daß ich damals vielleicht eine Chance verpasst habe, ihr Leben zu retten. Ihr Tod wäre auch meiner“, schrieb der in der Verbannung in Gorki lebende Nobelpreisträger über seine Frau.

## NH bestätigt Spendenzahlung

rtr, Köln

Erstmals hat der gewerkschaftsfeindliche Baukonzern Neue Heimat Spendenzahlungen an politische Parteien bestätigt. Der Geschäftsführer der Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen, Dietrich Goldmann, teilte in der regionalen Fernsehsehung „Hier und Heute“ des WDR mit, sein Unternehmen habe in den 70er Jahren Spenden geleistet. Noch am Freitag hatte SPD-Vorstandssprecher Wolfgang Clement in Bonn Berichte über Spendenzahlungen der Neuen Heimat an seine Partei dementiert.

Die Neue Heimat Nordrhein-Westfalen hatte nach Goldmanns Angaben in den 70er Jahren rund 360 000 Mark an Spenden an die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung gegeben und rund 42 000 Mark an die politischen Parteien in Nordrhein-Westfalen, darunter auch an die CDU. Die Geschäftsführung der Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen sei 1985 durch die Prüfbehörden aufgefordert worden, zu Spendenzahlungen Stellung zu nehmen. Dies habe das Unternehmen im Oktober 1985 unter anderem gegenüber der Oberfinanzdirektion Köln getan, erklärte der Geschäftsführer.

## „Unruhe Bürgerpflicht“

Hupka: Sich mit der Teilung Deutschlands nicht abfinden

DW, Bonn  
Der Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Herbert Hupka, hat davor gewarnt, sich mit der Teilung Deutschlands abzufinden. Auf einer Festveranstaltung zum 35jährigen Bestehen der Schlesischen Jugend sagte Hupka in Königswinter, die in Freiheit lebenden Deutschen dürften an der Teilung Deutschlands nicht mitschuldig werden. Angesichts des Unrechts, das den Deutschen bis heute widerfahren sei, gelte nicht Ruhe, sondern Unruhe als die erste Bürgerpflicht.

Nach Überzeugung Hupkas trägt Moskau die Schuld an der andauernden deutschen Teilung. „Die Sowjetunion verweigert seit vier Jahrzehnten dem deutschen Volk das Selbstbestimmungsrecht.“ Für die Vertriebenen bekannte sich der CDU-Bundestagsabgeordnete zur Verständigung und zur Versöhnung mit den östlichen Nachbarn. Durch das Unrecht, das andere Völker einst in Deutschland Namen erlitten, hätten die Deutschen heute keineswegs das Recht auf Selbstbestimmung verwirkt, betonte Hupka. Der bereits in der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ ausgesprochene Ver-

nicht auf Gewalt dürfe aber nicht gleichgesetzt werden mit der Anerkennung fremder Gewalt.

Der Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien bedauerte, daß die Kommunisten, die heute über Teile Deutschlands die Herrschaft ausüben, Nationalismus pflegten, um die unterdrückten Völker im Hochgefühl nationalistischer Überheblichkeit besser domestizieren zu können.

Für Niedersachsen erneuerte Kultusminister Oschatz die Patenschaft, die das Bundesland 1950 über die Schlesier übernommen hatte. Niedersachsen habe 750 000 vertriebene Schlesier aufgenommen, erinnerte Oschatz. „Zu dieser Patenschaft bekennen wir uns.“

Oschatz begrüßte die Übereinstimmung der Schlesischen Jugend mit Ministerpräsident Albrecht, daß die Lösung von Problemen zwischen den Völkern unter europäischem Aspekt und auf friedlichem Weg erfolgen müsse. Die unter Konrad Adenauer erreichte Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich solle ein Beispiel für die Versöhnung zwischen Deutschen und Polen sein.



## Tendenz zur Flexibilität

hat. - Daß das derzeit geltende Ladenschlußgesetz keine heilige Kuh ist, macht die nicht absehbare Diskussion dieses leidigen Themas deutlich. Sogar für den Einzelhandel selbst ist es längst kein Tabu mehr, auch wenn es die meisten ihrer Verbandvertreter nicht wahrhaben wollen. Offensichtlich nimmt nämlich auch im Handel der Widerstand gegen flexiblere Ladenschließzeiten allmählich ab.

Das geht beispielsweise aus den Ergebnissen einer Umfrage hervor, die die Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen zu Bielefeld beim heimischen Einzelhandel durchführte. Zwar erhebt diese Umfrage nicht den Anspruch, repräsentativ zu sein, aber sie läßt zumindest Tendenzen erkennen. Nur noch 36 Prozent aller Befragten sprachen sich dabei gegen eine Änderung des derzeit geltenden Ladenschlußgesetzes aus. Das „Nur noch“ muß im Zusammenhang mit einer ähnlichen Umfrage vor Jahresfrist gesehen werden, bei der sich 70 Prozent der Befragten in der Ablehnungsfront einreihen. Acht Prozent enthielten sich diesmal der Meinung, 36 Prozent, also ein gutes Drittel, befürworteten jedoch eine Flexibilisierung. Allerdings waren nur zehn Prozent für eine völlige Freigabe und weitere fünf Prozent für generell längere Öffnungszeiten an allen Werktagen.

Die große Mehrheit plädierte für längere Öffnung an einem Werktag unter Wegfall des langen Samstags, also für ein Modell, das in den benachbarten Niederlanden seit langem praktiziert wird. Vielleicht wäre das auch für die Bundesrepublik ein tragbarer Kompromiß.

## Überfällig

dos. - Im Grunde war das, was Telefunken-Chef Manfred Schmidt jetzt zur Neustrukturierung der Deutschen AG für Unterhaltungselektronik (DAGFU) zu sagen wußte, längst erwartet worden. Die zentrale Steuerung der vier zum französischen Staatskonzern Thomson gehörenden Firmen Telefunken, Nordmende, Dual und Saba war überfällig. In einem Markt, der von Zusammenschlüssen und Kooperationen auf Teilgebieten geprägt ist, lassen sich selbstständig operierende kleine Einheiten nur unter aufrechterhalten. Zu dieser Erkenntnis hat sich die Konzernzentrale in Paris nun endlich durchgerungen. Die hohen Verluste, die die deutschen Töchter 1985 einführen, dürften letztlich den Ausschlag gegeben haben. Schmidt übte bemerkenswerte Zurückhaltung, als er zum Ergebnis der DAGFU befragt wurde; dies läßt Rückschlüsse zur Qualität der Ertragsrechnung 1985 zu. Thomson wird erneut auftreten müssen, um Löcher zu stopfen, auch 1986 noch. Die Lösung des Problems allerdings ist auf der Produktionsseite zu suchen. Dort aber will Thomson - noch - nicht ansetzen.

## KONJUNKTUR / Bangemann: Genereller Rückstand Europas nicht festzustellen

## Wachstums-Chancen in Deutschland erscheinen besser als in den USA

Mk.Bonn Die Voraussetzungen für mehr Wachstum und Beschäftigung sind nach Ansicht von Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann in der Bundesrepublik nicht nur fast so gut wie in Japan und vielleicht sogar etwas günstiger als in den USA, sie sind zur Zeit deutlich besser als anderswo in Europa. Es gebe erfreuliche Anzeichen dafür, daß Europa in der Lage ist, mit den neuen wirtschaftlichen und technischen Herausforderungen fertig werden zu können.

Wirtschaftsminister Bangemann wandte sich am Wochenende vor dem französischen Industrieverband in Paris gegen die Auffassung, Europa müsse das japanische oder amerikanische Modell kopieren. Dabei werde die japanische Wirtschaftspolitik als Prototyp einer nach vorne gerichteten Strategie dargestellt, bei der Staat und Unternehmen Hand in Hand die Struktur anpassen, die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft und die Erschließung neuer Märkte vorantreiben. Die USA gelten als Idealbild einer Wirtschaft, die zum einen den Unternehmen optimale Bedingungen für Pionierleistungen bietet, zum anderen durch eine großdimensionierte staatlich betriebene Militärforschung Spitzenleistungen erst ermöglichen. Bangemann wandte ein:

- Ein genereller Rückstand Europas sei nicht festzustellen, ihn gebe es allenfalls auf einigen Feldern wie der Mikro- und Unterhaltungselektronik.
- Einzelne Länder könnten zwar durch den Aufbau massiver Exportkapazitäten bei einzelnen Produkten ihren Industrien auf dem Weltmarkt durchaus Vorteile verschaffen. Bangemann verwies jedoch auf den zigen Aufbau einer zukunftsorientierten Petrochemie in Japan, dem raschen Abbau der Überkapazitäten mit staatlicher Unterstützung folgte. Überdies provozierten Störungen des freien Handels durch gezielte Verdrängungsstrategien den Import-schutz in anderen Ländern.
- Von den Rüstungsprogrammen in den USA seien zweifellos für die Datenverarbeitung wesentliche Impulse ausgegangen. Für bestimmte Hochtechnologiebereiche wie Elektronik, Optik, Laser und neue Werkstoffe könnten auch künftig Wettbewerbsverzerrende Wirkungen nicht ausgeschlossen werden. Bei all den dürfte jedoch nicht die hohe Belastung vergessen werden, die die Finanzierung großer Projekte für eine Volkswirtschaft bedeute.
- Im Bereich der Mikroelektronik weise die europäische Wirtschaft zwar gewisse Schwächen auf. Aber der Aufholprozeß habe längst begonnen. Er vollziehe sich weitgehend in der industriellen Entwicklung und Anwendung. Ferner berge die Überbetonung der Spitzentechnik die Gefahr der Fehlleitung von Ressourcen in sich. Hohe Gewinne brächten neue

Technologien nur dem, der tatsächlich die Nase vorn hat. Eine Volkswirtschaft könne von Spitzentechnik allein nicht leben.

● Auf die Frage, ob die Unternehmen auf allen Märkten, so auch im pazifischen Raum, präsent sein müssen, antwortete Bangemann mit einem eingeschränkten Ja.

Zur Stärkung der Wettbewerbschancen der Unternehmen in Europa komme es auf eine Verbesserung der Funktionsweise der Arbeitsmärkte an, zum Beispiel durch den Abbau von staatlichen Hemmnissen und durch die Unterstützung einer größeren Mobilität. Entscheidend sei auch die Eindämmung der mittel- und langfristigen Zurückführung der Steuer- und Abgabenbelastung. Überdies müsse der Leistungswettbewerb intensiviert werden. Dazu zähle auch die weitere Öffnung der Märkte.

In diesem Zusammenhang setzte sich Bangemann noch einmal für die Schaffung des europäischen Binnenmarktes ein. Dies bedeute nicht bürokratischer Perfektionismus bei der Harmonisierung von technischen Regelungen und Rechtsvorschriften, sondern mehr Mut zum dynamischen Wettbewerb. Positiv urteilte Bangemann über das Europäische Währungs-system. So wie der Ecu konstruiert, sieht der Minister darin kein Risiko für die Stabilität in Europa. Es sei daher an der Zeit, daß die Bundesbank ihre Genehmigungspraxis zugunsten des Ecu ändere.

## US-AKTIENMÄRKTE

## Kaufwut der Anleger bringt immer neue Rekorde hervor

H.A. SIEBERT, Washington

Mit dem lauen Gefühl im Magen, das jeder verspürt, der in schwindelerregender Höhe wandelt, blickt die Wall Street auf das spektakuläre Schauspiel an den US-Aktienmärkten. Obwohl die Antriebskräfte kaum noch zu erfassen sind, pulsen weiter die Rekorde. In der vergangenen Woche hat der Dow-Jones-Industrie-Index gleich drei aufgestellt, am Freitag schloß er noch einmal um 19,38 auf 1664,45 Punkte. Damit hat er an den fünf Börsentagen netto 51 und in den letzten fünf Wochen mehr als 150 Punkte zugelegt.

Ein solcher Spurt wäre noch im Sommer als utopisch bezeichnet worden. Er beschränkt sich zudem nicht nur auf die hochkarätigen „Blue Chips“, sondern vollzieht sich auf breiter Front. Neue Hochs erreichten sowohl der umfassende Nyse-Index als auch der Standard & Poor's 500, die im Wochenverlauf um 2,94 (Freitag: 1,24) auf 126,65 und um 5,20 (2,36) auf 219,76 Punkte anwuchsen. Der Nasdaq-Index, der die über den Schalter gehandelten Werte erfaßt, registrierte sogar einmal hintereinander einen neuen Rekord.

Mit Eigengewicht oder Herdentrieb ist der steile Aufwärtstrend nicht zu erklären. Vielmehr sprechen die enormen Umsätze - Freitag: 155,6 Mill. Papiere an der New York Stock Exchange - für eine regelrechte Kaufwut seitens der institutionellen Anleger. Anders läßt sich auch nicht begründen, warum am Freitag von den

30 „Dow“-Werten 28 höher schlossen. Die Antwort kann nur in der hohen Liquidität zum Beispiel der Geldmarktfonds liegen. Sie verfügen derzeit über 210 Mrd. Dollar, die zu investieren sind.

Hinzu kommen andere Faktoren, die ein Umkippen des Kaufmobs verhindern:

1. Die gesunkenen Ölpreise drücken die US-Herstellerpreise im Januar um 0,7 Prozent; in Jahresfrist erhöhte sich der Index nur um 1,4 Prozent, was vorerst den wechsellkursbedingten Preisauftrieb neutralisiert.
  2. Amerikas Industrieproduktion nahm um 0,3 und übers Jahr um 2,5 Prozent zu. Geschumpt sind im Dezember die Lagerbestände, was mehr Wachstum bedeutet.
  3. Der US-Handelsbevollmächtigte Yeutter forderte eine Dollarabwertung um weitere zehn bis 15 Prozent, um die Exporte zu fördern und die Importe zu drosseln. Gelobt wird Tokios freiwillige Beschränkung der Autolieferungen im sechsten Jahr.
- Aber es ist auch die US-Notenbank, die freundliche Signale aussendet. So hat das Offen-Markt-Komitee Mitte Dezember, wie das Protokoll zeigt, die Geldschleuse leicht geöffnet. Wegen der nun überhöhten Schuldenkrise wird dieser Schritt kaum revidiert werden sein. Volcker teilt dem Kongreß die Geldziele am Mittwoch mit. Erstmals seit August 1979 sanken am Freitag 30jährige Treasury Bonds auf 8,94 (Vorjahr: 11,34) Prozent.

## Unfug beim Umweltschutz

Von JOACHIM GEHLHOFF

Dankwürdiges verkündigte der zu Zeiten der sozialliberalen Bonner Koalition im Innenministerium wirkende Staatssekretär a.D. Günther Hartkopf zum Auftakt der „Envirotec“-Umweltschutzmesse in Düsseldorf, die heute unter Schirmherrschaft des Bundespräsidenten ihre Pforten öffnet. Die Gelegenheit, daß diese industriellen „Fachmesse“ möglicherweise wiederum ein sehr großes „Info-Center Umwelt“ (zwei Messehallen) für die Belehrung interessierter Bundesbürger von Kindesbeinen an bietet, will der Vorratshändler, nun-Mäzöder solcher „bürgernahen“ Initiativen wie der gemeinnützigen und mit Steuergeld geförderten „Deutschen Umwelt-Aktion“ (DUA), auf seine Weise nutzen.

Schon jedem Hauptschüler (und Tausende sollen kommen) werde die DUA auf der Messe unter dem Motto „Tu was“ das umweltbewußte „Denken“ beispielsweise mit folgender Devise einimpfen: Die Getränke-Blechdose gehöre nicht etwa (jezt) in den gesonderten Abfallbehälter, sondern zugunsten der Mehrweg-Flasche überhaupt gar nicht erst gekauft. Das sei der nützliche Beitrag umweltbewußter Bürger zur Eindämmung einer Müll-Lawine, die allmählich „die bundesdeutschen Müll-Deponien zu sprengen drohe.“

Für Kundige ist das ein Paradebeispiel der Desinformation gutwilliger Bürger. Mit dem zweifellos vorhandenen Mülldeponieproblem haben die Einweg-Getränkepackungen praktisch nichts zu tun. Denn an allen auf die Deponie wandernden Abfallmengen sind sie nur mit etwa 0,5 Prozent beteiligt. Und diese Quote ist durch wachsendes Rohstoff-Recycling auch noch rückläufig. Wer da unter dem Umweltschutz-Banner noch Attacken gegen „Einweg“-reißer, treibt Unfug mit einer guten Sache.

Der einstige Staatssekretär und seine inzwischen zahlreiche Gefolgschaft sind da zu Gefangenen ihrer eigenen Ideologie geworden. Entlarvend hat dazu hat Hartkopf neuerdings stolz verkündet: Zumal Besuche (und er voran) hätten in der Vergangenheit als Gegengewicht zur Umweltschutzblockade „großer und finanzkräftiger Wirtschaftsorganisationen“ die einschlägigen Bürgerinitiativen auf die Beine gebracht und zu einem „Kampfverband“ formiert,

an dem die Politik nicht mehr vorbeigehen könne.

So heitiger Einfall dieses Bekanners verdanken wir also nun auch beim Umweltschutz das staatsrechtliche Problem, was ein dem Gemeinwohl verpflichteter Beamter tun muß und zu unterlassen hat. Beim Umweltschutz, der alle angeht und von allen ernstgenommen wird, sollte ohnehin das Aufbauen emotionaler, gestärkter Kampfbündnisse mit Leisepartnern unterbleiben. Die Sache ist zu ernst, um ohne Sachverstand auszukommen.

Was blinder Eifer auf diesem Feld anrichten kann, beklagte zur Düsseldorf-Messe auch der Bundesverband der Deutschen Rohstoffwirtschaft. Das umweltschonende Altschlack-Sammeln mit Selektion des Wiederverwertbaren schon vor der Hausalt-Mülltonne bringt im edlen Weltlauf von kommerziellen, kommunalen, karitativen und sonstigen Institutionen nun auch schon Probleme für die Rohstoff-Recycling-Wirtschaft.

An Altpapier beispielsweise wird inzwischen mehr gesammelt, als die Papierfabriken verwerten können. Einige 100 000 Überschuss-Tonnen pro Jahr werden nach dem Sammelbehälter noch verbrannt. Beim Altpapier ist in solchen Regionen der Überschuss gleichfalls schon da. Fazit: Was teuer getrennt gesammelt wird, wandert gemeinsam in die Müllverbrennung und auf die Deponie.

Auch solchen Unfug kann eine nüchtern agierende Umweltschutzpolitik verhindern. Dies um so leichter, wenn sie im weiten Spannungsfeld vermeidbarer und unvermeidbarer Umweltbelastungen einer Industriegesellschaft den Bürgern grundsätzlich und unverdrossen die jeweiligen Kosten/Nutzen-Bilanz mit allen Konsequenzen (auch für Lohn und Arbeitsplatz) vor Augen führt.

Es bleibt abzuwarten, ob die aufwendige Informationsschau auf der Düsseldorf-Messe Umweltschutzmesse dazu den erwünschten Beitrag leistet. Der publizistische Auftakt, den ihre (Behörden-)Sprecher vor der Presse boten, war dafür nicht vielversprechend. Die abwegige Idee, daß erfolgreiche Umweltschutzpolitik vorrangig „gegen die Industrie“ durchgesetzt werden müsse, steckt da leider nicht nur dem früheren Staatssekretär aus Bonn noch im Kopf.

## AUF EIN WORT



Die Japaner leisten unbestritten ganz Hervorragendes bei der Umsetzung von Forschungsergebnissen in die Praxis. Gerade hier liegt unser großes Defizit: Die Zusammenarbeit zwischen Forschung und Marktzugang funktioniert nicht. Bis bei uns Überlegungen stattgefunden haben, was marktgerecht sein könnte, ist es nur allzu häufig schon zu spät.

Prof. Dr. Hans Quast, Direktor am Max-Planck-Institut für Festkörperforschung, Stuttgart. FOTO: DPA

## Ecu setzte sich stärker durch

dpa/VWD, Bonn

Die Kunstwährung der EG, die Europäische Währungs-Einheit (ECU), hat sich in den letzten Jahren auf den internationalen Finanzmärkten etabliert, heißt es in der jüngsten Ausgabe der „Berichte und Informationen“ der ECU-Kommission. Zwischen 1982 und 1985 (ohne Dezember) sei der Anteil der ECU-Anleihen am internationalen Markt von 1,1 auf 4,3 Prozent hochgeschritten. Der ECU-Anteil an den EG-Währungen lautenden Anleihen sei von 8,1 auf 24,5 Prozent gestiegen.

## BDI

## Die gesamte Weltwirtschaft profitiert vom Ölpreisverfall

Mk.Bonn

Die sinkenden Ölpreise wirken sich nach Ansicht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) nicht nur positiv auf die deutschen Exporte, sondern auch auf das Wachstum der Weltwirtschaft insgesamt aus. Allerdings sei eine Quantifizierung der wirtschaftlichen Auswirkungen sinkender Ölpreise heute nicht möglich. Grundsätzlich lasse sich jedoch feststellen, daß aus deutscher Sicht die Vorteile größer seien.

Große finanzielle Probleme könnten für die hochverschuldeten Öl-exportländer wie Mexiko und Nigeria erwartet werden. Für Großbritannien und Norwegen dürfte sich die Zahlungsbilanz verschlechtern. Anhaltende Ertragsrückfälle bei allen Öl-exportierenden Ländern könnten zu sinkenden Aufträgen an die deutsche Exportwirtschaft führen. Steigen

würden dagegen die Chancen der deutschen Industrie bei den ölimportierenden Entwicklungsländern als auch bei Industrieländern, deren Ölrechnungen sinken.

Aus der Befürchtung, sinkende Ölpreise führten zum Verzicht auf Investitionen, die der Ölsubstitution, der Energieeinsparung und der Erschließung neuer Energiequellen dienen, dürfte nicht der Schluss gezogen werden, der Ölverbrauch müsse durch eine Ölimportsteuer künstlich verteuert werden. Derartige staatliche Eingriffe hält der BDI für verfehlt. Vielmehr würden aufgrund der sinkenden Ölpreise die Investitionen steigen, die zu einer Einsparung von Energie führen. So hätten in den sechziger Jahren die niedrigen Energiepreise zu einer Modernisierung der Industrie beigetragen, die die Energieeinsparung befähigt hat.

## WERKZEUGMASCHINEN

## Japan größter Exporteur vor der Bundesrepublik

dpa/VWD, Nürnberg

Japan hat im letzten Jahr offenbar die Bundesrepublik als größter Exporteur von Werkzeugmaschinen abgelöst. Wie der Verein Deutscher Werkzeugmaschinenfabriken, Frankfurt, mitteilte, produzierten die deutschen Hersteller 1985 Werkzeugmaschinen für rund 13 Mrd. DM. Der Export lag bei etwa acht Mrd. DM. Japan stellte Werkzeugmaschinen im Wert von 18 Mrd. DM her; die genauen Exportzahlen liegen noch nicht vor.

Im Jahr 1984 hatten die deutschen Hersteller Werkzeugmaschinen im Wert von 9,407 Mrd. DM produziert. Der Export lag bei 6,048 Mrd. DM. Die japanische Konkurrenz produzierte im selben Zeitraum für 12,7 Mrd. DM, exportierte jedoch lediglich für 4,981 Mrd. DM.

Der geschäftsführende Gesellschafter der Trumpf GmbH & Co. Dit-

zinger/Stuttgart, Berthold Leibinger, bezeichnete das Vordringen Japans an die erste Stelle auf dem Weltmarkt - auf Platz drei stehen die USA mit einem Produktionsvolumen von sieben Mrd. DM - als alarmierend. In einem Vortrag an der Universität Erlangen/Nürnberg sagte Leibinger den deutschen Werkzeugmaschinenbauern für 1986 ein Umsatzwachstum von zehn Prozent voraus.

Seit 1978 hat sich die Zahl der Beschäftigten in der deutschen Werkzeugmaschinenindustrie um etwa neun Prozent verringert. Gleichzeitig erhöhte sich der Pro-Kopf-Umsatz von 79 000 auf 140 000 DM. Leibinger führte dies auf Innovationen und die Verwendung immer effektiverer Schneidstoffe hin. Um weltweit wettbewerbsfähig zu bleiben, müsse die Produktion weitgehend automatisiert werden.

## WIRTSCHAFTS JOURNAL

### Insolvenzen auf Rekordhöhe

Wiesbaden (dpa/VWD) - Einen neuen Rekord weist die Bundesrepublik mit nahezu 19 000 Pleiten für das vergangene Jahr aus. Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden, wurden 1985 bei den Gerichten 18 876 Konkurs- und Vergleichsverfahren angemeldet. Die Zahl der Insolvenzen lag damit um 12,6 Prozent höher als im vergangenen Jahr (18 760). Insgesamt mußten 13 635 (1984: 12 018) Unternehmen im Bundesgebiet vor Gericht ihre Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung eingestehen. Mehr als die Hälfte der zusammengebrochenen Firmen firmierte in der Rechtsform der GmbH. Besonders betroffene Wirtschaftsbereiche waren wiederum der Bau mit 3 228 Zusammenbrüchen (plus 16,7 Prozent) und der Dienstleistungsbereich mit 3 835 Fällen (plus 21,8 Prozent).

### Verschärfung erwogen

Bonn (VWD) - Die Bundesregierung prüft derzeit, ob unter anderem mit Blick auf die Verschmutzung von Nord- und Ostsee zumindest für große Kläranlagen bundeseinheitlich die „weitergehende Phosphor- und Stickstoffbesetzung“ für die Gemeinden festgeschrieben werden soll. Dies könnte nach Auskunft des Bundesinnenministeriums auf eine parlamentarische Anfrage im Zuge der Fortschreibung der 1. Abwasser-Verwaltungsverordnung geschehen. Einer obligatorischen Einführung von chemischen Reinigungsstufen steht die Bundesregierung indes skeptisch gegenüber.

### Höhere Ölförderung

London (dpa/VWD) - Die britische Ölförderung in der Nordsee ist im Januar gegenüber dem Vormonat um elf Prozent auf 2,76 Mill. Barrel pro Tag gestiegen. Dieser Zuwachs wurde erzielt, obwohl die Organisation erdölexportierender Länder (Opec) angesichts des dramatischen Preisverfalls für Rohöl von Großbritannien eine Drosselung der Produktion verlangt hatte. Die Regierung in London wies dies zurück. Auch die För-

dergesellschaften haben keine Initiative zur Einschränkung der Produktion ergriffen.

### Längere Zahlungsfristen

New York (dpa/VWD) - Die größten Gläubigerbanken Venezuelas haben nach Informationen aus US-Bankkreisen ein vierjähriges Schuldensmoratorium für die 1985 und 1986 fälligen Tilgungszahlungen vorgeschlagen. Die Empfehlung wurde vom Steuerungsausschuß des aus 450 internationalen Banken bestehenden Konsortiums unter Leitung der Chase Manhattan Bank gemacht, heißt es. Venezuela hat im Ausland Schulden im Wert von insgesamt 35 Mrd. Dollar (rund 84 Mrd. DM). Die Vereinbarung über das neue Moratorium sieht vor, daß die 1985 und 1986 fälligen Tilgungen vier bzw. fünf Jahre später geleistet werden.

### Kaffeekonsum gestiegen

Hamburg (dpa/VWD) - Nach einem Rückgang um fünf Prozent im Jahre 1984 hat der Kaffeeverbrauch in der Bundesrepublik im letzten Jahr wieder um etwa vier Prozent zugenommen. Dies geht aus einem Bericht der Kaffeehandelsgesellschaft Bernhard Rothfuss, Hamburg, hervor. Der Anteil des gemahlenden Kaffees ging nach den vorläufigen Daten des Berichts von 65 auf 64 Prozent zurück. Der Marktanteil der Packer (Jacobs, Hag/Onko, Melitta, Dallmayr etc.) schrumpfte um 0,9 auf 33,6 Prozent, während die Versender und Filialisten (Tchibo, Aldi, Edeka etc.) ihren Anteil entsprechend auf 66,4 Prozent steigern konnten.

### Londoner Kassapreise

	14.2.86	1.2.86
Kupfer (£/t)	986,5	994,5
Alu (£/t)	257,5	238,5
Zinn (£/t)	422,5	440,5
Zinn (£/t)		
Gold (\$/Unze)	331,5	336,5
Silber (\$/Unze)	408,05	418,5
Kakao (£/t)	1633,5	1674,5
Kaffee (£/t)	2200	2202,5
Zucker (£/t)	146,5	141,5
Kautschuk (p/kg)	62,75	61
Wolle (p/kg)	428	428
Baumwolle (cts/lb)	55,15	54,8

\*) Abladung März; \*\*) Abladung März; \*) A-Index-Preis Liverpool

## Marktgerechte Ausschüttungen für 1985. Vielversprechende Perspektiven - nach Spitzen-ergebnissen 1985: SparkassenFonds.

Am 17. Februar 1986 schütteten vier Sparkassen-Wertpapierfonds marktgerechte Erträge aus. Vielversprechende Perspektiven für SparkassenFonds - nach Spitzen-ergebnissen in 1985 - und attraktive Rabatte sind gute Gründe, die Ausschüttungen sofort wieder anzulegen!

Eine Wiederanlage verbessert zudem den langfristigen Anlageerfolg deutlich. Der Wertzuwachs einer Anlage in AriDeka etwa betrug im Laufe der letzten 10 Jahre ohne Ertragswiederanlage 109%, mit Ertragswiederanlage aber 190%.

Auch Zusatz- und Neuanlagen in SparkassenFonds sind aussichtsreich. Denn die Erwartungen für die Aktien- und Rentenmärkte sind positiv. Und SparkassenFonds bieten Invest-Management für Ihre Wertpapieranlagen. Mehr über Invest-Management erfahren Sie beim Geldberater der Sparkassen.

Sparkassen-Wertpapierfonds	Wertzuwachs 1985*)	Ertragsschein	Bar-Ausschüttung	+ anrechenbare Körperschaftsteuer	Gesamt-Ausschüttung	Wiederanlage-Rabatt**)
AriDeka	49,8%	Nr. 24	DM 1,58	+ DM 0,22	DM 1,80	2,5%
DekaFonds	72,2%	Nr. 31	DM 0,98	+ DM 0,32	DM 1,30	3,0%
DekaRent	11,0%	Nr. 17	DM 3,00	-	DM 3,00	2,0%
RenditDeka	10,8%	Nr. 18	DM 2,30	-	DM 2,30	2,0%

\*) Auf Basis der Anteilwerte und bei Wiederanlage der Erträge. \*\*) bis 18. April 1986.

SparkassenFonds: Die hohe Schule der Geldanlage **Deka**





## HOESCH

## Modernste Anlage für Feinbleche

by Dortmund

Der Dortmunder Stahlkonzern Hoesch hat mit der offiziellen Einweihung der Conti-Gilbe zur Bearbeitung von Feinblechen den größten Teil seines Investitions- und Rationalisierungsprogramms abgeschlossen. Die mit einem Aufwand von 310 Mill. DM errichtete Anlage ist die modernste und größte der Welt. Bundesminister Norbert Blum meinte bei der Einweihung, der Stahlkonzern habe in der schwierigsten Zeit bewiesen, daß Krise nicht nur eine Bedrohung sei, sondern auch eine

## Kulturellen Überblick

kann man abonnieren.

Bitte:

An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bitte liefern Sie mir vom nächsten Erscheinungstermin an ein weiteres

DIE WELT

zum monatlichen Bezugspreis von DM 27,10 (Ausland 37,10, Luftpost auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name/Nachname:

Straße/Nr.:

PLZ/Ort:

Beruf:

Vorw./Tel.:

Datum:

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (rechzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei:

DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift:

Sie haben das Recht, eine Abbestellung innerhalb von 7 Tagen (rechzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei:

DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Herausforderung, die man bewältigen könne. Der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen nannte die Anlage ein Symbol dafür, daß die Ruhr als Industriestandort wieder Zukunft habe, und Hoesch-Chef Carsten Rohwedder ergänzte: „Beim Stahl sind wir jetzt das Nonplusultra“. Damit werde auch ein Kontrapunkt zu der rasanten technischen Entwicklung im Süden der Bundesrepublik gesetzt.

Die Dortmunder Conti-Gilbe mit einer Monatsleistung von 67 000 Tonnen dient dazu, Feinbleche am laufenden Band so zu häften und zu glätten, daß die industriellen Kunden sie ohne Zusatzarbeiten oder Ausschuss verwenden können. Gebaut wurde sie in 27 Monaten von der Mannesmann-Demag-Sack. Das Know-how stammt von Nippon Kokan. Hoesch ist einer der großen Lieferanten für die Autoindustrie - allein Mercedes nimmt 20 Prozent der benötigten Bleche aus Dortmund ab, aber auch VW ist Großabnehmer ebenso wie Miele und Siemens.

## IM BLICKPUNKT / Konzernchef Hans Gerling hat den Tiefpunkt nach der Herstatt-Pleite endgültig überwunden

## Ein König, der keinen ebenbürtigen Partner duldet

Als die Pressestelle des Gerling-Konzerns am 30. Januar 1986 in einem einzigen langen, verschlungenen und auslegungsfähigen Satz den Rückkauf der Mehrheit am Kölner Versicherungskonzern bekanntgab, gehörte sie der jure bereits einen Monat lang dem Chef des größten deutschen Versicherungskonzerns in Familienbesitz. Was am Deal zwischen dem Aussteiger Friedrich Karl Flick (59) und Hans Gerling (70) überraschend war, war nicht die Tatsache selbst, sondern die Schnelligkeit, mit der der Handel über die Bühne gegangen war. Seit sich Flick endgültig aus allen industriellen Betätigungen zurückgezogen hatte, waren kaum zwei Monate vergangen.

Jetzt ist Gerling wieder Herr im eigenen Haus. Zusammen mit seinem 49-Prozent-Anteil an 140 Mill. DM Grundkapital der Holding Gerling-Konzern Versicherungs-Beteiligungs-AG (GKB) verfügt er jetzt über 89 Prozent. Die übrigen elf Prozent werden über die Versicherungs-Holding der Deutschen Industrie (VHD) immer noch von einem Dutzend mittelständischer Unternehmen gehalten. Da es sich bei ihnen überwiegend um betriebsnahe Industrielle handelt, die ihm auch in schlechten Zeiten, als der Versicherungskonzern im Zuge der Herstatt-Pleite vom Niedergang bedroht war, zur Seite gestanden hatten, kann Gerling mit dieser Minderheitsbeteiligung leben. Schließlich ist auch sie an das Verkaufsrecht des Kölner Versicherungskonzerns gebunden.

Der Kaufpreis bleibt einwillenfalls im Dunkeln wie dessen Finanzierung. Freilich: Schätzungen in der Größenordnung 380 bis 400 Mill. DM dürften nicht weit von der Wirklichkeit entfernt sein. Und schon Flicks steuerliche Interessen dürften dahin gehen, den Verkaufspreis über eine Reihe von Jahren zu „strecken“. Ein Kreditbedarf besteht bei Gerling ebenso wenig wie die Notwendigkeit, sich von Beteiligungen zu trennen.

Gerüchte um den Verkauf von 54 Prozent der Münchener Frankonia-Rückversicherungs-AG haben nur deren Kurse in die Höhe getrieben. Vom Ergebnis her steht die Frankonia so gut da, jedenfalls besser als die Branche und Gerlings Namensträger.

rin, Globale Rück, daß ein Verkauf keinen Sinn macht.

Trotz einiger schlechter Jahre im Bereich der Schaden- und Unfallversicherung, namentlich im US-Haftpflichtgeschäft, der Kredit- und Rückversicherung, hat Gerling seine Mittel für den „Tag X“ gut gepolstert, auch mit zurückgekauften Herstatt-Abschließungen. Es würde auch dem Selbstverständnis Gerlings entschieden zuwiderlaufen, einen Versicherungspartner ins Geschäft zu nehmen. Und einen Versicherungsfremden schon gar nicht.

Aber das braucht er auch gar nicht. Schließlich besteht das Gerling-

Imperium, 1904 von seinem Vater als „Büro für Versicherungs- und Rückversicherungsgeschäften, deren Prämieneinnahmen sich im Sach-, BÜK-, Rechtsschutz-, Lebens- und Rückversicherungsgeschäft 1985 auf etwa 5,6 Mrd. DM addieren dürften. Gemeinsam mit der im Konzernbereich weitverbreiteten Organisation im Ausland, mit mehreren Erst- und Rückversicherungen dürfte sich weltweit ein Gesamtprämienaufkommen von 6,5 bis 6,8 Mrd. DM entwickeln. Dabei ist die Gruppe Hans Gerling (privat), also der Besitz außerhalb des Gerling-Konzerns, noch nicht berücksichtigt.

Hans Gerling, der im Gegensatz zu Friedrich Karl Flick nicht nur gerät, sondern auch neu geschaffen hat und im Industriegebiet mit Innovationen in Produkt, Vertrieb und Prämienspolitik manches Mal zum Ärger der Konkurrenten den Wettbewerb angeheizt hat, wandte sich in den letzten Jahren zieldrehtig dem Privatleben zu.

Im Geschäftsleben lag ihm nichts an echten Partnern. Sein beherrschendes Wesen duldet keinen Ebenbürtigen. Das mußten auch seine Brüder spüren. Sowohl Robert (1909) als auch Walter Gerling (1908)



Hans Gerling FOTO: JUPP DACHINGER

wiesen. Es blieb damals bei der Flick-Mehrheit in der Industriellen-Holding (VEDD).

So stark er dem Geschäft verbunden blieb, sein Dienstvertrag wurde später sogar mit Zustimmung Flicks um drei Jahre bis Mitte 1987 verlängert, so hält er sich in der Öffentlichkeit zurück. Kaum jemand bekommt ihn zu Gesicht. Gerling ist reserviert bis menschenscheu. Dies verstärkte sich noch, als ihm der Bankier Iwan D. Herstatt und seine Mitarbeiter 1974 mit Devisen-Spekulationsverlusten in Milliardenhöhe seine wohl größte persönliche Enttäuschung bereitet hatten. Einsicht in eigenes Fehlverhalten, schließlich war er Mehrheitsaktionär und Aufsichtsratsvorsitzender der Herstatt Bank, war seine Stärke ganz und gar nicht. Übrigens hat er nie, weder juristisch noch moralisch, eine Mitschuld an der Bank-

pleite noch eine Mitverantwortung bekannt oder zu erkennen gegeben.

Unter dem Druck der Öffentlichkeit zahlte er groß und zaudernd. Das Zaudern freilich hat sich ausgezahlt. Die überwältigende Zustimmung zum Herstatt-Vergleich bewahrte ihn vor unübersehbaren Prozentsätzen. Mit 210 Mill. DM aus dem Verkauf der Hälfte seines Imperiums mußte er Tausende von Gläubigern befriedigen. Die Abwicklung der Bank läuft heute noch. Vor einem Gericht erschien er nie.

Ein Hauch elitären Gehabes hielt die Zahl echter Freunde klein. Der promovierte Nationalökonom wäre gern Architekt geworden. Zwar kann man über die Ästhetik der kalten und sterilen Monumentalbauten rund um den Kölner Gereonshof streiten, an unternehmerischer Macht jedenfalls hat der 70-jährige nach Jahren drohenden Abbruchs wieder angebahnt. Atemberaubend das Filigran von einander überlagernden Beteiligungen im Konzern, von dem Experten behaupten, er sei bei der ungenutzten Kapitalausstattung und dem Führungsstil Gerlings nicht oder nicht so zu regieren.

Langfristig hat sich das geduldige Warten Hans Gerlings als erfolgreich erwiesen. Wer noch vor Jahren damit gerechnet hat, Gerling würde auf dem Weg zur Alleinmacht aufgeben, hat sich gründlich getäuscht. Wenn niemand anders, so hat er selbst an seine Rückkehr zur Konzernspitze geglaubt. Er hätte auch noch länger gewartet, wenn ihm nicht jetzt der Zufall zu Hilfe gekommen wäre.

Und die Zeit nach ihm? Sohn Rolf Gerling (31) ist neben drei Schwestern nicht der Alleinerbe. Wie sein Vater war er schon früh in leitenden Funktionen und wird sorgfältig auf seine Nachfolge vorbereitet. Er wird auch nicht öffentlich „vorgeführt“. Der Jung-Manager ist, wie Rolf Gerling lebt im schweizerischen Zollikon, ist Vorstandsmitglied der seinem Vater privat gehörenden Versicherungsunternehmen und der Gerling-Globale Rückversicherungsgruppe in Zug/Schweiz und sitzt im Aufsichtsrat der eben erst von seinem Vater zurückerworbenen Gerling-Konzern Holding (GKB).

## MEXIKO / Ölpreisverfall wirkt sich dramatisch aus

## Keine US-Hilfen vorgesehen

sbt/ed. Washington/Frankfurt

Die am Samstag von der staatlichen mexikanischen Ölgesellschaft Pemex bekanntgegebene Senkung des Ölpreises auf nur 15 Dollar ist nach Einschätzung in Bankkreisen Ausdruck der dramatischen Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Situation des vom Ölpreisverfall besonders hart getroffenen mittelamerikanischen Großschuldners. Mexiko versuche nun, mit einer Niedrigpreispolitik mit aller Gewalt den Ölabsatz und damit die Exporteinnahmen zu steigern, heißt es. Die prekäre Lage des Landes war bereits vor einer Woche Thema besorgter Diskussionen der Notenbankchefs beim Baseler Treffen in der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), nachdem die mexikanische Regierung einen Kreditbedarf von 8,7 Mrd. Dollar angemeldet hatte.

Ein zwiespältiges und überwiegend enttäuschendes Echo fanden in Bankkreisen Äußerungen aus dem amerikanischen Schatzamt, wonach Washington nicht daran denkt, ein Hilfspaket für Mexiko im Eiltempo zu schnüren, und daß die Lage also nicht so kritisch empfunden wird wie im Herbst 1982, als dem Land einschließlich Krediten anderer Länder und multilateraler Institutionen zehn Mrd. Dollar zur Verfügung gestellt wurden. Wie es heißt, hat Mexiko, dessen Währungsreserven auf fünf Mrd. Dollar veranschlagt werden, auch noch nicht um Hilfe nachgesucht. Es bestehe kein Grund über spezielle Maßnahmen nachzudenken.

Überdies will die Administration sicherstellen, daß Mexiko erst einmal eigene Anstrengungen zu Bewältigung der neuen Situation unternimmt. Vor zusätzlichen Finanzsprüngen müsse vor allem die Kapitalflucht gestoppt werden.

Nach Angaben des US-Finanzministeriums sind die Möglichkeiten einer Unterstützung heute beschränkt als 1982, weil einmal Amerikas Überdars gesunken ist und zum anderen das Haushaltsausgleichsgesetz eine Aufstockung der Auslandshilfe verbietet. Als Ausweg werden jedoch befristete Überbrückungsdarlehen genannt. Von Mexiko wird erwartet, daß es die Staatsindustrie auf festere Beine stellt, den Haushalt saniert, die Hemmnisse für die Agrarproduktion und ausländische Investitionen beseitigt und mehr exportiert. 1985 verringerte sich Mexikos Ausfuhrüberschuss um 36 Prozent auf 7,8 Mrd. Dollar. Die Importe stiegen um 19 Prozent auf 14 Mrd. Dollar, die Exporte sanken um neun Prozent auf 21,8 Mrd. Dollar.

Die Äußerungen aus dem US-Schatzamt werden in deutschen Bankkreisen als Teil einer Strategie Washingtons gewertet, die drängenden mexikanischen Probleme im Rahmen des Baker-Plans unter Einschaltung der multilateralen Institutionen und vor allem der internationalen privaten Banken zu lösen. Dabei hätten die US-Banken unter Führung der ohnehin schon gebeutelten Bank of America die größten Belastungen zu tragen.

## RENTENMARKT / Tendenz hat sich deutlich gebessert

## Anfragen aus dem Ausland

Am Rentenmarkt hat sich die Tendenz im Verlauf der Woche deutlich gebessert. Größere Nachfrage lag für die öffentlichen Anleihen, speziell vom Ausland her, vor. Hier haben möglicherweise Währungsüberlegungen eine Rolle gespielt. Die Renditen konnten allerdings nicht wesentlich zurückgenommen werden, im Durchschnitt etwa um 0,05 Prozentpunkte. Auch für die nächste Woche wird mit einem weiteren Rückgang des Zinsniveaus gerechnet. Die von der Deutschen Bank aufgelegte 6,25-Prozent-Optionsanleihe über 710 Mill. DM (Laufzeit zehn Jahre, 190 Prozent Ausgabekurs) war bereits am ersten Tag stark überzeichnet.

(P.)

Emittenten	14.2.	15.2.	16.2.	17.2.	18.2.
Anleihen von Bund, Bahn und Post	5,73	5,73	5,81	5,88	7,88
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	5,13	5,13	5,24	5,73	7,23
Sonderanleihen von					
Sonderanleihen der Industrie	5,78	5,85	5,99	6,06	7,88
Sonderanleihen öffentl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	5,16	5,25	5,31	5,94	6,29
Titel bis 4 Jahre rechnerische	5,90	5,92	5,94	6,06	7,90
bzw. Restlaufzeit	5,50	5,51	5,94	6,24	7,94
Titel über 4 Jahre rechnerische	5,58	5,63	6,73	7,14	7,38
bzw. Restlaufzeit	5,58	5,61	6,03	6,64	7,38
Inländische Emittenten insgesamt	5,67	5,68	6,02	7,30	8,08

DM-Auslandsanleihen

## KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bad Gandersheim: Hans Günter Brodtmann, Kreisessen: Bad Homburg: R. T. B. Rudersneuerungs-KG, Bad Rothenfelde: Berthel-Charlottenburg: Maitre Gastronomie GmbH; Essen: Kleckenbeck GmbH L.L. Flensburg: Christian Jensen & Co. KG; Hagen: Josef Wietfeld, Zahnarzt, Schwelke-Holzen: Hamburg: Lebensmittel Otto Burmeister GmbH; Hermann Ostot OHG; Nürnberg: GEBRA Straßensanbau GmbH; Nachl. d. Karl Schenk; Osnabrück: Twiehaus-Bau GmbH; Schwelke-Holzen: Münz & Co. Zimmerei u. Bautechnische GmbH.

Bretfeld-Geddelsbach: Sieburg: Edmeier Sanitär - GmbH, Niederkassel-Mondorf: Villings-Schwemingen: Hannelore Schub, Edingfeld: Briegel Wohnbau GmbH & Co. KG, Villings: Adalbert Briegel GmbH & Co. KG, Villings: Briegel Beteiligungsges. mbH, Villings: Wuppertal: D. (auch Dieter) Koch Vertriebsbüro GmbH (auch Vertriebs GmbH), Essen/Rhld.: Reinhard Koch. Anschluss-Konkurse eröffnet: Barmen: Manfred Göhner, Kaufmann; Sieburg: Robert Steinel sen., Lohn-

## NAMEN

Dr. Martin Egger, Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, ist am 13. Februar mit 56 Jahren gestorben.

Dr. Friedrich Wattermann, langjähriger Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften, scheidet nach 34-jähriger Tätigkeit aus dem aktiven Berufsleben aus.

Senator E. h. Prof. Dr. Kurt Herberichs, der Pionier auf dem Gebiet der modernen Lack-Fertigungstechnik, begeht heute seinen 85. Geburtstag. Dr. Siegfried Henning ist zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der HMI-Bank Hallbaum, Maier & Co. AG - Landkreditbank - Hannover, bestellt worden.

Dieter Reiffen, früher Hauptabteilungsleiter im Finanzressort der Ford Werke AG, Köln, hat die Leitung des Bereichs Finanzen, Einkauf und Materialwirtschaft der ABS Pumpen AG, Lohmar, übernommen. Mit der

Leitung des Gesamtvertriebs wurde Werner Kilmann beauftragt. Vertriebsleiter Dr. Wolf Brehm ist künftig für Marketing verantwortlich.

Bernard Koberling, früherer Geschäftsführer und zugleich stellvertretender Direktor der Kreisparkasie Hannover wurde als Vorstandsvorsitzender zur Sparkasse der Stadt Wilhelmsheaven berufen. Als sein Nachfolger übernimmt Friedel Hesse die Geschäftsführung der Gesellschaft.

Ludwig von Bogdandy (56), Vorstandsmitglied der Klöckner-Werke AG, Duisburg, und Professor an der Technischen Universität Berlin, wurde zum Leiter des Bereichs Hütte und Technologie der österreichischen Voest ernannt.

O. E. Förster, von 1962 bis 1980 Geschäftsführer der Cassella-Tochter Curta & Co. GmbH, Frankfurt, aus der die heutige Jade Cosmetic GmbH hervorging, vollendet am 18. Februar sein 70. Lebensjahr.

## Nino: Das Ergebnis verschlechtert sich

dos. Nordhorn

Mit einem im Vergleich zum Vorjahr (7,5 Mill. DM) niedrigerem Ergebnis rechnet die Nino AG, Nordhorn, im Geschäftsjahr 1985/86 (31. 3.). Wie der Vorstand in einem Zwischenbericht schreibt, wirken sich die differenzierte Artikelstruktur, die Dollarschwäche sowie die Abschwächung an den Rohstoffmärkten für Wolle und Baumwolle belastend auf die Ertragslage aus. Ob dies Konsequenzen für die Dividende (1984/85: 6 DM) haben wird, läßt der Vorstand offen.

Seit dem Herbst 1985 sei die Nachfrage wieder kräftig gestiegen. Der Umsatz lag im Dezember mit 377 Mill. DM auf dem Niveau von 1984/85. Die Exportquote liege bei unverändert 50 Prozent. In den ersten neun Monaten sei der Auftragseingang um 14 Prozent gestiegen. Die Mitarbeiterzahl erhöhte sich um vier Prozent auf 3974.

## Schmalbach zahlt wieder 7,50 DM

dos. Braunschweig

Bei der Schmalbach-Lubeca AG, Braunschweig, führender Hersteller von Verpackungsmitteln, hat die Trennung von den Produktionsbereichen Papier und Pappe und das stärkere Engagement im Kunststoffbereich 1985 zu erheblichen Umschichtungen in der Umsatzstruktur geführt. Vor allem deshalb, so der Vorstand in einem ersten Überblick zum Geschäftsvorlauf, sei der Umsatz nur um 0,5 Prozent auf 1,55 Mrd. DM gestiegen. Die Neuordnung werde sich aber 1986 positiv auswirken.

Zufrieden ist das Unternehmen mit der Ertragsentwicklung. Das Jahresergebnis (1984: 32,5 Mill. DM) habe leicht verbessert werden können, so daß die Vorjahresdividende von 7,50 DM wieder ausgeschüttet und die Rücklagen gestärkt würden. Kräftig gestiegen (um acht Prozent auf 50 Mill. DM) sind die Investitionen.

Im Juni 1986 gibt es Aktien einer deutschen Unternehmens-Gruppe von über 100 Firmen: Die VIAG geht an die Börse.

## MULTUM, NON MULTA

Ab Mitte des Jahres können Sie von dem erfolgreichen Konzept der VIAG-

Gruppe profitieren. Durch „viele, aber nicht vielerlei“ Firmen Chancen nutzen und Gewinn erwirtschaften.

Mit dem Erwerb von Aktien der VIAG werden Sie Mitbesitzer von über 100 Firmen in den drei Bereichen Energie, Aluminium, Chemie. Die Vielfalt der Unternehmens-

aktivitäten läßt selbst dann noch eine angemessene Rendite erwarten, wenn ein Bereich der VIAG-

Gruppe einmal weniger zum Gesamtergebnis beisteuern sollte. Möchten Sie mehr erfahren über die VIAG?

Bitte schreiben Sie uns: VIAG Aktiengesellschaft, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, Georg-von-Boeselager-Straße 25, 5300 Bonn 1.

## Die VIAG geht an die Börse.

- Solide Basis: 580 Millionen DM Grundkapital, 800 Millionen DM Rücklagen
- Überdurchschnittliches Wachstum: Gesamtumsatz der Gruppe stieg in den letzten fünf Jahren von 8 auf 12 Milliarden DM
- Hohe Investitionen: durchschnittlich rund 1 Mrd. DM pro Jahr

VIAG

Energie. Aluminium. Chemie. Eine starke Gruppe.





BAYERNWERK / Hohe Investitionen in Umweltschutz

Strompreise bleiben stabil

DANKWARD SETZ, München  
Die Kunden der Bayerwerk AG, München, brauchen auch für 1986 keine Erhöhung der Strompreise zu befürchten. Und wenn die bayerischen Kernkraftwerke weiterhin so gut laufen, kann insgesamt bis zum Ende der 80er Jahre nach Ansicht des stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden Jochen Holzer mit einem „besonders stabilen“ Preisniveau gerechnet werden. Nachdem in anderen Bundesländern bereits Erhöhungen angekündigt worden sind, könnte Bayern schon bald der billigste Stromlieferant in der Bundesrepublik werden.

Im vergangenen Jahr erbrachte das Kernkraftwerk Isar 1 (910 MW) nach Angaben von Holzer eine um beinahe 1 Mrd. kWh höhere Stromerzeugung als 1984 und das Kernkraftwerk Grafenrheinfeld (1300 MW) mit 10,26 Mrd. kWh seine bislang höchste Leistung. Dabei seien die unterstellten 6500 Auslastungsstunden im praktischen Betrieb um 1000 bis 1500 Stunden überboten worden. Den daraus resultierenden Kostenvorteil für das Bayernwerk, bezogen auf seinen Anteil an der Kernenergie-Stromerzeugung in Bayern, bezifferte Holzer auf

knapp 1 Mrd. DM, der den Verbrauchern durch seit dem Frühjahr 1983 stabile Strompreise zugute gekommen sei.

Die allgemein gute Konjunkturlage und die Kälteperiode Anfang 1985 führten nach Angaben von Holzer wiederum zu einem überdurchschnittlichen Zuwachs des Stromverbrauchs in Bayern von rund 4,3 (bundesweit: etwa 3,4) Prozent. Im Konzernbereich des Bayernwerkes führte dies zu einem Absatzzuwachs von 10 Prozent auf rund 38 Mrd. kWh. Über die Ertragsentwicklung wollte sich Holzer noch nicht äußern, deutete aber an, daß die Dividende wohl auf 10 (8) Prozent angehoben wird.

Der hervorragende Betriebsverlauf der Kernkraftwerke wird es dem Bayernwerk auch ermöglichen, die hohen Investitionsaufwendungen in den nächsten Jahren ohne Mühe zu verkraften. Rund 4,5 Mrd. DM sollen von 1986 bis 1990 im Erzeugungs- und Verteilungsbereich investiert werden. Allein rund 1 Mrd. DM wird der Konzern davon für Umweltschutzmaßnahmen einsetzen. Die Fertigstellung des Kernkraftwerks Isar 2 erfordert noch etwa 1,2 Mrd. DM, bis es 1988 in Betrieb gehen kann.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Hans-Hermann Stück: Buchführungstraining. Heyne Verlag, München 1985, 343 S., 9,90 Mark.

Jeder Unternehmer sollte die wichtigsten Buchführungsbegriffe kennen, um nicht von seinem Buchhalter oder Steuerberater abhängig zu sein. Darüber hinaus bedeutet Buchführung aber auch, daß man einen Überblick über die geschäftliche Entwicklung erhält, über die eigene Finanzlage stets informiert ist und künftige Investitionen im Voraus kritisch analysieren kann. Mit diesem Buch soll auch der Laie alle notwendigen Buchführungskennzeichen und Zusammenhänge begreifen und zum Schluß in der Lage sein, eine einfache Bilanz selbst zu erstellen.

Arthur D. Little International (Hrsg.): Management der Geschäfte von morgen. Gabler Verlag, Wiesbaden 1986, 194 S., 9,90 Mark.

Das Spannungsfeld zwischen Management und Technologie prägt mehr und mehr die Zukunft der Unternehmen. Der Prozeß der Erneuerung unternehmerischen Denkens, die Erschließung neuer Geschäftsfelder, die Anhebung der Innovationsfähigkeit und die Verbesserung des operativen Managements sind einige von vielen Aktionsparametern zur Weiterentwicklung und Bewahrung der führenden Rolle eines Unternehmens im internationalen Wettbewerb. Bei der Umsetzung dieser Schwerpunkte in die alltägliche Praxis soll dieses Buch helfen und gleichzeitig aufzeigen, wie in allen Bereichen des Unternehmens die Weichen auf Zukunft zu stellen sind.

Eichhorn u. a. (Hrsg.): Verwaltungshandbuch. Nomos Verlag, Baden-Baden 1985, 1079 S., 9,90 Mark.

Das Verwaltungshandbuch hat sich die Aufgabe gestellt, interdisziplinär über die öffentliche Verwaltung sachkundig zu informieren und eine Brücke zwischen der Verwaltungswissenschaft und den Verwaltungswissen-

schaften zu schlagen. In Anbetracht der weitreichenden und veränderlichen Materie werden 650 Stichwörter vorgestellt, die das Gesamtverständnis der öffentlichen Verwaltung in der Bundesrepublik Deutschland fördern sollen.

Günther Ropohl: Arbeit im Wandel. Erich Schmidt Verlag, Berlin 1985, 175 S., 6,80 Mark.

Sowohl die Menge als auch die Art der erforderlichen Arbeit unterliegen einem beschleunigten Wandel. „Arbeitslosigkeit“ und „Mikroelektronik“ sind populäre Schlagworte, unter denen die Debatte über die Krise der Arbeitsgesellschaft geführt wird. Im ersten Teil des Buches werden die philosophischen, rechtlichen und arbeitswissenschaftlichen Fragen der menschlichen Arbeit erörtert. Der zweite Teil des Buches befaßt sich mit den arbeitsökonomischen Grundlagen der gegenwärtigen Beschäftigungspolitik und stellt wirtschaftspolitische Strategien gegen die Arbeitslosigkeit zur Diskussion. Der dritte Teil widmet sich den qualitativen Veränderungen in der Arbeitswelt und ihren Auswirkungen auf die Lebenswelt.

Axel Springer Verlag AG, Marketing-Analysen: Personalverkehr, Berlin 1985, 97 S., 7,50 Mark.

Die Entwicklung in den einzelnen Sparten des Personalverkehrs verlief unterschiedlich. Der Luftverkehrsmarkt erlebte 1985 ein Rekordjahr. Bahn und Bus haben in einzelnen Sparten Marktanteile verloren. Die Seektouristik profitierte vom guten Verlauf im Kreuzfahrtsbereich, doch die 1150 deutschen Autofahrerunternehmen berichten von Umsatzsteigerungen. Die vorliegende Schrift analysiert sowohl für den Gesamtmarkt als auch für die verschiedenen Teilmärkte Angebot, Nachfrage und Werbeaufwendungen. Ein Exkurs über den Güterverkehr rundet die detaillierte Information ab.

UNTERHALTUNGSELEKTRONIK / Thomson ordnet die deutschen Interessen neu

Verlustphase nicht vor 1987 beendet

DOMINIK SCHMIDT, Hannover  
Die Deutsche AG für Unterhaltungselektronik (Dagfu), Holding der zur französischen Thomson-Gruppe gehörenden Firmen Dual, Nordmende, Saba und Telefunken, erhält eine neue Organisationsstruktur. Vorgesehen ist nach den Worten von Manfred Schmidt, Vorsitzender der Telefunken-Geschäftsführung, eine zentrale Management, das Mitte dieses Jahres in Hannover seinen Sitz nehmen wird. Parallel dazu wird der Export der Dagfu in Hannover angesiedelt. Davon ausgenommen bleiben die eigenständigen Vertriebsregionen Frankreich, Spanien, Italien und Deutschland.

Im Rahmen der Neuordnung werden bei der Dagfu drei Generalvollmächtigte installiert. Neben Schmidt (Zentrales Marketing) sind dies Dieter Kunkel (Export) und George Golan, der in der Thomson-Zentrale in Paris für den Industriebereich (Produktion) verantwortlich zeichnet. Schmidt weist darauf hin, daß nicht daran gedacht ist, an den jetzigen Produktionsstandorten der vier Firmen etwas zu ändern, wenngleich diese Aussage nicht für alle Zeiten gelten könne.

Marken-Image bleibt

Die Zentralisierung des Managements sei vor allem unter dem Gesichtspunkt der „Verbund-Strategie“ beschlossen worden, bedeute aber nicht etwa eine Gleichschaltung der Produktmarken. Vielmehr gehe es darum, das zweifelhafte vorhandene Rationalisierungspotential zu nutzen. Schmidt nannte unter anderem die Bereiche Logistik und Ersatzteilversorgung. Dort gebe es beträchtlichen Koordinationsbedarf, ebenso wie bei verschiedenen innerbetrieblichen Funktionen.

Das Markenimage der vier Firmen

gegenüber werde, so Schmidt, „nicht angekratzt“. In dieser Beziehung würden Telefunken, Nordmende, Saba und Dual auch künftig völlig selbstständig operieren und die Identität der Marken definieren. Von Hannover aus werde kein Einfluß auf das Marketing genommen. Dafür sei das vor Ort bleibende Management weiterhin verantwortlich.

Schmidt geht davon aus, daß die Erfolge der Umstrukturierung bereits 1987 sichtbar werden. Zahlen zum Verlauf des Geschäftsjahres 1985 wollte der Telefunken-Chef zwar nicht nennen. Er sei aber kein Geheimnis, daß die Dagfu deutlich schlechter abschloß als 1984 und insgesamt kräftig rote Zahlen schrieb.

Telefunken selbst allerdings konnte sich diesem Trend, begünstigt durch wirksam gewordene Einzel-Ergebnisse, entziehen. Dies dürfte auch für den Umsatz gelten. Nach Schmidts Worten sei gegenüber dem Vorjahr (1,06 Mrd. DM) ein leichtes Plus erzielt worden. Ohne Antwort blieben Fragen zur Entwicklung der Dagfu insgesamt. Für 1984 hatten die deutschen Thomson-Tochter mit rund 7800 Beschäftigten einen Umsatz von 2,86 Mrd. DM und einen Verlust von 3,28 Mrd. DM ausgewiesen.

Im laufenden Jahr werde die Dagfu noch einmal deutliche Verluste hinnehmen müssen. Damit jedoch, so Schmidt, werde dann die Verlustphase abgeschlossen. Für 1987 sei mit einem zumindest ausgeglichenen Ergebnis zu rechnen. Als völlig unzureichend bezeichnete Schmidt und Vertriebschef Wilhelm Kahle das derzeitige Preisniveau in der Branche. Doch ob die als notwendig erachtete Preiserhöhung von drei bis fünf Prozent sich in diesem Jahr realisieren lasse, sei angesichts der bisherigen Erfahrungen eher zu bezweifeln.

Mit Spannung wartet Telefunken auf den 14. April, wenn der Bundes-

gerichtshof (BGH) in Karlsruhe über das vom Bundeskartellamt untersagte Telefunken-Partnersystem entscheidet. Nachdem das Berliner Kartellgericht sich im November 1984 den Argumenten des Kartellamts angeschlossen hatte, war das Unternehmen beim BGH vorstellig geworden. Schmidt äußerte sich zwar zuversichtlich, daß der BGH das praktizierte Vertriebssystem als rechtens erkläre, zumal wichtige Grundgesetzverletzungen in diese Richtung wiesen und das Hamburger Landgericht eine ähnliche Klage zugunsten Telefunken entschieden habe.

Neue Verträge

Dennoch sei das Unternehmen darauf vorbereitet, daß der BGH die Untersagungsverfügung aufrechterhalte. Schmidt: „Entweder wir gewinnen, oder wir verlieren mit einem Ader.“ Der BGH könnte darauf verweisen, daß das Telefunken-spezifische System nicht Agentur-typisch sei.

Für diesen Fall will Telefunken die anstößigen Merkmale sammeln und etwaige Mängel abstellen. Das Problem bestehe darin, daß erhaltensgemäß die schriftliche Urteilsbegründung des BGH erst vier Monate nach der Urteilsverkündung gestellt werde. Deshalb seien jetzt schon den 6700 „Telefunken-Partnern“ neue Verträge zugesichert worden, die die Umwandlung des bisherigen Agentensystems in ein Vermittlungssystem beinhalten.

Ähnlich wie Reisebüros würden die Händler nur noch als Vermittler zwischen dem Kunden und Telefunken auftreten und dafür eine Provision erhalten. Eine wichtige Funktion habe dabei das bereits weitgehend installierte Btx-System, mit dem solche Geschäfte auf direktem Wege abgewickelt werden können.

MH BAUSPARKASSE / Im Neugeschäft kräftiges Plus

Weiter „hochgesteckte Ziele“

Keine Geschäftsausweitung um jeden Preis, vielmehr „Qualität vor Quantität“ bei dennoch durchaus „hochgesteckten Zielen“. An dieser Prämisse wird die MH Bausparkasse AG, München, nach den Worten von Vorstandsmitglied Gerhard Hörter auch in ihrem Geschäftsjahr 1986 festhalten. Recht respektabel nimmt sich in diesem Zusammenhang aus, was er unter einem „Konsolidierungskurs auf hohem Niveau“ versteht: Bei allgemein günstigen Voraussetzungen für die Branche will die MH 1986 ein Neugeschäft von brutto 1,3 (netto 1,2) Mrd. DM einfahren – ein Plus von 15 (20) Prozent. Mieter sollen dabei die Zielgruppe sein.

Ein Expansionsstempo, das die MH Bausparkasse auch in ihrem nun sechsten Geschäftsjahr 1985 unverändert einhalten konnte. Denn während die Branche ihr Netto-Neugeschäft nur um schätzungsweise 6,1 Prozent auf etwa 79,4 Mrd. DM ausweitete, konnte die MH „Branchenneuling“ bei 31.200 (25.700) eingetragenen Verträgen mit einer Bausparsumme von fast 1,01 Mrd. DM auf eine Zuwachsrate von 13,0 Prozent Brutto entspricht dies nach Angaben

von Hörter 34.080 Verträgen (plus 17,7 Prozent) mit einer Summe von knapp 1,13 Mrd. DM (plus 10,8 Prozent). Insgesamt verwaltete die MH Ende 1985 etwa 104.200 Bausparverträge (plus 33,2 Prozent) mit 3,52 Mrd. DM (Plus 36,3 Prozent) Bausparsumme.

Den Erfolg seines Instituts führt Hörter zum einen auf die etwa 5000 hauptberuflichen Außendienst-Mitarbeiter der MH-Aktionäre zurück – allesamt Versicherungsgesellschaften. Größter Gesellschafter ist die Magdeburger Versicherungsgruppe mit 50,1 Prozent Anteil am Grundkapital von 10 Mill. DM. Einen anderen Grund sieht er in den relativ kurzen Zuteilungsfristen für normale Bausparverträge, weil der Anteil der Schnellsparer lediglich etwa vier (Branche: 15) Prozent betrage.

Zugekauft wurden 1985 von der MH 3395 (1777) Verträge über 121,8 (89,2) Mill. DM. „Äußerst positiv“ entwickelte sich, so Hörter, auch der Geld-eingang mit plus 36,5 Prozent auf 190,8 Mill. DM. Die Bausparanlagen nahmen sogar um 45,7 Prozent auf 403,5 Mill. DM zu. Die Bilanzsumme des Instituts erreichte 460 Mill. DM (plus 54,4 Prozent).

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Übernahme vollzogen

Hamburg (AP) – Nachdem das Kartellamt die Übernahme der HDW Hamburg Werft und Maschinenbau GmbH durch die Hamburger Blohm + Voss AG zugestimmt hatte, wurde am Freitag der Übernahmevertrag unterzeichnet. Damit wurde HDW Hamburg, ehemals zum bundeseigenen Salzgitter-Konzern und zum Land Schleswig-Holstein gehörig, eine hundertprozentige Tochter von Blohm + Voss unter dem neuen Namen „Ross Industrie GmbH“. Das Stammkapital des Unternehmens beträgt 30 Mill. DM.

Weiter in Haft

München (VWD) – Der ehemalige Geschäftsführer und Initiator der Öl-Explorationsgesellschaft Mega Petrol, Ernst Willner, muß nach einem Beschluß des Landgerichts München I weiter in Haft bleiben. Willners Anwälte wollen gegen diese Entscheidung Beschwerde beim Oberlandesgericht München einlegen. Gleichzeitig kündigten sie an, gegen die Einstellung der Ermittlungen gegen Angehörige der Bayerischen Landesbahn und gegen den Kommandanten Karl Schleicher Beschwerde einzulegen. Nötigenfalls werde ein Klageerzwingungsverfahren betrieben.

Börseneinführung

München (dpa/VWD) – Die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank AG, München, führt heute den Schweizer Pharmawert Hoffmann-La Roche in den unregulierten Freiverkehr an der Bayerischen Börse in München ein. Es handelt sich um 1/10-Genußscheine.

Renk stärkt Standort

Hannover (dpa) – Die zum Gutehoffnungshütte-Konzern gehörende Zahnradfabrik Renk AG, Augsburg, will den Standort Hannover langfristig sichern. Bei der Grund-

steinlegung für ein neues Werk erklärte Vorstandssprecher Franz-Josef Niehuesen, die Investitionen von mindestens 24 Mill. DM seien gut angelegt. Der Umsatz in Hannover sei von ursprünglich 20 Mill. DM auf inzwischen 35 Mill. DM erhöht worden (Gesamtumsatz: 280 Mill. DM). Renk beabsichtige, die Belegschaft von derzeit 250 Mitarbeitern in nächster Zeit aufzustocken.

Wieder am Markt

Hamburg (VWD) – Die Ende 1984 in Konkurs gegangene Maschinenfabrik Bauermeister ist nach der 100prozentigen Übernahme durch die Probit-Werke, Emmerich, und einer Neuinvestition in Nordstedt bei Hamburg wieder zuverrichtet. Der Geschäftsführer der neu gegründeten Gebr. Bauermeister & Co. Verarbeitertechnik GmbH & Co., Paul Gerz, rechnet für 1986 mit einem den Vorjahren entsprechenden Umsatz zwischen 25 und 30 Mill. DM. Bauermeister stellt vor allem Kalas- und Ölraffinerie-Verarbeitungsmaschinen her. In Nordstedt erwirtschaften 145 Beschäftigte ein positives Betriebsergebnis. Investiert wurden hier 3 Mill. DM.

Getrennte Wege

Kopenhagen (dpa/VWD) – Der führende dänische Spirituosenhersteller, A/S De Danske Spritfabrikker (ODSF), Kopenhagen, hat sich rückwirkend zum Jahreswechsel von der A/S Danisco, Kopenhagen, getrennt. Das Unternehmen teilte mit, es werde seine Waren künftig selbst exportieren. Seit 1934 hatte dies die Danisco erledigt. Die gemeinsame Tochtergesellschaft Danisco De Danske Spritfabrikker Berlin GmbH wird voll von der DDFS übernommen. DDFS setzte 1984 umgerechnet 620 Mill. DM mit Spirituosen um. Danisco hatte einen Umsatz (ODSF-Export plus eigenes Chemiegeschäft) von 580 Mill. DM.

Wochenschlußkurse

New York		14.2.	7.2.			14.2.	7.2.			14.2.	7.2.			14.2.	7.2.
Adv. Mgmt. Corp.	36,075	37,935		General Motors	179,695	189,475		John Corp.	79,675	84,725		General M	16.5	8.5	
Aerco	31,25	32,675		Go. T. & E.	3,55	3,55		Reamco	26,675	28,575		General S	137	137	
Alcan Aluminum	31,25	32		Global Nat. Ind.	3,55	3,55		Repsco	26,675	28,575		Gen. Brewery	823	807	
Alcoa	31,25	32		Grain Processing	34,725	35,125		Res. Int'l. Sec.	129,675	135,675		Gen. Elec.	343	343	
Alcoa Ind.	31,25	32		Grain Processing	34,725	35,125		Rockwell	31,125	32,125		Gen. Elec.	343	343	
Alfred Signal	47,625	48,5		HealthTrust	22,5	24,125		Rockwell Corp.	31,125	32,125		Gen. Elec.	343	343	
Alfred Corp.	31,25	32		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Alkermes	31,25	32		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cynamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rockwell Int'l.	17,175	18,175		Gen. Elec.	343	343	
Am. Cyanamid	40,25	42,575		Hess	31,125	31,125		Rock							







# Wochenende des Wintersports: WM-Test in Oberstdorf mit Kritik, Schnellauf in Inzell als Olympia-Werbung

13

● Biathlon scheint immer mehr eine deutsche Disziplin mit Beteiligung der UdSSR zu werden. Auch bei den Junioren. Bei der WM in Falun lagen nur Athleten aus der DDR vor der Bundesrepublik.

● Oberstdorf probte die Weltmeisterschaften im Nordischen Skisport von 1987. Das Ergebnis: Nur 20 000 Zuschauer sahen die Wettkämpfe, Langläufer kritisierten die für viele zu schweren Strecken.

● Der sportliche Test von Oberstdorf fiel für die deutschen Athleten mager aus. Über 50 km gab Behle auf, in der Staffeln stürzte er. Die Weltmeister in der Nordischen Kombination waren nicht am Start.

## Junioren in der Erfolgsspur von Peter Angerer

sid/dpa, Falun

Der deutsche Biathlon-Nachwuchs läuft in der Spur von Olympiasieger Peter Angerer. Die 4 x 7,5-km-Staffeln bei den Junioren-Weltmeisterschaften in Falun (Schweden) endete für die Mannschaft des Deutschen Skiverbandes (DSV) mit Alois Reiter (Siegedorf), Helmut Tengg (Mittenwald), Jörg Hausberger (Neustadt) und Andreas Winkler (Reutheben) mit dem Gewinn der Silbermedaille. In der Gesamtzeit von 1:37:29 Stunden war nur die DDR (1:36:05) schneller. Nach der Bronzemedaille von Helmut Tengg über 10 km war es der zweite Erfolg für den DSV.

Im Sprint verhinderten nur die DDR-Athleten Birg Anders und Frank Laug den Titelgewinn von Helmut Tengg, der einen Fehlschuß verzeichnen mußte. Mit unseren beiden Medaillen sind wir natürlich sehr zufrieden, das ist mehr, als wir erwartet haben", kommentierte Biathlon-Referent Peter Bayer die Bilanz von Falun.

Knappe an den Medaillen vorbeigelaufen sind indes die Nordischen Kombinierten des DSV bei den Junioren-Weltmeisterschaften in Lake Placid. Thomas Donnanbauer (Rastbüchel) verpasste im 10-km-Langlauf als Gesamtviertler um rund 30 Sekunden den Titel, der an Andrej Dumukow (Sowjetunion) ging. Die Silbermedaille gewann der Österreicher Günter Carr.

Befriedigend schnitten auch die deutschen Springer zum Auftakt der Skiflug-Woche in Vikersund (Norwegen) ab. Am besten reichte kam der Schönscher Rolf Schilli, der mit 131 Metern sowie der Note 310,5 auf Rang 17 nur knapp Weltcup-Punkte verfehlte. Die drei übrigen Springer landeten auf den Plätzen 26, 27 und 29 fast gleichzeitig, wobei die 132 und 129 Meter von Peter Rohwein (Bay) und 303,0 Punkten unwesentlich besser bewertet wurden als die jeweils 133 Meter weiten Sprünge von Lorenz Wegscheider (Hannover/301,0) und Thomas Ihle (Oberstdorf/300,0).

Es siegte mit 360 Punkten (149 und 176 m) der Österreicher Andreas Felder.

## Anstiege und Abfahrten steil wie Kirchendächer

WERNER JUNGE, Oberstdorf

Wenn es nach den Funktionären des Internationalen Skiverbandes (FIS) gegangen wäre, sollten die Langlaufstrecken der nordischen Skiweltmeisterschaften von 1987 in Oberstdorf die Loipen der Zukunft sein. Bei der WM-Generalprobe am Wochenende im sonnenüberfluteten Oberallgäu wurden die FIS-Oberen bei den Weltcuprennen der Damen über 20 Kilometer, der Herren über 50 Kilometer und in den Staffeln Wettbewerben eines Besseren belehrt. Von den Mannschaften hagelte es wegen der viel zu schwer angelegten Strecken Proteste. „Oberstdorf sollte eine Pilotfunktion erfüllen“, sagte FIS-Vorstandsmitglied Ludwig Schröder („DDR“), „deshalb sind wir zum Beispiel bei den Höhenunterschieden bis zu 15 Prozent über die zulässigen Werte gegangen.“ Im Klartext bedeutete dies, daß die Weltelite der Langläufer beim 50-Kilometer-Rennen eine Gesamtsteigung von 1650 Metern überwinden mußte. 1500 Meter sind nach dem augenblicklich gültigen Reglement erlaubt.

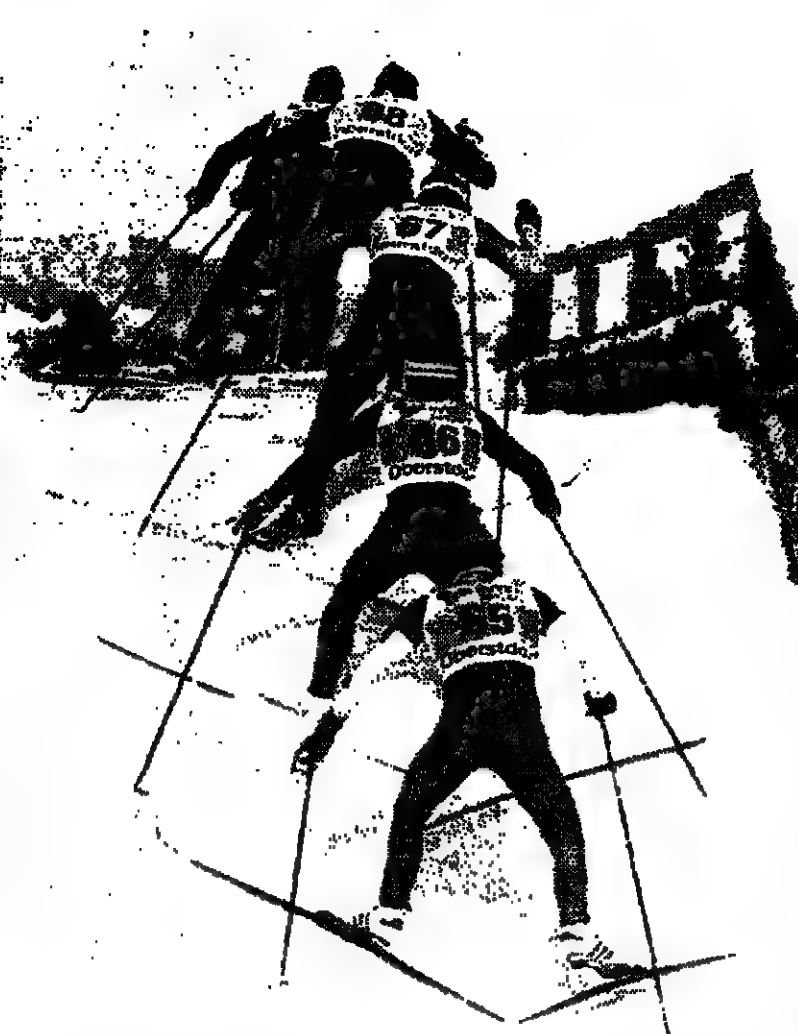
Schwedens Skikönig Gunde Svand, der überlegene Sieger des 50-Kilometer-Rennens, meinte: „Die Strecke ist sehr schwer. Die Anstiege sind viel zu steil und die Abfahrten zu gefährlich.“ Er selbst wurde dann auch am Sonntag vormittag beim Staffelfahren ein Opfer der schweren Strecke. Er stürzte in einer Abfahrt und hatte sofort wertvolle Sekunden verloren, ehe er wieder den Rhythmus fand. Trotzdem gewann Schweden vor Norwegen den Staffelfahrtwettbewerb über 4 x 10 Kilometer. Auch der deutsche Meister Jochen Behle (Willingen) äußerte sich kritisch zur Streckenführung: „Ein rhythmisches Laufen ist nicht möglich. Anstieg und Abfahrt sind einfach zu steil angelegt.“ Auch er wurde in einer der steilen Abfahrten aus der Kurve getragen und fand sich vier Meter tiefer neben der Strecke im Schnee wieder. Die Schweizerin Evi Kratz, Flanke im 20-Kilometer-Rennen der Damen, meinte: „Mit solchen Strecken macht man den Langlauf kaputt.“

Der Rennleiter der Langlaufwettbewerbe, der Sportwart des Deutschen Skiverbandes (DSV), Professor Dr. Dietrich Martin, spielte aber alle

voreilige Kritik herunter. „Wir haben die Strecken im Sommer mit den Experten der FIS ausgesucht. Da sieht das Gelände halt anders aus als wenn Schnee darauf liegt.“ Das Ergebnis der verschärften Strecken sah dann so aus: Es gab Anstiege, die so steil wie ein Kirchendach waren, und es folgten Abfahrten mit „Hausbergkante“ wie beim Hahnenkammrennen in Kitzbühel.

Der technische Delegierte der FIS für die nordischen Skiweltmeisterschaften, der frühere Weltklassenläufer Odd Martinsen, reagierte auf den Protest der Trainer und Läufer dann auch prompt: „Die Strecken werden in ihrer Führung nicht geändert, wohl aber an drei Stellen im Anstieg im Sinne eines besseren Laufflusses entschärft“, erklärte der Norweger, der vor allem auch von seinen Landsleuten herbe Kritik einstecken mußte. Daß die Strecken in Oberstdorf so schwer angelegt wurden, mag auch aus dem Wunsch der FIS hervorgegangen sein, entsprechende Maßstäbe für den immer noch umstrittenen Schlittschuhschritt zu setzen. Auf den überaus steilen Anstiegen war nämlich der von der Weltelite selbst bei Steigungen praktizierte Schlittschuhschritt nicht mehr möglich.

Auch die Nordisch-Kombinierten des DSV, das Gold-Trio mit Hermann Weinbuch, Hubert Schwarz und Thomas Müller, war wegen einer rätselhaften Virusinfektion nicht am Start, waren von der Streckenführung nicht begeistert. Lauftrainer Hartmut Döpp sagte zu diesem Thema: „Durch die steilen Anstiege kommen die Läufer völlig aus dem Rhythmus, und das Hinaufsteigen im Grätschschritt ist wenig ästhetisch.“ Der Schlussatz der WM-Generalprobe, der nach Aussagen des Organisationskomitees an drei Tagen von 20 000 Zuschauern verfolgt wurde, brachte im Langlaufbereich für den Deutschen Skiverband einen Lichtblick. Die Staffeln mit Stefan Dotzler, Jochen Behle, Markus Lang und Robert Anzenberger liefen ein beherztes Rennen und belegten einen ausgezeichneten achten Platz. „Streicht man die zweiten Staffeln der anderen Nationen, sind wir fünfte geworden“, lobte Langlauftrainer Lars-Erik Eriksson (Norwegen) seine DSV-Schützlinge.



Extrem steiler Berglauf oder doch noch Langlauf? Mühsame Kletterei auf der Oberstdorfer WM-Strecke von 1987. FOTO: RAUCHENSTEINER

## Berchtesgadens Pluspunkte

Schwedens Königin Silvia, die für den Kandidaten Falun ihre Gunst und ihren Charme einsetzt, hat bereits 40 IOC-Mitglieder empfangen. Zweimal schon war IOC-Präsident Samaranch im französischen Albertville. Vizepräsident Reitz hat die kurzen Wege von Sofia abgefahren. Cortina verweist auf die Olympischen Spiele von 1956, und in Lillehammer lebt der Nordische Skisport besonders intensiv.

Das ist alles beachtlich, aber doch nichts gegen Berchtesgaden. Vier IOC-Mitglieder sind im Hubschrauber über das Berchtesgadener Land geflogen. Günther Heime war darunter, der Mann aus der „DDR“. Er formuliert vorsichtig, daß Berchtesgaden zur Olympiabewerbung „nicht chancenlos“ sei.

Auch das ist beachtlich, aber nichts gegen die Inzeller Art, olympische Neigungen zu erläutern: locker, heiter, sportintensiv und re-

korrekturhaft auf Trauma. Die Eisschnellauf-WM im Stadion am Zwingsee sammelte, acht Monate vor Vergabe der olympischen Winterspiele für 1992, Pluspunkte für Pluspunkt. Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann, aus Bonn angereist, brachte nur den Heimvorteil auszuspielen, um ein paar Garantien zu geben: „Diese Region ist motiviert; sie begeistert sich für die Idee der Olympischen Spiele. Die Eisschnellauf-WM sollte die rechte Einstimmung sein. Es wäre kindisch zu leugnen, daß wir gerne Gastgeber der Olympischen Winterspiele sein würden. Der Freistaat Bayern und die Bundesregierung unterstützen die Bewerbung voll und ganz.“

Mit der Eisschnellauf-WM in Inzell, der nun die Bob-WM in Königssee und die Militär-WM im Biathlon in Ruhpolding folgen, schließt sich der Veranstaltungskreis, der glanzvoll begonnen hat. (sid)

## Holländisches Volksfest tief in Oberbayern...

sid/dpa, Inzell

Der Holländer Hein Vergeer gewann zum zweiten Mal nach 1985 die Eisschnellauf-Weltmeisterschaft im Großen Vierkampf. In Inzell siegte der 24 Jahre alte Titelverteidiger mit 161,937 Punkten vor dem Sowjetrussen Oleg Boschjow (162,078) und dessen Landsmann Viktor Schascherin (162,727). Im 10 000-m-Rennen gelang es Boschjow nicht, den Punktevorsprung von Vergeer aufzuholen.

Anfeuerungsrufe und Jubelgesänge schallten schon durch das mit 8000 Zuschauern voll besetzte Inzeller Eissstadion, als Vergeer mit der Weltklassezeit von 6:54,91 Minuten Oleg Boschjow (6:58,77 Minuten) über 5000 m bezwang und seine persönliche Bestleistung gleich um elf Sekunden gesteigert hatte. Sieger dieses Superrennens mit niederländischem Landesrekord, Weltmeisterschaftsrekord und Inzeller Bahnrekord ist Hein Vergeer, 24, der mit Schals, Müllern und Gewändern in der holländischen Nationalfarbe Orange ausgerüstet waren.

Und der dreimalige holländische Olympiasieger Ard Schenk war genauso begeistert wie seine 6000 Landsleute: „So ein 5000-m-Rennen hat es bei einer Weltmeisterschaft noch nie gegeben: Sechs Läufer unter sieben Minuten und die ersten 16 unter 7:05 Minuten. Unglaublich.“ Ard Schenk darf sich dieses Urteil erlauben: Er lief in Inzell 1989 und 1972 zwei große Weltrekorde über 5000 m: 7:12,0 und 7:09,8 Minuten.

Inzells Bürgermeister Ludwig Schwab, jahrzehntelang der Initiator des deutschen Eisschnellaufs, fand die treffenden Worte: „Herzlichen Dank an alle Holländer, die zu uns gekommen sind. Ohne sie wäre diese Weltmeisterschaft nur eine kleine Feier im stillen Kreis geworden.“ So wurde es ein rauschendes Volksfest, das in Inzells Gaststätten bis in die frühen Morgenstunden dauerte.

Inzell ist tatsächlich wieder in den Mittelpunkt der Eisschnellaufwelt gerückt. Die neue Bahn des für rund 15 Millionen Mark renovierten Eissstadions mit ihrer modernen Wasserunterstützungsanlage läßt noch schnellere Zeiten zu als das alte 400-m-Oval, auf

● Die Titelkämpfe von Inzell waren beste Werbung für die Region Berchtesgaden, die sich für die Olympischen Winterspiele 1992 bewirbt. IOC-Mitglieder waren begeistert von der Organisation.

dem in 20 Jahren immerhin 80 Weltrekorde registriert worden sind.

Erhard Keller, der deutsche Olympiasieger im 500-m-Sprint (1988 und 1972): „Die neue Bahn von Inzell ist einfach hervorragend. Bei idealen Wetterbedingungen wird man hier genauso schnell laufen können wie auf der Bahn von Medeo bei Alma Ata. Wir werden das erleben. 36,5 Sekunden über 500 m sind künftig auch in Inzell möglich.“

Erhard Keller stand aber auch mit anderen Äußerungen wieder im Mittelpunkt. Beim Fachsport-Kongress in Berchtesgaden, einer Organisation von rund 5000 mittelständischen Sportartikelhändlern in Deutschland, ging Keller noch einmal auf das Problem Doping im Eisschnellauf ein: „Mit dem Anabolikum ist es wie mit Kopfschmerztabletten, und niemand kann etwas dagegen haben, wenn die muskelbildenden Präparate dosiert genommen werden. Auch eine Kopfschmerztablette, einmal am Tag genommen, hat ihre Vorteile.“ Anabolika-Mißbrauch verglich Keller mit der Einnahme von 80 Kopfschmerztabletten: „Daß dann Leberschäden entstehen, liegt dann bei beiden Medikamenten auf der Hand.“

Für Verbands-Präsident Gerd Zimmermann macht gerade die Haltung zum Doping Keller unglaubwürdig. „Einerseits hält er uns mangelnde Erfolge und schlechte Arbeit vor, andererseits fordert er uns zum Doping auf. Das passt nicht zusammen“, meinte der Inzeller Stadionsdirektor. Daß es dennoch zu einer Zusammenarbeit der Verbandsführung mit ihrem scharfen Kritiker kommt, ist nicht völlig auszuschließen. „Vielleicht das Präsidium eines Tages: Erhard, wenn du so schlau bist, dann komm' doch und mach' mit“, meint Zimmermann.

Weil die deutschen Läufer Hans-Jörg Baues (München) und Georg Heurda (Gredrath) mit der Medaillengewinnung bei der Vierkampf-Weltmeisterschaft in Inzell erwartungsgemäß nichts zu tun hatten, nahm Keller das nämlich zum Anlaß, um zu mahnen: „Wenn die deutschen Läufer wieder auf das Siegestreppchen wollen, muß vor allem der starke Apparat des Verbandes flexibler werden.“

## SKI ALPIN / Deutsche Meisterschaft als Markus-Wasmeier-Spiele

### Drei Siege nennt er „Erholungsphase“

dpa, Todtnau

Weltmeister Markus Wasmeier war der Superstar der deutschen alpinen Skimeisterschaften in Todtnau im Schwarzwald. Mit drei Einzeltiteln im Abfahrt, Super-Riesenslalom und Riesenslalom schaffte der 22 Jahre alte Schliersee eine Leistung, die seit 1954 noch kein Teilnehmer an nationalen Titelkämpfen vollbracht hat. Lediglich Hannelore Bessler aus Uhm (1956) und Olympiasiegerin Heidi Nibbel aus Oberstdorf (1961) gelang bei den Damen diese Titelsammlung. Als „Meisterschaften ohne Überraschungen“ stuften die Bundestrainer Klaus Mayr (Herren) und Willi Lesch (Damen) übereinstimmend die Titelkämpfe ein, die an den vier Meisterschaftstagen von rund 8000 Zuschauern verfolgt wurden. Die Weltcuprennfähre Nationalmannschaft dominierte erwartungsgemäß bei den Titelkämpfen.

In der Abfahrt Wasmeier vor Herbert Renoth (Berchtesgaden) und Titelverteidiger Sepp Wildgruber

(Oberstdorf), im Super-Riesenslalom Wasmeier vor Renoth und Peter Dürr (Germering), im Riesentorlauf Wasmeier vor Titelverteidiger Hans Stuffer (Samerberg) und Michael Eder (Bischofswiesen) und im Slalom Florian Beck (Gumzelsried) vor Armin Bittner (Krin) und Gundolf Thoma (Hintertarzen) verdeutlichten die Kräfteverteilung in der Nationalmannschaft, denn auch auf den nachfolgenden Rängen platzierten sich Angehörige des Nationallagers.

Lob von allen Seiten bekam Markus Wasmeier zu hören. Seinen fünften Platz zum Abschluß im Slalom nahm dagegen niemand ernst. „Markus ist zur Zeit in Topform und stellt absolute Weltklasse dar“, lobte DSV-Sportdirektor Helmut Weinbuch, Herentrainer Klaus Mayr: „Wasmeier hat die Meisterschaften in einem unglaublichen Maße dominiert.“ Der Stabsarztroffizier strotzt derzeit auch vor Selbstbewußtsein: „Die Meisterschaften waren für mich gegenüber dem sonstigen Weltcupstreß

eine Erholungsphase. Ich stehe jetzt so sicher auf dem Ski, daß mir alles gelingt. Für den Abschluß im Weltcup bin ich bestens motiviert.“

Für die Industrie ist Markus Wasmeier dennoch kein Star. Mit Ausnahme der üblichen Ausrüsterfirmen für Ski, Schuhe und Bindungen sowie eines Kreditkartenunternehmens hat den Riesenslalom-Weltmeister noch keine Firma als Werbeträger entdeckt. „Soll ich zu denen gehen und betteln?“ fragt er.

Vier Weltcup-Läuferinnen bestimmten die Meisterschaftsszene bei den Damen. In der Abfahrt Regina Mösenlechner (Inzell) vor Maria Kiehl (München) und Heidi Wiesler (Staufen), im Super-Riesenslalom Kiehl vor Michaela Gerg (Langgries) und Traudl Hächer (Schlechding), im Slalom Gerg vor Angela Drexl (Bayrischzell) und Helga Lazzak (Eschenlohe) und im Riesentorlauf Hächer vor Gerg und Katrin Stotz (Wildbad) bestimmten das Bild. Keine Titelverteidigerin war erneut erfolgreich.

## TISCHTENNIS / Fünf Medaillen bei den internationalen deutschen Meisterschaften in Karlsruhe

### Aber Bundestrainer sagt: „Bin nicht zufrieden“

sid/dpa, Karlsruhe

Die Bilanz war erfreulich, doch die Verantwortlichen blieben zurückhaltend. Insgesamt fünf Medaillen gewann der Deutsche Tischtennis-Bundesverband (DTTB) bei den internationalen deutschen Meisterschaften in Karlsruhe, zum Abschluß des Turnieres stand die 17jährige Olga Nemes aus Saarbrücken noch einmal in zwei Endspielen. Das Finale des Damen-einzels verlor sie in 46 Minuten mit 18:21, 16:21 und 17:21 gegen Vize-Europameisterin Piura Bulatowa aus der UdSSR. Das Ergebnis des Damendoppels, das Olga Nemes mit der 16jährigen Katja Nolten aus Kaiserberg bestritt, stand bei Redaktionschluss noch nicht fest.

Am Freitag hatte das Damenteam mit Olga Nemes, Katja Nolten und der Stuttgarterin Judith Stumper schon den Mannschaftswettbewerb mit 3:1 gegen Europameister UdSSR gewonnen, für die beiden Herren-Teams des DTTB hatte es zwei weitere Bronzemedallien gegeben. Erfolge also, wie sie der Verband

zuletzt 1970 bei internationalen deutschen Meisterschaften registrieren konnte. Und dennoch – viele Fragen bleiben offen, vor allen Dingen in Hinblick auf die Europameisterschaften vom 5. bis 13. April in Prag. DTTB-Präsident Hans Wilhelm Gäß (49) fand einiges Positive, denn „erstmal seit langem ist uns der Beweis gelungen, daß wir auch noch gewinnen können“. Das Fazit, das er schon vor dem Abschluß der Veranstaltung zog, zeigte jedoch nur die Zufriedenheit des Realisten: „Die Erfolge von Karlsruhe sind nur ein weiterer kleiner Schritt aus dem Tal. Es werden noch viele Löcher folgen.“

Auch Chef-Bundestrainer Charles Roesch (64) fand keinen Grund zu ausgelassener Freude. „Ich bin noch nicht zufrieden“, meinte der Franzose, den der DTTB vor drei Jahren als Retter engagiert hatte. Erst wenn die jungen Talente wie Steffen Fetzner, Jörg Rothkopf oder eine Katja Nolten den Durchbruch geschafft hätten, erklärte Roesch, werde er sich zurück-

ziehen. Sein Fazit: „Wir kamen nach Karlsruhe, um eine junge Damen- und eine junge Herren-Mannschaft zu testen.“ Den Mannschaftstest hätten die jungen Spieler zwar mit Selbstbewußtsein und anerkennendem Angriffsspiel bestanden, doch in den Einzel- und Doppelkonkurrenzen lagen sie daneben. Man sei zwar auf dem richtigen Wege, aber das ist dem Profi Roesch noch zu wenig. Er will Medaillen.

Doch Gäß und er wissen, daß die bei der Prager EM ohne Olga Nemes nicht zu holen sind. Mit der 17jährigen, die in Karlsruhe so gut spielte, daß man ihr sogar den Europameistertitel zuertraut, steht und fällt das Team. Doch ob die gebürtige Rumänin in die CSSR reist, ist weiter ungewiss. In der Frankfurter DTTB-Zentrale liegt knapp sieben Wochen vor EM-Beginn immer noch keine Sicherheitsklärung der CSSR-Behörden für die ungehinderte Ein- und Ausreise von Olga Nemes vor. Und ihr Vorkund Rudi Stumper sagt unmißver-

stündlich: „Ohne das Ding lasse ich Olga nicht nach Prag!“

Ein anderes Problem, das vor allen Dingen Charles Roesch plagt, heißt Georg Böhm. Der siebenfache Deutsche Meister litt zwar in Karlsruhe unter einer Grippe und wurde mit Antibiotika behandelt, doch was der 23jährige und sein ungarischer EM-Partner Janos Takacs bei der Doppel-Niederlage im Achtelfinale gegen die Vizeweltmeister Milan Orlovski und Jindrich Pansky aus der CSSR boten, war für Roesch „eine Unverschämtheit“. Er und die jungen Spieler sahen zu, wie Böhm und sein Partner im ersten Satz nur feixten und gar mit 2:17 zurücklagen. Roesch: „Eine Zumutung für uns alle, die wir den Leistungssport an unsere Fahnen geheftet haben.“

Die deutschen Meister Ralf Wosik und Cornel Borsos aus Düsseldorf schieden dagegen erst im Viertelfinale mit 19:21 und 14:21 gegen die späteren Sieger Ulf Carlsson und Jörgen Persson aus Schweden aus.

## Delta fliegt nach über 100 USA-Städten. Von Küste zu Küste.

Von New York bis Texas, von Florida bis Kalifornien fliegen Sie mit Delta durch die USA. Buchen Sie Deltas Nonstop-Flüge von Frankfurt nach Atlanta. Delta Air Lines startet auch ab Frankfurt nach Dallas/Ft. Worth. Von dort aus haben Sie bequeme Anschlussflüge nach über 100 Städten in ganz USA.

Und auch ab New York und Boston hat

Delta täglichen Service in fast alle Städte der USA. Wenden Sie sich an Ihr Reisebüro. Oder rufen Sie unser Delta-Büro in Frankfurt an. Ruf: 069/ 256030. Telex: 416233. Deltas Ticket Office befindet sich in der Friedensstr. 7, 6000 Frankfurt/Main. Ab 28. April 1986 fliegt Delta ab München und Stuttgart nach Atlanta und ab 8. Mai ab Shannon.

Delta. The airline run by professionals.







## Pankraz, die Metapher und die Yale-Mafia

Man spricht über die „Yale-Mafia“. Jetzt hat ihr sogar die „New York Times“ in ihrem Wochenend-Magazin einen längeren Artikel gewidmet, in dem – bei allem Respekt und bei allem intellektuellen Amüsement – doch deutlich die Besorgnis mitschwingt, die „Mafiosi“ in der Literaturabteilung der traditionsreichen Neu-England-Universität könnten deren Ruf auf Dauer schädigen und die Arbeit am Leib der Literatur über kurz oder lang lahmlegen.

Die Sorge ist berechtigt. Denn die besagten Mafiosi, Schüler des verstorbenen Literaturprofessors Paul de Man und des französischen Gastphilosophen Jacques Derrida, sind auf nichts anderes als auf „Deconstruction“, sie verwandeln ein Abbruch-Unternehmen, in dem die Literatur allenfalls noch als ausschaltbarer Schrott vorkommt. Sie nennen sich Linguisten, aber während bei den Linguisten üblicherweise „nur“ der subjektive Faktor und die historische Dimension literarischer Werke auf der Strecke bleiben, lassen die Dekonstruktoren der Yale-Mafia nicht einmal mehr zusammenhängende, in sich sinnvolle Texte übrig.

Texte sind für Derrida oder den Paul-de-Man-Adiutur J. H. Miller lediglich sprachliche Schemen, die durch den angeblich freien Tanz der Tropen entstehen, wobei mit Tropen jene Figuren der klassischen Rhetorik gemeint sind, in denen ein Wort durch das andere ausgetauscht wird, also Metaphern, Euphemismen, Metonymien, Periphrasen. Während die klassische Rhetorik die Tropen einsetzte, um sinnvolle Zusammenhänge zu verdeutlichen und zu bekräftigen, geht es der Yale-Mafia kontrapunktlich um die „Entbindung“ von Sinn. Wer also eine Metapher verwendet oder eine Metonymie, war zum Beispiel anstelle von Flußrinne Bett sagt oder anstelle von Rühm Lorbeer, der stiftet nach Derrida & Co. nicht Sinn, sondern Unsinn, der öffnet – freiwillig oder unfreiwillig – dem Gott des Weines und der blinden Ekstase.

Pankraz räumt gern ein, daß die dekonstruktive Methode großen Spaß machen kann, daß sich viel Witz und Ironie in sie investieren lassen. Auch gefällt ihm, daß die Yale-Mafia den Dichtern Entlastung verschafft gegenüber jenen selbstischen Interpreten und Hermeneutikern, die ihre Meinung nur aus dem verbindlichen Richtmaß für jede Art von Schreiben aufrichten und so die Literatur in eine Klippeschule verwandeln möchten. Niemand hat genauer als Paul de Man gezeigt, daß es im Grunde gar keine normative Ästhetik gibt, daß Ästhetik der Literatur zerfällt in Hermeneutik einerseits, Poetik andererseits, und daß beide nichts miteinander zu tun haben.

Dennoch brauchen wir natürlich die Hermeneutik, die lebende und gelegentlich auch kritische Interpretation von Poesie (und Kunst), um diese unzerstörbaren Lebenswelt unzerstörbar und sie für uns fruchtbar zu machen. Es verhält sich mit der Sprache der Poesie cum grano salis wie mit der Sprache der Mathematik: Sie erzeugt ein Reich der Notwendigkeit, dessen kristalline Endgültigkeit etwas Unmenschliches und Großartiges Fremdes hat und das der her-

meneutischen Verdeutlichung bedarf, um Nähe und Vertrautheit zu erzeugen. Und eben deshalb bleiben die Tropen und besonders die Metaphern – gegen alle dekonstruktivistischen Umdeutungsversuche der Yale-Mafia – sehr wohl Instrumente der Verdeutlichung und der Sinnstiftung.

Hans Blumenberg hat schon vor einigen Jahren in seinem großartigen Buch über die „Lesbarkeit der Welt“ auf die zentrale Funktion der Metapher im Erkenntnisprozeß aufmerksam gemacht. Metaphern sind für ihn sowohl Vorreiter als auch Korrelative wissenschaftlicher Begriffsbildung. Sie besetzen üblicherweise mit einer merkwürdigen Mischung aus „notwendigem Wagnis“ und unverantwortlicher Suggestion potentielle Begriffsfelder: sobald aber der Begriff oder die mathematische Formel nachgerückt sind und das Interesse und auch das Verständnis für den konkreten Weltblick verdunkeln, indem sie ihn zur marginalen Außenseite eines immer gleichen Grundvorgangs herabstufen, bindet sie die Metapher in den Reichtum gelebter Erfahrung zurück.

Die Metapher ist also nicht, wie die Yale-Mafia suggeriert, der prinzipielle Feind stabiler Begriffsbildung, sondern ihr dialektischer Widerspart. Gegenüber der Wissenschaft vertritt sie den Standpunkt der konkreten Lebenswelt. Sie erklärt die Begriffe und Formeln, indem sie sie zwar einerseits verunkelt, „aufweicht“, andererseits jedoch für das allgemeine Verständnis erst rettet und bewahrt, weil aus der „Exotik und Langeweile der Fachsprache heraussticht. Ohne metaphorisches Sprechen ist kein guter, von Fachjargon befreiter Stil möglich, ja – die – mäßig und bedachtsam gebrauchte – Metapher ist geradezu Voraussetzung für einen guten Stil. (Dies ins Stammbuch all derer, für die guter Stil immer nur „armer“, total verschalteter Stil ist.)

In der Literaturwissenschaft verhält es sich insofern etwas anders, als hier die Metapher, als erst-rangiges Mittel der Poesie, selber Gegenstand der Erklärung ist, während die erklärende Hermeneutik – vergeblich – nach fester Begriffsbildung strebt. Doch am sinnlichsten Wesen metaphorischen Sprechens ändert das nichts, im Gegenteil: die Erhöhung der Metapher (und überhaupt des tropischen Sprechens) zur Sache selbst eröffnet uns Einsichten, die wir weder in der Alltagssprache noch in der Wissenschaft erlangen können und die uns, wie ebenfalls schon Blumenberg bemerkt hat, fester als alles andere in den Mythos weltgeistlicher Einheit einbinden.

Was der Yale-Mafia wie ein blinder, wilder Tanz der Tropen vorkommt, wird in dieser Beleuchtung gerade zum Inbegriff absoluter Ordnung, zur Totalität im sprachlich Offenen und Unausgemachten. Nur haben wir dafür tatsächlich keine Begriffe mehr und müssen uns deshalb gänzlich der erhellenden Kraft der Metapher anvertrauen.

Pankraz

„Die Fremdenführerin“, das neue Stück von Botho Strauß, an der Berliner Schaubühne uraufgeführt

## Liebespiele unter der Sonne Homers

Wie einem Gegenstand des Theaters beikommen, der selber so mühsam schwebend ist, so rühmend anspruchsvoll, so verschwunden, so real fast ungreifbar? Wie kann man, während man zu beschreiben versucht, in welche nervöse Ungeduld dem Zuschauer das neue Stück von Botho Strauß in Luc Bondys ausgreifender Inszenierung in der Berliner Schaubühne treibt, – wie könnte man das kurzweilig oder gar amüsant schildern?

Wie soll man die Langweile erklären, in die man verfiel, ohne sie selbst zu beschreiben und damit für den Leser nachbar werden zu lassen?

Natürlich wieder großer Auftrieb am Lehnstuhl Platz. Die gesamte bundesdeutsche Großkritik, sonst die Theaterstadt Berlin füglich umgehend, ist präsent. Die feinsten Federn des Feuilletons sind in das Bühnenhaus eingezogen. Der hochgezogene Brauen die Fülle.

Das spezifische Schaubühnen-Publikum ist erschienen. Leute, die man kaum oder nie in unseren anderen Bühnen sonst antreffen könnte – hier sind sie zur Stelle. Ein leichter Hauch von Schickleria liegt über dem Parkett. Die teuren, westlichen Bezirke der Berliner Weststadt haben ihren Einzug gehalten.

Hier war einst, als Peter Stein diese Truppe zu so hohen Ehren brachte, Botho Strauß der beste Mitarbeiter, der ständige Hausdramaturg gewesen. Stein ist ausgetrieben oder will nur noch gelegentlich Gastregien zeigen. Am Lehnstuhl Platz hat eine sozusagen tapfere Melancholie Platz gefunden. Man weiß: Man ruht auf altem, längst vergangenem Lorbeer. Die alten Zeiten einer jugendlichen Progressivität sind dahin. Theatralische Erneuerung – wie sie finden? Ein solcher Abend hat verzwickte Aspekte.

Man spielt Botho Straußens Zweipersonenstück „Die Fremdenführerin“. Der Text dieses neuen Stückes hatte man bis zur Aufführung gehütet wie ein Staatsgeheimnis. Nur besonders pflichtigen Kunden schaffern war es gelungen, sich in den Besitz des Wortlauts zu setzen. Geheimniskrämer sollte spannungsfördernd wirken. Der Deckel sollte erst bei der Premiere vom Topf gehoben sein, kein Wort vorzeitig rüberwerfen. Ein Hauch von komischer Verschönerung im Vorfeld.

Wenn dann aber die Bühne mit einem Lichtschlag sich endlich öffnet – was sieht man? Den Himmel Homers!



Zwei deutsche Seelen spielen Antiker: Corinna Kirchhoff als Kristina und Bruno Ganz als Martin in „Die Fremdenführerin“

Ein sehr deutscher Studienrat ist seiner heimatischen Selbstunsicherheit entflohen. Er ist sich selbst und seinen Seelenzweifeln, wie sie in seiner bundesdeutschen Heimat grassieren, entwichen. Er will neu, will womöglich ganz anders anfangen. Er hat sich, teils angeekelt, teils beherzigt, der Flucht gerüstet. Er möchte unter klassischem Himmel ein anderer werden.

Er trifft auf ein deutsches Mädchen, das hier in Griechenland ebenso (so wenn auch ganz anders) auf der Flucht vor sich selber ist. Sie ist, wie sich herausstellt, einem bedrohten, trunksichtigen, dem Akt der eigenen Selbstverneinung vollziehenden Landsmann hier in Olympia verfallen. Sie trägt schwer, genau wie der unsterbliche, entwurzelte Studienrat.

Aber sie gibt sich leicht in den armen Kadischen Gefilden. Sie verliert ihren ersten Liebhaber. Der stirbt dahin in

seinem verstörten Selbstzerstörungsdrang. Wir erblicken ihn, nur vermutungsweise, einmal auf der dunklen Szene.

Sie beginnt ihr tödliches Liebespiel mit dem unsicheren Gast aus Deutschland. Er erblickt in ihr eine Art Verkörperung der alten, hellenischen Männerverzauberung. Sie foppt ihn wie ein weiblicher Irriach oder ein Faun. Sie quält ihn. Er quält sie. Zwei, die so verzwickte über ihre eigenen Komplizenheiten nur immer stolpern – zwei spielen sich eine Art antiker Griechenliebe vor. Sie scheitern.

Mehr ist nicht. Botho Strauß, einst geschickter, oft so bitter satirisch spritzend, – hier munkt er dunkel in der griechischen Helle. Er klopft an so vielen Türen hellenischer Vorbilder an. Er versucht (wenn ich ihn richtig verstanden habe) zu zeigen, wie uns heute alle Türen des Hellenentums

verschlossen seien. Er treibt trauriges Spiel. Es endet traurig und wie mit Fransen. Die alte Tragödie ist uns heute nicht mehr möglich.

Das hat nun Luc Bondy in dem unmaßig gewaltigen Bühnenbild von Dieter Hacker und Karl-Ernst Hermann mit überströmten Emotionen ausführlich ausbreitet. Man hört langwierige Zwischenmusiken, die wie uralte Boxgesänge wirken sollen. Die Antike soll donnern, immer wieder untermischt von allzu heutiger Stoßmusik.

Corinna Kirchhoff und Bruno Ganz stellen die beiden heiklen Aussteigertypen dar, die sich von ihrem heutigen Bewußtsein auch hier, unter der Sonne Homers, doch nicht lösen können. Frau Kirchhoff versucht, geradezu mit zauberischer Leichtigkeit, die Schwere des Irriachs, einer gefährlichen Nympe zu erreichen. Gelingen kann es ihr mit dieser Vorlage nur zu selten.

Bruno Ganz trägt schwer an den vielen unerträglich hochgestimmten Vieldeutigkeiten seiner Worte. Er sinkt (ausgerechnet dieser Schauspieler der Echtheit!) immer wieder in den zuckrigen Bildungskitsch ein, dem ihm Botho Strauß oft zugemutet hat. Das Kunstgewerbe dieser wahrlich kleinen Bühnenfindung kann sogar Bruno Ganz nicht ganz überspielen, zumal, wenn es ihm so gewaltig und schwer auf die Schulter gedrückt wird.

Straußens Griechen-Paraphrase, wäre sie nur leichter serviert, wenn sie optisch nicht so mit schönem Ballast aufgefüllt wäre, wenn das kleine, an sich vorsätzlich unerhebliche Zweipersonenstück den frischen, boulevardesken Beigeschmack, den es vor der Pause durchaus hat, vom Autor durchgehalten wäre: Es könnte an den vielen Bühnen, die es sicher nachspielen wollen, durchaus sein Glück machen. Hier verkümmerte es schließlich im harten Tiefstimm. Trauer sollte die „Fremdenführerin“ tragen wie Elektra. Sie heißt im Stück aber Kristine.

Das Publikum hörte erstaunlich genau zu. Aber es hörte offenbar zu wenig. Es wirkte eher verstört. Der Beifall klang hungrig. Botho Straußens dramatische Geheimnisse, als sie endlich offengelegt wurde, als vorwiegend langweilend empfunden worden. Ein Schlag ins antike Wasser.

FRIEDRICH LUFT  
Nächste Vorstellungen: Täglich außer Montag bis 20.2. Kartenkasse: Tel. 030 / 88 00 23

## JOURNAL

### US-Organisation contra Gewalt im Fernsehen

dpa, Washington  
Rund 1800 amerikanische Kirchenführer haben erneut Sex und Gewalt im amerikanischen Fernsehen scharf kritisiert. Die Vertreter von rund 70 christlichen Verbänden und Kirchen schlossen sich zu einer Organisation mit dem Namen „Christliche Führer für ein verantwortungsbewusstes Fernsehen“ zusammen. Ihr Hauptzweck ist der Versuch, die großen Fernsehanstalten ABC, CBS und NBC sowie Anbieter von Kabelprogrammen von der Notwendigkeit eines „familienfreundlichen“ Fernsehens zu überzeugen. Zunächst sind die Sendetermine aufgeführt, bis zum Herbst 1986 35 Prozent der gewalttätigen, sexuellen und gottesdienstlichen Szenen aus den Programmen zu entfernen. Sollten jedoch keine angemessenen Schritte erfolgen, will die Organisation ihren Kampf mit anderen Mitteln fortsetzen.

### Neuer Intendant für Göttingens Theater

dpa, Göttingen  
Der bisher in Göttingen als Gastregisseur arbeitende Heinz Engels wird am 1. August neuer Intendant des Deutschen Theaters in Göttingen. Der 42-jährige, der Oberspielleiter in Braunschweig und Regisseur in Düsseldorf, Darmstadt und Basel war, tritt mit der neuen Spielzeit die Nachfolge von Günther Fleckenstein an.

### Psychologenkongress in Berlin eröffnet

dpa, Berlin  
In Berlin ist der internationale Kongress für klinische Psychologie und Psychotherapie eröffnet worden. Das Thema der Veranstaltung lautet: „Veränderter Alltag und klinische Psychologie“. Etwa 200 Referenten werden sich dazu äußern. Am Kongress nehmen rund 1500 Wissenschaftler und Experten aus dem In- und Ausland teil.

### Moskauer Verlag gibt Pasternak heraus

dpa, Moskau  
Das Moskauer Verlagshaus „Chudoshchenskiy Literatur“ hat eine zweibändige Ausgabe mit gesammelten Werken des weltberühmten russischen Schriftstellers Boris Pasternak herausgegeben, der wegen seines Romans „Dr. Schiwago“ mit der Sowjetführung in Konflikt geraten war. Wie die amtliche Nachrichtenagentur Tass am Freitag berichtete, ist die Pasternak-Ausgabe in einer Auflage von 100 000 Exemplaren erschienen.

### Literaturpreis für Doris Lessing

dpa, London  
Der englischen Schriftstellerin Doris Lessing ist für ihren Roman „The Good Terrorist“ der Literaturpreis des britischen Buchhandelskonzerns W. H. Smith zuerkannt worden. Der Preis, einer der bedeutendsten in Großbritannien, ist mit rund 13 000 Mark dotiert und wird für die jeweils bedeutendste Neuerscheinung des Jahres verliehen.

### Fast 400 000 Mark für ein H.-Miller-Manuskript

AP, New York  
Das Originalmanuskript des Romans „Wendekreis des Krebses“ von Henry Miller ist in New York vom Auktionshaus Sotheby's für 165 000 Dollar (rund 396 000 Mark) versteigert worden. Der Käufer des 926 Seiten starken, überwiegend mit Schreibmaschine geschriebenen Manuskripts blieb unbekannt. Einem Sprecher des Auktionshauses zufolge, ist der Preis der bisher höchste, der in den USA für das Manuskript eines modernen Schriftstellers erzielt wurde.

### Hobby-Taucher fanden mittelalterliche Geräte

dpa, Berlin  
Hobby-Taucher haben in einem See im „DDR“-Bezirk Neubrandenburg etwa 700 Gebrauchsgegenstände aus dem Mittelalter entdeckt. Die wertvollen Stücke aus Keramik und Zinn, darunter Kannen, Becher, Krüge, Vasen und Tassen, stammen aus dem 13. und 16. Jahrhundert. Bei den Tauchexpeditionen wurden unter Schlamm-schichten in geringer Tiefe auch Messer, Holzleier, Scheren sowie Äxte, Messingfassungen von Bibeln und kleine Plastiken entdeckt.

### Edmund Rubbra †

Der britische Komponist Edmund Rubbra ist am vergangenen Freitag im Alter von 84 Jahren in der Grafschaft Buckinghamshire gestorben. Rubbra zählte besonders mit seinem symphonischen Schaffen zu den bekanntesten zeitgenössischen Komponisten in Großbritannien. Neben mehreren Kirchenmusikwerken schrieb er unter anderem die Oper „Bee-Bee-Be“ (1931) und das Ballett „Prism“ (1938). Von 1947 bis 1968 hatte er an der Universität Oxford gelehrt.

### Zürich: Ponnelle inszeniert „Cosi fan tutte“

## Gefährliche Maskerade

Im Rahmen jener fast vollständigen Folge von Mozart-Opern, die der Dirigent Nikolaus Harnoncourt und der Regisseur Jean-Pierre Ponnelle gemeinsam in Zürich erarbeiten, ist man nun endlich beim Hauptwerk angekommen. Die erste von Mozart drei italienischen Opern zu Libretto von Lorenzo da Ponte, die Zürich zeigt, ist „Cosi fan tutte“. Wie sich hier, an Mozarts Spätstil, Harnoncourts Suche nach historischen Aufführungsmodalitäten bewähren würde, darauf war man besonders gespannt.

Um es gleich vorwegzunehmen: Auch dieser späte Mozart, von dem wir meinen, er stünde uns musikalisch schon so nahe, daß es kaum neue Erfahrungen mit ihm geben könnte, er klingt ganz einfach unendlich viel frischer, bewußter, vielseltiger. Harnoncourt macht keine Dinge anders, bloß um sie anders zu machen. Im Grunde seines Musikerschens geht es ihm doch nur darum, an Stil zu bewahren, was droht, im Einzelne verschüttet zu werden.

Bei Mozart tritt die Frage der Instrumentation schon in den Hintergrund. In „Cosi“ ist da nur noch wichtig, daß Naturbörner statt Ventilhorn gespielt werden und die Klarinetten ihre drei verschiedenen gestimmten Instrumente parat haben, statt alles auf der modernen Einheitsklarinete zu blasen. Harnoncourt kommt mit überraschend wenig Streichinstrumenten aus; aber das stimmt in der Proportion zu den von Mozart klein gehaltenen Bläsern haargenau. Nie kommt die Musik bei Harnoncourt in die Gefahr, sich mit jener watierten sinfonischen Glätte zu umgeben, die in den letzten Jahrzehnten allen beseren Wissens zum Trotz von vielen Dirigenten kultiviert wurde.

Was die eigentliche Faszination bei Harnoncourt ausmacht, sind aber gar nicht einmal die klanglichen Resultate, sondern seine Art, Mozarts Musik durchzugestalten, zu betonen, sie reden zu lassen. Seit Dimitri Mitropoulos hat es wohl keinen Dirigenten gegeben, der so nachdrücklich Takt für Takt, Note für Note Bedeutungen klarmacht und damit die gesamte Musik nicht nur als einen formalen Prozeß, sondern auch inhaltlich mitvollziehen läßt. Harnoncourts „Cosi“ läßt einen erkennen, warum Mozart etwas so und nicht anders komponiert hat und wie das musikalisch gemeint ist.

Jean-Pierre Ponnelle, bei stets eigenem Bühnenbildern, bei den Kostümen auf Pet Hahnen bauend, ist nun alles andere als ein Neuling in Sachen „Cosi fan tutte“. Aber in Zürich macht er das schwierige Stück

doch ganz anders als bisher. „Cosi“ war für ihn ein Stück mit sehr viel Lust am Spiel, Lust an der Verkleidung. Die beiden Offiziere fanden so viel Spaß an dem Verführungsstück, daß sie dessen Folgen völlig aus den Augen verloren. Sie eroberten jeder die Freundin des Freundes mit der Bedenklosigkeit junger Verliebter. Da bekamen also auch die Männer einiges ab: bei ihnen war die Überheblichkeit mindestens so stark wie die moralischen Skrupel.

Das dreht Ponnelle nun alles wieder herum. Die Männer möchten aus der Farce immer wieder ausbrechen und werden nur von Don Alfonso an der Kordel gehalten. Sie ahnen das entsetzliche Ende schon sehr früh, möchten heraus aus der Wette, ja sabotieren geradezu die ausgedachten Intrigen. Allein, es hilft nichts. Denn die beiden Damen, Fiordiligi und Dorabella, haben längst Feuer gefangen. Schon wenn Ferrando und Guglielmo das erste Mal in ihrer exotischen Verkleidung auftreten, signalisiert Dorabella, daß es diese animalischen, wilden Kerle sein müßten, wenn es denn überhaupt noch einem Mann gelingen sollte, sie vom Pfad der Tugend abzubringen. Ponnelle läßt da zeitweise die Farce sehr grell ausspielen, daß mancher feinere Gefühlswitz inschont auf der Strecke bleibt. Ganz und gar daneben geht ihm das erste Aktuale, wenn die beiden verkleideten Liebhaber, gerade von dem vermeintlichen Gift-Selbstmord aus Liebeskummer gerettet, über die beiden Schwestern herfallen und sie quasi vergewaltigen, was diese sich auch dank Alfonso Zureden gefallen lassen. Da geht Ponnelle erheblich über den Spielraum des Stückes hinaus, während er ihn später kaum ausnützt, um zu zeigen, wie weit die neue Liebeschaft eigentlich reicht. Wie auch immer: Die Frauen kommen bei Ponnelle arg schlecht weg. Ehrenretterin des weiblichen Geschlechts endlich Despina, die sich weigert, ihren Teil am Wettgewinn einzustreichen.

Abgesehen davon, daß Claudio Nicolai (Don Alfonso) wegen einer Erklärung nur markieren konnte, hatte die Zürcher Oper wieder ein Mozart-Ensemble von seltener Erlesenheit aufboten: mit Roberto Alexander als Fiordiligi, Ann Murray als Dorabella, Gösta Winbergh als Ferrando und Thomas Hampson als Guglielmo sowie Julia Hamari als Despina. Das ist so stimmprächtigt wie spielfreudig und nebenbei noch ganz typengau besetzt. Besser geht es nicht.

REINHARD BEUTH  
Die nächsten Aufführungen: 21., 23., 26., 28. Febr., 4., 6., 18. März; Kartenkasse: 00411 / 25 16 922 / 23

### Eine spektakuläre Webern-Biographie aus Moskau

## Plädoyer für Neue Musik

Durchblättert man offiziöse sowjetische Stellungnahmen zur Neuen Musik, stößt man bis in jüngste Tage immer wieder auf dieselbe Lesart: Avantgardismus, abgesehen von der mit ihm verbundenen Gefahr kosmopolitischer Aufweichung, sei musikalisch gesehen überholt und künstlerisch Wertloses, das nur noch von engstirnigen Dogmatikern ernstgenommen und geschätzt werde. Und diese Wertschätzung geschehe nicht ohne politische, sowjetfeindliche Absicht, wenn etwa musikalische Avantgardisten in Rußland selbst entdeckt würden.

Zum eigenen avantgardistischen Erbe vom Jahrhundertbeginn bleibt das Verhältnis herablassend. Bisweilen wird seine Existenz als westliches Hirngespinnst abgetan; von den komponierenden Zeitgenossen Kandinskys und Chagalls findet ein führender sowjetischer Musikideologe wie Jurij Keldysch noch heute, sie hätten sich lediglich durch „lautstarke Deklarationen oder provozierende Titel“ hervorgetan (Sowjetskaja Muzyka 7/1985, S. 122).

Das Knäuel dieser gezielten Ressentiments muß man kennen, um in einem Buch wie der jetzt erschienenen ersten sowjetischen Webern-Monographie von Jurij Cholopow (und seiner Schwester) Valentina Cholopowa eine kleine Sensation zu erblicken: einfach, daß ein solches Buch, mit Liebe, Sorgfalt und Sachkenntnis geschrieben, in Moskau im Verlag des sowjetischen Komponistenverbandes erscheinen durfte. Ein Vorwort des als liberal geltenden Rodion Schtschedrin (WELT vom 4. 7. 1985) dürfte es möglich gemacht und lange genug scheinen die Entscheidungsprozesse gedauert zu haben.

Beide Autoren sind als Theoretiker der Neuen Musik keine Neulinge und auch hierzulande bekannt: von Valentina Cholopowa erschienen Analysen zu Strawinsky, von Jurij Cholopow zu den symmetrischen Leitern in der russischen Musik – jeweils in Übersetzungen des Verfassers – in der „Musikforschung“, desgleichen bahnbrechende Erkenntnisse Jurij Cholopows zur Spielmusik in Variationen op. 27 von Anton Webern 1973 im Archiv für Musikwissenschaft. Von Zeit zu Zeit weiß die staatliche sowjetische Autorengeneratur VAAP schon recht genau, mit welchen Publikationen im Westen Ehre einzulegen ist. Jurij Cholopow erlebte man schließlich als fulminanten Theoretiker ohne Scheuklappen beim Schostakowitsch-Symposium im Februar 1985 in Köln.

In der Weise wäre auch das We-

bern-Buch der Geschwister Cholopow zu beschreiben: Geduldig nehmen sie den sowjetischen Leser an die Hand und versuchen ihn von den gezielten Ressentiments zum Verständnis der Klangwelt und der musikalisch-geschichtlichen Bedeutung Anton Weberns zu führen. Allein die hier zitierten westlichen Autorennamen – Adorno, Boulez, Elmer, Karkoschka, Kolner, Leibowitz, Ligeti, Metzger, Willy Reich, Josef Rufer oder Karlheinz Stockhausen – lesen sich aus der Perspektive der üblichen sowjetischen Polemiken wie eine schrank-Liste, und was Webern selbst unter „Materialgesetzen“ der Musik, unter „Form als Vollendung“, unter Kunst im Dienste der menschlichen Würde und unter Verantwortung des Künstlers verstand, hat mit den Aufgaben der Musik im Sinne des Sozialistischen Realismus jedenfalls in bisheriger Sicht wenig zu tun.

Um so mehr allerdings mit Weberns eigenem Widerstand gegen eine totalitäre Kunstpolitik, deren Vorlieben für Marschmusik und Massenlieder die Cholopows detailliert, doch ohne weiteren Kommentar beschreiben – der muß dann im Hinterkopf des Lesers stattfinden. Um so mehr hat es auch zu tun mit dem Bild Weberns, das im Aufbruch der sowjetischen Neuen Musik der sechziger Jahre zu einer Art Leitstern wurde. Nicht nur in Darmstadt haben nach dem Kriege Boulez und Stockhausen seine konzentrierte, mathematisch verschleierte Tonphilosophie als Chance zu neuer Mündigkeit begriffen, auch in Moskau taten dies – im poststalinischen „Tauwetter“ – Komponisten wie Andrej Volkonsky, Edison Denisow und Alfred Schnittke, der schon in den sechziger Jahren Weberns Schriften ins Russische zu übersetzen begann.

Für sie gab es hierbei ein persönliches Bindeglied: Der Komponist und Theoretiker Philipp Moissejewitsch Hergovici als leibhaftiger Schüler Weberns lebte und lebt in Moskau. Vor den Nazis mußte er nach dem „Anschluß“ aus Wien flüchten, zunächst in seine rumänische Heimat, dann vor den anrückenden deutschen Truppen nach Moskau. Dort war er bald zu völliger öffentlicher Wirkungslösung verurteilt, und in der Nennung seines Namens sieht die offizielle sowjetische Musikmeinung eine Absurdität – er hatte aber die wichtigsten musikalischen Avantgardisten zu Privatschülern. Nur in Estland konnte er bislang wieder publizieren und kämpft seit Jahren einen verzweifelten Kampf um seine Ausreise nach Israel.

DETLEF GOJOWY

### Raf Vallone wird 70

## Mimte rauhe Burschen mit Herz

Es ist still geworden um Raffaele („Raf“) Vallone. Zum letzten Mal sah man ihn 1981 auf der Leinwand, als er in „Une saison de la paix à Paris“ neben Maria Schneider einen betagten SS-General mimte. Seine große Zeit fällt in die fünfziger Jahre. Damals drehte er pro Jahr oft gleich mehrere Filme, und viele davon wurden Weiterfolge.

Raf Vallone machte Filmgeschichte, obwohl er nie Schauspielunterricht genoß und von Haus aus eigentlich Journalist, nämlich Sportreporter und später Theaterkritiker, war. De Santis entdeckte ihn 1949, als er einen möglichst wirren Gegenspieler zu Silvana Mangano in dem Film „Bitter Reis“ suchte. Die Rolle machte Vallone so populär, daß ihn Cannes 1954 zum beliebtesten männlichen Darsteller kürte. Film folgte auf Film, darunter solche Meisterwerke wie „Weg der Hoffnung“, „Der verbotene Christus“, „Thérèse Raquin“, „Rom elf Uhr“.

Peter Brook holte Vallone für die Hauptrolle in seinem „Othello“. Maria Schell spielte mit ihm zusammen in „Rose Bernd“. Für Hollywood gestaltete der Italiener einen unvergesslichen Gangsterboß in „Lucky Luciano“. Später war er der „Kardinal“ oder „Des Teufels Advokat“. Er tauchte im Fernsehen auf, versuchte sich als Theaterregisseur an italienischen und französischen Bühnen und wurde hin und wieder auch noch ein-



Held des filmischen Neorealismus: Raf Vallone

FOTO: DPA

mal für seine alte Zeitung „Gazzetta del Popolo“ als Reporter tätig.

Rafs mimische Spezialität waren die sogenannten harten Burschen mit Herz, die groß im Nehmen und Ertragen von Schicksalsschlägen waren und sich überaus gut als Zentraltypen des filmischen Neorealismus eigneten. Die nachfolgenden diversen „Neuen Weilen“ wußten weniger mit ihm anzufangen. Konkurrenten wie Jean Gabin oder Lino Ventura ließen Vallone den Rang ab: Er ließ sich mehr oder weniger ins Genre der Polit- und Agententhriller abdrängen. Heute, im Zeichen der Rückkehr der „tough guys“, ist Vallone schon über die Jahre hinaus, um noch einmal groß im internationalen Film herauszukommen. So begnügt er sich, seine Tochter Eleonora zu managen, die ebenfalls zu Starnam aufgestiegen ist.

ANDREAS WILD



## Schon Roland gab die Devise aus: „Vryheit“

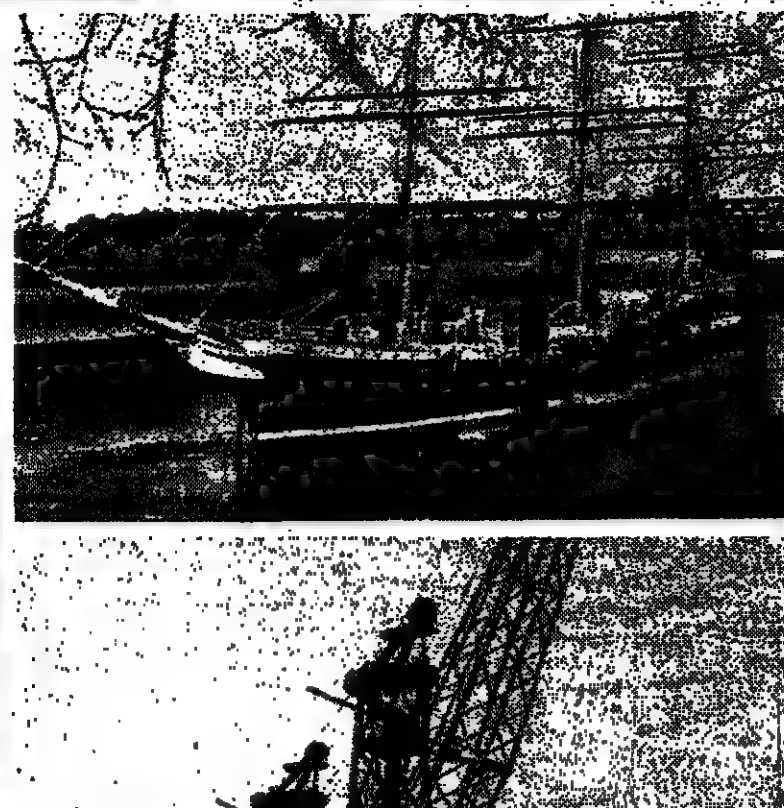
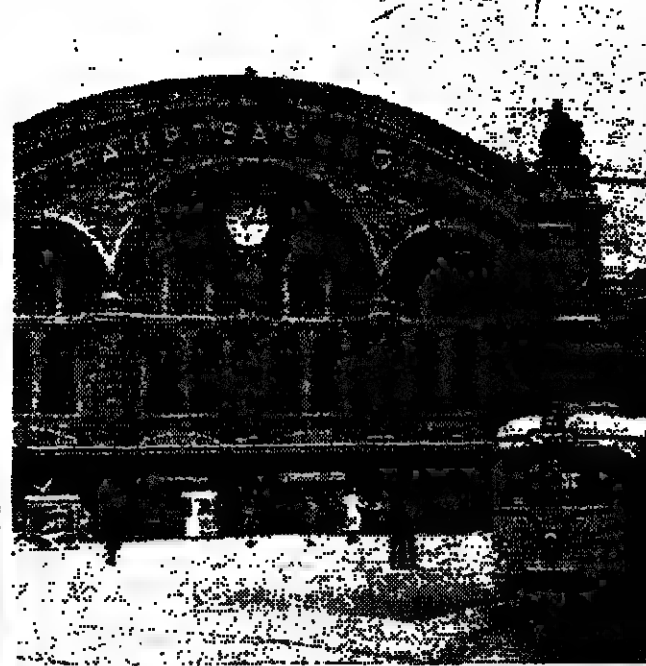
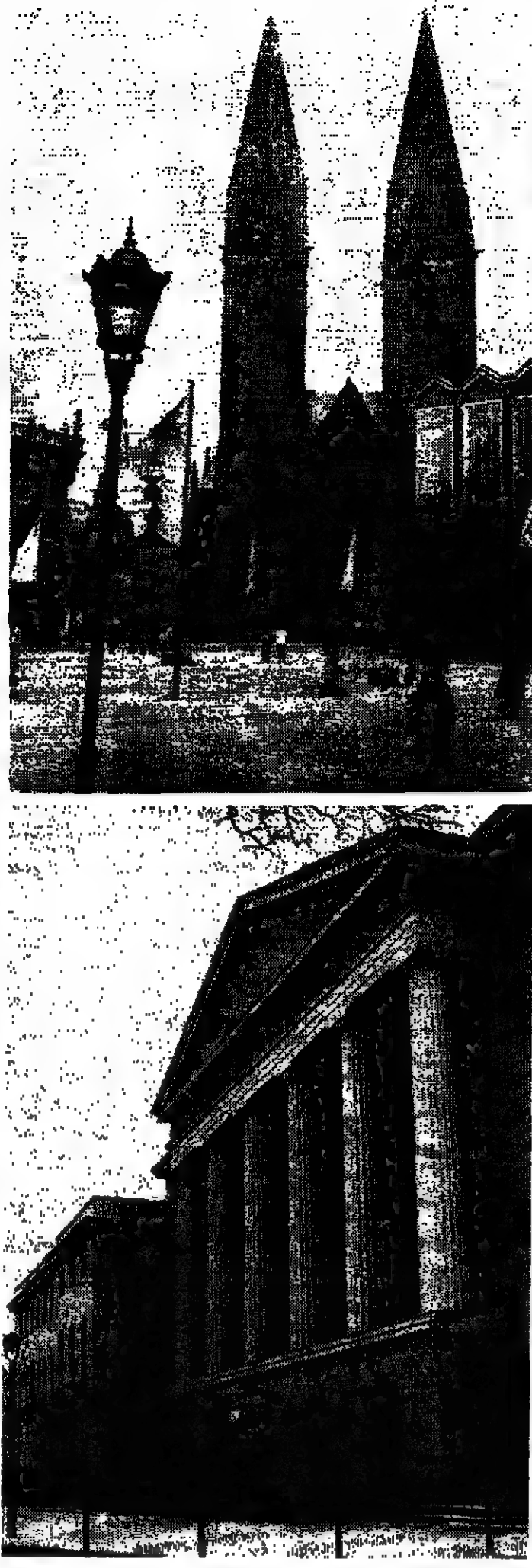
Bremen. Die Wunden des Bombeninfernos sind längst verheilt. Doch hinter der Idylle und dem (längst) wiedererstandenen Glanz dieser Freien und Hansestadt verborgen sich akute Existenzsorgen. Die Regierenden zerbrechen sich den Kopf darüber, wie sie das kleinste Bundesland aus den roten Zahlen bringen sollen.

Gar keine Frage, daß Bremen beim Wiederaufbau nach '45 immenses geleistet hat und sein Ruf abermals in alle Welt gedrungen ist. Ein Gang durch die Stadt lohnt. Da ist der Marktplatz mit dem unvergleichlichen Rathaus, das von 1404 bis 1408 erbaut wurde. Lebhaft kontrastierend dazu der St. Petri-Dom (oben links), das vor 25 Jahren entstandene Parlamentsgebäude sowie der stolze Schütting-Bau von 1537, das Haus der Bremischen Kaufmannschaft seither.

Unübersehbar auch der Roland (Bildmitte), Sinnbild der Rechte dieser Stadt, dessen steinernes Abbild 1404 den hölzernen Vorgänger ablöste. Märchenhaft bekannt Gerhard Marcks' Plastik der Bremer Stadtmusikanten (unten Mitte), von dort ein Katzensprung zum Theater am Goetheplatz (links unten), das einst als Schauspielhaus unter Eduard Ichnow und Johannes Wiegand Theatergeschichte machte. Ein Ziel auch die Böttcherstraße mit dem Bauten Bernhard Hoetgers, dem Paula-Becker-Modersohn und dem Roselius-Haus mit dem Glockenspiel. Nahe dem Hauptbahnhof (oben Mitte) lenkt die Mühle am Wall (rechts oben), die letzte von einst einem Dutzend, die Blicke auf sich. Im Überseehafen (unten rechts) schwanken die Geschäfte zwar wie das Kistenwetter, seiner Faszination und Geschäftigkeit tut dies jedoch kaum Abbruch.

Die Bremer, von Natur aus Optimisten, tragen die Zeitläufe mit Gelassenheit. Ihren Wagemut symbolisiert das „Schulschiff Deutschland“ (rechts Mitte), das seit 1949 auf der Neustädter Seite fest vor Anker liegt und jährlich bis zu 350 jungen Menschen die Vorbereitung auf den Seemannsberuf ermöglicht. Einst kreuzte der Dreimaster im Nordatlantik, ehe er zum Lazarettsschiff umgerüstet wurde. Die Bremer sind stolz auf ihn wie auf die Inschrift auf dem Schilde des Roland am Rathaus, die mit den Worten beginnt: Vryheit. do iek yu openbar...

Von Titeln, Orden und Ehrenzeichen halten die Bremer wenig. Sie waren und sind bedächtig, wissen, was sie ihrer Stadt schuldig sind. Das wiederum ist so wenig durchaus nicht. WALTER A. BAUER



## Tradition und Etikette: Bremens Schaffermahlzeit

W. WESSENDORF, Bremen. Ein „Südländ“ pries norddeutschen Kaufmannsgeist und 300-fach im Frack gekleidete Gäste donnerten zurück: „Hipp, hipp, hurra“. Bremen zelebrierte die 442. Schaffermahlzeit. Das Kompliment kam vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth (CDU): „Ich will über Solidarisität reden, die hier gepflegt wird. Ich kann mich nicht erinnern, je an einer solchen traditionellen Veranstaltung teilgenommen zu haben. Das gibt es nur im Norden, in Bremen, vielleicht noch ein bißchen in Hamburg.“

Die Schaffermahlzeit wurde ursprünglich als Abschiedsmahl ausgerichtet, das Kaufleute und Reeder alljährlich am Ende des Winters ihren Kapitänen gaben, die zu großer Fahrt rüsteten. An dem seit 1545 gefeierten ältesten Brudermahl der Welt nahmen Kapitäne, Reeder, Kaufleute, Politiker und Diplomaten teil. Aus dem schlechten Stockfischessen wurde im Laufe der Zeit ein feierliches feinstündiges Mahl mit festgelegter Speisenfolge, bei dem Silberbecher von Gast zu Gast wandern.

Keiner verzog die Miene, als das süße Bier die Lippen benetzte. Dieses Bier wird einmal im Jahr für diesen Anlaß gebraut. Auch die aus schwerem Silber auf Hochglanz polierte Kogge machte mit.

Späth kam erst spät zu Wort. „Ich kenne keine Institution, die wie das Haus der Seefahrt so lange die Solidarisität aufrecht erhalten konnte.“ Dieser Gemeinschaftssinn habe evolutionäre wie revolutionäre Zeiten überdauert.

Der Philosoph aus dem Münsterlande schnitt – nicht ohne Schlitzen – ein beliebtes Thema an: den Abbau der Bürokratie. „In meiner Regierungszeit habe ich 30 000 Verwaltungsvorschriften beseitigt“, merkte er an, doch sei das bis heute niemandem aufgefallen. Da gab es Gelächter in der Bremer Runde.

Der Ehrenrang ließ in seiner wirtschaftspolitischen Rede das „arme Bremen“ nicht fallen. „Wir alle haben etwas über unsere Verhältnisse gelebt“, mahnte er. In Zeiten der Not gäbe es aber einen Zusammenhalt. Seien die Probleme erst gelöst, würde der Egoismus jedoch wieder Platz greifen. Doch auch ohne Notlage sollte die Zukunftsentwicklung durch Zusammenballung aller Kräfte vorangetrieben werden.

Bremens Regierungschef Klaus Wedemeyer (SPD) ließ entgegen aller Etikette die Hälfte seines Frackschwarzes über den Stuhl hängen, hörte ansonsten aber aufmerksam zu. Die Solidarisität des Kollegen Späth dürfte ihm gefallen haben. Bremen hat mit 12 300 Mark (Stand: '84) die höchste Pro-Kopf-Verschuldung aller Bundesländer.

Die Bilderfolge zeigt deutlich, daß die Fährte in diesem Moment vom Kurs abkam, da die Schubkraft der Kurs, offenbar intakten Zusatzrakete nicht nachließ. Das elektronische Steuerungssystem der Raumfähre gab das Kommando, den Kurs zu korrigieren, und die rechte Flügelklappe der „Challenger“ bewegte sich. Die Raumfähre kam dennoch heftig ins Schlingern. Ein Nasa-Sprecher sagte, die Besatzung habe das unter dem Eindruck der starken Beschleunigung in der Startphase vermutlich nicht bemerkt.

Die Bilderfolge zeigt deutlich, daß die Fährte in diesem Moment vom Kurs abkam, da die Schubkraft der Kurs, offenbar intakten Zusatzrakete nicht nachließ. Das elektronische Steuerungssystem der Raumfähre gab das Kommando, den Kurs zu korrigieren, und die rechte Flügelklappe der „Challenger“ bewegte sich. Die Raumfähre kam dennoch heftig ins Schlingern. Ein Nasa-Sprecher sagte, die Besatzung habe das unter dem Eindruck der starken Beschleunigung in der Startphase vermutlich nicht bemerkt.

Experten Erdmann: „Ein kleineres als ein Zehn-Meter-Boot möchte ich nie wieder haben.“ Englisch sollte man unbedingt sprechen können, und in Südseeregionen auch Französisch. Martens schwört auf Radar an Bord: „Man kann in Ruhe schlafen.“

Wer die Standardroute wählt – von Europa aus in die Karibik, durch den Panama-Kanal über die Galapagos-Inseln in die Südsee, durch den Indischen Ozean und über Kapstadt zurück Richtung Europa – wird sich unterwegs oft wie auf der „Autobahn der Weltumsegler“ vorkommen. Paradiese jedoch gibt es für Segler nach den Worten von Burkhard Pleske immer noch, wenn sie auch „dornenverhangen“ sind. Er hat solche paradiesischen Gegenden vor allem in den Kälteregeonen gefunden. „Dort ist alles billiger, die Leute geben einem Wärme und Sicherheit.“ Seine Geheimtipps: Argentinien und Chile. Und auch Heide Voigt meinte, wenn man bereit sei, beispielsweise 200 Seemeilen gegen den Farnat zu segeln, „kann man die Idylle noch finden“.

Nach ihrer wahren Trauminsel befragt, antwortete sie freilich: „Hamburg – das habe ich nach vier Jahren Segeln herausgefunden.“ (dpa)

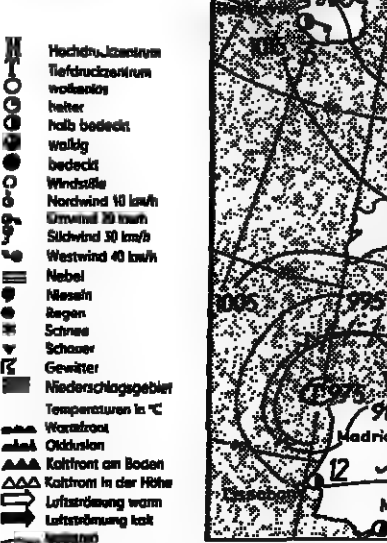
Auch handfeste Tipps gaben die

## WETTER: Temperaturanstieg

Lage: Das wetterbestimmende skandinavische Hoch schwächt sich ab, so daß Ausläufer eines Adriatischen Hochs nach Norden vordringen und die Osthälfte Deutschlands beeinflussen können.

Vorhersage für Montag: In der Westhälfte teils sonnig, teils bewölkt. Im wesentlichen niederschlagsfrei. In der Osthälfte gelegentlich leichter Schneefall. Höchsttemperaturen zwischen plus 2 und minus 3 Grad.

Vorhersagekarte für den 17. Feb., 7 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Sonntag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:	Isar	Donau	Elbe	Weser	Oberrhein	Unterelbe	Weser	Oberrhein	Unterelbe
Berlin	-4	-4	-4	-4	-4	-4	-4	-4	-4
Bielefeld	-3	-3	-3	-3	-3	-3	-3	-3	-3
Braunschweig	-3	-3	-3	-3	-3	-3	-3	-3	-3
Bremen	-4	-4	-4	-4	-4	-4	-4	-4	-4
Dortmund	-2	-2	-2	-2	-2	-2	-2	-2	-2
Dresden	-2	-2	-2	-2	-2	-2	-2	-2	-2
Düsseldorf	-2	-2	-2	-2	-2	-2	-2	-2	-2
Erfurt	-4	-4	-4	-4	-4	-4	-4	-4	-4
Essen	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1
Frankfurt	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1
Garmisch	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1
Greifswald	-5	-5	-5	-5	-5	-5	-5	-5	-5
Hamburg	-4	-4	-4	-4	-4	-4	-4	-4	-4
Hannover	-4	-4	-4	-4	-4	-4	-4	-4	-4
Kassel	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1
Köln	-2	-2	-2	-2	-2	-2	-2	-2	-2
Krefeld	-2	-2	-2	-2	-2	-2	-2	-2	-2
Leipzig	-2	-2	-2	-2	-2	-2	-2	-2	-2
Münster	-2	-2	-2	-2	-2	-2	-2	-2	-2
Nürnberg	-2	-2	-2	-2	-2	-2	-2	-2	-2
Osnabrück	-2	-2	-2	-2	-2	-2	-2	-2	-2
Regensburg	-2	-2	-2	-2	-2	-2	-2	-2	-2
Saarbrücken	-2	-2	-2	-2	-2	-2	-2	-2	-2
Stuttgart	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1
Ulm	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1
Wuppertal	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1
Zürich	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1

## LEUTE HEUTE

### Rechtzeitig

Braungebrannt ist Sarah Ferguson (26) von ihrem Skiurlaub mit Prinzessin Diana und Prinz Charles nach Hause zurückgekehrt. Gerade noch rechtzeitig vor dem 26. Geburtstag von Prinz Andrew am Mittwoch; denn nachdem Major Ronald Ferguson nun auch noch Prinz Charles auf seiner Texas-Reise begleitet darf, ist auf der Insel der Einzugs seiner Tochter ins Königshaus – als Frau des zweitältesten Sohns von Königin Elizabeth – gemacht. Die Augen wissen auch wann: An eben kommandem Mittwoch nämlich.

### Bald, sehr bald

Nach etwas mehr als einem Monat Aufenthalt im Himalaja-Königreich Nepal ist Shree Rajmeh nach Bangkok weitergefliegen. „Bald, sehr bald, schon für die nächsten Tage“, hat der Bhagwan allerdings weitere Pläne: „den Flug in meine neue Heimat“. Wo das wiederum sein wird, weiß bis jetzt nur der Erleuchtete selbst.

### Demnächst

SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau läßt sich seine kleinen Freuden nicht nehmen: Obwohl er am Samstag in der ZDF-Sendung „Wetten, daß...“ gewann – die „Geschwister Timmermann“ bauten, wie Rau es vorhergesagt hatte, in drei Minuten ein Klavier zusammen –, will er demnächst seinen Weiteinsatz einlösen: Bei einer Bergischen Kaffeetafel führt der Wuppertaler vor dem (Wähler-)Nachwuchs ein selbstgeschriebenes Kasperstück auf.

### Fast zu spät

Wie schwer es Santa Claus haben muß, wenn er sich zu Weihnachten durch den Kamin zwängt, erfährt der 24jährige Thomas Bannan aus Boston am eigenen Leib: Er blieb nachts im Schornstein eines Supermarktes stecken. Lange Zeit später, gegen fünf Uhr morgens, hörte ein Wachmann sein Rufen – die Feuerwehr mußte den Schornstein demonstrieren, um den jungen Mann aus seiner Zwangslage zu befreien. Über die Vorgeschichte des Zwischenfalls befragt, antwortete Bannan lapidar: „Ging nichtsahnend auf dem Dach spazieren und rutschte plötzlich in den Kamin...“

## War schon der Start der Fehler?

AP, Cape Canaveral

Die Entscheidung, die Raumfähre „Challenger“ am 28. Januar überhaupt zum Start freizugeben, könnte ein Fehler gewesen sein. Diesen Verdacht äußerte die von Präsident Reagan eingesetzte Untersuchungskommission in einem Zwischenbericht. Nach Aussagen des Vorsitzenden der Kommission William Rogers hat die Kommission alle Entscheidungen überprüft, die zum Startbefehl für „Challenger“ geführt haben.

Die Nasa hat unterdessen die Bereitschaft angedeutet, an ihrer internen Untersuchung der „Challenger“-Explosion niemandem mehr mitarbeiten zu lassen, der an der Startentscheidung beteiligt war. Aus zuverlässigen Kreisen hieß es, eine große Zahl von Leuten sei betroffen, die an dem frostigen Januarmorgen grünes Licht zum Start gegeben hätten. Ein

wesentlicher Ansatzpunkt für die Klärung der Unglücksursache könnte auch die niedrige Temperatur gewesen sein, die vor und während des Starts auf Cape Canaveral herrschte und unter der die Dichtungsringe am Booster gelitten haben könnten.

Einige neue Einzelheiten, aber keine endgültige Aussage über die Unglücksursache bringt eine Fotochronik über den letzten Start der „Challenger“, die die Nasa jetzt veröffentlicht hat. Sie belegt rückwärts den letzten Flug der Fährte vom Start bis zur Explosion in 13 Kilometer Höhe 73 Sekunden später.

Das Verhängnis für die siebenköpfige Besatzung begann offenbar schon eine halbe Sekunde nach dem Start. Der Nasa-Film zeigt schon 0,4 Sekunden nach dem Start eine kleine schwarze Rauchwolke zwischen dem rechten Booster und dem Treibstoff-

Einig waren sich Heide Voigt, Burkhard Pleske, der als „Seenomad“ mit einem Katamaran durch die Weltmeere schippert, der Hamburger Einhandsegler Detlev Martens und der Weltumsegler Wilfried Erdmann, daß man für einen Segeltörn rund um den Globus das nötige Kleingeld braucht – für die Anschaffung von Boot und Ausrüstung und das monatliche – oder sogar jahrelange Leben an Bord. Heide Voigt: „Viele erreichen mit ihrem letzten Dollar die Südsee und hängen dann den Eingeborenen auf der Tasche.“ Manche ernähren sich nach ihren Erfahrungen mit nur 300 Mark monatlich. „Aber die essen dann immer nur Fisch und Reis, Reis und Fisch.“ Französisch-Polynesien sei beispielsweise zwei- bis dreimal so teuer wie Deutschland.

Den richtigen Partner an Bord zu haben, halten die vier Experten für besonders wichtig. Heide Voigt: „Liebe erleichtert das Leben an Bord sehr. Manchmal denkt man, da ist keine mehr – aber auch da muß man durch. Alles ist viel schwieriger als zu Hause. Man hat an Bord doch keine Möglichkeit, seine Aggressionen abzulassen.“

Auch handfeste Tipps gaben die

Die Entscheidung, die Raumfähre „Challenger“ am 28. Januar überhaupt zum Start freizugeben, könnte ein Fehler gewesen sein. Diesen Verdacht äußerte die von Präsident Reagan eingesetzte Untersuchungskommission in einem Zwischenbericht. Nach Aussagen des Vorsitzenden der Kommission William Rogers hat die Kommission alle Entscheidungen überprüft, die zum Startbefehl für „Challenger“ geführt haben.

Die Nasa hat unterdessen die Bereitschaft angedeutet, an ihrer internen Untersuchung der „Challenger“-Explosion niemandem mehr mitarbeiten zu lassen, der an der Startentscheidung beteiligt war. Aus zuverlässigen Kreisen hieß es, eine große Zahl von Leuten sei betroffen, die an dem frostigen Januarmorgen grünes Licht zum Start gegeben hätten. Ein

wesentlicher Ansatzpunkt für die Klärung der Unglücksursache könnte auch die niedrige Temperatur gewesen sein, die vor und während des Starts auf Cape Canaveral herrschte und unter der die Dichtungsringe am Booster gelitten haben könnten.

Einige neue Einzelheiten, aber keine endgültige Aussage über die Unglücksursache bringt eine Fotochronik über den letzten Start der „Challenger“, die die Nasa jetzt veröffentlicht hat. Sie belegt rückwärts den letzten Flug der Fährte vom Start bis zur Explosion in 13 Kilometer Höhe 73 Sekunden später.

Das Verhängnis für die siebenköpfige Besatzung begann offenbar schon eine halbe Sekunde nach dem Start. Der Nasa-Film zeigt schon 0,4 Sekunden nach dem Start eine kleine schwarze Rauchwolke zwischen dem rechten Booster und dem Treibstoff-

Einig waren sich Heide Voigt, Burkhard Pleske, der als „Seenomad“ mit einem Katamaran durch die Weltmeere schippert, der Hamburger Einhandsegler Detlev Martens und der Weltumsegler Wilfried Erdmann, daß man für einen Segeltörn rund um den Globus das nötige Kleingeld braucht – für die Anschaffung von Boot und Ausrüstung und das monatliche – oder sogar jahrelange Leben an Bord. Heide Voigt: „Viele erreichen mit ihrem letzten Dollar die Südsee und hängen dann den Eingeborenen auf der Tasche.“ Manche ernähren sich nach ihren Erfahrungen mit nur 300 Mark monatlich. „Aber die essen dann immer nur Fisch und Reis, Reis und Fisch.“ Französisch-Polynesien sei beispielsweise zwei- bis dreimal so teuer wie Deutschland.

Den richtigen Partner an Bord zu haben, halten die vier Experten für besonders wichtig. Heide Voigt: „Liebe erleichtert das Leben an Bord sehr. Manchmal denkt man, da ist keine mehr – aber auch da muß man durch. Alles ist viel schwieriger als zu Hause. Man hat an Bord doch keine Möglichkeit, seine Aggressionen abzulassen.“

Auch handfeste Tipps gaben die

Die Entscheidung, die Raumfähre „Challenger“ am 28. Januar überhaupt zum Start freizugeben, könnte ein Fehler gewesen sein. Diesen Verdacht äußerte die von Präsident Reagan eingesetzte Untersuchungskommission in einem Zwischenbericht. Nach Aussagen des Vorsitzenden der Kommission William Rogers hat die Kommission alle Entscheidungen überprüft, die zum Startbefehl für „Challenger“ geführt haben.

Die Nasa hat unterdessen die Bereitschaft angedeutet, an ihrer internen Untersuchung der „Challenger“-Explosion niemandem mehr mitarbeiten zu lassen, der an der Startentscheidung beteiligt war. Aus zuverlässigen Kreisen hieß es, eine große Zahl von Leuten sei betroffen, die an dem frostigen Januarmorgen grünes Licht zum Start gegeben hätten. Ein

wesentlicher Ansatzpunkt für die Klärung der Unglücksursache könnte auch die niedrige Temperatur gewesen sein, die vor und während des Starts auf Cape Canaveral herrschte und unter der die Dichtungsringe am Booster gelitten haben könnten.

Einige neue Einzelheiten, aber keine endgültige Aussage über die Unglücksursache bringt eine Fotochronik über den letzten Start der „Challenger“, die die Nasa jetzt veröffentlicht hat. Sie belegt rückwärts den letzten Flug der Fährte vom Start bis zur Explosion in 13 Kilometer Höhe 73 Sekunden später.

Das Verhängnis für die siebenköpfige Besatzung begann offenbar schon eine halbe Sekunde nach dem Start. Der Nasa-Film zeigt schon 0,4 Sekunden nach dem Start eine kleine schwarze Rauchwolke zwischen dem rechten Booster und dem Treibstoff-

Einig waren sich Heide Voigt, Burkhard Pleske, der als „Seenomad“ mit einem Katamaran durch die Weltmeere schippert, der Hamburger Einhandsegler Detlev Martens und der Weltumsegler Wilfried Erdmann, daß man für einen Segeltörn rund um den Globus das nötige Kleingeld braucht – für die Anschaffung von Boot und Ausrüstung und das monatliche – oder sogar jahrelange Leben an Bord. Heide Voigt: „Viele erreichen mit ihrem letzten Dollar die Südsee und hängen dann den Eingeborenen auf der Tasche.“ Manche ernähren sich nach ihren Erfahrungen mit nur 300 Mark monatlich. „Aber die essen dann immer nur Fisch und Reis, Reis und Fisch.“ Französisch-Polynesien sei beispielsweise zwei- bis dreimal so teuer wie Deutschland.

Den richtigen Partner an Bord zu haben, halten die vier Experten für besonders wichtig. Heide Voigt: „Liebe erleichtert das Leben an Bord sehr. Manchmal denkt man, da ist keine mehr – aber auch da muß man durch. Alles ist viel schwieriger als zu Hause. Man hat an Bord doch keine Möglichkeit, seine Aggressionen abzulassen.“

Auch handfeste Tipps gaben die

Die Entscheidung, die Raumfähre „Challenger“ am 28. Januar überhaupt zum Start freizugeben, könnte ein Fehler gewesen sein. Diesen Verdacht äußerte die von Präsident Reagan eingesetzte Untersuchungskommission in einem Zwischenbericht. Nach Aussagen des Vorsitzenden der Kommission William Rogers hat die Kommission alle Entscheidungen überprüft, die zum Startbefehl für „Challenger“ geführt haben.

Die Nasa hat unterdessen die Bereitschaft angedeutet, an ihrer internen Untersuchung der „Challenger“-Explosion niemandem mehr mitarbeiten zu lassen, der an der Startentscheidung beteiligt war. Aus zuverlässigen Kreisen hieß es, eine große Zahl von Leuten sei betroffen, die an dem frostigen Januarmorgen grünes Licht zum Start gegeben hätten. Ein

wesentlicher Ansatzpunkt für die Klärung der Unglücksursache könnte auch die niedrige Temperatur gewesen sein, die vor und während des Starts auf Cape Canaveral herrschte und unter der die Dichtungsringe am Booster gelitten haben könnten.

Einige neue Einzelheiten, aber keine endgültige Aussage über die Unglücksursache bringt eine Fotochronik über den letzten Start der „Challenger“, die die Nasa jetzt veröffentlicht hat. Sie belegt rückwärts den letzten Flug der Fährte vom Start bis zur Explosion in 13 Kilometer Höhe 73 Sekunden später.

Das Verhängnis für die siebenköpfige Besatzung begann offenbar schon eine halbe Sekunde nach dem Start. Der Nasa-Film zeigt schon 0,4 Sekunden nach dem Start eine kleine schwarze Rauchwolke zwischen dem rechten Booster und dem Treibstoff-

Einig waren sich Heide Voigt, Burkhard Pleske, der als „Seenomad“ mit einem Katamaran durch die Weltmeere schippert, der Hamburger Einhandsegler Detlev Martens und der Weltumsegler Wilfried Erdmann, daß man für einen Segeltörn rund um den Globus das nötige Kleingeld braucht – für die Anschaffung von Boot und Ausrüstung und das monatliche – oder sogar jahrelange Leben an Bord. Heide Voigt: „Viele erreichen mit ihrem letzten Dollar die Südsee und hängen dann den Eingeborenen auf der Tasche.“ Manche ernähren sich nach ihren Erfahrungen mit nur 300 Mark monatlich. „Aber die essen dann immer nur Fisch und Reis, Reis und Fisch.“ Französisch-Polynesien sei beispielsweise zwei- bis dreimal so teuer wie Deutschland.

Den richtigen Partner an Bord zu haben, halten die vier Experten für besonders wichtig. Heide Voigt: „Liebe erleichtert das Leben an Bord sehr. Manchmal denkt man, da ist keine mehr – aber auch da muß man durch. Alles ist viel schwieriger als zu Hause. Man hat an Bord doch keine Möglichkeit, seine Aggressionen abzulassen.“

Auch handfeste Tipps gaben die

Die Entscheidung, die Raumfähre „Challenger“ am 28. Januar überhaupt zum Start freizugeben, könnte ein Fehler gewesen sein. Diesen Verdacht äußerte die von Präsident Reagan eingesetzte Untersuchungskommission in einem Zwischenbericht. Nach Aussagen des Vorsitzenden der Kommission William Rogers hat die Kommission alle Entscheidungen überprüft, die zum Startbefehl für „Challenger“ geführt haben.

Die Nasa hat unterdessen die Bereitschaft angedeutet, an ihrer internen Untersuchung der „Challenger“-Explosion niemandem mehr mitarbeiten zu lassen, der an der Startentscheidung beteiligt war. Aus zuverlässigen Kreisen hieß es, eine große Zahl von Leuten sei betroffen, die an dem frostigen Januarmorgen grünes Licht zum Start gegeben hätten. Ein

wesentlicher Ansatzpunkt für die Klärung der Unglücksursache könnte auch die niedrige Temperatur gewesen sein, die vor und während des Starts auf Cape Canaveral herrschte und unter der die Dichtungsringe am Booster gelitten haben könnten.

Einige neue Einzelheiten, aber keine endgültige Aussage über die Unglücksursache bringt eine Fotochronik über den letzten Start der „Challenger“, die die Nasa jetzt veröffentlicht hat. Sie belegt rückwärts den letzten Flug der Fährte vom Start bis zur Explosion in 13 Kilometer Höhe 73 Sekunden später.

Das Verhängnis für die siebenköpfige Besatzung begann offenbar schon eine halbe Sekunde nach dem Start. Der Nasa-Film zeigt schon 0,4 Sekunden nach dem Start eine kleine schwarze Rauchwolke zwischen dem rechten Booster und dem Treibstoff-

Einig waren sich Heide Voigt, Burkhard Pleske, der als „Seenomad“ mit einem Katamaran durch die Weltmeere schippert, der Hamburger Einhandsegler Detlev Martens und der Weltumsegler Wilfried Erdmann, daß man für einen Segeltörn rund um den Globus das nötige Kleingeld braucht – für die Anschaffung von Boot und Ausrüstung und das monatliche – oder sogar jahrelange Leben an Bord. Heide Voigt: „Viele erreichen mit ihrem letzten Dollar die Südsee und hängen dann den Eingeborenen auf der Tasche.“ Manche ernähren sich nach ihren Erfahrungen mit nur 300 Mark monatlich. „Aber die essen dann immer nur Fisch und Reis, Reis und Fisch.“ Französisch-Polynesien sei beispielsweise zwei- bis dreimal so teuer wie Deutschland.

Den richtigen Partner an Bord zu haben, halten die vier Experten für besonders wichtig. Heide Voigt: „Liebe erleichtert das Leben an Bord sehr. Manchmal denkt man, da ist keine mehr – aber auch da muß man durch. Alles ist viel schwieriger als zu Hause. Man hat an Bord doch keine Möglichkeit, seine Aggressionen abzulassen.“

Auch handfeste Tipps gaben die

Die Entscheidung, die Raumfähre „Challenger“ am 28. Januar überhaupt zum Start freizugeben, könnte ein Fehler gewesen sein. Diesen Verdacht äußerte die von Präsident Reagan eingesetzte Untersuchungskommission in einem Zwischenbericht. Nach Aussagen des Vorsitzenden der Kommission William Rogers hat die Kommission alle Entscheidungen überprüft, die zum Startbefehl für „Challenger“ geführt haben.

Die Nasa hat unterdessen die Bereitschaft angedeutet, an ihrer internen Untersuchung der „Challenger“-Explosion niemandem mehr mitarbeiten zu lassen, der an der Startentscheidung beteiligt war. Aus zuverlässigen Kreisen hieß es, eine große Zahl von Leuten sei betroffen, die an dem frostigen Januarmorgen grünes Licht zum Start gegeben hätten. Ein

wesentlicher Ansatzpunkt für die Klärung der Unglücksursache könnte auch die niedrige Temperatur gewesen sein, die vor und während des Starts auf Cape Canaveral herrschte und unter der die Dichtungsringe am Booster gelitten haben könnten.

Einige neue Einzelheiten, aber keine endgültige Aussage über die Unglücksursache bringt eine Fotochronik über den letzten Start der „Challenger“, die die Nasa jetzt veröffentlicht hat. Sie belegt rückwärts den letzten Flug der Fährte vom Start bis zur Explosion in 13 Kilometer Höhe 73 Sekunden später.

Das Verhängnis für die siebenköpfige Besatzung begann offenbar schon eine halbe Sekunde nach dem Start. Der Nasa-Film zeigt schon 0,4 Sekunden nach dem Start eine kleine schwarze Rauchwolke zwischen dem rechten Booster und dem Treibstoff-

Einig waren sich Heide Voigt, Burkhard Pleske, der als „Seenomad“ mit einem Katamaran durch die Weltmeere schippert, der Hamburger Einhandsegler Detlev Martens und der Weltumsegler Wilfried Erdmann, daß man für einen Segeltörn rund um den Globus das nötige Kleingeld braucht – für die Anschaffung von Boot und Ausrüstung und das monatliche – oder sogar jahrelange Leben an Bord. Heide Voigt: „Viele erreichen mit ihrem letzten Dollar die Südsee und hängen dann den Eingeborenen auf der Tasche.“ Manche ernähren sich nach ihren Erfahrungen mit nur 300 Mark monatlich. „Aber die essen dann immer nur Fisch und Reis, Reis und Fisch.“ Französisch-Polynesien sei beispielsweise zwei- bis dreimal so teuer wie Deutschland.

Den richtigen Partner an Bord zu haben, halten die vier Experten für besonders wichtig. Heide Voigt: „Liebe erleichtert das Leben an Bord sehr. Manchmal denkt man, da ist keine mehr – aber auch da muß man durch. Alles ist viel schwieriger als zu Hause. Man hat an Bord doch keine Möglichkeit, seine Aggressionen abzulassen.“

Auch handfeste Tipps gaben die

Die Entscheidung, die Raumfähre „Challenger“ am 28. Januar überhaupt zum Start freizugeben, könnte ein Fehler gewesen sein. Diesen Verdacht äußerte die von Präsident Reagan eingesetzte Untersuchungskommission in einem Zwischenbericht. Nach Aussagen des Vorsitzenden der Kommission William Rogers hat die Kommission alle Entscheidungen überprüft, die zum Startbefehl für „Challenger“ geführt haben.

Die Nasa hat unterdessen die Bereitschaft angedeutet, an ihrer internen Untersuchung der „Challenger“-Explosion niemandem mehr mitarbeiten zu lassen, der an der Startentscheidung beteiligt war. Aus zuverlässigen Kreisen hieß es, eine große Zahl von Leuten sei betroffen, die an dem frostigen Januarmorgen grünes Licht zum Start gegeben hätten. Ein

wesentlicher Ansatzpunkt für die Klärung der Unglücksursache könnte auch die niedrige Temperatur gewesen sein, die vor und während des Starts auf Cape Canaveral herrschte und unter der die Dichtungsringe am Booster gelitten haben könnten.

Einige neue Einzelheiten, aber keine endgültige Aussage über die Unglücksursache bringt eine Fotochronik über den letzten Start der „Challenger“, die die Nasa jetzt veröffentlicht hat. Sie belegt rückwärts den letzten Flug der Fährte vom Start bis zur Explosion in 13 Kilometer Höhe 73 Sekunden später.

Das Verhängnis für die siebenköpfige Besatzung begann offenbar schon eine halbe Sekunde nach dem Start. Der Nasa-Film zeigt schon 0,4 Sekunden nach dem Start eine kleine schwarze Rauchwolke zwischen dem rechten Booster und dem Treibstoff-

Einig waren sich Heide Voigt, Burkhard Pleske, der als „Seenomad“ mit einem Katamaran durch die Weltmeere schippert, der Hamburger Einhandsegler Detlev Martens und der Weltumsegler Wilfried Erdmann, daß man für einen Segeltörn rund um den Globus das nötige Kleingeld braucht – für die Anschaffung von Boot und Ausrüstung und das monatliche – oder sogar jahrelange Leben an Bord. Heide Voigt:



## TA Luft: Kein Krimi

K. N. - Als 1974 in Bonn ein Gesetzeswerk namens „TA Luft“ verabschiedet wurde, ging die Sache ohne große Anteilnahme der Bevölkerung über die parlamentarische Bühne. Erst seit Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann 1983 auf 114 Schreibmaschinenseiten den Text einer Verschärfung der dort festgelegten Bestimmungen für Schadstoffabgabe der Industrie den Ländern zukommen ließ, wurde der Titel „Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft“ richtig populär. Denn inzwischen gab es das Waldsterben, gab es zahlreiche Bürgerinitiativen zur Erhaltung der gefährdeten Natur.

Jetzt liegt die dritte Neufassung der „TA Luft“, die nach den Vorstellungen des Bundesinnenministers schon am 1. März in Kraft treten kann, auf den Tischen der Politiker und der Industrie. Wird sie verwirklicht, dann bedeutet das nicht nur einen Investitionsschub von etwa zehn Milliarden Mark, sondern weitere drastische Reduzierung der Luftschadstoffe, vor allem bei den Schwermetallen, Schwefeldioxid, Stickstoffoxiden und Staub. Schon bei der letzten Novellierung 1983 wurden so gefährliche Schwermetalle wie Blei oder Cadmium in Emissionen um das Zwanzigfache vermindert.

Obwohl der Kampf um die reine Luft ein wirklich spannendes Unternehmen ist, kann man nicht gerade sagen, daß die zugehörigen Texte aus Bonn sich wie Kriminalromane lesen. Über zwei Jahre wurde an der „TA Luft 3. Teil“ gefeilt - das merkt man einem solchen Regelwerk natürlich an. Und was soll ein Nicht-Experte zum Beispiel mit Angaben über Konzentrationen im Abgas anfangen, die „Beryllium und seine Verbindungen in stäubbarer Form, Dibenz (a,h) anthracen, 2-Naphthylamin bei einem Massenstrom von 0,5 g/h oder mehr“ zitieren?

Die „TA Luft 3. Teil“ hat sich durch Einsprüche und Verbesserungsvorschläge verspätet; dem eigentlich sollte sie schon im Frühjahr 1985 in Kraft treten. Die Industrie kämpft gegen zu teuer werdende Auflagen. Die Umweltschützer kreiden der Regierung dagegen gern Leaschheit an. Bayern und Baden-Württemberg haben sich auf ihre Seite geschlagen. Und so ist das, was nun wirksam werden wird, ein Kompromiß. Dennoch gibt es weltweit kein so engmaschiges Programm zur Luftreinhaltung wie in der Bundesrepublik. Die Investitionen dafür haben sich seit 1973, wo rund 137 Millionen Mark dafür ausgegeben wurden, fast verzehnfacht.

## „Unsere Forscher sind im Begriff, eine mühsame Aufholjagd zu gewinnen“

Von J.-T. CASSENS

Über viele Jahrzehnte hinweg wurden reaktionsfähige und auslaugbare Stoffe unsortiert abgekippt, ohne daß man damals die Folgen absehen konnte, die wir heute feststellen. Allein in Niedersachsen gibt es an rund hundert Standorten möglicherweise zu sanierende Ablagerungs-Altlasten; im gesamten Bundesgebiet dürften es etwa tausend sein. Vor allem die Wissenschaftler sind in dieser Situation gefordert. Die bisherigen Ansätze der Forschung lassen schon jetzt erkennen, daß man die Probleme zumindest langfristig in den Griff bekommen wird.

Die Forschung beginnt bei der Ist-Aufnahme. Eine wesentliche Hilfe für die Erkundung von Altlastungen und Vorabschätzungen des Gefährdungspotentials sind neuentwickelte geophysikalische Sondierungsverfahren, zum Beispiel die Radarsondierung, die elektromagnetische Induktions- und Magnetometeruntersuchungen. Der Aufnahme des Ist-Zustandes dienen auch die soeben abgeschlossenen Untersuchungen einer interdisziplinären Arbeitsgruppe in Braunschweig.

Verfahren der Sanierung. Die eigentlichen Schwierigkeiten liegen in der Sanierung selbst. Bei kleinen Mengen wurden Umlagerungsaktionen bereits mit Erfolg durchgeführt. So hat man im Landkreis Hannover einen Ölteich umgelagert. Hierbei wurde ein maßgeblich an der Universität Hannover weiterentwickeltes Verfahren der Sonderabfallverfestigung eingesetzt. Dagegen ist die gesamte Umlagerung großer Altlasten nicht realisierbar. In solchen Fällen kommen im wesentlichen nur Einkapselungen oder Dekontaminationen in Frage.

Zur Einkapselung werden nachträglich eingebrachte Dichtwände und injizierte Dichtungssohlen eingesetzt. Forschungsarbeiten an der Universität Hannover und an der TU Braunschweig sind darauf ausgerichtet, die Eignung von Dichtungsmassen zu ermitteln. Mit hydrologischen Verfahren werden Ausbreitungsvorgänge von Kontaminationen im Grundwasser berechnet und begrenzt. Verfahren für die Behandlung von Sicker- und Stauwässern, zum Beispiel durch Flockung, wurden ebenfalls an der Universität Hannover entwickelt.

Können Mikroorganismen Dioxin verzehren? In jüngster Zeit wurde darüber berichtet, es sei Wissenschaftlern gelungen, Mikroorganismen auf hochgradige Gifte anzusetzen. Wie realistisch sind diese Forschungen?

Es trifft zu, daß bestimmte, freilebende sehr seltene Mikroorganismen hochgradig giftige Stoffe (DDT, PCB, Dioxine) als Energiequelle nutzen. Dabei spalten sie die Moleküle der Giftstoffe



Umweltschutz, Technologie mit gewaltigem Markt

FOTO: M. VOLLMEYER

fe und wandeln sie in ungiftige Verbindungen um. Zur Durchführung dieser Reaktionen benutzen sie spezielle Enzyme. Weltweit sind die Forscher auf der Suche nach Organismen, die in der Lage sind, chlorierte Kohlenwasserstoffe abzubauen. Doch diese Eigenschaft allein genügt nicht. Die Organismen müssen an die Lebensbedingungen von Mülldeponien spezifisch angepasst sein und die dort herrschenden Temperaturen, Salze und Lösungsmittel verkraften können. Professor Joachim Klein, Wissenschaftlicher Leiter der Gesellschaft für Biotechnologische Forschung in Braunschweig, verweist auf zwei Systeme:

Das eine ist ein Enzym in der Säugertierleber, Cytochrom P 450. Wissenschaftler arbeiten daran, das Gen für

Cytochrom P 450 in Bakterien oder Hefen zu klonieren, das heißt, man versucht, aktive Enzyme aus Mikroorganismen zu gewinnen. Diese Wirtszellen müßten weiter verändert werden: Sie müssen immun gegen Chlorokohlenwasserstoffe werden und diese in hoher Rate durch die Zellwand aufnehmen können; nicht zuletzt müssen sie unter Deponie-Bedingungen lebensfähig sein.

Das zweite System: Unlängst wurde ein Pilz gefunden (ph anerochaete chrysosporium), der am Verrotungsprozeß von Holz beteiligt ist. Der Pilz besitzt einen noch unbekannten Enzymkomplex, der außerhalb der Zelle nicht nur Lignin, sondern auch chlorierte Kohlenwasserstoffe spaltet. Freilich arbeitet das Enzym nur bei niedrigen Nitratkonzentrationen; auf

Mülldeponien findet er nicht eben günstige Arbeitsbedingungen vor - Grund genug, weiter zu forschen.

• Auch an Risiken denken.

Diese Verfahren bergen auch Risiken: Die gewollte Stärkung der Überlebensfähigkeit eines Giftressers in extremer Umgebung könnte problematisch werden.

• Neue Grundsätze für die Abfallwirtschaft.

Die bisherigen Forschungsergebnisse haben gezeigt, daß es umgänglicher ist, neue abfallwirtschaftliche Grundsätze aufzustellen.

Der Rahmenplan „Sonderabfallbeseitigung Niedersachsen“, den die niedersächsische Landesregierung im November 1985 verabschiedet hat, trägt diesen Forderungen Rechnung: Danach sollen künftig organische Sonderabfälle grundsätzlich thermisch behandelt werden (Hochtemperaturverbrennung oder Pyrolyse). Feste mineralische Sonderabfälle sollen oberirdisch in Tondeponien eingelagert werden.

Besonders toxische und stark auslaugbare Sonderabfälle sind in unterirdische Deponien zu verbringen. Für die unterirdische Einlagerung kommen vorrangig Salzavernen, aber auch Bergwerke im Salzgestein in Frage. Auch andere geotektonische Formationen als Salz halten Wissenschaftler für geeignet.

• Weitere Forschungsansätze nutzen.

Darüber hinaus gibt es Überlegungen, an der TU Braunschweig ein Institut für Abfallanalytik einzurichten. Auch die Forschungen der TU Clausthal sollen genutzt werden: Die Landesregierung plant die Errichtung eines Instituts für Entsorgungs- und Wiederverwertungstechnik disperser Stoffe. Unter anderem soll die Forschung in Clausthal dazu beitragen, aus Abfallstoffen durch umweltfreundliche Sortierverfahren die wertvollen Bestandteile zu gewinnen.

Müllhalden sind nicht nur Lagerstätten von Giften, sondern auch Fundstätten von wertvollen Stoffen. Nicht nur Müllhalden: Durch Pyrolyse gewinnt die Arbeitsgruppe Ökonomie und Umweltanalytik an der Universität Oldenburg aus Klärschlamm Rohstoffe für die Industrie und Gase als Energieträger. An der Universität Hannover werden neue deponieraumsparende Ablagerungsformen für giftige Flusssedimente erforscht. Dabei geht es beispielsweise um die Ablagerung des mit Schwermetall verunreinigten Baggerschlicks aus den Flußmündungsbereichen.

Unsere Forscher sind im Begriff, eine mühsame Aufholjagd zu gewinnen. Setzen wir also die Forschungsergebnisse um, zum Wohle der Menschen.

Dr. Johann-Tjones Cassens ist Minister für Wissenschaft und Kunst in Niedersachsen.

## NACHRICHTEN

### Alles Wasser dieser Erde

Das gesamte Wasser 1380 Millionen km³

Davon Süßwasser 36 Millionen km³

Davon Trinkwasser 3800 km³



Wasser ist die wichtigste Nahrung des Menschen. Doch: Nur ein verschwindend kleiner Teil aller Wasservorkommen ist trinkbar.

### Umwelt vor Gericht

Bonn (DW.) - Rund 150 umweltrelevante Gerichtsentscheidungen vereinigt das vom Deutschen Heimatbund herausgegebene und vom Umweltbundesamt (Berlin) kritisch durchgesehene Taschenbuch „Umwelt vor Gericht“ (Schriftenreihe des Deutschen Heimatbundes, Band 2; Schutzgebühr 14,80 Mark; Bezug: Deutscher Heimatbund, Simrockstraße 4, 5300 Bonn 1). Die Themen der mit Quellenangabe zitierten, kompakt dargestellten Rechtsfälle reichen von der Frage, ob Altglasrecycling steuerbegünstigt ist, bis zur Beurteilung von Tennislärm oder dem Reiten in freiem Gelände; von der Frage, ob eine Bundesbehörde einen Baum fällen darf, bis zum Klagerecht von Bürgerinitiativen oder der Einleitung von Dünnstreu in die Nordsee.

### Neue Waldschadenskarte

Berlin (DW.) - Die mit Hilfe des Informations- und Dokumentationssystems Umwelt angefertigte neu aktualisierte Waldschadenskarte 1985 wurde jetzt vom Umweltbundesamt (UBA; Berlin) veröffentlicht. Eine zweite Karte zeigt das Ausmaß der gegenüber 1984 eingetretenen Veränderungen an. Beide Karten können beim Umweltbundesamt (Bismarckplatz 1, 1000 Berlin 33) angefordert werden.

### Neues Studienfach

Düsseldorf (dpa) - In enger Zusammenarbeit mit der Hoesch AG in Dortmund bietet die Fachhochschule Dortmund demnächst das Studiengang Korrosionsschutz an. Das Unternehmen hat seine Forschung auf diesem Sektor in Dortmund konzentriert. Allein durch Rost entstehen der Wirtschaft jährlich Schäden in Milliardenhöhe.

### Bürohygiene

Bonn (Dpa) - „Telefondeinfachmacher“ - dieser in Deutschland nicht bekannte Umwelt-Beruf gehört in anderen europäischen Ländern und in Übersee zur traditionellen Bürohygiene: Je nach Auftragsabschluß kommt der „Telefondeinfachmacher“, reinigt das unentbehrliche Werkzeug zeitgemäßer Kommunikation mit Pinsel, Lappen und Speziallösung, die für mindestens 30 Tage Sprech- und Hörmuschel bakterienfrei hält. Ob EG-Kommission in Brüssel, Neue Zürcher Zeitung in Zürich oder Banken in Luxemburg - alle sind Kunden bei einer „Telefondeinfachmachergesellschaft“. Die Kosten beispielsweise in der Schweiz: Anderthalb bis vier Franken je Apparat. 2,5 Millionen Geräte desinfiziert jährlich der Schweizer Branchenführer Neroform.

### Deutscher Umwelttag

Bonn (dpa) - Der 1. Deutsche Umwelttag wird vom 6. bis 8. Juni in Würzburg stattfinden. Veranstalter sind der Deutsche Naturschutzbund, der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, der Bund für Umwelt und Naturschutz, der Deutsche Bund für Vogelschutz, die Katholische Landjugendbewegung, der World Wildlife Fund und die Verbraucherzentralen.

### Umwelt-Monatskarte

Freiburg (AP) - Die Einführung der von 51 auf 38 Mark verbilligten übertragbaren „Umwelt-Monatskarte“ hat die Freiburger Verkehrs AG gegenüber 1984 einen finanziellen Gewinn und 19 Prozent mehr Fahrgäste gebracht. Schätzungen zufolge besitzt jeder achte Haushalt ein solches Ticket. Für dieses Jahr wird eine weitere Aufkommenssteigerung erwartet.

# Ölheizung

Weil einfach alles stimmt.

Gerade die Ölheizung belastet die Luft nur geringfügig. Dies gilt besonders für moderne Ölheizungen mit Ölbrennern, die mit dem „blauen Umweltengel“ ausgezeichnet sind.

Und...  
die Wirtschaftlichkeit der Ölheizung ist einfach „Spitze“.  
Informieren Sie sich bitte bei Ihrem Brennstoffhändler.



BAYERN / Landesregierung vertraut auf innovatorische Fähigkeiten der Wirtschaft

## Kein Fortschritt ohne gesunde Natur

Von ALFRED DICK

Hute gibt es kaum Zweifel daran, daß der Umweltschutz zu den großen gesellschaftspolitischen Aufgaben und Herausforderungen unserer Zeit gehört. Bayern hat dies bereits zu einer Zeit erkannt, als der Umweltschutz mancherorts noch als vorübergehende Zeiterscheinung abgetan wurde. Schon im Jahr 1970 hat Bayern als erstes Bundesland die Bereiche Landesentwicklung und Umweltschutz in einem neuen Ministerium zusammengefaßt. Als „bayerisches Modell“ hat diese Verbindung von Planung und Umwelt in einem Ressort weithin Beachtung gefunden.

Im Jahre 1984 hat Bayern Umweltverfassungsgesetze geschrieben und damit einen weiteren Meilenstein in seiner umweltpolitischen Arbeit gesetzt. Der Landtag und die Wähler haben den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen als Ziel des Staates und Auftrag der Gesellschaft in der bayerischen Verfassung verankert und die Grundlage dafür gelegt, daß Umweltschutz auch weiterhin zu den Schwerpunkten der bayerischen Politik gehören wird.

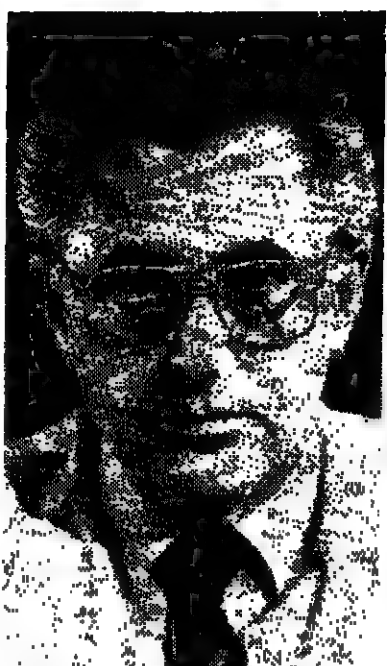
Die bayerische Regierung setzt auch beim Schutz der Umwelt auf die produktive, innovative Kraft der sozialen Marktwirtschaft mit ihrer selbstverantwortlichen Freiheit und hohen Fähigkeit zur spontanen, flexiblen, selbstgesteuerten Erneuerung. Um ihre innovatorischen Fähigkeiten voll entfalten zu können, bedarf die Wirtschaft ordnungspolitischer Rahmenbedingungen, die sie bei der Anpassung an die ökologischen Bedingungen unterstützen. Ein Konfliktpaar „Ökonomie - Ökologie“ aufzubauen, wie das manche getan haben, ohne letztlich dem einen noch dem anderen nutzen zu können, war bayerische Sache nicht.

Neben das vorrangige Verursacherprinzip wurden von Anfang an auch noch das Gemeinlast- und das Kooperationsprinzip als Handlungsmaximen der Umweltpolitik gestellt, weil nur eine für alle tragbare und von allen getragene Politik die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen zu gewährleisten vermag.

Die Wirtschaft hat das in sie gesetzte Vertrauen gerechtfertigt. Sie hat allein in Bayern 1984 mehr als eine Milliarde Mark in den Umweltschutz investiert. Das sind rund 400 Millionen Mark mehr als 1983. Bayern erreicht damit einen Anteil von 29 Prozent der im gesamten Bundesgebiet getätigten, nach Paragraph 7 d des Einkommensteuergesetzes begünstigten Umweltschutzinvestitionen.

Dieser Anteil liegt deutlich über dem bayerischen Anteil am Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik von etwa 17 Prozent.

Bekanntlich verursacht der Umweltschutz nicht nur Kosten, sondern bietet auch einen wachstumskräftigen Markt mit Zukunft. Ein erheblicher Teil der darauf spezialisierten Industrie ist in Bayern beheimatet und bildet eine wertvolle Bereicherung der Wirtschaft. Obwohl Bayern sich in den letzten Jahrzehnten vom Agrar- zum Industriestaat entwickelt hat, hat es sich den Reiz seiner Landschaft bewahrt. Die Aufgabe, die Grundgüter des Lebens in ihrer Stabilität und Funktionsfähigkeit zu si-



Umweltminister Alfred Dick  
FOTO: R. SCHULZE-VORBERG

chern, stellt sich aber nicht weniger dringend als anderswo. Die Auswahl von Schutzgebieten ist dabei ein Kernstück des Biotopschutzes, der das Überleben der heimischen Tier- und Pflanzenwelt sichern soll.

Aus der Überzeugung, daß die Gesellschaft bereit sein muß, aktive Leistungen des Landwirts im Naturschutz und in der Landschaftspflege zu honorieren, wurden Programme entwickelt, die leistungs- beziehungsweise flächenbezogen einen finanziellen Ausgleich gewähren.

Kein Zweifel kann daran bestehen, daß die Beanspruchung und Belastung der natürlichen Lebensgrundlagen Boden mittlerweile eine Dimen-

sion erreicht hat, die seinen verstärkten und gar gezielten Schutz notwendig macht. Eine wichtige Maßnahme in diesem Zusammenhang ist der Bodenkataster, an dem Bayern bereits seit drei Jahren arbeitet. Das Projekt, mit dem eine möglichst vollständige Inventur der Böden angestrebt wird, dient als Modell für Vorhaben in anderen Bundesländern.

Seit langem unternimmt Bayern auch Anstrengungen, um die lufttechnischen Verhältnisse zu verbessern. Daß es gelungen ist, mit konsequenter Energie- und Umweltpolitik den Schwefeldioxidstoß von rund 720 000 Tonnen noch im Jahr 1976 auf 280 000 Tonnen im vergangenen Jahr zurückzuführen, bescheinigt diesen Bemühungen großen Erfolg. Ende dieses Jahres dürfte ein Wert unter 250 000 Tonnen und damit ein Drittel des Wertes von 1976 erreicht werden. Eindeutig positiv ist auch die Bilanz bei den Kraftwerken. Hier konnten die Jahresemissionen von Schwefeldioxid von 430 000 Tonnen im Jahre 1976 auf etwa 100 000 Tonnen im vergangenen Jahr gesenkt werden.

Mit dieser Entwicklung nimmt Bayern eine Spitzenstellung ein. Hätte Bayern nicht konsequent auf den bedarfsgerechten Ausbau der Kernenergie auch und nicht zuletzt aus umweltpolitischen Gründen gesetzt, wäre die Bilanz weit weniger gut.

Immerhin stammen heute schon 90 Prozent des in Bayern erzeugten Stroms aus der Kernenergie und damit aus einer Energiequelle, die keine Schadstoffe wie Schwefeldioxid oder Stickstoffoxide abgibt. Weil für Bayern bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie Sicherheit schon immer Vorrang hatte, wurde dort 1978 das weltweit erste vollautomatische Kernreaktor-Fernüberwachungssystem installiert.

Technischer Fortschritt, die Entwicklung der Industriegesellschaft und die Bewahrung einer gesunden Umwelt schließen sich nicht aus, sondern bedingen und befruchten einander. Die große Aufgabe unserer Zeit ist nicht Rückentwicklung, sondern die verstärkte Berücksichtigung ökologischer Belange in unserem Wirtschaften und Handeln.

Der Mensch braucht seine zivilisatorischen und seine ökologischen Lebensgrundlagen. Beides ist in einen vernünftigen Einklang zu bringen muß Aufgabe einer Umweltpolitik mit Augenmaß und Sachverstand sein.

Alfred Dick ist Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltschutz in Bayern.

## Forschungsgelder seit 1978 verzehnfacht

Der Schutz der Umwelt ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit, schreibt Bundesminister Heinz Riesenhuber im Vorwort zu dem 1984 angelaufenen Forschungsprogramm für die Zeit bis 1987. Forschung und Technologie müßten dazu beitragen, die Voraussetzungen und Spielräume für die Umweltpolitik zu verbessern, indem sie

- durch systematische und übergreifende Forschung ökologische Zusammenhänge und kausale Ursache-Wirkung-Ketten aufklären und
- umweltfreundliche Techniken vor allem bei industriellen Produktionsprozessen entwickeln und bis zur Anwendung greife vorantreiben.

Gesicherte Daten unter anderem über vorhandene oder zu erwartende Umweltbelastungen sowie die Belastbarkeit von Menschen, Tieren und Pflanzen sind wichtige Grundlagen für die Weiterentwicklung des Umweltschutzes. Zugleich können erst dann neue und verbesserte Verfahren zur Verminderung von Umweltbelastungen auf breiter Front durchgesetzt werden, wenn die technische Durchführbarkeit unter wirtschaftlichen Bedingungen hinreichend gesichert erscheint.

Umweltforschung und -technologie sind daher wesentlicher Bestandteil einer zukunftsorientierten Umweltpolitik und müssen im Zusammenhang mit deren Zielsetzungen gesehen werden, betont Riesenhuber.

Das öffentliche Interesse an der Umweltforschung hat in den vergangenen Jahren rasch zugenommen, wie beispielhaft die Wälschadensforschung zeigt. Der Bund, konkret das Forschungsinstitut (BMFT), hat die Haushaltsansätze seit 1978 (37,8 Millionen) für Projektförderung) ständig erhöht. In diesem Jahr beträgt der entsprechende Ansatz 84 Millionen, und für 1988 sind in der mittelfristigen Finanzplanung 94,6 Millionen Mark vorgesehen.

Deutlich stärker gestiegen sind die Investitionszuschüsse des BMFT für Anlagen in Forschungs- und Entwicklungsvorhaben der Umweltforschung. Wurden hierfür 1978 erst 5,5 Millionen Mark bereitgestellt, so ist es in diesem Jahr mit 58 Millionen schon mehr als das Zehnfache. 1988 sind 64,4 Millionen Mark. Dabei ist zu bedenken, daß in diesen Zahlen Aufwendungen für umweltrelevante Vorhaben aus den übrigen Fachprogrammen des BMFT und der Großforschungseinrichtungen nicht enthalten sind.

HEINZ HECK

NORDRHEIN-WESTFALEN / „Wir brauchen den Pakt der ökologischen Vernunft“

## Umwelt als ein Teil der Außenpolitik

Von KLAUS MATTHIESEN

Unsere Industriegesellschaft hat eine Zukunft nicht trotz des Sozialstaates, sondern weil und solange sich dieser entwickelt. Gleichmaßen aber gilt auch: Unsere Industriegesellschaft wird eine Zukunft haben nicht obwohl, sondern weil und so weit sie sich Umweltschutz leistet. Nach der Fortentwicklung des liberalen zum sozialen Rechtsstaat geht es darum, unsere Gesellschaft auch auf eine ökologische Säule zu stützen. Dafür gibt es fünf Gründe:

1. Wir stehen in der ethischen Verpflichtung eines verantwortungsbewußten Umgangs mit der Schöpfung.
2. Wir tragen auch Verantwortung gegenüber unseren Kindern, ihnen nicht eine vergiftete Umwelt zu übergeben.
3. Uns muß der pure Eigenmut zu einer Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen wie Luft, Wasser und Boden treiben.

4. Wir müssen Kurzschlüsse unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung vermeiden und einer breiten Ausgliederung entgegenwirken - wir dürfen im Konflikt mit „Schadstoff des Monats“ nicht ertrinken.
5. Im Umweltschutz liegt ein erhebliches Potential für neue Arbeitsplätze und ein qualitatives Wachstum.

Die SPD tritt für eine ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft ein. Ihr Ziel: Mit geringeren Verbrauch von Umweltgütern, Rohstoffen, Energie und Fläche genauso viel noch besser herzustellen. Die Mittel liegen in den kreativen und innovativen Fähigkeiten der Industriegesellschaft. Dabei handelt es sich um eine langfristige Reformerfolge, die läuft auf Veränderungen von Produktionsstrukturen und auch von Konsumgewohnheiten hinaus.

Jeder, der davon absieht oder ablenkt, versetzt sich und andere in eine umweltpolitische Lebensgefahr.

Eine Erneuerung muß das Resultat arbeitsteiliger Anstrengungen unter Nutzung der Vorteile dezentraler Suchprozesse bei klaren Rahmenbedingungen sein. Notwendig ist ein zweckgerechter Zusammenschluß vieler Kräfte in Wissenschaft, Technik, Verwaltung, Industrie und Gewerkschaften für konkrete Lösungen zu einer umweltverträglichen Industriegesellschaft. Dabei muß der Staat seine Forderung nach Investitionsbereitschaft gefälligst auch auf sich selbst beziehen.

Richtig ist: Die Industrie kann nicht ökologische Notwendigkeiten leugnen und ihre Anpassungsbereit-

schaft allein von kurzfristigen Wertungsinteressen abhängig machen. Aber umgekehrt kann die Ökologie ihrerseits auch nicht die Bedingungen industriell-technischer Prozesse leugnen.

In Nordrhein-Westfalen gibt es einige Beispiele für ein Zusammenwirken von Staat und Wirtschaft, wo ökonomische und ökologische Belange ohne bürokratischen Aufwand in klaren Stufenplänen und festgelegten Zeithorizonten aufeinander abgestimmt wurden, etwa:

In einem Emissionsminderungsplan verpflichteten sich die Kraftwerksbetreiber, über die Anforderungen der bundesweiten Großfeuer-

1. Wie wollen sie eine Dynamik in die umweltechnische Entwicklung mit entsprechenden Chancen für neue Beschäftigungsmöglichkeiten bringen, die über ordnungsgemäß gesetzte Standards hinausweist? Welches Instrument bieten sie an, um statt Arbeitslosigkeit - die kostet unser Gemeinwesen jährlich etwa 50 Milliarden Mark - Investitionen in den Umweltschutz zu finanzieren?

2. Das zweite Umwelt-Wie Finanzpolitische Problem ist die Sanierung von Altlasten. Der Finanzbedarf dafür wird auf mindestens 15 Milliarden Mark geschätzt. Da die Kommunen diese Lasten nicht übernehmen können, ist eine Finanzierungsregelung zwingend erforderlich.

3. Es gibt etwa 70 000 Altkernkraftwerke, über deren Wirkung wir kaum etwas wissen. Hier liegt ein exemplarisches Feld für eine enge Kooperation.

4. Wir müssen aus dem an Wälschungen grenzenden Kreislauf heraus: Einkommenssicherung für die Landwirtschaft durch Preisstützung von Agrarprodukten - Intensivbewirtschaftung mit der Folge von Überproduktionen - Belastung und Gefährdung des Naturhaushalts - Vernichtung der Überproduktionen. Dieser Teufelskreis verschlingt immer mehr Geld: die europäische Agrarpolitik kostete 1985 etwa 46 Milliarden Mark, - wenn dem bei den Bauern immer weniger ankommt.

5. Das Thema Luftreinhaltung bleibt trotz der Fortschritte insbesondere im Kraftwerkssektor und bei industriellen Anlagen aktuell.

6. Das Scheitern der Einführung abgasarmer Autos auf EG-Ebene in Verbindung mit der unverständlichen Tatsache, daß die Bundesrepublik eine Insel unbeschränkter Geschwindigkeit auf Autobahnen ist, aber auch die Gefährdung etwa des Alpenraumes weisen aus, daß Umweltpolitik zunehmend als konzeptioneller Bestandteil unserer Außenpolitik verstanden werden muß.

7. Die Diskussion umweltpolitischer Instrumente ist notwendig. Mir scheint es aber lohnend, die ökonomischen Anreizmöglichkeiten von Änderungen in der Steuerpolitik und im Haftungsrecht näher auszuloten.

Wir brauchen einen Pakt der Vernunft, der von der Einsicht getragen wird, daß in einer ökologischen Erneuerung unsere industrielle Zukunftsfähigkeit und ein wichtiges Element für einen tragenden sozialen Konsensus liegt.

Klaus Matthiesen ist Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft von Nordrhein-Westfalen.



Umweltminister Klaus Matthiesen  
FOTO: R. SCHULZE-VORBERG

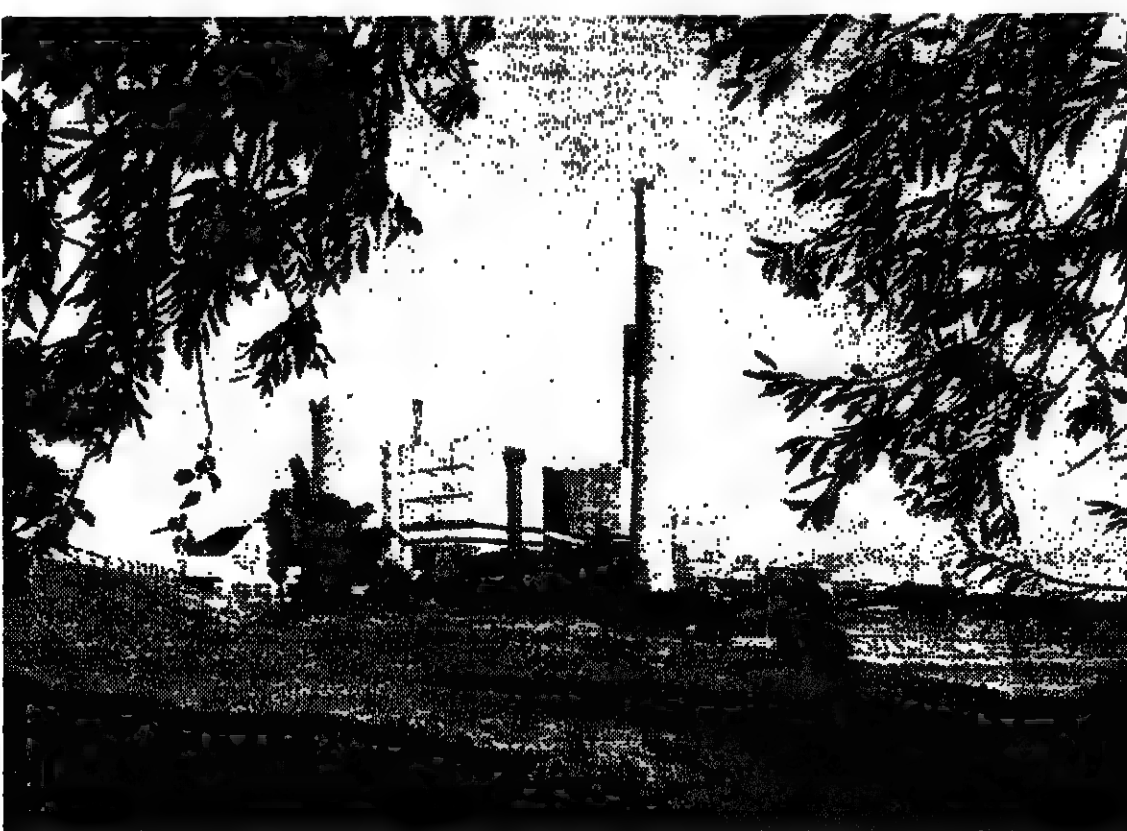
ungsanlagen-Verordnung hinauszu- gehen und die SO<sub>2</sub>-Emissionen bis 1988 um 66 Prozent sowie die NO<sub>x</sub>-Emissionen bis 1990 um 73 Prozent zu verringern.

Alle Maßnahmen aber müssen den ökologischen Erfordernissen und Notwendigkeiten zur Sicherung alter und der Schaffung neuer Arbeitsplätze Rechnung tragen. Die SPD unterbreitete mit ihrem Programm „Arbeit und Umwelt“ einen Beitrag zur Bewältigung der beiden großen Herausforderungen - der Arbeitslosigkeit und Umweltkrise.

Kritiker müssen auf zentrale Fragen Antwort geben:

steag

## Energie aus heimischer Steinkohle: sicher und umweltfreundlich



In Vorde am Niederrhein ist im Oktober 1985 der zweite 710 MW-Block des STEAG/RWE-Gemeinschaftskraftwerks in Betrieb gegangen. Dieses Kraftwerk haben unsere Ingenieure geplant und gebaut - es gehört zu den umweltfreundlichsten in Europa. Das Kraftwerk erzeugt jährlich aus 2 Millionen Tonnen heimi-

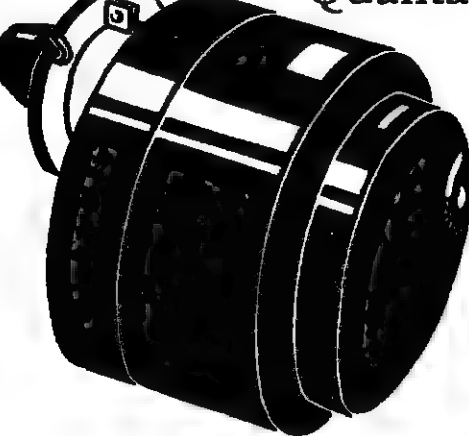
scher Steinkohle 6 Milliarden Kilowattstunden Strom. Insgesamt betreiben wir im Ruhrgebiet mehr als 5.000 Megawatt Kraftwerksleistung, dafür setzen wir rund 9 Millionen Tonnen Steinkohle ein. Der Betrieb dieser Kraftwerke sichert rund 40.000 Arbeitsplätze im Steinkohlenbergbau und in anderen Wirtschaftszweigen.

**STEAG Aktiengesellschaft Essen - Ein Energieunternehmen**  
Kraftwirtschaft - Energietechnik - Entsorgung - Fernwärme - Kernenergie - Klimatechnik

## GIERSCH. WIR HEIZEN RICHTIG EIN:

# UMWELTFREUNDLICHE BRENNER - GIBT'S DIE?

Diese Frage kann eindeutig mit JA beantwortet werden: ● Die GIERSCH-Wärme-Triebwerke R1-V sind vom Bundesminister des Inneren mit dem „Blauen Engel“ ausgezeichnet worden. Außerdem bewertete die Testzeitschrift „test“ diesen hervorragenden Ölbrenner mit dem Qualitätsurteil gut!



● Fordern Sie deshalb weitere Informationen an oder sprechen Sie mit Ihrem Heizungsfachmann:



**GIERSCH**

**R. GIERSCH KG**

**Öl- und Gasbrennerwerk**

Postfach 30 63, 5870 Hemer, Tel. 0 23 72 / 64 51  
Wir stellen aus: SHK Essen/Halle 4 - Stand 409  
INTHERM Stuttgart/Halle 4 - Stand 4009



SOLARHAUS / Noch kostet Sonnenstrom das Fünffache des Netzstromes - Pionierleistungen der Elektronik weisen in Bayern den Weg

## Preissenkung bis zur Jahrhundertwende erwartet

In München steht ein Hofbräuhaus. Und drinnen soll der Aloisius Hingerl sitzen, denn die frische Maß so gut munden, daß er völlig den Auftrag von Petrus vergessen hat, der bayerischen Staatsregierung die göttliche Erleuchtung zu übermitteln, weshalb diese immer noch darauf wartet.

In einem anderen Münchner Haus, erst drei Jahre alt und somit um 394 Jahre jünger als der Biertempel am Platz, kommt Erleuchtung, die nicht von Petrus direkt, aber immerhin von der himmlischen Sonne stammt: Im Münchner Solarhaus, dem einzigen dieser Art in der Bundesrepublik, erprobt das Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme (Freiburg), wie künftig die Kraft der Sonne durch die Steckdose fließen kann. Zwei Fragen sollen in dem fünfjährigen Versuch geklärt werden: Läßt sich auch in unseren Breiten aus der Sonnenenergie über Solarzellen Strom von der Qualität des Netzstromes erzeugen? Und: Kann der Strombedarf eines Einfamilienhauses aus einer Solarfläche von etwa 50 Quadratmeter gedeckt werden? „Die bisherigen Ergebnisse“, meint Diplomingenieur Georg Bopp gegenüber der WELT, „machen uns sehr zuversichtlich.“

„Das ist Öl vom Himmel“, umschrieb ein New Yorker Unternehmer schwärmerisch diese Technik, die so neu ist, daß sie noch in kaum einem Lexikon beschrieben wird. Sie wird Photovoltaik genannt und bedeutet die direkte Umwandlung von Lichtenergie in elektrische Energie. Photovoltaischer Strom fließt ohne Brennstoff und ohne Abfall, kommt wartungsfrei und wird direkt beim Erzeugen produziert. Er könnte somit Energie wie Umweltprobleme gleichermaßen lösen, wäre noch eine weitere Voraussetzung erfüllt: Er müßte zumindest so wirtschaftlich einzusetzen sein wie der Strom aus der Steckdose, der in der Bundesrepublik im Schnitt 18 Pfennig je Kilowattstunde kostet. Noch aber kostet der Solarstrom mehr als das Fünffache.

Wobei die Experten des Fraun-

fer-Instituts großen Wert auf das Wörtchen „noch“ legen, denn sie erwarten bereits im nächsten Jahrzehnt eine deutliche Preissenkung bei den noch teuren Solarzellen und zugleich eine Verbesserung der Leistung, so daß sich gegen Ende des Jahrhunderts auch Solarstrom im Normalhaushalt rechnen könnte.

Das äußere Erscheinungsbild des Münchner Solarhauses in Milbertshofen ist dem Ziel angepaßt, der Sonne möglichst viel Energie abzugewinnen: Die Südseite besteht aus einer firsthöhen und schrägen Glaswand, wie eine durchsichtige Hülle über das eigentliche Haus gestülpt. Eine etwa abgewinkelte Gewächshauskonstruktion, formuliert Solarhaus-Architekt Thomas Herzog. Das Sonnenlicht erwärmt die Innenluft und den Inhalt der Warmwassertanks.

Hier ahnt die Technik den zahl-

reichen schon bestehenden Glasvorbaukonstruktionen. Ihre in bislang einmaliger Konsequenz verfolgte Realisierung jedoch brachte dem Haus als zukunftsweisender Solararchitektur bereits den Mies-van-der-Rohe-Architekturpreis.

Neu aber ist das solare Kleinkraftwerk, das von der EG, den Münchner Stadtwerken sowie den Firmen AEG, Siemens und Varta gefördert und von Bayerns Wirtschaftsminister Anton Jaumann im September 1983 in Betrieb genommen wurde. Die Hälfte der Solarzellen liegt unter der Glasaußenhaut, ein Teil aber wurde zwischen zwei Scheiben montiert und konnte als Dachsatz eingebaut werden.

Mit einer völlig neuen Technik bewältigt das Fraunhofer-Institut in dem Münchner Sonnenhaus die Um-

wandlung des von den Solarzellen gelieferten Gleichstroms in den üblichen Wechselstrom. „Während in den USA und in Japan in vergleichbaren Solarhäusern noch mit herkömmlicher Transformatortechnik gearbeitet wird, vollzieht sich in München bei der solaren Elektrizität der vollständige Übergang zur Elektronik“, berichtet Jürgen Schmid, Leiter der Systemtechnik-Abteilung des Freiburger Instituts. „Der sogenannte Inverter hat nicht mehr Schrankgröße, sondern paßt in eine Reisetasche und arbeitet völlig lautlos.“

Das Wichtigste aber, so der Solar-Experte, ist sein Wirkungsgrad: Mit 93,5 Prozent übertrifft er die heute üblichen Wechselrichter bei weitem. 90 Prozent sind schon bei nur fünf Zehntel der Nennleistung zu erzielen, weshalb sich das Gerät besonders in unseren Breiten mit geringer Sonnen-

einstrahlung eignet. Die Solarpaneele am Dach sind in fünf unterschiedlich großen Feldern zusammengefaßt, die der Inverter mit dem Stromnetz verbindet.

Elektronisch werden die wechselnde Netzspannung in jeder Sekunde 500 000mal gemessen und die jeweils dazu passenden Solarfelder zusammengeschaltet, weshalb die Spannung des Solarstroms und die des Netzstroms stets deckungsgleich ist. Sieben Schalttransistoren können die Spannung des Solarstroms bis zu 1800mal pro Sekunde erhöhen oder senken. Die neue Elektronik ist international zum Patent angemeldet.

Die 50 Quadratmeter Siliziumzellen des Münchner Solarkraftwerks können mit einer Höchstleistung von fünf Kilowatt im Jahr bis zu 5000 Kilowattstunden erzeugen und damit den Stromverbrauch eines Einfamilienhauses decken. Noch sieht die Realität bedauerlicherweise aus: Nach einem Anlaufjahr mit nur 1600 Kilowattstunden erhoffen sich die Freiburger dieses Jahr mindestens 3000 Kilowattstunden. Allerdings werden zwei Drittel davon im Sommerhalbjahr gewonnen, an manchen trüben Wintertagen reicht das Sonnenlicht gerade noch für den Betrieb eines Kühlschranks.

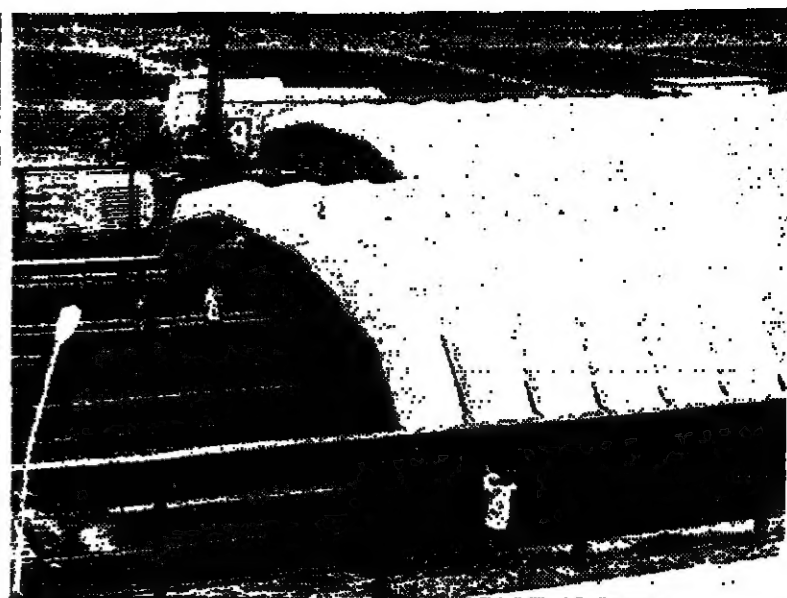
Noch liegen die Kosten der Münchner Forschungsanlage jenseits aller Wirtschaftlichkeit (Schmid), allein die installierten Solarzellen haben einen Wert von 100 000 Mark. „Aber in Zukunft“, meint Jürgen Schmid, „könnte eine solche Energieanlage nach heutigem Geldwert für etwa 10 000 Mark zu haben sein.“

Den Bewohnern des Zukunftshauses aber ist die Berühmtheit inzwischen zur Last geworden, nachdem sich an den Wochenenden Neugierige von außen die Nase platt drücken an den schrägen Glaswänden. Weshalb die Hausfrau inständig bittet: „Veröffentlichung Sie unsere Adresse nicht.“ Ihr Wunsch sei hiermit erfüllt.

PETER SCHMALZ



Eine Villa wie ein Gewächshaus: Heizung aus Sonneneinstrahlung, Strom aus Solarzellen. FOTO: DPA



Cuxhaven: Die größten zur Geruchsfeldminderung überdachten Klärbetten gleichen einem fensterlosen Industriebau. FOTO: DIE WELT

KLÄRWERKE / Geruchssichere Kunststoff-Abdeckungen

## Die Anlagen müssen keine „Stinker“ sein

Kläranlagen sind keine Zierde für das Landschaftsbild; nicht selten verbreiten sie starke Faulgerüche. Kläranlagen sind jedoch unverzichtbar: Sie sammeln und reinigen die Abwässer aus Haushalten und Industrie. Der Laie erkennt ein Klärwerk von weitem an den meist runden Betonbecken, die mit einem Steg für das Bedienungspersonal überbrückt sind. Einige Klärwerke in der Bundesrepublik lassen diese Merkmale vermissen: Die Becken sind überdacht oder - bei großen Anlagen mit Rechteckbecken - hallenartig überbaut. Und man riecht selbst aus der Nähe keinen Klärgeruch.

Geruchsdicht umbaute oder nur überdachte Klärwerke halten lästige Gerüche von den Anrainern fern. Eine einfache und umweltfreundliche Lösung; gleichwohl ist die Frage berechtigt: Lohnt sich die Investition? Schließlich befinden sich die Klärwerke meist weit außerhalb der städtischen Wohngebiete. Die Praxis zeigt aber: Wind, der über ein offenes Klärbecken streicht, trägt Geruchsschlieren mitunter kilometerweit fort - bis in die nächsten Siedlungen. Oder die Siedlungen wachsen im Laufe der Jahre immer näher an das Klärwerk heran. Dieses bleibt freilich bestehen; allenfalls wird die Kapazität aufgestockt und so die Geruchsemission noch verstärkt.

Die Emissionen selbst entstehen durch die mehrstufigen, chemischen und biologischen Reinigungsprozesse. Es sind vorwiegend Schwefelwasserstoff, Mercaptane, Methan und Ammoniak. Schon in geringer Konzentration können sie zur Belästigung werden. Die Geruchsempfindlichkeit des Menschen ist jedoch individuell unterschiedlich.

Büllösungen scheiden für geruchssichere Abdeckungen ohnedies aus. Denn es sind folgende technische Mindestanforderungen zu erfüllen:

Die Konstruktion muß alterungsbeständig sein und darf nicht binnen weniger Jahre den aggressiven - schwefelsäurebildenden - Klärgasen zum Opfer fallen. Textile Abdeckungen erfüllen diesen Anspruch nur eingeschränkt; Edelstahl dagegen - fraglos der überlegene Werkstoff - ist unverwundbar teuer. Die Abdeckung

muß ferner relativ leicht sein, damit die Fundamente nicht überlastet werden; also scheiden auch Betonlemente aus. Die Fachleute setzen daher vermehrt auf selbsttragende Kunststoff-Bauteile, hauptsächlich aus GFK (glasfaserverstärktem Kunststoff). Dieses Material - im Bootsbau beispielsweise seit Jahrzehnten erprobt - ist korrosionsfest und läßt sich zu relativ leichten und dennoch formstabilen Bauteilen verarbeiten. Bei dem bislang größten Projekt - es befindet sich in Cuxhaven - wurden die Klärbecken sowie die Faulräume mit einer GFK-Konstruktion abgedeckt. Die Spannweite der Elemente mißt bis zu 20 Meter.

Das Großklärwerk Cuxhaven ist geradezu ein Testfall für die geruchssichere Umbauung und Abdeckung mit leichten Kunststoff-Elementen: Die bis zu 55 Meter langen und bis zu 29 Meter breiten Rechteckbecken ruhen in einem Sandboden; eine schwere Überbauung hätte erheblich stärkere Fundamente notwendig gemacht. Außerdem stellen die an der Nordsee vorkommenden Windgeschwindigkeiten die gewählte Konstruktion auf eine harte Probe. Die Belastungsversuche der selbsttragenden Abdeckelemente fanden unter simulierten Bedingungen bereits im Herstellerwerk in Lindau statt.

Auf eine gasdichte Konstruktion kam es in Cuxhaven besonders an, weil das Großklärwerk zu einem beträchtlichen Teil besonders geruchssichere Abwässer reinigt - nämlich aus der Fischindustrie. Seit über einem Jahr ist die Anlage in Betrieb. Die in Cuxhaven verwirklichte Formgebung der Fassaden und Dachelemente zeigt außerdem, daß die technischen Anforderungen durchaus mit architektonischen Ansprüchen verknüpft werden können.

Nicht nur Kommunen, auch die Industrie hat vereinzelt die Vorzüge von Klärwerk-Abdeckungen erkannt. Dazu gehören Ciba-Geigy in der Schweiz und Shell in Rotterdam. Die chemische Industrie, ohnehin die Dauerzeitscheibe von Ökovereinigungen, könnte mit dieser Art von Emissionsschutz auch in der Bundesrepublik zumindest partiell ihr Image etwas aufpolieren.

PETER GÖHRINGER

## Eine blaue Zauberröhre befreit den Kessel von Kesselstein

Derrick R. Morris hält etwas auf seine jahrzehntelange Lebensleistung. Dazu besteht auch Anlaß: Morris ist Technischer Direktor der ehrwürdigen „Londoner“ Royal-Parke-Brauerei der irischen Guinness-Gruppe und Mitglied einer Reihe von technischen Instituten, vom Nuklearbis zum Brauereitechnologie-Institut. Fragen erwartet Morris mit reger Neugier. Karg wirkt das Büro mit den zahlreichen Fachzeitschriften. Kein Zweifel, Morris sucht Informationen und bewertet, was er erhält. Besonders über Kesselstein.

Die regelmäßige Stilllegung von Produktionsanlagen zur mechanischen und chemischen Reinigung von Kesselstein trieb die Kosten auf umgerechnet jährlich 300 000 Mark - bis eines Tages aus der engen Heimat der Guinness-Gruppe - Dublin - ein Ire namens Robert W. Spencer eine unscheinbare Röhre präsentierte. Sein Angebot:

Die Röhren, in den Wasserkreislauf eingebaut, sparen durch ihr stilles Wirken sechsstelligen Summen für die Reinigung.

In den Augen von Morris zunächst

das Angebot, Aladins Wunderlampe per Versandhauskatalog zu erwerben. Spencer aber hinterließ einen aufgeschlossenen Eindruck, und sein Assistent hatte die Doktorarbeit dem Thema Kesselstein gewidmet. Nach gründlicher Prüfung gab der Techniker grünes Licht für einen Versuch.

### Nach sechs Monaten wieder blankes Metall

Für Spencers Berater und die Röhre interessiert sich heute übrigens die britische Atomenergiebehörde.

Sechs Monate nach Versuchsbeginn unterschrieb die Royal-Parke-Brauerei mit Spencers irischer Firma Fluid Dynamics den endgültigen Vertrag. Im Versuchstank nämlich schimmerte den Brauern zu deren Überraschung wieder reines Kupfer entgegen. Die bei Versuchsbeginn stärke Kalkschicht war zu zwei Dritteln wieder verschwunden, ganz zu schweigen von Neubildung.

Colloidatron heißen die blauen Röhren, die von Fluid Dynamics an

die Industrie nur vermietet werden (lediglich in Dublin wird ein Pendant für Privathäuser verkauft).

Das Funktionsprinzip erscheint genial einfach:

Kalk entsteht bei einer Störung des komplizierten Ionen-Gleichgewichts im Wasser - durch Erwärmung, durch Ansteigen des pH-Wertes oder durch Druckverminderung. Das Colloidatron besteht aus einem Profil-einsatzkörper patentierter Form und Legierung. Die Legierung bewirkt einen leichten Anstieg des pH-Wertes und dadurch die Bildung einer genau berechneten, geringen Menge Kalk, der sich durch die vom Profilkörper erzeugte Turbulenz nicht ablagern kann. Als kolloidale Suspension (das heißt als Lösung fester Partikel in einer Flüssigkeit) wird er im Wasserkreislauf fortgetragen (daher auch der Name Colloidatron).

Diese Partikel sind positiv geladen, erhöhen dadurch den pH-Wert in ihrer unmittelbaren Umgebung und binden so den ganzen neu entstehenden Kalk an sich. Ihre immense Zahl schafft für diese Bindung eine viel größere Oberfläche als die erhitzten

Metallflächen der Leitung, die normalerweise den Kalk binden würden. Das führt dazu, daß die Partikel schrittweise auch den schon reichlich vorhandenen Altkalk von den Wänden lösen.

Die Partikel werden schließlich ausgeschwemmt. Weil der Kalk in fließender Partikelform dem Wasser erhalten bleibt, verändert das Colloidatron auch nicht den Härtegrad des Wassers - angesichts der Tatsache, daß kalkarmes Wasser die Korrosion steigert, ein wichtiges Argument zugunsten des Colloidatron.

### Unumgänglich ist ein Mindest-Wasserdurchfluß

Unverläßlich für den Einsatz des Colloidatron aber ist die Beachtung seiner Funktionsgrundlagen. Das Gerät wurde für die wasserverbrauchende Industrie entwickelt; Erfolg stellt sich nur bei einer bestimmten Mindest-Durchflußgeschwindigkeit ein. Ohne Durchfluß, ohne Bewegung ist das gesamte Prinzip zum Scheitern verurteilt. Das erfuhr auch eine re-

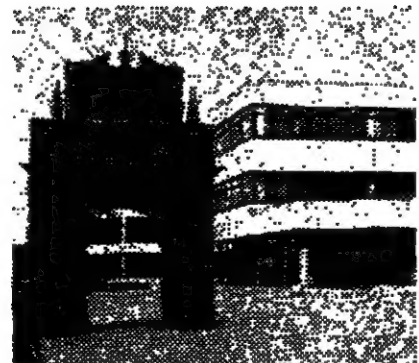
nommierte deutsche Verbraucherzeitschrift, die das Gerät in einem Boiler mit ruhendem Wasser testete: Es bildete sich Kalk.

Guinness war, im Jahre 1974, für Fluid Dynamics der Durchbruch auf dem Weltmarkt. Die Firma hatte das Patent 1973 einer erfolgreichen operierenden amerikanischen Gesellschaft abgekauft - zunächst für den gesamten Weltmarkt außerhalb der USA (Verhandlungen über die endgültige Übernahme auch des US-Marktes laufen derzeit).

Inzwischen weisen Fluid Dynamics und ihr deutscher Vertriebspartner Raab Karcher (Vebe-Konzern) eine eindrucksvolle Referenzliste auf: Brauereien wie Schultheiss in Berlin und Paulaner in München, Industriebetriebe wie das Thyssen-Kalwalzwerk II in Duisburg und die Chemischen Werke Hüls in Marl und Namen wie Luftansa in Köln, die Universitätsklinik in Kiel und das Polizeipräsidium in Bonn.

Reklamationen gibt es nicht, und der Erfolgstreffer hält an. Jüngster Kunde sind Kellogg und der Flughafen Düsseldorf. T. W. KRAUEL

# Grundwasser für Grundlast spart 50 % Energie



Die „Hohe Landesschule“ in Hanau hat zwei BAUER Serien-Wärmepumpen. Die nutzen Grundwasser als Wärmequelle, um die Grundlast der Heizung für 17.000 m³ umbauten Raum (Wärmebedarf 400 kW) zu decken. Die Anlage leistet ca. 85 % der Jahresheizarbeit, sie spart ca. 50 % Primärenergie.

Die hohe Wirtschaftlichkeit wird erreicht durch die mit konstant 10°C günstige Wärmequelle und ein Nieder temperatur-Heizsystem. Das wird von den Serien-Wärmepumpen (je 110 kW) über zwei Pufferspeicher (je 1000 l) mit Warmwasser versorgt und hat eine Rücklauf-temperatur von maximal 45°C. Die Spitzenlast wird durch die Kesselanlage abgedeckt, die andere Gebäude des Schulkomplexes versorgt.

Die Stadt Hanau als Betreiber sah die Anlage auch als Test für Gaswärmepumpen-Technologie. Die Erwartungen wurden erfüllt: Beide BAUER Serien-Wärmepumpen arbeiten seit ihrer Inbetriebnahme im Herbst 1981 ohne Störung.

### Zwei Ruhrgas-Unternehmen bieten Ruhrgas Wärmepumpen Systeme an:

Bauer ist führend bei Serien-Wärmepumpen mittlerer Leistungsgrößen. Sie eignen sich für Objekte mit einem Gesamtwärmebedarf von 200 bis über 1000 kW. Durch kompakte Bauweise und hohe Vorlauftemperaturen sind sie sehr vielseitig - auch bei Modernisierungsvorhaben - einsetzbar. Das Angebot von Neunert konzentriert sich auf Großobjekte, es reicht von der ganzheitlichen Energieplanung bis zur Betriebsführung. Das Programm für Heizen, Kühlen, Trocknen, Klimatisieren und Stromerzeugen umfaßt Systeme von 250 kW bis in den Megawatt-Bereich.

Wir sorgen für Erdgas. Und helfen es sparen.

**RUHRGAS**

**Ruhrgas Wärmepumpen Systeme**

Informationsmaterial über Erdgas und seine Anwendungstechniken erhalten Sie kostenlos von  
**Ruhrgas AG**  
Huttpfstraße 60  
4300 Essen 1



## Solarstrom aus der Steckdose ist noch zu teuer

Solarzellen werden in der Welt-raumtechnik eingesetzt, seit dem im Jahre 1958 erstmals ein Satellit elektrisch versorgt wurde. Bereits in den 60er Jahren wurden weltweit Überlegungen darüber angestellt, wie die Solarzellentechnik auch zur Stromversorgung auf der Erde genutzt werden könnte. Dabei macht sich jedoch ein eklatanter Unterschied bemerkbar: Während in der Raumfahrt Kosten der Stromversorgung – salopp gesagt – keine Rolle spielen und es vielmehr allein auf die Zuverlässigkeit ankommt, sieht das auf der Erde ganz anders aus.

### Vor allem Exportchancen

Anwendungsgebiete in der Bundesrepublik bleiben deshalb wenigstens vorläufig noch auf Marktnischen wie Freizeit und Hobbybedarf (Segelboote, Camping) und, Maß-, Nachrichten- und Verkehrstechnik (Richtfunk-, Radio- und Fernsehantennen, Navigationsgeräte, Alarm- und Kontrollsysteme, Seefunkfeuer, Leuchttürme und -bojen) beschränkt.

Beim Export in „Sonnen“- und Entwicklungsländer, die kein so flächendeckend ausgebautes Stromnetz haben wie die Bundesrepublik Deutschland, sieht es hingegen günstiger aus. Vor allem dann, wenn in diesen Ländern die zumeist einzige Konkurrenzenergie, das Öl, teuer importiert werden muß.

So kann sich die deutsche Industrie beim Export in sonnenreiche Länder mit Trockengebieten und schwach ausgebautes Stromnetz auf weitreichende Tätigkeitsfelder einstellen, etwa Wasserpumpen und -aufbereitungsanlagen (zur Trinkwasserversorgung und künstlichen Bewässerung), Kühlsysteme (Medikamentkühlboxen, Kühlcontainer für Lebensmittel und Eis) sowie Stromversorgungsanlagen, zumindest für „Insel“-Versorgung (etwa abgelegene Bauernhöfe oder Siedlungen, Forschungsstationen und Inseln).

### Führende Position

Die deutsche Industrie hat nach Einschätzung des Forschungsinstituts (BMFT) auf einigen Gebieten ihre führende Position behauptet und in anderen Anschluß an die Weltspitze gewinnen können. Der internationale Wettbewerb sei in allen Ländern durch massive öffentliche Unterstützung sowohl bei Forschung und Entwicklung (FuE) wie bei der Markteinführung gekennzeichnet. Das BMFT führt den vergangenen Jahrzehnte erzielten technologischen Entwicklungssprung der Solarzellentechnik vor allem auf die öffentliche Förderung zurück.

Das Ministerium sieht mit Blick auf die unverändert großen Risiken und die staatliche Unterstützung der ausländischen Konkurrenz auch eine Förderung der deutschen Hersteller als erforderlich an, auch wenn die Eigenbeteiligung der Industrie zunehme. Das Ministerium hat seit 1978 (7,4 Millionen) mit rasch wachsenden Beträgen die Entwicklung unterstützt. In diesem Jahr stehen 65,5 Millionen im Forschungsetat. Im letzten Jahr der mittelfristigen Finanzplanung, also 1989, werden voraussichtlich 77 Millionen Mark zur Verfügung stehen, und für 1992 sind 75 Millionen vorgesehen.

HEINZ HECK

MÜLLDEPONE GEORGSWERDER / Lagermodule, Spektrometer und Verbrennungsanlagen gesucht

## Das Dioxin inmitten der Großstadt führte zu einem gewaltigen Forschungsprogramm

Nicht erst Ende 1983, als erstmals in einer deutschen Aldeponie das extrem giftige Seveso-Dioxin 2,3,7,8-TCDD in den austretenden Sickerflüssigkeiten nachgewiesen worden war, geriet die Deponie Georgswerder ins Blickfeld einer beunruhigten Öffentlichkeit. Schon Anfang der 70er Jahre führten die vermehrte Abfallabfuhr von Rückständen aus der Parathionproduktion (E 605), aber auch die damaligen, vor allem große Emissionen verursachenden Methoden der Sonderabfallbeseitigung auf der Deponie zum ersten Untersuchungsausschuß Deponie Georgswerder der Hamburger Bürgerschaft. Kurzfristig wurde ein hamburgisches Abfallbeseitigungsgesetz – das erste eines Bundeslandes – erlassen, das dann richtungsweisend für das 1972 in Kraft getretene Abfallbeseitigungsgesetz des Bundes geworden war. Ganz ähnlich wie aufgrund der Fälle

der biochemischen Abbauprozesse in der Deponie notwendig ist. Möglicherweise hat das entstehende Deponiegas die Wurzelbildung in der Abdeckung so behindert, daß die Vegetation nicht genügend Wasser aus dem Boden entnehmen und zur Verdunstung bringen konnte. Dessen Porosität ist auch nicht zur zeitweisen Speicherung größerer Niederschlagsmengen geeignet. Es hat sich deshalb, selbstverständlich auch schon während des Betriebs der Abfalllagerung, ein Staufflüssigkeitsspiegel von etwa 14 Meter Höhe innerhalb der Deponie ausgebildet. Die an ihren Flanken austretenden dioxinhaltigen Sickerflüssigkeiten sind somit nichts anderes als Quellen des etwa eine Million Kubikmeter umfassenden Staukörpers und ein eindrucksvoller, sichtbarer Beweis für die Tatsache, daß die Deponie nicht ihrem Zweck entsprechend alle eingelagerte Stoffe

zustellen. (Das Gas soll in der benachbarten Norddeutschen Affinerie nutzbringend verbrannt werden.) Als Dichtungsmaterial ist aus technologischen Gründen hindiger Boden den Kunststoffen vorgezogen worden. Als weitere Maßnahme wird zeitgleich der Bau einer Flotationsanlage zur besseren Abscheidung der dioxinhaltigen ölgigen Phase aus den Sickerflüssigkeiten begonnen. Sie ist die erste Stufe einer vollständigen Behandlungsanlage, die nach schon abgeschlossenen erfolgreichen Versuchen auf biologischer Basis mit anschließender Adsorptionsstufe arbeiten wird. Die Flotalebene soll die bisher gesammelten Sickerflüssigkeiten in einer mit hohen Sicherheitsvorkehrungen ausgestatteten Anlage verfestigt werden, um sie fälschweise in einer Untertagedeponie ablagern zu können. Sämtliche Bemühungen, die Sickerflüssigkeiten in einer geeigneten Ver-

in Grundwasserleiter in Frage kommen. Für eine Dichtwand müßte ein Technologietest vor Ort durchgeführt werden. Die Möglichkeiten hydraulischer Schutzmaßnahmen werden anhand eines zur Zeit aufgestellten mathematischen Transportmodells untersucht, nachdem schon Pumpversuche stattgefunden haben. Weitere F+E-Projekte befassen sich mit – den Möglichkeiten eines forcierten Entzugs der in der Deponie geschätzten eine Million Kubikmeter mobilen Staufflüssigkeiten, um die wichtigsten Medien zur Mobilisierung der Schadstoffe zu entfernen, – der Anlage von Testfeldern zur Verbesserung des Abdecksystems, – der Dichtigkeit des tertiären Glimmertons unter der Deponie, – Reinigungsmethoden des Deponiegases, falls erforderlich, – Verfestigungsmöglichkeiten hochkontaminierter Deponiematerialien zur schadlosen Wiederverwertung.

Die Beschreibung des Sanierungskonzepts wäre nicht vollständig ohne die Nennung der sich im Aufbau befindenden Analyse- und Erarbeitungs- von maßnahmenbezogenen Arbeitsschrittverfahren: Auch im Rahmen von F+E-Projekten wird im Zusammenhang mit dem Bau der Flotationsanlage ein Sicherheitslabor auf der Deponie erstellt und an der Universität Hamburg ein Umweltlabor insbesondere für die

Durchführung schneller Dioxinanalysen eingerichtet. Für Schnellanalysen direkt vor Ort soll ein auf dem Markt befindliches mobiles Massenspektrometer weiterentwickelt werden, das auch wichtige Aufgaben im Rahmen der Arbeitsschrittverfahren erhalten wird. Neuland betreten werden mußte auch bei der Erarbeitung maßnahmenbezogener Arbeitsschrittverfahren. Die Problemstellung war die Sicherung der von hochgiftigen Substanzen, wie zum Beispiel den Dioxinen, ausgehenden Gefahren, die, anders als im Produktionsbereich, bei den Sanierungsmaßnahmen plötzlich irgendwo in zunächst unbekannter Zusammensetzung auftreten können.

Wir glauben, mit dem beschriebenen, von Senat und Bürgerschaft gebilligten Sanierungskonzept nicht nur den Notwendigkeiten einer effektiven Umweltschutzauflage Rechnung zu tragen und damit am Modellbeispiel der größten Aldeponie Europas auch die Erwartungen des Umweltbundesamtes (Berlin) und des Bundesforschungsministeriums (Bonn) hinsichtlich einer vorbildlichen Sanierung, sondern auch bezüglich neuer Technologieentwicklungen zu allgemein anwendbaren Sanierungsmethoden zu erfüllen.

KLAUS WOLF

Baudirektor Klaus Wolf war bis vor kurzem Beauftragter für die Sanierung der Deponie Georgswerder und ist jetzt Leiter der neu eingerichteten Hauptabteilung Flächenanweisung bei der Baubehörde Hamburg.



Die Sonderdeponie zwischen den Stadtteilen Veddel und Wilhelmsburg (links), der Autobahn Hamburg-Hannover/Bremen und der Norddeutschen Affinerie (rechts). FOTO: AP; Freigabe Luftfahrt Hamburg 304/1985

über Lösungs- und Verdrängungsprozesse langfristig wieder freigeigt – angesichts von sicher weit mehr als 200 000 Kubikmeter chemischen oder Sonderabfällen in dem dicht besiedelten Ballungsraum Hamburg eine höchst beunruhigende Vorstellung. Demgemäß hat das von Anfang bis Ende 1984 entwickelte Sanierungskonzept folgende, in ihren jeweiligen Maßnahmen funktionell und in zeitlicher Abhängigkeit stehende Ziele:

- Unterbindung einer weiteren Schadstoffausbreitung über die verschiedenen „Pfade“;
- kontrollierte Erfassung der Deponie-Emissionen;
- gefahrlose Vernichtung oder Beseitigung von gefährlichen Deponieinhaltsstoffen.

Als eine der ersten Maßnahmen wird in diesen Wochen mit dem Bau einer mehrschichtigen mineralischen Abdeckung zunächst auf dem oberen Teil der Deponie begonnen, um vor allem den weiteren Eintrag von Niederschlagswasser in die Deponie weitestgehend zu unterbinden und eine möglichst hohe Errückungsrate der zur Zeit etwa stündlich entstehenden 200 Kubikmeter Deponiegas sicher-

brennungsanlage beseitigen zu lassen, waren wegen ihres Gehaltes an Dioxinen fehlergefallen.

Deshalb wird als F+E-Projekt die Planung einer Hochtemperaturverbrennungsanlage aufgenommen, die in der Lage ist, dioxinhaltige und ähnliche Problemstoffe aus Aldeponen, gegebenenfalls auch aus künftig anfallenden Produktionsrückständen aus dem norddeutschen Raum zu verbrennen. Da ihre Inbetriebnahme noch Jahre auf sich warten lassen wird, begann, ebenfalls als F+E-Projekt, die Planung eines sicheren Zwischenlagers in Modulbauweise für flüssige und feste Deponieinhaltsstoffe.

Trotz der unter der Deponie befindlichen, nicht dichten marschtypischen Weichschichten ist die Situation des Grundwassers glücklicherweise noch nicht besorgniserregend. Deshalb wird zur Zeit untersucht, ob als vorsorgliche Schutzmaßnahme ein bis zu 50 Meter tief reichendes, gegen Chemikalien resistentes Dichtungssystem um die Deponie realisiert werden soll, oder ob auch allein hydraulische Methoden zur Verhinderung einer Schadstoffausbreitung

## Gülle bleibt Gülle oder: Umweltgesetze ins Leere

Umweltschutz wird auch durch das Strafrechtsgesetz gewährleistet. Seit 1980 gibt es dort den 28. Abschnitt, der vorsätzliche und fahrlässige Verunreinigungen der drei Umweltmedien – Luft, Wasser, Boden – mit Strafe beahndelt.

Leider ergeben sich aber aus den Formulierungen der Gesetzgeber einige Probleme. Anschaulich dafür ist zum Beispiel ein Fall, in dem ein Amtsträger der Wasserbehörde nicht gegen von ihm erkannte Umweltbeeinträchtigungen einschreitet.

Zunächst wird von der Lehre, unter anderem mit Hinweis auf den Wortlaut der Vorschriften, bezweifelt, daß Amtsträger sich überhaupt nach den Vorschriften des Strafrechtsbuches über Umweltschutz verantworten müssen. Erfährt also ein Amtsträger, daß sein Nachbar Altöl in den Gully gießt, besteht unabhängig vom konkreten Schaden für den Amtsträger ein dienstlicher Ermessensspielraum, einzuschreiten oder nicht. Das bedeutet, daß eventuelles Nicht-einschreiten strafrechtlich ohne Folgen bleiben kann.

Werden die Amtsträger aber dennoch zur Verantwortung gezogen, ist immer noch fraglich, ob es in diesem Fall, der zuvor einem Staatsanwalt dienstlich bekannt geworden sein muß, zu einer Hauptverhandlung kommt. Denn die Strafprozeßordnung läßt es zu, daß der Staatsanwalt das Verfahren bei Zahlung von ihm zu bestimmender Summen an gemeinnützige Stellen einstellen kann.

Bemerkenswerter als diese Aspekte eines sanktionierten Vollzugsdefizits aber ist die Lage mancher Bürger. Die Europäische Gemeinschaft stimuliert Mastviehproduktion. Landwirte aber, die hierzu diesen Tätigkeitszweig betreiben, stehen vor

Entsorgungsproblemen, die in manchen Bundesländern nur unter Inkassomaßnahmen – dem Gesetzeswortlaut nach – strafbarer Handlung liegen.

Die ungeheuren Mengen sogenannter Wirtschaftsdüngers sind das Hauptproblem: Der Dünger darf nicht auf die Felder, weil das Güllefahren nach unserer Rechtslage als landwirtschaftlich verbotenes Handeln – kein Düngen mehr ist, sondern Abfallbeseitigung. Außerdem haben die Länder teilweise Gülle-Verordnungen erlassen, in denen Höchstmengen pro Hektar festgelegt sind. So weit so gut.

Der Landwirt aber hat häufig überhaupt keine andere Wahl, als die Gülle der durch Marktlage verursachten Mastviehproduktion auf die Felder zu fahren. Denn Gülleankaufen und -geben ist ein mühsames Geschäft, verkaufen können existieren bei uns nicht. Damit hat der Gesetzgeber den Landwirt in die Nähe eines Straftatbestandes gedrückt, dessen Dankschuldner sich nicht ohne weiteres entziehen kann, wenn seine wirtschaftliche Existenz nicht auf Spiel setzen möchte.

Das Fazit: Weder die Zusammenfassung und Ergänzung der umweltschützenden Strafbestimmungen im Strafrecht, noch Güllengesetzgebungen und dergleichen reichen aus, einen vernünftigen Umweltschutz zu gewährleisten, über dessen Notwendigkeit wohl niemand ernstlich diskutieren muß. Die Beseitigung des bis heute belagerten Vollzugsdefizits für den vernünftigen Umweltschutz muß weiter konkretes (nicht erklärtes) Ziel aller Beteiligten bleiben.

MARKUS WESSEL

PHOTOVOLTAIK / Starke Solarzellen öffnen neue Märkte

## Chance für den Mittelstand

Der Traum ist ausgeträumt, die Photovoltaik, also die direkte Umsetzung von Sonnen- in elektrische Energie, kann zumindest auf absehbare Zeit aus wirtschaftlichen Gründen nicht mit der herkömmlichen Stromproduktion konkurrieren. Professor Adolf Goeßberger vom Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme in Freiburg: „Es war eine Illusion.“

Realität aber wurde der kommerzielle Einsatz von Photovoltaik dort, wo kleine Energiemengen unabhängig vom Netz benötigt werden. Bei der Armbanduhr zum Beispiel oder beim Taschenrechner. Energiezufuhr über Knopfzelle ist hier extrem teuer: Eine Kilowattstunde, aus der Steckdose eine Pfennigzelle, kostet für die Armbanduhr sagehafte 36 000 Mark, die gleiche Leistung aus der Taschenrechner-Batterie verschlingt noch immer 9000 Mark. Solarzellen liefern den Mini-Strom billiger.

Wieder einmal waren die Japaner als erste am Ball, allein im vergangenen Jahr produzierten sie 90 Millionen solarbetriebene Taschenrechner. „Jetzt ist dieser Markt voll“, sagt Joachim Benemann von Intersol in Bergisch-Gladbach, einer für den Vertrieb von Solaranlagen zuständigen Siemens-Tochter.

Neue, leistungsstärkere Zellen aber machen Produkte mit einer Leistung bis zu 100 Watt für die Photovoltaik interessant, und dieses Marktsegment, so die Fraunhofer-Gesellschaft, „ist eine alte Domäne der deutschen Elektroindustrie.“ Goeßberger sieht hier ein erfolgversprechendes Betätigungsfeld für die mittelständische Industrie.

Schon heute floriert der Handel mit Produkten, die durch Photovoltaik ohne großen Investitionsaufwand

und ohne umständliche Wartung Licht an jedem Punkt der Erde ermöglichen: Signallampen auf den Meeren, Warmlampen auf arabischen Bergpfaden und Straßenlampen in Katar, leuchten bereits durch Solarzellen.

Schon kursieren auch die ersten Angebotskataloge: Der photovoltaische Weidemann für 1188 Mark oder 875 Mark ab 100 Stück, Solargeneratoren für Verkehrssignale, das Solar-Set für Ferienhäuser oder Berggipfel, weniger als 200 Mark teuer und zunehmend für Nachlicht, Radio und Fernseher.

„Siemens wird bis Mitte des Jahres einen tropentauglichen Solar-Performer für etwa 3500 Mark entwickeln, der sich für Bildungsprogramme in der Entwicklungshilfe eignet. Auf der boot '88 in Düsseldorf zeigte Joachim Benemann, wie sich der Skipper des Bordstrom vom Himmel holen kann.“

„Ans Verkaufen denken wir dabei noch nicht in erster Linie“, erklärt der Intersol-Geschäftsführer das Messe-Engagement. „Wir wollen über diese weithin noch unbekannte Technik erst einmal aufklären.“ Noch immer wird die Strom liefernde Solarzelle mit dem Sonnenkollektor für die Warmwasserbereitung verwechselt. Joachim Benemann hat entsprechende Erfahrungen: „Wenn wir eine solarbetriebene Wasserpumpe vorstellen, fragen die Leute ins Wasser und sind enttäuscht, weil's kalt ist.“

Mit einer Limousine von BMW demonstriert Benemann einen kuriosen Effekt: Über Solarzellen, die ins Schiebedach eingebaut sind, treibt die Sonne im abgestellten Fahrzeug einen Ventilator an, wenn die Sonnenstrahlen den Wagen unangenehm aufheizen. Beim Fahren wird der Schiebedach-Strom der Batterie zugeführt.

PETER SCHMALZ

# BEB informiert...

Als führender Produzent von Erdgas und Erdöl und als bedeutende Ferngasgesellschaft tragen wir ein Stück gesamtwirtschaftliche Verantwortung für die Energieversorgung unseres Landes. Energie, die heute verbraucht wird, steht uns morgen nicht mehr zur Verfügung. Deswegen müssen wir neue Vorkommen erschließen und die Nutzung vorhandener so weit wie möglich verbessern.

Neben Investitionen in Milliardenhöhe sind es vor allem qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die hierfür ihre Energie einsetzen.

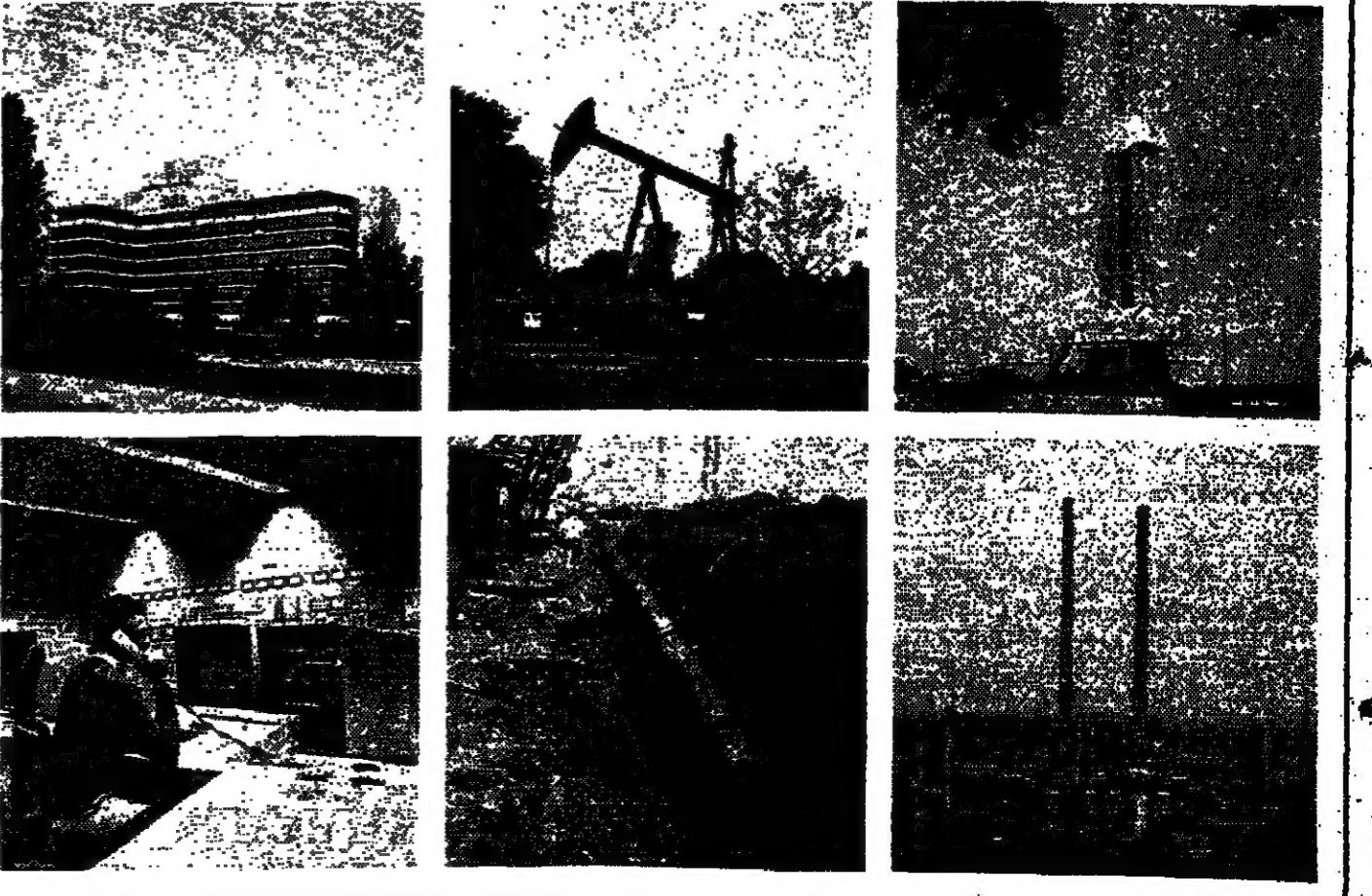
Allein in den letzten vier Jahren haben wir deshalb über 400 neue Arbeitsplätze geschaffen. Die heute in unserem Unternehmen vorhandenen mehr als 2200 Arbeitsplätze langfristig zu sichern, ist Teil unserer unternehmerischen Verantwortung.

Um diesen Anforderungen auch in Zukunft gerecht zu werden und unseren Beitrag zur Sicherheit der Energieversorgung leisten zu können, müssen wir weiter investieren und neue Ideen entwickeln. Wir sind mit Energie dabei.

BEB Erdgas und Erdöl GmbH  
Rietorst 12, 3000 Hannover 51



Wir sind mit Energie dabei





HAUSMÜLL / Recycling verändert Zusammensetzung

# Verpackungsabfall wird oft überschätzt

Bekanntlich befinden sich zahlreiche Angaben über das Abfallaufkommen, über seine Zusammensetzung, über das Recycling und über die Müllbeseitigung in Umlauf. Allein die Hausmüllmenge wird dabei gelegentlich mehr als doppelt so hoch angegeben, als sie übersehbar wirklich ist. Der Einfluß der Verpackungen auf das Abfallvolumen wird oft weit überschätzt.

Ein fundiertes Datengerüst, auf das sich viele Fachleute längst geeinigt haben, bietet die sogenannte Bundesweite Hausmüllanalyse 1979/80. Sie wurde unter dem Titel „Abfallverwertung in der Bundesrepublik Deutschland“ 1984 vom Bundesministerium für Forschung und Technologie zusammenfassend veröffentlicht.

Man kann davon ausgehen, daß die Mengen sich bis heute nicht wesentlich verändert haben. Der Verpackungsanteil am Hausmüllaufkommen beträgt 25 Gewichts-Prozente. Aufgrund des höheren Recyclings bei Glas und Metallen dürfte er inzwischen eher geringer geworden sein.

## Rund eine Million Tonnen Altpapier gesammelt

Auch vom Schlüßvolumen des Hausmülls machen Verpackungen auf keinen Fall mehr als 25 Prozent aus. Das stoffliche Recycling erfährt neben Papier vorwiegend Verpackungen aus Glas und Metall. Bei der Verbrennung werden auch die Karton- und Kunststoffverpackungsmengen erheblich reduziert. Je nach Verdichtungsgrad beträgt der Verpackungsanteil des auf der Deponie eingetragenen Mülls 20 bis 30 Prozent. Zu keinem Zeitpunkt erreichen Verpackungen im Hausmüll etwa die vom Umweltbundesamt und interessierten Kreisen immer wieder behaupteten 50 Volumen-Prozent.

Die Erfassung von Altpapier aus Haus- und Geschäftsmüll hat in den vergangenen Jahren erheblich zugenommen und dürfte inzwischen eine Million Tonnen erreicht haben. Auch die Altglas-Sammlung konnte weiter gesteigert werden. Nach den Angaben der Glasindustrie beträgt sie rund 0,8 Millionen Tonnen. Von den 0,5 Millionen Tonnen Schrott, die

überwiegend per Magnet aus dem Müll herausgeholt werden, sind knapp die Hälfte Weißblech und damit dem Verpackungsbereich zuzurechnen. Aus dem Gewerbemüll stammen vermutlich auch noch ein paar Tausend Tonnen anderer Stahlverpackungen.

Die Kernfrage der Abfallbeseitigung lautet nach wie vor: Wieviel Müll muß letztlich auf den Deponien eingetragene werden? Man kann auch noch weiter fragen: Und wieviel Verpackungen sind dabei?

## Kein politischer Handlungsbedarf

Von der Gesamtproduktion an Verpackungen werden rund 60 Prozent im Haushalt und in dem ihm nahen Gewerbebereich verbraucht. So weit sie nicht wiederverwendet werden, gelangen die Verpackungsabfälle in den Müll.

Der Anteil dieser Verpackungen an den Siedlungsabfällen beträgt wie beim Hausmüll fast auf den Punkt genau 25 Prozent. Der Anteil an der zu deponierenden Menge liegt aufgrund des relativ hohen Verpackungsanteils im stofflichen Recycling mit 25 Prozent leicht darunter. Bezogen auf das Deponievolumen ist er noch geringer.

Die in der Umweltdiskussion immer wieder als kritischer Faktor hochgespielt, ausgewählten Getränkeverpackungen bringen nach Angaben aus dem Umweltbundesamt insgesamt nur noch rund 1,2 Millionen Tonnen Abfall auf die Deponie. Die bereits geringen Mengen machen heute weniger als 5 Prozent der Siedlungsabfälle aus. Das entspricht auch ihrem Volumenanteil auf Deponien.

Veränderungen der Einweg-/Mehrweg-Relation in den zur Diskussion stehenden Segmenten des Getränkemarktes können beliebig ausfallen. Sie werden weder eine „Müllkrise“ eindämmen, noch können sie eine solche auslösen. Ihr Wirkungspotential macht höchstens ein Prozent der Abfallbilanz aus. Auf dieser Grundlage läßt sich weit und breit kein politischer Handlungsbedarf gegen Verpackungen ableiten.

OLAF OEISEN

TECHNIK / Zirkulierende Wirbelschicht (ZWS), der „eingebaute Saubermacher“

# Eine neue, umweltfreundlichere Generation von Kraftwerken

In der Kraftwerksindustrie hat sich aufgrund einer Reihe von äußeren Umständen ein Kraftwerkstyp mit einer neuen Verbrennungstechnik entwickelt, der für alle Beteiligten Vorteile verspricht. Gemeint ist die Wirbelschichtfeuerung und hier besonders die Technik der Zirkulierenden Wirbelschicht (ZWS); diese neue Technik wurde zuerst von der Firma Lurgi GmbH in Frankfurt entwickelt.

Diese Technik erlaubt es, praktisch alle Arten von festen Brennstoffen – auch solche mit sehr hohen Schwefelgehalten – zu verbrennen, ohne daß besondere nachgeschaltete Rauchgasreinigungsanlagen nötig wären: Braun- und Steinkohle, Anthrazit, Ölschiefer, Petrolkoks.

Die Verbrennung in der Zirkulierenden Wirbelschicht verläuft über „eingebaute Umweltschutze“, da hier der Brennstoff zweifach bei niedrigen Temperaturen zur NOx-Unterdrückung verbrannt und gleichzeitig durch Zugabe von Kalkstein der Schwefel eingebunden wird. Nachgeschaltete Rauchgasreinigungsanlagen oder Entstickungsanlagen sind bei konventionellen Kraftwerken erforderlich, sind werden überflüssig. Lediglich die üblichen Entstaubungsanlagen sind weiterhin erforderlich.

## Zur Zeit sind drei Anlagen in Betrieb

Besonders der Markt für kleinere und mittelgroße Kraftwerkeinheiten – Stichwort Wärme/Kraftkopplung – interessiert sich für die neue Technik. In der Bundesrepublik Deutschland befinden sich derzeit drei Anlagen mit rund 450 MW (Megawatt) thermischer Leistung in Betrieb.

Da ist zunächst die erste industrielle ZWS-Anlage bei den Vereinigten Aluminiumwerken AG in Lünen, in der Abfallkohle mit einem Aschegehalt von bis zu 50 Prozent verbrannt wird; dann ein Heizkraftwerk bei den Stadtwerken Duisburg, in dem zwanzigprozentige Ruhrballastkohle eingesetzt wird, sowie eine Anlage im Heizkraftwerk bei den Stadtwerken Flensburg, die Importkohle aus aller Welt verbrennen wird.

Das Heizkraftwerk in Duisburg ist

die derzeit größte ZWS-Anlage der Welt mit einer Leistung von 100 MW. Ihre Dampfleistung mit 535 Grad Celsius, 130 bar Hochdruckdampf sowie einer Zwischenüberhitzung von 535 Grad Celsius und 34 bar zeigen, daß die Wirbelschichttechnik trotz ihrer relativ niedrigen Verbrennungstemperatur von 850 Grad Celsius zur Erzeugung von Dampf mit höchsten Dampfdrücken benutzt werden kann.

Die genannten Anlagen wurden alle von der Lurgi in Verbindung mit renommierten Kesselbauern (Deutsche Babcock: Lünen und Duisburg; Lentjes: Flensburg) gebaut. Von den zehn Wirbelschichtanlagen, die im vergangenen Jahr in der Bundesrepublik Deutschland in Auftrag gegeben wurden, konnten die Frankfurter Anlagenbauer sechs für sich verbuchen.

In den USA erfährt die Wirbelschichttechnologie ebenfalls einen schnellen Aufschwung. Während es in der Bundesrepublik Deutschland vor allem der Umweltschutz ist, der seinen Niederschlag in der Großfeuerungsanlagenverordnung oder der TA Luft findet und vom Kraftwerksbetreiber neue Konzepte verlangt, ist es in den USA insbesondere ein Bundesgesetz – Power Utility Recovery Performance Act (Purpa) –, das Anlagen begünstigt, die gleichzeitig Elektrizität und Wärme an Verbraucher abgeben.

Dieses US-Bundesgesetz schreibt den örtlichen Kraftwerksunternehmen vor, den bei der Wärmeerzeugung produzierten Strom zu den Preisen zu verkaufen, die entstanden wären, wenn die Kraftwerksgesellschaft den Strom mit eigenen Anlagen erzeugt hätte.

Durch diese Regelung ist es möglich, für Kraftwerksanlagen auch kleinerer Größe langfristige Stromabnahmeverträge mit dem jeweiligen Elektrizitätsversorgungsunternehmen abzuschließen, wodurch die relativ kapitalintensiven Kleinanlagen leicht zu finanzieren sind. Aufgrund der Vorteile, die dieses Gesetz bringt, sind in den USA eine ganze Reihe von Firmen entstanden, deren Ziel es ist, solche Kraftwerke mit Wärme/Kraftkopplung zu bauen und zu betreiben.

Die amerikanische Lurgi-Tochter baut derzeit zusammen mit der Firma Combustion Engineering, dem Partner auf der Kesselseite, drei ZWS-Kraftwerksanlagen, die nach dem Prinzip des Purpa-Gesetzes von Dritten finanziert und betrieben werden. Es sind dies Kraftwerke in Lone (Kalifornien) sowie in Westwood und Kline Township (Pennsylvania).

In Ione wird als Brennstoff eine von ihrem Wachs befreite Braunkohle eingesetzt – ein Abfallprodukt. Die Anlage erzeugt 15 MW Strom.

## Große Bandbreite der verwendbaren Brennstoffe

Darüber hinaus liefert sie Wärme in Form von Dampf und Heißluft an den Betrieb, der aus der vor Ort abgebauten Braunkohle das Wachs gewinnt. Der Strom wird im Rahmen von Langzeitverträgen an das Unternehmen „Pacific Gas and Electric“ abgegeben.

Die beiden Anlagen in Pennsylvania verbrennen Überreste aus dem Anthrazitbergbau, die sich in Form von riesigen Abraumhalden über weite Gebiete dieses Bundesstaates erstrecken. Die Firmen, die die ZWS-Kraftwerke planen, sind gleichzeitig Besitzer dieser Waschberge.

Alle drei Beispiele zeigen, daß die Kombination von ZWS-Technik, die den Einsatz von Billigbrennstoffen ermöglicht, zusammen mit dem in den USA zur Energieeinsparung erlassenen Purpa-Gesetz eine neue Art von Industrie aufleben lassen, deren Ziel es ist, kleine und mittelgroße Kraftwerke zu bauen und zu betreiben. Daneben spielen auch in den USA verschärfte Umweltbestimmungen eine Rolle.

Insgesamt hat Lurgi derzeit in den USA sieben ZWS-Kraftwerke in Auftrag. Darunter ist eines, das die große Bandbreite der verwendbaren Brennstoffe zeigt: Waschberge (40 Prozent Asche), Petrolkoks (zwei Prozent Asche), sechs Prozent Schwefel, hochflüchtige bituminöse Kohle (fünf Prozent Schwefel), Erdöl, Erdgas sowie Biomassen.

HUBERT LIENHARD

# 20 Prozent Waschmittel könnten gespart werden

Wer heute seinen Waschautomaten, seinen Kühlschrank oder seinen Elektroherd durch ein neues Modell ersetzt, handelt umweltfreundlich. Denn die „Neuen“ gehen sparsamer mit Energie und Wasser um. Sie verringern die Schadstoffbelastung des Wassers und arbeiten angenehmer leise.

Ein moderner Waschautomat braucht für ein Kochwaschprogramm mit 95 Grad Celsius und Vorwaschgang kaum 2,5 Kilowattstunden und nur wenig mehr als 100 Liter Wasser. Vor zehn Jahren waren dafür noch drei Kilowattstunden und 150 Liter Wasser nötig. Die ersten Waschautomaten aus den 50er Jahren benötigten fast fünf Kilowattstunden und nahezu 200 Liter Wasser.

Ähnliche Fortschritte machten die elektrischen Geschirrspüler. Diese Geräte begnügen sich heute mit 1,8 Kilowattstunden und 25 Liter Wasser für das Spülen des Tagesgeschirrs einer vierköpfigen Familie im Normalprogramm mit 65 Grad Celsius. Anfang der 70er Jahre waren dafür noch 2,6 Kilowattstunden und 70 Liter Wasser erforderlich. Für das Spülen der entsprechenden Geschirrmenge von Hand werden nach einer Untersuchung des Bundesministeriums für Forschung und Technik im Schnitt etwa 2,6 Kilowattstunden und 50 Liter Wasser eingesetzt.

## Mehr Strom und Wasser gespart als vereinbart

Die beachtlichen Einsparungen sind das Ergebnis konstruktiver Verbesserungen, die die deutsche Elektro-Hausräte-Industrie einführt, ohne daß gesetzliche Auflagen sie dazu gezwungen hätten.

Anfang 1980 sagten die Hersteller dem Bundeswirtschaftsminister zu, den spezifischen Energieverbrauch von Elektro-Großgeräten bis 1985 um bestimmte, auf das Jahr 1978 bezogene Werte, zu senken.

Sie konnten in der selbstgesetzten Frist erreicht und zum Teil sogar überschritten werden. Bei Geschirrspülern war zum Beispiel eine Einsparungsrate von zehn bis 15 Prozent prognostiziert. Erreicht wurden 27 Prozent. Bei Elektro-Backöfen wurden 14 Prozent erzielt. Waschmaschinen sollten um sieben bis zehn

Prozent sparsamer werden. Der erreichte Wert liegt bei 15 Prozent. Bei Kühl- und Gefriergeräten hat man 24 Prozent gegenüber den versprochenen 15 bis 20 Prozent und bei Warmwasserspeichern 27 Prozent gegenüber acht bis zehn Prozent erreicht. Möglich wurden diese Erfolge zum Beispiel beim Waschautomaten durch Optimierung des Verhältnisses von Laugen- und Spülwassermenge zu Wäsche- und Spülmengen sowie exaktere Steuerung der Wassermengen und Temperaturen.

## So wenig Waschmittel wie technisch möglich

Weitere Beispiele für Hausräte mit niedrigen Verbrauchswerten sind Kühl- und Gefriergeräte mit besonders wirksamer Wärmedämmung, umschaltbare Herde mit wählbarer Backofenbeheizung, optimaler Isolierung und präziseren Steuerungen für die Garvorgänge, Wäschetrockner mit elektronischer Erfassung der Restfeuchte sowie die Geschirrspüler mit dem Vario-Sprühverfahren, bei dem der obere und untere Sprüharm im Wechsel arbeiten.

Nach der erfolgreichen Reduzierung der Strom- und Wasserverbrauchswerte lautet das vordringliche Ziel nun Verringerung der Schadstoffbelastung im Wasser. Dieses Thema ist im Hinblick auf die soeben von der Bundesregierung beschlossenen Änderung des Waschmittelschutzes hochaktuell. Das Gesetz beinhaltet nicht nur verschärfte Auflagen bezüglich der Bestandteile von Wasch- und Reinigungsmitteln, sondern enthält auch Forderungen an die Gerätehersteller. Danach sollen Waschmaschinen künftig so beschaffen sein, daß sie so wenig Waschmittel wie möglich brauchen.

Würde jeder der rund 24 Millionen Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland einen der von den Herstellern bereits angebotenen „Öko-Waschautomaten“ verwenden, könnten bei einem Gesamt-Waschmittelverbrauch von 700 000 Tonnen pro Jahr – rein rechnerisch – fast 140 000 Tonnen Waschmittel gespart werden. Ein wirksamer Beitrag zur Entlastung der Gewässer und zum Schutz der Umwelt.

GISELA SCHLAUERSBACH

SAARLAND / „Abfallberater“ sollen jetzt die Bevölkerung aufklären

# Der Dreck muß weg – doch die Parteien streiten um das „Wie“

Eigentlich sind sich alle saarländischen Politiker einig: Der Müll muß weg, und das möglichst umweltfreundlich. Die Fehler der Vergangenheit, als die Abfälle ungeachtet ihres Giftgehaltes und ihrer möglichen Wiederverwertbarkeit schlicht aufeinandergekippt und liegengelassen wurden, sollen nicht wieder geschehen. Doch die Vorstellungen der Politiker und ihrer Experten über die Beseitigung der riesigen Halde von zusammengerechnet immerhin 550 000 Tonnen Hausmüll im Jahr gehen zwischen Regierung und Opposition in dem kleinsten Flächenland meilenweit auseinander. Auf den ersten Blick entzündet sich der Streit wieder einmal an dem oft geäußerten Widerspruch von Ökonomie und Ökologie.

Die Müllbeseitigung wurde im Saarland zum Thema, als Oskar Lafontaine, Ministerpräsident, im vergangenen Jahr im Landtagswahlkampf ankündigte, das von der CDU-Regierung geplante Müllheizkraftwerk in Völklingen/Wehrden werde unter seiner Ägide nicht das Licht der Welt erblicken. Er werde die Verbrennung des Mülls nicht dulden, erklärte Leinen; sie sei schlicht „zu dreckig“. Und überdies stelle sie eine Verschwendung der ja bekanntlich immer knapper werdenden Ressourcen dar.

## Hochgestecktes Ziel: Bis zu 80 Prozent weniger Müll

Das umweltpolitische Ausgangsschild des ersten sozialdemokratischen Ministerpräsidenten im Saarland kündigte als Alternative zu den herkömmlichen Verfahren der Müllbeseitigung ein „ökologisches Konzept“ an, das mit dem bloßen Verbrennen zugunsten eines wohlgemachten Recycling Schluß machen soll.

Nachdem die SPD auf der Regierungsbank Platz genommen hatte, setzte Leinen seine Ankündigung in die Tat um und verfügte zunächst den Bauverzicht eines Heizkraftwerks. Kurz vor Weihnachten kündigte er dann ein neues Abfallwirtschaftsgesetz nebst neuem Abfallwirtschaftsplan an. Beides soll, so das Saarbrückener Umweltministerium, im Frühjahr vorliegen.

Leinen steckte das Ziel hoch: Um bis zu 80 Prozent soll der Müll, der normalerweise schließlich auf den Deponien landet, reduziert werden. Das Rezept: Getrennte Müllsammeln. Für den Sondermüll, der gegen-

wärtig nach Frankreich ausgeführt wird („Müll-Tourismus“) soll eine heimische Lösung in Form einer Sondermüll-Deponie gefunden werden.

Doch CDU- und FDP-Opposition machen Front gegen die Vorstellungen Leinens. Die Debatte um den Müll ist mittlerweile emotionalisiert. Die Widersacher Leinens malen das Schreckgespenst des „Müllchaos“ (FDP-Chef Horst Rehberger) an die Wand. Die CDU ist erbost, weil Leinen und die Landesregierung ein fertig ausgearbeitetes Müllkonzept des Kommunalen Abfallbeseitigungsverbandes (KABV), an dessen Spitze der CDU-Mann Heinrich Schüssler steht, über den Haufen geworfen hat.

## Ein Konzept wurde über den Haufen geworfen

Das KABV-Konzept ist ein integriertes Modell, in dem die Errichtung eines weiteren Müllheizkraftwerkes eine wesentliche Rolle spielt. In seiner ersten Stufe steht dieses Konzept die Wertstoff-Sortierung und -Nutzung vor, so weit sie ökonomisch machbar ist, erläutert Schüssler der WELT. Das zweite Standbein ist die „Schadstoffentziehung“. Im Klartext: Schadstoffe, wie Batterien, sollen erst gar nicht in den Hausmüll gelangen. An dritter Stelle steht die Verbrennung, die Leinen reduzieren möchte. Was schließlich an Müll noch übrig bleibt, soll deponiert werden.

Bei der Favorisierung eines weiteren Müllheizkraftwerkes neben der Anlage in Neunkirchen (Kapazität: 100 000 Tonnen pro Jahr) spielt die Überlegung eine entscheidende Rolle, daß ein Großteil der vorhandenen Abfall-Deponien schon erfüllt ist. Von den gegenwärtig zwölf Deponien für Hausmüll im Saarland werden nach Angaben des Abfallbeseitigungsverbandes 1987 nur noch drei zur Verfügung stehen.

Die CDU bezweifelt, daß nach dem Rezept Leinens nur noch 20 Prozent des Mülls zur Verfüllung übrigbleiben. Der CDU-Politiker glaubt nicht, daß die Bürger die getrennte Einsammlung in dem von dem Umweltminister kalkulierten Ausmaß mitmachen werden. Schüssler rechnet daher mit 80 Prozent an Restmüll, für den dann die reduzierten Deponiekapazitäten nicht ausreichen würden.

Zweifel wurden darüber hinaus an der Einschätzung des sozialdemokratischen Umweltministers laut, die getrennt eingesammelten Stoffe schließlich auch verwerten zu können. Und nur der Wettverkauf der

kollektierten Masse würde einen Verlust in Millionenhöhe vermeiden. Für den in der CDU wegen seiner organisatorischen Fähigkeiten geschätzten Schüssler ist das ökologisch motivierte Konzept Leinens ökonomisch daher nicht tragbar: „Wenn man den Abfall mit viel Engagement des Bürgers und sehr großem finanziellen Aufwand sortiert und die wiederverwertbaren Stoffe herausnimmt, sie dann aber anschließend nicht vermarkten kann, landen sie letztlich wieder auf der Deponie. Das ist volkswirtschaftlich Unsinn.“ Aber auch die ökologischen Folgen seien kaum kalkulierbar. „Wenn Leinen bei seiner Ansicht bleibt, dann wird in den nächsten drei Jahren der Müllnotstand im Saarland nicht zu vermeiden sein.“

Die neuen Deponien, die der Umweltminister anlegen lassen möchte, würden in einigen Jahren zu Altlasten, mit denen auch andere Bundesländer heute schon zu kämpfen haben. Die aus dieser Politik resultierenden Kosten hätten die Bürger nach Einschätzung Schüsslers dann in zehn bis 20 Jahren zu tragen. Deshalb sei die thermische Behandlung des Mülls (Heizkraftwerke) „die in Zukunft wichtigste Säule der Abfallbeseitigung“.

## Hoffnung auf verbesserte Technik bei Kraftwerken

Schüssler setzt darüber hinaus auf den Fortschritt der Technik, der gerade im Umweltbereich schnell voranschreite. Schließlich könnte, so der CDU-Politiker, die Technik der Verbrennungskraftwerke verbessert, die Emissionen verringert werden. „Einmal angelegte Deponien können aber nicht verbessert werden“, so Schüssler. Er verweist darauf, daß gegenwärtig das Werk in Neunkirchen umgerüstet und mit einer Rauchgasreinigungsanlage versehen wird.

Unterdessen hat sich Leinen daran gemacht, das umweltpolitische Bewußtsein der Bürger in seinem Sinne zu beeinflussen. Er forderte die Gemeinden auf, „Abfallberater“ zu engagieren. Diese sollen die Bürger über die vielfältigen Möglichkeiten der Verwertung von Hausmüll informieren, Anleitungen nennen zum Kompostieren und Tipps für die Vermeidung von Abfällen geben. Doch die Kommunen beklagen in jüngster Zeit immer häufiger ihre finanzielle Lage. Ob sie Geld für „Abfallberater“ ausgeben, ist deshalb fraglich.

ULRICH REITZ

**An Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, Kommunen und kommunale Unternehmen.**

**Kreditanstalt für Wiederaufbau**

Palmengartenstraße 5-9  
Postfach 71 11 41  
6000 Frankfurt am Main 71  
Telefon: (069) 74 31-0  
Telefax: 4 11 352  
Telegraphische Adresse:  
Kreditanstalt Frankfurt/Main

Februar 1986

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir fördern  
Wir bieten

Investitionen für Umweltschutzmaßnahmen.  
Zinsgünstige Kredite mit langen Laufzeiten.  
Eine vorzeitige Rückzahlung ist jederzeit möglich.

Mit unseren Umweltschutzkrediten fördern wir Investitionen zur Luftreinhaltung, für den Gewässer- und Bodenschutz, zur Lärmbekämpfung und zur Verringerung und Entsorgung von Abfallprodukten. Der Zinssatz für unsere Umweltschutzkredite beträgt zur Zeit 5,75 % p.a. bei einem Auszahlungssatz von 96 % und einer Laufzeit von 10 Jahren (bei Kommunen 20 Jahre, mit 10 Jahren Zinsfestschreibung).

Wir finanzieren nicht nur konventionelle Umweltschutzmaßnahmen. Auch wenn Sie Ihren Betrieb erweitern oder grundlegend modernisieren und dabei umweltfreundliche Verfahren einführen oder umweltfreundliche Produkte herstellen wollen, stehen Ihnen unsere zinsgünstigen Kredite zur Verfügung.

Wenn Sie Näheres über unser Programm wissen möchten, setzen Sie sich bitte mit einem Kreditinstitut Ihrer Wahl oder uns direkt in Verbindung.

Mit freundlichen Grüßen  
KREDITANSTALT FÜR WIEDERAUFBAU

**Wir fördern den Umweltschutz.**



# „Pirol“ auf Ölteppich-Jagd in der Deutschen Bucht

Eisiger Wind fegt über die Betonpiste. Die Rotorblätter eines aufsteigenden Hubschraubers peitschen die Luft. Schnee wirbelt auf. Fünf Männer in orangefarbenen Thermoanzügen und Schwimmwesten wenden sich ab, halten sich die Ohren zu. Als der Hubschrauber über den Tower davonknattert, rüsten auch sie sich für ihren Flug. Sie beladen den Helikopter Puma SA 330 mit Videokamera, Kontrollmonitor, Fotoausrüstung – Utensilien für die Beweissicherung. Dann ist das Team des Bundesgrenzschutzes (BGS) auf dem Landeplatz Fuhendorf bei Bad Bramstedt (Schleswig-Holstein) startklar für seinen Routineeinsatz über der Nordsee. Für die Jagd nach Umweltsündern auf dem Meer.

„Hier Pirol, brauchen Sie unsere Hilfe? Bitte kommen!“ Schon kurz nach dem Start nimmt Pilot Hans-Jürgen Jahnke per Funk Kontakt zur Wasserschutzpolizei (WSP) auf. Bei Brunsbüttel schwimmt auf der Elbe ein Schiff inmitten einer großen Ölflecke. „Schaden und Ursache erkannt“, krächzt es durch den Kopfhörer, „danke“. Die Ordnungshüter vor Ort brauchen diesmal die Hilfe aus der Luft nicht. So dreht der Hubschrauber ab, weiter flussabwärts, Richtung Feuerschiff Elbe 1 und dann weiter hinaus aufs offene Meer.

Viermal in der Woche spähnen Pilot und Co-Pilot, Navigator, Nautiker und der Beweissicherungsbeamte auf ihren rund drei Stunden dauernden Erkundungsfügen nach Umweltsündern in der Deutschen Bucht. Sie suchen Öl auf dem Wasser.

Die in den Spektralfarben leuchtenden Schlieren sind auch aus 500 bis 1000 Fuß Flughöhe (etwa 150 bis 300 Meter) deutlich zu erkennen. Elf Meilen, also etwa 20 Kilometer südöstlich von Helgoland entdeckt Pilot Jahnke eine Ölflecke und umkreist sie. „Eine Seemeile mal zweihundert Meter groß.“

In dem eingespielten Team kennt jeder seinen Part: Polizeiobermeister Jochen Brun vom BGS-See klinkt die Sicherheitsleine ein, öffnet die Hubschraubertür und schultert die Videokamera. Der Schmierfilm auf dem Wasser wird aus allen Blickwinkeln als Beweisstück auf Video gebannt; der Übeltäter ist leider weit und breit nicht zu sehen. Sonst würde auch das umwelt-sündernde Schiff mit seinem Ölschweif aufgenommen. Vor allem von Backbord oder von Steuerbord, also von der Seite, an der die naturschädliche Flüssigkeit ab-

läßt. Denn Filmaufnahmen sind gute Beweise. Um ganz sicher zu gehen, nehmen die fliegenden Umweltpolizisten auch eine Wasserprobe. Jochen Brun, der Kameramann am offenen Ausstieg, führt den Piloten zum Ölfleck. An einer Seilwinde läßt Brun ein spezielles Schöpfglas herab, das nur Oberflächenwasser aufnimmt.

Dieses zweite Beweismittel wird nach der Landung vom Deutschen Hydrographischen Institut (DHI), Hamburg, überprüft und mit Proben aus den Tanks verdächtigter Verschmutzer verglichen. „Die chemische Analyse ist beweiskräftig, wenn die Proben zu etwa 80 Prozent übereinstimmen“, erklärt Flug- und Einsatzleiter Erich Huppert.

Doch diesmal kann der Umweltsünder nicht identifiziert werden. Er hat seine Spuren hinterlassen und ist, vermutlich mit „Voller Fahrt voraus!“, unerkannt verschwunden.

Für 35 Prozent der Nordseever Verschmutzung durch Erdöl ist nach Ansicht des Deutschen Hydrographischen Instituts, der Schiffsverkehr verantwortlich. Dies gilt besonders seit der Rohölverteuerung in den siebziger Jahren.

Die Schiffe verwenden verstärkt preiswertes Öl minderer Qualität, das jedoch an Bord aufbereitet werden muß. Abfallprodukte gehören dann eigentlich in Tanks, doch je billiger das Öl, desto mehr Rückstände, die irgendwann die Lagerkapazitäten überschreiten. Da greift mancher Seemann schon mal zu einem einfachen Hilfsmittel, der Pumpe.

Das Umweltbundesamt (UBA), Berlin, schätzt, daß bei der Aufbereitung an Bord etwa 0,5 Prozent des verbrauchten Kraftstoffes als Abfall übrigbleiben. Ein 25.000-Tonnen-Schiff mit 6000 PS verbraucht pro Tag immerhin rund 30 Tonnen Treibstoff. Und etwa 140.000 Schiffe passieren

jährlich die Deutsche Bucht. Der Bundesgrenzschutz ist mit zwei Patrouillenbooten und der Flugstaffel aufgrund der „Verordnung zur Übertragung von Aufgaben auf dem Gebiet der Seeschifffahrt zur Ausübung auf den Bundesgrenzschutz und die Zollverwaltung“ vom 1. Juli 1982 als Umweltschützer auf und über dem Deutschen Festlandsockel unterwegs.

Seitdem gehört er zum „Sicherheitsverbund Nordsee“, in dem alle auf der Nordsee zuständigen Vollzugskräfte des Bundes und der Länder zusammenarbeiten. Um Leerlauf und Überschneidung zu vermeiden, koordiniert der „Zentrale Meldekopf“ in Cuxhaven Streifenpläne und Einsätze. An ihn meldet auch das Helikopter-Team seine Beobachtungen.

Könnte ein Umweltsünder festgestellt werden, versucht dann ein Patrouillenboot oder – innerhalb der Drei-Meilen-Zone und der Küstenbox auf der Nordsee – die zuständige Wasserschutzpolizei an Bord des verschmutzenden Schiffes zu gelangen, um dort die notwendigen Proben zu entnehmen.

Läßt der Kapitän dies zu, wird der

Job natürlich erleichtert. Ansonsten gilt es, die Verhältnismäßigkeit zu wahren. „Wegen einer kleinen Ölflecke können wir kein Schiff stoppen“, erklärt Siegfried Gehrke vom Grenzschutzkommando Küste. „Aber wir haben die Möglichkeit, über das Bundeskriminalamt mit ausländischen Behörden zusammenzuarbeiten, die dann in den Zielhäfen der Schiffe die notwendigen Proben entnehmen.“

Außerdem gilt es, die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Häfen nicht aus dem Auge zu verlieren. „Wir machen jede Umweltschutzaufgabe mit, wenn eine einheitliche Handhabung in allen Häfen der Nachbarländer garantiert ist“, betont Lothar Jolmes vom Zentralverband Deutscher Seehafenbetriebe.

So sei die Absicht Innenminister Zimmermanns, die Nordsee zu einem Sondergebiet zu erklären, in das weder Öl, Chemikalien noch Schiffsabfälle gekippt werden dürfen, durchaus zu begrüßen. Voraussetzung sei jedoch, daß alle Anrainerstaaten die Bedingungen akzeptieren, so daß die Wettbewerbsbedingungen gleich blieben. Das Umweltschutzreferat im Bundesinnenministerium will das

„Sondergebiet-Nordsee“-Projekt bei der im November 1987 in London stattfindenden Nordsee-Schutzkonferenz weiter verfolgen. Das Vorhaben war bei der vergangenen Konferenz 1984 gescheitert.

92 Gewässerverunreinigungen „größerer Ausmaße“ wurden 1985 festgestellt und zur Anzeige gebracht. 45 Verursacher konnten ermittelt werden, heißt es in der Bilanz des BGS-See und der Grenzschutz-Fliegstaffel.

Die Umweltschützer in der Luft und auf dem Wasser sind froh, daß das Strafmaß inzwischen angehoben wurde. „Solange die Bußgelder immer noch billiger sind als die ordnungsgemäße Abfallbeseitigung, nützt unsere Arbeit wenig.“

Doch im vergangenen Oktober wurden zwei Ingenieure des ägyptischen Motorschiffs „Nefertiti“ von Hamburger Amtsgericht zu zehn beziehungsweise drei Monaten Haft verurteilt – wenn auch zur Bewährung. Und dennoch entkommen noch viel zu viele Umweltsünder. Und das nicht zuletzt, weil es dem BGS an der Ausrüstung mangelt.

Die Hubschrauber können nur die Hälfte des Gebietes des deutschen Festlandsockels überfliegen. Was sich hinter der Hubschrauber-Leistungsgrenze tut, bleibt den Umweltschützern verborgen. Außerdem müßten die Helikopter allwettertauglich und mit besserem Radar ausgerüstet sein. Auch die beiden Patrouillenboote sind bei rauher See nur bedingt einsatzfähig.

Das Innenministerium wollte für die Anschaffung von zwei Booten 52 Millionen Mark im Haushalt einsetzen. Doch nach Gesprächen mit dem Finanzministerium wurde der Betrag gestrichen. Für die Nachrüstung der Hubschrauber sind bislang nirgends Mittel veranschlagt.

300.000 Mark aus dem diesjährigen Bundesetat werden für eine Studie ausgegeben, die prüft, welche Einsatzmittel zur Verbesserung des Umweltschutzes auf der Nordsee gebraucht werden. Sie muß dem Haushaltsausschuß des Bundestages Ende April von der Bundesregierung vorgelegt werden.

Die Helikopter drehen ab – „Hier Pirol an Tower, trete Rückflug an. Vereisung“, meldet Pilot Jahnke nach anderthalb Flugstunden. Ob in dem aufkommenden Schneesturm irgendein Kapitän den Befehl zum Ölpumpen gibt?

MARTINA SCHLINGMANN



Über der Nordsee fahndet das BGS-Kommando Küste nach Umweltsündern: Wasserpumpe vom Hubschrauber aus.

FOTO: DPA; Freigabe Luftamt Hamburg 1027/85

EG / 100 Umwelt-Richtlinien trotz fehlender Handhabe

## Für Europäer kommt der Schmutz vom Nachbarn

Sitzungen des Umwelt-Ministerrates gehörten früher nicht zu den beachteten Brüsseler Veranstaltungen. Das hat sich geändert, seit der Streit um das Katalysator-Auto vor einem Jahr in der EG fast den freien Warenverkehr in Frage stellte. Die Bundesregierung mußte bekanntlich zurückstecken und ihren Zeitplan für die obligatorische Einführung des umweltfreundlichen Autos den Wünschen der EG-Partner anpassen.

Ob der erzielte Kompromiß (der noch immer mit einem dänischen und griechischen Vorbehalt belastet ist) für die Verhinderung des Waldsterbens ausreicht, ist eine Frage, über die sich streiten läßt. Zum ersten Mal ist jedoch in der EG der Versuch unternommen worden, Handels- und Umweltinteressen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

In Zukunft wird es derartige Verhandlungen wohl häufiger geben. Denn Staats- und Regierungschefs der EG haben seit 1983 mehrfach persönlich auf die Notwendigkeit gemeinsamer Umweltschutzmaßnahmen hingewiesen. Treibende Kraft war dabei Bundeskanzler Helmut Kohl.

Begonnen hatten die Bemühungen um eine gemeinsame Umweltpolitik bereits auf dem Pariser Gipfeltreffen 1972. Damals wurde die EG-Kommission erstmals mit der Ausarbeitung eines Programms beauftragt, in dem vor allem das „Verursacherprinzip“ akzeptiert wurde. Ausgangspunkt war die Überlegung, daß Schadstoffe nicht an den Grenzen der Einzelstaaten haltmachen.

In der Praxis ist es freilich schwierig, für die EG gemeinsame Mindestnormen zu entwickeln. Das liegt an der geographischen Lage der Mitgliedsländer, an widerstrebenden industriellen Interessen und an einem unterschiedlich entwickelten Umweltbewußtsein.

Den Briten zum Beispiel kommt zur Hilfe, daß der Wind meistens aus Westen weht. Sie brauchen daher nicht zu fürchten, daß ihnen Schadstoffe aus fremden Industrieanlagen die Luft verunreinigen. Auch die Industrieabfälle in die eigenen Flüsse fallen weniger auf, da sie rasch ins Meer gelangen. Dagegen ist der Rhein schon verschmutzt, bevor er die niederländische Grenze passiert.

So ist die britische Regierung der

Ansicht, daß die Festlegung von Höchstzulässigen Emissionswerten zumindest für die Inselstaaten der Gemeinschaft nicht notwendig sei. Sie betrachtet die Lage Großbritanniens als einen natürlichen Standortvorteil und will sich allenfalls auf die Fixierung gemeinsamer Qualitätsziele festlegen lassen.

Für die kontinentalen EG-Länder läuft die britische Politik dagegen auf eine Wettbewerbsverzerrung hinaus. Die höheren Belastungen der Industrie durch strenge Emissionsnormen verteuern die Produkte.

Die EG-Bürger sehen die Umweltgefährdung nicht nur von Land zu Land unterschiedlich, sie machen durchweg auch eher die Nachbarn als sich selbst für die Verschmutzung von Luft und Gewässern verantwortlich. Nach einer Umfrage der EG-Kommission glaubten 1984 36 Prozent der befragten Deutschen „sehr stark“ und 41 Prozent „ziemlich stark“ Grund zur Klage über den Zustand der Luft zu haben. In Großbritannien dagegen nur 24 beziehungsweise 30 Prozent. In fast allen Mitgliedsländern empfinden die Bürger die Verschmutzung, die durch Wind und Wasser von außen ins Land getragen wird, als gravierender als die Schmutzquellen im Inland.

Hemmend wirkt auch, daß nicht selten verlässliche wissenschaftliche Erkenntnisse über die Schadstoffeffekte fehlen und daß es noch keine ausreichenden Erfahrungen über Kosten und Vorteile einer bestimmten Methode zur Begrenzung von Umweltschäden gibt. Auch qualifiziertes Personal gibt es nicht unbegrenzt. Die Politiker sind wegen der Kompliziertheit der Probleme häufig überfordert.

Immerhin ist es in den vergangenen zwölf Jahren gelungen, mehr als 100 EG-Richtlinien und Beschlüsse zu Umweltschutz zustande zu bringen. Dies ist beachtlich, zumal die Römischen Verträge für den Umweltschutz keine eindeutige Zuständigkeit der Gemeinschaft festlegte.

Im Reformpaket von Luxemburg ist nun nach 30 Jahren erstmals eine klare Rechtsgrundlage geschaffen worden. Ein eigenständiges Kapitel soll im Europavertrag die Schwerpunkte für eine einheitliche Umweltpolitik umreißen.

WILHELM HADLER



Wir haben  
die Lösungen  
für Ihre  
Aufgaben:  
**Deponie**

### Unsere Leistung:

- Anlagen für:
- Deponiegas
- Gasaufbereitung
- Sickerwasserreinigung nach eigenem thermischen Spezialverfahren
- Untersuchung
- Messung
- Beratung

Wollen Sie  
Ihre Aufgaben  
erfolgreich lösen?

Dann fordern Sie uns!

Interatom GmbH  
Postfach  
5060 Berg.-Gladbach 1  
Telefon: (02204) 84-0/-2380  
Telex: 8878492 iagld  
Telefax: (02204) 84-3045

**INTERATOM**